REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 411 · 12.2.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 39 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Erwerbslos - nicht wehrlos!
2. Spendenaufruf: Auf zum Endspurt! - ak-Redaktion
3. Widerruf (Dokumentation einer Widerruf- Forderung von Hermann L. Gremliza)
4. Der Holocaust und die Wehrmacht. Warum die Nazis wieder in Dresden marschierten - Tom Kucharz
5. Beratung ohne Schein. Bischöfe im Streit um Paragraph 218 einmal auf dem richtigen Weg - Barbara Ritter
6. Clintons Elchtest. Kriegsdrohungen gegen den Irak - Kt.
7. Ein Anfang ist gemacht. 50.000 Erwerbslose schlagen Krach - gw.
8. Victory to the Dockers!? - captain swing
9. Die Massen wollen nach links! Der Klassenkampfgedanke wird immer populärer. - Umfrage des Inst. für Demoskopie Allensbach
10. Verschnaufpause für die Erwerbslosen - Bernhard Schmid
11. Sieben heiße Wochen. Der Kampf der Erwerbslosen - Bernhard Schmid
12. "Wir mußten erst die Ämter besetzen." Interview mit Lars Steinau von AC! zur Erwerbslosenbewegung in Frankreich
13. Existenzgeld für alle! Zur Entwicklung der Existenzgeldforderung in Deutschland - Michael Bättig
14. Das "produktive Töten" von Wachkoma- PatientInnen. Experten schlagen neue Wege zur Organbeschaffung vor - Erika Feyerabend
15. Nordirland: Mordkampagnen und Verhandlungen - Dietrich Schulze-Marmeling
16. "... ein Grab für meinen Sohn". Interview mit Hatice Toraman - Samstagsmütter, Istanbul
17. Irakisch-kurdische Flüchtlinge: Internierung und Abschiebung - Thomas v. der Osten-Sacken
18. Endlich Frieden auf Bougainville? - Vo
19. Strauchelt das Suharto-Regime über den "Terror der Ökonomie"? - Rainer Werning
20. Drei Zentner Aleman. Nicaragua im neoliberalen Zeitalter - U. Böhling
21. Blowing against the Wind. Buchbesprechung: Die anti-imperialistischen "Weathermen" in den USA - Michael Hahn
22. Mit der NATO Stabilität sichern. Sozialdemokratische Leisetreterei im Wahlkampfjahr - Vo
23. "... bei Minenproduzenten kaufen?" - Thomas W. Klein
24. "Blasse Erinnerungen". Irak-Geschäfte deutscher Firmen vor Gericht - Thomas W.Klein
25. Analyse, Kritik - und Alternativen. Andreas Buro hat ein spannendes Friedens-Buch vorgelegt - Vo
26. Rühes Geheimwaffe: Militärische Aufmärsche - mb., Berlin
27. Kongreß markiert vorläufiges Ende der Streikbewegung. Studierende wollen Gesellschaftsveränderung - Peter Nowak
28. Politik um die Zitadelle der Produktion herum. Klassenkampf zwischen Rassismus und Solidarität - Christoph Jünke
29. Investoren: Nur noch Rechte, nie mehr Pflichten. MAI macht Investitionsfreiheit zum Grundrecht - Gaby Küppers
30. Die United-Legende. Fußball, Aktien und Sozialismus in Manchester - Dietrich Schulze- Marmeling
31. Brecht und Gramsci. Kampf gegen den Ökonomismus und Wiedergewinnung der Dialektik - Sabine Kebir
32. Radikalreformerische Stagnation. "Crossover" diskutiert Konturen eines neuen "New-Deal" - Christoph Jünke
33. Von Addis Abeba nach Stalingrad. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 5: Außenpolitik und Kriege 1922-1943 - Js.
34. Im Vorfeld der Revolution von 1848: Der Weberaufstand - Angela Martin
35. "Komplizen der Mörder"? Hätten mehr Juden vor dem Holocaust gerettet werden können? - Kt.
36. Ein Meisterwerk der Weltliteratur. Umberto Eco über das Kommunistische Manifest
37. Quelldatei 35.htm

38. ak-Redakteurin gesucht!
39. Träger "Friedensprozeß"

1. Erwerbslos - nicht wehrlos!

Rubrik: Arbeiterbewegung; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/arbeit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:arbeit

Seit Lenins Zeiten lacht die Welt über die deutschen Revolutionäre mit der Bahnsteigkarte. Frankreich dagegen! Nach den Massenstreiks im Herbst 1995 und den wirkungsvollen Straßenblockaden der Lkw-Fahrer waren es diesmal die französischen Erwerbslosen, die europaweit ein Zeichen setzten und zeigten, wie es gemacht wird: Sie besetzten nicht nur die Arbeitsämter, sondern erschreckten die Bourgeois auch an den exklusiven Orten, wo diese bisher unter sich waren. Selbstbedienung im Luxusrestaurant, Austern und Champagner für alle - mit sol-

chen Aktionen und Parolen läßt sich im Zeitalter allgegenwärtiger Medien maximale Öffentlichkeit herstellen.

"Von Frankreich lernen", "mit Kohl französisch reden" wollen nach eigenem Bekunden auch die InteressenvertreterInnen der deutschen Erwerbslosen. Helmut Diekwisch, Vorsitzender des "Fördervereins Gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit" über den Aktionstag gegen Arbeitslosigkeit am 5. Februar: "Es ist ein Versuch, so was wie die Stimmung in Frankreich nach Deutschland zu holen - aber gewaltfrei und legal." Höhepunkt der auf Monate geplanten Kampagne des Vereins sei "ein Besuch im September bei Bundespräsident Herzog".

150 Jahre nach 1848 ist in Deutschland die Haupttendenz Resolution. Sozialdemokraten liefern sich im Bundestag einen "harten Schlagabtausch" (Medienjargon) mit Christdemokraten und Liberalen; Joschka Fischer, in der rot-grün orientierten Presse als "der eigentliche Oppositionsführer" gefeiert, wirft der Regierung "Handlungsunfähigkeit" vor. Auch die Gewerkschaftsfunktionäre, die den Erwerbslosen am 5. Februar einige warme Worte sagten, orientieren auf den "Wechsel" - der Regierung, nicht der Politik. DGB-Chef Schulte propagierte - schön ausgewogen - ein "Bündnis mit oben" und ein "Bündnis mit unten" als Mittel gegen das "permanente destruktive Gegeneinander".

Und doch: Es tut sich etwas bei den Erwerbslosen in Deutschland, und die dezimierte und politisch handlungsunfähige radikale Linke hat - bei aller berechtigten Skepsis - keinen Grund, sich über die Beschränktheiten der neuen Bewegung lustig zu machen. Etwa 50.000 Menschen beteiligten sich an den dezentralen Aktionen des 5. Februar, teilweise mit fragwürdigen Parolen ("Nehme jede Arbeit an"), aber auch mit Witz, Elan und der Bereitschaft, den engen Rahmen "legalen" Protestes zu sprengen.

Ein bißchen Nachhilfe durch die kampferprobten französischen Erwerbslosen kann nicht schaden. Von einem "europäischen Syndikalismus", zumindest von einem "deutsch-französischen Bündnis der Gewerkschaften" träumt der französische Soziologe Pierre Bourdieu. Wenn überhaupt, dann wird sich dieses Bündnis nur von unten herstellen lassen. VertreterInnen der Gruppierung AC! (Agir contre le chômage) reisen zu diesem Zweck zur Zeit durch die BRD.

In dieser ak-Ausgabe:

- Ein Anfang ist gemacht. 50.000 Erwerbslose schlagen Krach Seite 4

- Liverpool: Victory to the dockers!? Seite 4

- Sieben heiße Wochen: Der Kampf der französischen Erwerbslosen Seite 5

- "Wir mußten erst die Ämter besetzen". Interview mit AC!

Seite 6

- Existenzgeld für alle! Seite 7

2. Spendenaufruf: Auf zum Endspurt!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:40

Spendenaufruf: 40.000 DM für ak!

Auf zum Endspurt!

Die Überweisungsträger für unsere Spendenkampagne sind fast aufgebraucht. Wenn uns nicht alles täuscht, wartet noch das eine oder andere Exemplar darauf, ausgefüllt zu werden. Jeder Betrag, ob zwei-, drei- oder vierstellig - weiter wagen wir erst gar nicht zu denken -, sichert die weitere Herausgabe von ak. Bisher haben wir knapp 80 Prozent unseres Spendenzieles erreicht. Bleibt der Trend der letzten drei Monate erhalten, werden wir im nächsten Monat an dieser Stelle die Erfüllung unseres Spendenzieles vermelden - sagt unser Hausökonom. Und dem glauben wir in dieser Frage nur zu gerne. Wir versprechen, alles was über die 40.000 DM hinausgeht, nur sinnvoll anzulegen. Z.B. für die notwendigen Berge an Gummibärchen, Lakritzzungen, salzigen Heringen (die heißen wirklich so), Karamelbonbons, Schokolade, Kuchen und neuerdings auch Obst an unserem Produktionswochenende. Denn nicht immer finden wir solche SpenderInnen, die uns (wie heute) ein leckeres kaltes Buffet zukommen lassen (hat köstlich geschmeckt!). Aber das alles nur, wenn der statistische Trend anhält und mehr als die fehlenden 8.247.- DM in den nächsten vier Wochen auf unserem Spendenkonto auftauchen.

Neben diesen produktionsnotwendigen Dingen werden wir demnächst wohl auch einen neuen Drucker brauchen; irgendwie zeigt der alte in letzter Zeit immer "Paper Jam" an und muß ausgetauscht werden, sagt unser Haustechniker. Und dem glauben wir in diesem Falle auch, wenn auch ungerne.

An dieser Stelle schon mal ganz herzlichen Dank an alle bisherigen Spender und Spenderinnen. Alle anderen möchten wir bitten einen der praktischen Überweisungsträger, die den letzten drei ak-Ausgaben beilagen, auszufüllen. Jede andere Form der Transferleistung ist uns natürlich genauso lieb.

Eure ak-Redaktion

P.B., Hamburg 10,00

A.E., Hamburg 800,00

H.J.G., Hamburg 100,00

A.K., FFFM 200,00

Th.K., Berlin 250,00

St.W., xy 20,00

St.H., Augsburg 100,00

B.-E.M., Heidelberg 50,00

B.R., Hamburg 100,00

F-K.+I.H., Berlin 20,00

RE. + ED., Bonn 1500,00

S.B., xy 20,00

G.M., Darmstadt 100,00

N.N., Hamburg 100,00

K.-H.R., Hamburg 100,00

T.B., Bonn 50,00

N.P., xy 50,00

N.N., Lüneburg 100,00

E.C., Braunschweig 350,00

J.G., Hamburg 50,00

D.A., xy 100,00

R.E., Otterndorf 50,00

D.D., xy 150,00

C-L. FFM 300,00

M.H., Tübingen 500,00

E.M., xy 20,00

G.S., xy 50,00

B.P., Berlin 150,00

W.R.-R., Bremerhaven 300,00

KB Nürnberg 3000,00

G.Ch., FFM 50,00

P.D., Saarlouis 50,00

W.Z., xy 250,00

N.R., Berlin 75,00

R.M., Oldenburg 50,00

Sch.T., Tübingen 500,00

H.R., Salzgitter 100,00

K.R., xy 50,00

I.B., Hamburg 1000,00

Summe 10815,00

Eingang bis 12.01.98 20938,00

Gesamt bis 06.02.98 31753,00

3. Widerruf (Dokumentation einer Widerruf- Forderung von Hermann L. Gremliza)

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:12

Im folgenden dokumentieren wir das Fax, welches wir am 21. Januar in der ak-Redaktion von H.L. Gremliza erhielten. Wir bringen es unseren Leserinnen und Lesern ungekürzt zur Kenntnis und "unterlassen jegliche redaktionelle Kommentierung".

Per Fax

HVV KONKRET. Ruhrstraße 111. 22761 Hamburg

An die Geschäftsführung des "ak"

Betr.: Widerruf

Hamburg, den 21.1.98

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Seite 31 der Zeitschrift "ak" Nr. 409, die mir erst heute zur Kenntnis gelangt, lassen Sie Ihren Autoren C. Jünke den Umstand geißeln, daß der KONKRET-Herausgeber an anderen sich als links verstehenden Publikationen durch die Einschaltung der "bürgerlichen Strafjustiz" (gemeint ist wohl, wie an anderen Stellen des Beitrags auch, das Gegenteil, hier: die Ziviljustiz) "sein Herrschaftsmütchen kühle". Am selben Ort lassen Sie ihren Autor behaupten, ich hätte "Mitte der 80er Jahre" den damaligen KONKRET-Chefredakteur M. Bissinger gekündigt.

Wie gerade Sie wissen, habe ich Anwälte und Gerichte gegen Ihr Blatt immer nur bemüht, weil anders eine ordnungsgemäße Richtigstellung von Ihnen verbreiteter falscher Behauptungen nicht zu erreichen war. Nun wäre es ja denkbar, daß Sie im Laufe der Jahre dazugelernt hätten, und da nichts mir ferner läge, als solchem Fortschritt die Honorierung zu versagen, mache ich ihnen folgendes Angebot:

1. Sie drucken in der nächst erreichbaren Ausgabe Ihrer Zeitschrift "ak" nachfolgenden Text ab und heben ihn drucktechnisch so hervor, daß er von keinem Leser der Erstmitteilung übersehen werden kann:

Widerruf

In der Nr. 409 des "ak" hat unser Autor C. Jünke auf der Seite 31 die Behauptung aufgestellt, der Herausgeber von KONKRET, Hermann L. Gremliza, habe "Mitte der 80er Jahre ... seinen Chefredakteur Bissinger" gekündigt. Diese Behauptung ist unwahr. Wir bedauern sie und den durch ihre Mitteilung entstandenen Eindruck.

"ak"-Redaktion

2. Sie unterlassen jegliche redaktionelle Kommentierung sowohl des Widerrufs als auch des Widerruf-Begehrens.

3. Sollten Sie Ihre Leser von meinem Schreiben in Kenntnis setzen wollen, werden Sie dies nur im vollständigen Wortlaut tun.

4. Die Geschäftsführung Ihres Verlags teilt bis 23. Januar 1998 um 12.00 verbindlich mit, daß sie sich verpflichtet, zu verfahren wie hier vorgeschlagen. Tun Sie das, werden Ihnen keinerlei Kosten entstehen. Tun Sie es nicht, zwingen Sie mich, Ihnen und Ihrem Autor eine neue Gelegenheit zu bieten, die kostenträchtige Kühlung meines Herrschaftsmütchens durch Inanspruchnahme der Klassenjustiz zu bejammern.

Mit freundlichen Grüßen

Hermann L. Gremliza

4. Der Holocaust und die Wehrmacht. Warum die Nazis wieder in Dresden marschierten

oder: Warum die Nazis wieder in Dresden marschierten

Autor: Tom Kucharz · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:22

"Und, bist du schon in der Wehrmachtsausstellung gewesen? - Nee, wir geh`n nächste Woche mit der Schule hin." So oder ähnlich klang es die letzten Tage öfters in Dresdens Straßenbahnen, wenn man den Gesprächen von Jugendlichen lauschte. Gut eine Woche nach Eröffnung der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechender Wehrmacht 1941 - 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung war es der Überlebende der Konzentrationslager Theresienstadt und Birkenau, Jan Jecha aus Prag, den die Veranstalter als 10.000sten Besucher empfingen.

"Es verläuft bisher reibungslos, und es kommen weit mehr als wir erwartet haben", sagte Peter Grohmann von der AnStiftung, einer der Initiativen, die die Wehrmachtsausstellung nach Dresden holten. "Es hätte ja auch anders ausgehen können, wenn sich die Leute von den Rechten hätten einschüchtern lassen. Viele Leute, die herkommen, haben trotzdem Angst. Einige Ältere schauen sich erst ängstlich um, bevor sie die Ausstellung betreten." Es kommen vor allem Schulklassen und ältere Menschen, darunter viele Kriegsteilnehmer. Einige Eltern hätten besorgt nachgefragt, ob ihren Kindern auch nichts geschehe, wenn sie mit der Klasse nach Dresden zur Wehrmachtsausstellung fahren, erzählt Peter Grohmann. Die Sensationspresse hatte es also geschafft, die Situation hochzuputschen, anstatt ernsthaft über die Inhalte der Ausstellung oder über die wirkliche Bedrohung durch rechtsradikale Organisationen zu berichten.

Medienereignis war die Ausstellung in den vergangenen Wochen vor allem deshalb, weil rechtsextreme und nationalkonservative Kreise sie ins Visier nahmen. Dresden ist die 23. Stadt, in der die Ausstellung Station macht. Schade ist nur, daß sie an solch einem unwürdigen Ort gezeigt wird. Die Toiletten stinkig, der Raum zu eng und das Gebäude nicht behindertengerecht. Von außen ist nicht erkennbar, daß die Technischen Sammlungen eine so wichtige Ausstellung beherbergen. Distanziert sich da der Museumsdirektor? Distanziert haben sich viele Verantwortliche von Stadt und Land. Verschiedene regierende Politiker verhinderten, daß die Wehrmachtsausstellung im Rathaus oder im Landtag gezeigt werden konnte. Diese Distanzierungen haben die Neofaschisten gestärkt, die gegen die Ausstellung hetzen und bei einem Aufmarsch am 24. Januar 1998 ihre "nationale Ehre" verteidigen durften. Kaum war bekannt, wo und wann die Ausstellung in Dresden eröffnet werden würde, begannen die rechtsextremen Organisationen ihre Propaganda. Die NPD mobilisierte bundesweit zum nationalen Aufmarsch nach Dresden.

Die Gegendemonstration vom Bündnis gegen Rechts unter dem Motto "Kein Platz dem faschistischen Geschichtsrevisionismus. Verbrechen lassen sich nicht leugnen" wollte am selben Tag ein deutliches Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Neonazismus setzen. Doch nur 1.200 Menschen schlossen sich dem an. Das Bündnis gegen Rechts, bestehend aus Antifagruppen, PDS, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Gewerkschaften und anderen politischen Initiativen, hatte sich Anfang Dezember 1997 gegründet und sich vorgenommen, den Naziaufmarsch zu verhindern. Dieser Vorsatz wurde von der Stadtverwaltung, regierenden Politikern und vielen Medien als "extremistisch" bewertet.

Die Gleichsetzung von "Links" und "Rechts" trug dazu bei, daß das Ziel, den Naziaufmarsch zu verhindern, nicht erreicht wurde. Die Verantwortlichen gingen nur halbherzig gegen den Naziaufmarsch vor; Oberbürgermeister Herbert Wagner (CDU) trägt Mitschuld daran, daß am 24. Januar über 1.000 Jung- und Altnazis in der Dresdner Innenstadt rassistische und antisemitische Parolen brüllen durften. Beschützt wurden sie von einem Großaufgebot der Polizei, das sich nur gegen die Antifaschisten richtete, aber nichts unternahm, als auf der NPD-Kundgebung Nazi-Lieder gegröhlt wurden. Einigen Antifaschisten war es dagegen gelungen, die Verantwortlichen der katholischen Hofkirche zum Eingreifen zu bewegen. Plötzlich begannen während der Rede des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt die Kirchenglocken zu läuten. Voigt sprach gerade davon, daß die Macher der Wehrmachtsausstellung geteert und gefedert gehörten. Das rechte Jungvolk begrüßte die Worte mit der Parole "Aufhängen, aufhängen!"

Das Bündnis gegen Rechts konstatierte einen "schwarzen Tag", auch wenn ein kleines Zeichen gegen neofaschistische Tendenzen gesetzt werden konnte. Aber wer die Neofaschisten hat marschieren sehen, der hat sehr wohl begriffen, welche Gefahr von ihnen ausgeht. Schwarz-weiß-rote Fahnen mit Eisernem Kreuz und andere nationalistische Symbole erinnerten an die Aufmärsche im Nationalsozialismus. Auch glichen diese Bilder denen von 1991, als ebenfalls mehrere Hundert Nazis in Dresden marschierten. Drei Monate später wurde der Mosambikaner Jorge Gomondai von Rechtsradikalen ermordet. Seitdem verzeichnet die NPD und ihre Jugendorganisation ("Junge Nationaldemokraten") starken Mitgliederzuwachs auf insgesamt über 800 Personen in Sachsen. In den 17 aktiven Kreisverbänden finden sich vor allem Skinheads und ehemalige Angehörige verbotener Organisationen. Führende Funktionäre der NPD/JN haben nicht nur die Aufmärsche der Nazis in Dresden und München organisiert. Ihnen gelingt es auch, immer mehr junge Leute für rechtsextremen Gruppierungen zu gewinnen. Das muß als ernste Gefahr erkannt werden, sonst wird die Zahl der Opfer rassistischer Gewalt weiter ansteigen.

Die Debatte zur Wehrmachtsausstellung im Sächsischen Landtag (23.1.) zeigte, wie konservative Kreise den Boden bereiten für rechtsextremistische Hetze und Gewalt. Der Abgeordnete Schimpff (Rechtsaußen der CDU) bewertete die Ausstellung als "Geschichtsfälschung" und erhielt Zustimmung bis hin zu Biedenkopf von der Sächsischen Staatsregierung. Regierende Politiker werden so zu verbalen Brandschatzern, anstatt wirksam gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen.

Tom Kucharz

5. Beratung ohne Schein. Bischöfe im Streit um Paragraph 218 einmal auf dem richtigen Weg

Bischöfe im Streit um § 218 einmal auf dem richtigen Weg

Autor: Barbara Ritter · Rubrik: Kirche und Religionen; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:20

Wer hätte das gedacht: Er ist wieder auf der Tagesordnung, der Streit um den § 218! In einem wahren Staffellauf hat sich innerhalb von drei Wochen die katholische Kirche an die Spitze der Bewegung gesetzt.

Zunächst schien es allerdings so, als würde Familienministerin Claudia Nolte dem Erzbischof Dyba - auch bekannt als "Glöckner von Fulda" - die Show stehlen wollen: Am 28.12.97, am "Tag der unschuldigen Kinder" (die Herodes-Kindermord-Geschichte läßt grüßen), an dem Dyba jahrelang sein Mahnläuten aufführte, hat sie laut darüber nachgedacht, ob der § 218 noch ein weiteres Mal durch das Bundesverfassungsgericht "nachgebessert" werden müsse, wegen der "erschreckend hohen Abtreibungszahlen"... doch selbst Kohl bemühte sich, seiner Ministerin das statistische Artefakt zu erklären und pfiff sie zurück auf die Bank.

Wenige Tage später, in seiner Silvesterpredigt hat dann der bayerische Kardinal Friedrich Wetter ein paar schwere Kanonenschläge in Richtung weibliches Selbstbestimmungsrecht abgefeuert. Er zeigte sich entsetzt über "die Tatsache, daß Jahr um Jahr Tausende und Abertausende kleiner Natalies bereits im Schoße der Mutter getötet werden". Dieser makabere Vergleich von Abtreibung mit dem Sexualmord an einem Kind hat ihm postwendend jede Menge scharfer Kritik eingebracht. Sogar der Großvater der getöteten Natalie, selbst ein gläubiger Katholik, verwehrte sich öffentlich gegen diese mehr als geschmacklose Vereinnahmung.

So gesehen war seine Predigt zwar eher ein Schuß in die eigene Soutane, aber die katholische Kirche hat ja noch mehr Pulver. Kaum verzieht sich der Rauch, grüßt der Papst vom Rand des Spielfelds: Die Ankündigung seines "Wortes" an die deutsche katholische Bischofskonferenz macht schon Wochen vor dem Öffnen des Briefes Wind. Der Unfehlbare fordert darin den Ausstieg der katholischen Beratungsstellen aus der § 218-Beratung, zumindest dürfe kein Beratungsschein mehr ausgestellt werden, denn das sei die "Lizenz zum Töten". Und sofort erhebt sich ein Jammern und Wehklagen quer durch die Republik, die katholische Kirche dürfe sich aus dieser "wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe" nicht lösen.

Ja warum denn eigentlich nicht? Wer von "Massakern an Unschuldigen", von Mord und Totschlag stöhnt, wenn es um abbruchwillige Frauen geht, der sollte doch bitteschön die Finger von der Beratung eben dieser Frauen lassen. Bei diesem nun schon Jahrzehnte lang anhaltenden Streit um den Schein könnte man ja auch mal fragen, ob der Verlust von katholischen § 218-Beratungsstellen eventuell doch relativ leicht zu verschmerzen wäre.

Natürlich gingen bei Caritas und dem Sozialdienst katholischer Frauen wieder einige Sozialpädagoginnenstellen flöten ... und persönlich sind die Beraterinnen ja auch echt integer. Da aber die gesetzlich erzwungene Nachfrage nach Beratung konstant bleibt, müßten bei anderen Trägern neue Stellen eingerichtet werden.

Die Sorge um ein flächendeckendes plurales Beratungsangebot ist ebenfalls eher vordergründig: Zwar sind bundesweit 27% aller Beratungsstellen in katholischer Hand, die Nachfrage nach § 218-Beratung zur Ausstellung des Scheines ist jedoch bei katholischen Beratungsstellen wesentlich geringer. In Hessen gibt es außerhalb Dybas Dunstkreis 20 katholische Beratungsstellen, gegenüber 58 anderen Trägen, d.h. rund 26% der hessischen Stellen sind katholisch, die jedoch nur 6% der Schein-Ausgaben in Hessen durchführen.

Dann bliebt da noch das Bangen der CDU und CSU, daß ein erneutes Aufkochen der abgestandenen § 218-Soße ausgerechnet im Wahljahr die Christliche Partei um WählerInnen am rechten Rand bringen könnte. Zur Machtergreifung der Partei bibeltreuer Christen wird's aber deshalb nicht kommen.

Und auch etliche in der katholischen Kirche fürchten um weitere Mitglieder- und damit Einnahmeverluste. Auch gut. Mit diesem Ergebnis darf man bei so viel "Entschiedenheit und Glaubwürdigkeit" rechnen. Da kann es schon vorkommen, daß sich die eine oder andere entscheidet, sich von dieser Glaubenslehre abzuwenden, bevor sie exkommuniziert wird.

Begrüßenswerter

Ansatz mit fatalen Folgen

Insgesamt könnte die Bilanz des Ausstiegs aus der § 218-Beratung also doch recht positiv aussehen. Ein erster Schritt zur Trennung von Kirche und Staat, dem noch mehr, vor allem von Seiten des Staates folgen sollte - und nebenbei bemerkt - der vor der evangelischen Kirche nicht Halt machen sollte.

Doch leider sieht es nicht so aus, als würden irgendwelche PolitikerInnen ernsthaft die Chance nutzen wollen, die Kirche in die Schranken zu weisen und ihr die staatlichen Zuschüsse zu streichen. In den meisten Bundesländern ist die Bereitschaft, den gesetzlichen § 218-Beratungsschein auszustellen, die Voraussetzung für diese erheblichen Zuschüsse, die sich auf die gesamte Einrichtung beziehen. Daher also die Aufregung bei Caritas und dem Sozialdienst katholischer Frauen. Und soviel zu dem vielbemühten "unverzichtbaren Bestandteil des Schutzkonzepts".

Nur in Hessen wird nicht pauschal, sondern fallweise nach Art der Beratung abgerechnet. Deshalb konnte im hessischen Fulda der päpstliche Musterknabe Dyba ja auch praktisch risikolos auf die Ausgabe von Beratungsscheinen verzichten, denn bei seinen Beratungsstellen tendierte die Nachfrage nach der "Schein"-Beratung schon vor dem "Ausstieg" praktisch gegen null. Schwangere Frauen suchen seine Beratungsstellen nach wie vor wegen finanzieller Hilfen auf, die dort reichlich versprochen werden. "Die Wahrheit über die Schwangerschafts(konflikt)beratung nach dem Fuldaer Modell", mit der Dyba im Bonifaziusboten auftrumpft, kann er sogar statistisch belegten. In einem Gerichtsverfahren haben die kirchlichen Träger in Hessen erst kürzlich durchgesetzt, daß auch Beratungen nach der 13. Schwangerschaftswoche, wo es ganz klar nicht um einen Abbruch gehen kann, als "Konfliktberatung" zählen und entsprechend staatlich finanziert werden.

Das hessische Finanzierungsmodell ist eine Variante, aber das unseelige Schwangerschaftskonfliktgesetz bietet noch eine weitere. Dieses 1995 verabschiedete Gesetz macht es nämlich möglich, daß auch solche Beratungsstellen pauschal in den Genuß staatlicher Finanzierung kommen, die keinen Beratungsschein ausstellen, sondern nur allgemein informieren und beraten "in Fragen der Sexualaufklärung, Verhütung und Familienplanung sowie in allen eine Schwangerschaft unmittelbar oder mittelbar berührenden Fragen" - alles die jahrhundertealten Lieblingsthemen der katholischen Kirche. Da könnte sie dann endlich nahtlos wieder da anfangen, wo sie in den siebziger Jahren beim Kampf gegen die Pille verloren hat.

Doch selbst wenn die katholischen Bischöfe tatsächlich aus der § 218-"Schein"-Beratung aussteigen, dann darf man nicht glauben, daß sich die Männer mit den steifen Kappen befriedigt zurücklehnen und fürderhin Ruhe geben. Nein, dann haben sie und die militanten LebensschützerInnen endlich ihre in Unschuld gewaschenen Hände frei für noch unverschämtere Angriffe auf alle anderen Beratungsstellen. Schon direkt nach der Verabschiedung des neuen § 218 lamentierte der Vorsitzende der Juristenvereinigung Lebensrecht, daß die kirchlichen Beratungsstellen eine "systemerhaltende Rolle" spielten und eine erneute Verfassungsklage nur verzögerten. "Solange man noch die kirchlichen Beratungsstellen als Alibi im pluralen Angebot hat, wird die nicht zuletzt dadurch ermöglichte, im Grunde verfassungswidrige Praxis um so bedenkenloser geübt und hingenommen werden". (DT 8.7.95)

Der Druck durch Bespitzelung und Anschwärzen wegen angeblich nicht verfassungsgemäßer Beratung wird bei den übrigen Beratungsstellen unausbleiblich wachsen und die sowieso miese Situation der Zwangsberatung für die betroffenen Frauen verschärfen. Denn daß die Beratung überhaupt nicht kontrolliert werden könne, ist die größte Sorge der LebensschützerInnen: "Es gibt also kein Protokoll, auf welches die Frau zum Nachweis einer pflichtwidrigen Beratung zurückgreifen könnte. Das tote Kind als Hauptopfer kann es schon gar nicht." (Büchner, Vorsitzender der Juristenvereinigung Lebensrecht).

Es wäre doch zu schön gewesen, wenn Frauen beim Streit der Bischöfe einmal nur belustigt zuschauen könnten.

Barbara Ritter

"Tatsächlich knickt die ‚Pille` das Wachstum der Kirche mit allen seinen Folgen für den Priester- und Ordensnachwuchs sowie für das Kirchensteueraufkommen ganz sicher in zehn bis zwanzig Jahren. Es werden keine Kirchenneubauten mehr nötig sein ... Es wird genau das eintreten ..., weshalb vor einer Propagierung

der ‚Pille` gewarnt worden war, nämlich: bedrohlicher Geburtenschwund, Demoralisierung der Gesellschaft, Versexualisierung des öffentlichen Lebens, offene Propaganda für Pornographie und Nacktkultur ... Öffentliche Verhöhnung der Keuschheit mit der Folge eines Absinkens des Sozialprestiges des Priester- und Ordensstandes ... alles in allem eine geistige Umweltverschmutzung von bisher nicht gekannten Ausmaßen." Prophezeiung der "Offertenzeitung für die katholische Geistlichkeit Deutschlands" im Oktober 1977

6. Clintons Elchtest. Kriegsdrohungen gegen den Irak

Autor: Kt. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:33

Das Dilemma einer Monatszeitung: Wenn sie bei der Leserin und beim Leser ankommt, haben die Ereignisse vielleicht schon den Kommentar überholt und erledigt. Falls nicht, könnte es aber, rein technisch betrachtet, wohl immer noch jeden Tag losgehen: Die Luftstreitkräfte der USA und Großbritanniens stehen im Golfgebiet zur nächsten Strafexpedition gegen den Irak bereit. "Präzise" und "verheerende" Angriffe ihrer Kampfflugzeuge "über mehrere Wochen" sind angesagt. Bei "Nadelstichen" soll es nicht bleiben, aber Bodentruppen sollen auf keinen Fall eingesetzt werden. Daß man auf diese Weise die im Irak vermuteten Arsenale chemischer und bakteriologischer Waffen vollständig vernichten könnte, behauptet keiner von den verantwortlichen Politikern und Militärs. Auch Saddam Hussein werde man damit wohl immer noch nicht stürzen können, sagen sie. Aber wozu denn auch? Gute Sparring-Partner sind rar!

Kriege folgen nicht unbedingt der vordergründigen politischen und wirtschaftlichen Rationalität, auch wenn die Linke in der Regel dazu neigt, schematisch in erster Linie solche Gründe, vor allem natürlich immer wieder das Erdöl, in jeden bewaffneten Konflikt hinein zu geheimnissen. Das war schon im Fall des britischen Falkland-Krieges abseitig und paßte auch auf den Koalitionskrieg gegen den Irak 1991 nur sehr eingeschränkt.

Kriege sind - in einer Zeit, wo die wichtigsten Großmächte kaum noch welche führen und schon gar nicht gegeneinander - in erster Linie Selbstzweck: Testgelände und Leistungsschau in einem. Man stelle sich zum Vergleich die Situation der Fahrzeugindustrie vor, wenn Autos zwar in riesigen Mengen produziert würden, aber auf keiner Straße gefahren werden dürften. So funktioniert weder der technische Fortschritt noch die profitorientierte Wirtschaft. Man produziert Kampfflugzeuge nicht nur, um sie eins nach dem anderen bei Übungsflügen abstürzen zu lassen und irgendwann mit der Einführung der nächsten Generation zu beginnen. Daß Staaten Armeen ausschließlich zu dem Zweck unterhalten, durch Abschreckung den Ernstfall zu verhindern, also niemals richtig Krieg führen zu müssen - was hierzulande noch in den 60er und 70er Jahren bierernst als Doktrin der Bundeswehr ausgegeben wurde -, kann als erledigter Aberglaube gelten.

Krieg muß sein, wenigstens von Zeit zu Zeit und in einem von vornherein kontrollierbar gewählten, zeitlich und räumlich begrenzten Rahmen. Wie sonst will man beispielsweise definitiv austesten - und der internationalen Fachwelt vorführen -, ob die amerikanischen Raketen und Bomben die bei der Auswertung des Krieges von 1991 registrierten Defizite hinsichtlich Zielgenauigkeit und Durchschlagskraft inzwischen überwunden haben?

Der Irak bietet für solche regelmäßig wiederkehrenden Leistungsschauen einige Vorzüge. Vor allem ist er nicht im geringsten zur militärischen Gegenwehr in der Lage, die eigenen Verluste der Angreifer sind also fast so berechenbar minimal wie beim Scheibenschießen. Das wirft zwar das Problem auf, daß die Testbedingungen selbstverständlich alles andere als realistisch sind. Es hat aber den Vorteil, daß kein großer propagandistischer Vorlauf zur Erzeugung einer Kriegshysterie notwendig ist. Saddam Hussein ist unsympathisch genug, um gegen den Irak jederzeit einen "kleinen" Krieg ohne innenpolitische Schwierigkeiten führen zu können, aber er ist nicht der Super-Schurke, gegen den sich eine "richtige" Kriegsstimmung mobilisieren ließe, die auch größere eigene Verluste aushalten würde.

Die USA wären "notfalls" auch zu einem Alleingang bereit, haben sie angekündigt. Sie würden andere Staaten nicht um Rat fragen, sondern ihnen nur ihre Absichten mitteilen, gab Außenministerin Albright bekannt. Zumindest Großbritannien steht aber als Kriegspartner bereits fest, und Deutschland will offensichtlich dankbar jede unterstützende Rolle übernehmen, die man ihm anbietet.

Tatsächlich ist die Basis der USA für die geplanten Militäraktionen gegen den Irak nicht so breit wie 1990/91. Andererseits werden die Unterschiede zur damaligen Situation vielfach sehr übertrieben dargestellt. Wahrscheinlich werden die USA nicht zum zweiten Mal einen Blanko-Auftrag der UNO bekommen, den sie dann in der Praxis so auslegen können, wie sie wollen. Solche internationalen Vollmachten sind als Legitimationsbasis selbstverständlich ein Glücksfall, aber sie sind sehr selten und zum Kriegführen nicht unbedingt erforderlich. Rußland scheint einen neuen Waffengang unter amerikanischer Führung abzulehnen, aber bei näherem Hinsehen unterscheidet sich das jetzige Verhalten der russischen Regierung nicht wesentlich von dem 1991 praktizierten: Bemühungen um eine "friedliche Konfliktlösung", so lange es geht, und

stillschweigende Unterstützung der USA, falls Saddam Hussein letzten Endes nicht "nachgibt" und militärische Aktionen "unvermeidlich" werden.

Ähnlich die arabischen Staaten. Diejenigen, die 1991 gegen den Krieg waren, sind selbstverständlich auch heute nicht dafür. Einige, die 1991 der Koalition gegen den Irak aktiv angehörten - vor allem Ägypten und Saudi-Arabien - erheben diesmal Einwände und werden vielleicht wirklich keine aktive Unterstützung leisten. Andererseits sind sie bisher nicht auf Konfliktkurs gegen die USA gegangen - und könnten sich das auch aus vielen Gründen gar nicht leisten. Wenn die amerikanischen Politiker und Militärs der Meinung sein sollten, daß sie für ihr Unternehmen Stützpunkte in Saudi-Arabien benutzen müßten, so würden sie ihnen wohl zur Verfügung gestellt werden. Ebenso stehen die Dinge in der Türkei.

Und was die "Volksmassen" der islamischen Welt angeht: Sie waren überwiegend schon 1991 gegen den Krieg und werden es sicher diesmal wieder sein, aber Revolutionen werden deshalb nicht ausbrechen. Die meisten islamischen Länder sind gegen Druck so anfällig wie Indonesien, das gerade mit weltwirtschaftlichen Mitteln an die Leine genommen wurde.

Kt.

7. Ein Anfang ist gemacht. 50.000 Erwerbslose schlagen Krach

Autor: gw. · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Arbeiterbewegung; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:39

Am 5. Februar wurde in Nürnberg die neueste "Erwerbslosenrekordmarke" in der Geschichte der Bundesrepublik bekanntgegeben. 4,823 Mio. statistisch erfaßte Menschen ohne Erwerbsarbeit, so lautet der aktuellste Wert aus dem Hause Jagoda. Damit stieg die Zahl der offiziell erwerbslos gemeldeten Personen seit Dezember um weitere 302.000 an. Die Arbeitslosenquote liegt nunmehr republikweit bei 12,6%. Gravierend sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. 3.235.500 gemeldete Erwerbslose im Westen entsprechen einer Quote von 10,5%, berechnet auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen. Mit 21,1% ist die durchschnittliche Erwerbslosenquote in den fünf östlichen Bundesländern doppelt so hoch; hier sind 1.587.700 Menschen erwerbslos gemeldet. Schon jetzt ist absehbar, daß spätestens bei der Bekanntgabe der Zahlen im März die Zahl der Erwerbslosen auf über fünf Millionen ansteigen wird.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, betätigt sich in der Zwischenzeit als Schönredner. Zwar gebe es die Rekordmarke, "gleichzeitig hielt sich der Anstieg aber in wesentlich engeren Grenzen als in den letzten Jahren." Oder noch blumiger: Im Westen hätten sich die "Besserungstendenzen verstärkt", im Osten sei die "Verschlechterung nicht mehr ganz so ausgeprägt." (Handelsblatt, 6.2.) Man kann es drehen und wenden, wie man will - die Erwerbslosigkeit steigt weiter an. Dies läßt sich sogar aus Jagodas Sprachübungen erkennen. Die Bundesregierung ihrerseits sieht - wen sollte es verwundern - das Allheilmittel in der Bekämpfung der Erwerbslosen statt in der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Weder statistische Mätzchen noch steigender Druck auf die Erwerbslosen, jegliche Arbeit anzunehmen, haben Nennenswertes gebracht. Im Januar wurden ganze 338.100 offene Stellen für das gesamte Bundesgebiet gemeldet.

Es regt sich Protest

Neu allerdings ist der vernehmbare Protest gegen diese Entwicklung. Angeregt von den Protesten, Demonstrationen und Besetzungsaktionen der französischen Erwerbslosen (siehe Artikel und Interview in dieser ak-Ausgabe), initiierte die in Bielefeld ansässige Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen gemeinsam mit Zusammenschlüssen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe-Initiativen für den 5. Februar einen bundesweiten Aktionstag vor den Arbeitsämtern. Insbesondere das seit dem 1. Januar geltende neue SGB III (Sozial-Gesetzbuch) wurde dabei thematisiert. Das SGB III löst das Arbeitsförderungsgesetz ab. Seither gilt die dreimonatige Meldepflicht; Geldleistungen werden nur noch einmal monatlich zum Monatsende ausgezahlt; Eigenbemühungen bei der Arbeitssuche müssen nachgewiesen werden; der Berufsschutz fällt weg; für Ältere wird die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gekürzt; Erwerbslose sollen zum Ernteeinsatz gezwungen werden. Zeitgleich kürzt die Bundesregierung weiterhin die Gelder für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Die Forderungen der Veranstalter bündelten sich im wesentlichen in vier Punkten:

- existenzsichernde Arbeitsplätze

- ausreichende finanzielle Absicherung in Form eines Existenzgeldes

- radikale Arbeitszeitverkürzung

- kein Arbeits- und Bewerbungszwang.

Im Vorfeld des Aktionstages wurden die dezentral geplanten Kundgebungen und Demonstrationen in den Medien zu großartigen Massenmanifestationen hochgejubelt. Eine Umfrage wurde bemüht - 65% der Erwerbslosen können sich ihre Teilnahme an Protestaktionen "vorstellen" -, um von Großdemonstrationen mit Millionenbeteiligung zu fabulieren. Auch von gewalttätigen Auseinandersetzungen wurde phantasiert. Daß es bei diesem ersten bundesweiten Aktionstag nicht zu großen Aufmärschen kommen würde, war all denjenigen klar, die sich schon länger mit der Materie beschäftigen. Die Mobilisierungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen war schon in der Vergangenheit nicht sehr ausgeprägt. Das hat sicherlich von Ort zu Ort unterschiedliche Gründe. Ein wesentlicher Aspekt dürfte aber in der mangelnden Unterstützung durch den

Gewerkschaftsapparat zu suchen sein, auch wenn bei diesem Aktionstag in bestimmten Städten Einzelgewerkschaften und örtlichen DGB-Einheiten konkrete Unterstützung leisteten.

In der Regel jedoch beschränkte sich die Unterstützung auf warme Worte der örtlichen DGB-Fürsten bei Kundgebungen. Auf Bundesebene wird auch weiterhin nicht viel zu erwarten sein. Sehr deutlich wurde das in einem am 6.2. im Neuen Deutschland veröffentlichten Interview mit dem DGB-Vorsitzenden Schulte: "Für einen erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit brauchen wir das ‚Bündnis mit oben` und das ‚Bündnis mit unten`. Das sind keine Alternativen... Es geht um sachliche, wirksame Absprachen, an die sich alle halten...; das ist allemal wirksamer im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, als ein permanentes destruktives Gegeneinander." Für Schulte und Co. sind Aktivitäten außerhalb von Tagungsräumen offensichtlich suspekt, noch wahrscheinlicher ist, daß sie sie als störend ansehen.

Insofern sind die rund 50.000 TeilnehmerInnen an Aktionen und Kundgebungen in etwa 200 Städten kein schlechter Anfang. In Oldenburg, Frankfurt und Schwerin kam es darüberhinaus zu Besetzungen der Arbeitsämter, die am Freitagmittag planmäßig beendet wurden. In Berlin wurden die DemonstrantInnen von der Polizei davon abgehalten, dem Regierenden Bürgermeister Diepgen im Roten Rathaus einen Besuch abzustatten. Auch die Frankfurter AktionistInnen konnten das geforderte kostenlose Nobel-Essen im Luxus-Hotel "Frankfurter Hof" nur durch die Scheiben der geschlossenen Türen begutachten.

Der Startschuß für monatliche Aktionen gegen die Arbeitslosigkeit ist gegeben. Der nächste Aktionstag wird am 5. März stattfinden. Problematisch erscheint mir die statische Terminierung der Aktionen immer auf den Tag, an dem die monatlichen Arbeitsmarktdaten verkündet werden. So geht jegliches Überraschungsmoment verloren. Im Verlauf des Sommers soll eine große Demonstration in Berlin organisiert werden. In den nächsten Tagen wird in einzelnen Städten Gelegenheit sein, mit VertreterInnen von AC! (Agir ensemble contre le chômage) in einen Erfahrungsaustausch zu treten (siehe Veranstaltungshinweise auf Seite 6). Vielleicht läßt sich ja einiges aus diesen Erfahrungen auf die bundesdeutsche Erwerbslosenbewegung übertragen.

gw.

8. Victory to the Dockers!?

Autor: captain swing · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:36

Nach fast 28 Monaten beendeten die Liverpooler Hafenarbeiter der Mersey Docks and Harbour Company (MDHC) am 26. Januar 1998 ihren Streik. Seit dem September 1995 kämpften die Docker um 500 Arbeitsplätze und für die Wiedereinstellung aller Kollegen. Im längsten Streik der englischen Nachkriegsgeschichte ging es nicht zuletzt auch um die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in diesem nunmehr radikal umstrukturierten Sektor der Transportwirtschaft.

Durch die engen zeitlichen Vorgaben in der Produktion und die extrem verringerte Lagerhaltung in den Betrieben (just-in-time) ist der Transportbereich zu einem strategischen Sektor geworden, der aber - wie die Streikbewegungen der Fernfahrer gezeigt haben - höchst angreifbar ist. Im Rahmen des National Dock Labour Scheme (NDLS) waren die Hafenarbeiter aller englischen Häfen seit 1947 in einer staatlichen Betriebsgesellschaft in festen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Spätestens mit Maggie Thatchers Amtsantritt standen diese Formen des institutionalisierten Klassenkompromisses zur Disposition. Im Verlauf eines landesweiten Streiks gegen die Auflösung des NDLS gelang es 1989 nur den Liverpooler Dockern, die Einführung von Tagelöhnerarbeit zu verhindern. Daraufhin begannen die Manager der MDHC einen zermürbenden Kleinkrieg zur Abschaffung gewerkschaftlich erkämpfter Rechte im Betrieb. Als im August 1995 die kleine Firma Torside Ltd. Beschäftigte durch Tagelöhner ersetzen und unbezahlte Mehrarbeit erzwingen wollte, war das Maß voll: Nicht nur die Torside-Arbeiter, sondern auch alle 500 MDHC-Docker traten in den Streik. Obwohl die Arbeiter auf Empfehlung ihrer Gewerkschaft T&GWU (Transport and General Workers Union) am 9. Oktober wieder zur Arbeit zurückkehren wollten, stellte die MDHC Streikbrecher der Firma Drake International ein, und verweigerte allen Hafenarbeitern die Rückkehr an ihre Arbeitsplätze.

Die zentrale Forderung der Streikenden war die Wiedereinstellung aller Arbeiter. Die Führung der T&GWU erkannte den Streik nicht an mit der Begründung, ihm sei keine offizielle Urabstimmung vorausgegangen. Die Docker mußten daher nach anderen UnterstützInnengruppen suchen. Durch landesweite Mobilisierung gelang es ihnen, ein Netz aufzubauen, das wesentlich zum finanziellen Durchhalten des Streiks beitrug. Selbstverständlich konnte der Streik mit der Unterstützung des Umfeldes geführt werden, seien es die Familien oder die community. Dabei haben sich die Frauen, Schwestern und Freundinnen der Docker in diesem Kampf eigenständig als Women of the Waterfront organisiert. Der Funke des Streiks sprang allerdings nicht auf andere industrielle Bereiche über. Die Docker versuchten daher, die internationale Solidarität kampfbestimmend zu machen. Schon traditionell gehen die internationalen Kontakte der Hafenarbeiter über formalisierte Gewerkschaftskontakte hinaus. Auf dieser Ebene wurde (und wird) ihnen die stärkste Solidarität entgegengebracht. So trieben z.B. australische Hafenarbeiter eine Schiffahrtslinie in den Bankrott; die Docker der US-Westküste legten mit einer Streikpostenkette den Hafen von Vancouver lahm; eine schwedische Gewerkschaft boykottierte in Göteborg regelmäßig Maersk-Schiffe für 12 Stunden.

Die Haltung der T&GWU, der sich die ÖTV und die holländische FNV anschlossen, verhinderte immer wieder offizielle Kampfmaßnahmen der ITF-Gewerkschaften (Internationale Transportarbeiterföderation). Dennoch haben die Streikenden immer wieder versucht, die T&GWU unter Druck zu setzen. Auf dem letzten Gewerkschaftstag konnten sie den Beschluß durchsetzen, daß die Gewerkschaft nicht nur den Soli-Fond der Docker unterstützt, sondern auch alles daran setzt, "um zu einem gerechten Ende des Streiks zu kommen". Im Oktober setzte der Vorsitzende der T&GWU im Alleingang eine Urabstimmung über das angeblich letzte Angebot der MDHC durch. Dieses "Angebot - £ 28000 Abfindung und 40 Jobs für 500 Docker - wurde mit 70% der Stimmen abgelehnt.

Im Januar jedoch sahen sich die Docker gezwungen, diese Frechheit - leicht verbessert - zu akzeptieren und einen geordneten Rückzug einzuleiten. Hintergrund ist nach ihrer eigenen Aussage der Versuch der MDHC, ihnen die Betriebsrenten zu streichen. Mindestens so schwer wiegt aber auch das Vorgehen von New Labour. Obwohl sie 14% der Anteile der MDHC besitzt, hat sich die neue Regierung nicht in den Konflikt eingemischt.

Der Streik ist vorbei, aber nicht der Konflikt. Trotz des mageren Ergebnisses bewerten die Docker den Streik positiv: Die permanenten Angriffe auf die Arbeitsbedingungen hatten einen Punkt erreicht, an dem die Geduld der Arbeiter zu Ende war. Der Kampf war einfach notwendig, "es reichte." Die Liverpooler werden weiterhin um

jeden Penny streiten müssen. Deshalb sind die UnterstützerInnen aufgefordert, weiter für den Soli-Fond zu sammeln.

captain swing

Ein Spendenkonto ist bei der IG Medien, Ortsverein Hamburg, eingerichtet. Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ: 200 101 11, Kto.-Nr.: 12 900 231 00, Stichwort: Flying Picket.

9. Die Massen wollen nach links! Der Klassenkampfgedanke wird immer populärer.

Autor: Umfrage des Inst. für Demoskopie Allensbach · Rubrik: Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:13

Bei aller Vorsicht gegenüber Umfrageergebnissen im allgemeinen und der Arbeitsweise des Instituts für Demoskopie Allensbach im besonderen - ein einziges Mal sind wir doch geneigt, die Warnung in den Wind zu schlagen: "Trau keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!". Zu schön klingt das, was Noelle-Neumanns Institut Ende vergangenen Jahres herausgefunden haben will: Immer mehr Menschen (44% in West-, 56% in Ostdeutschland) finden es richtig, "vom Klassenkampf zu sprechen", halten es dagegen für "leeres Gerede", "Arbeitnehmer und Arbeitgeber" zu "partnerschaftlicher Verständigung" aufzufordern.

Auch die FAZ-Redaktion war von der Umfrage schwer beeindruckt. Statt die unliebsame Nachricht zu unterdrücken, erschreckte sie ihre Kundschaft mit einer Grafik, die wir unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten wollen.

10. Verschnaufpause für die Erwerbslosen

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:17

Die Protestbewegung der französischen Erwerbslosen hat ihre Wirkung auf die soziale Integrationsfähigkeit der Pariser Linksregierung nicht verfehlt. Im Laufe des Januar stürzte die Beliebtheitskurve des sozialdemokratischen Premierministers erstmals ins Negative. Noch Ende Dezember 1997 hatte Lionel Jospin in den Meinungsumfragen 51 Prozent positive und 35 Prozent negative Voten erhalten. Bis zum 23. Januar fielen die positiven Stimmen auf 42 Prozent, die negativen kletterten auf 48 Prozent. Jospin verlor vor allem bei den Wählerinnen und Wählern der Linken: den KP-Wählern (Rückgang der positiven Stimmen von 78 auf 59 Prozent), den Sympathisanten der grünen Partei (von 57 auf 44 Prozent) und selbst bei den Anhängern der Sozialdemokratie (von 83 auf 73 Prozent).

Es war für die Regierung also höchste Zeit, zu handeln. Zunächst galt es, dem von den Medien und der Rechtsopposition beschworenen "Chaos" innerhalb der Koalition ein Ende zu setzen. Dort hatte die KP - und anfangs auch die Grünen - die Arbeitslosenbewegung genutzt, um ein eigenständiges Profil zu erwerben. Während die KP-Vertreter im Kabinett und vor allem der kommunistische Transportminister Jean-Claude Gayssot ("der gute Schüler", wie ihn Le Monde nennt) die von der Regierung angeordneten Polizeieinsätze gegen die Besetzer öffentlicher Gebäude "loyal" unterstützten, griff die Partei lautstark die Forderungen der Arbeitslosen auf. Auch ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Jospin und KP-Sekretär Robert Hue konnte den Konflikt nicht lösen. Zwar verlautbarte offiziell, es sei "harmonisch" verlaufen. Laut der - gewöhnlich gut informierten - Enthüllungszeitung Le Canard enchainé (28.1.) sah die Realität freilich weniger idyllisch aus, und Jospin stellte demnach gegenüber dem Chef der zweitgrößten Regierungspartei klar: "Einen Schritt weiter, und es wäre aus gewesen." Hue entgegnete: "Aber ich muß auch auf meine Truppen und meine Wähler Rücksicht nehmen."

Le Monde brachte am 29. Januar eine treffende Analyse: "Man muß eine Bewegung beenden können, und die CGT ist Meisterin in dem Fach. Die CGT, die am Ausgangspunkt für drei verschiedene Demonstrationen am Dienstag, dem 27. Januar, stand - die erste mit den Arbeitslosenvereinigungen für die Verteidigung der 35-Stunden-Woche und die Anhebung der Mindest-Sozialleistungen, die zweite mit ... dem Personal der nationalen Direktion für die Instandhaltung der öffentlichen Infrastruktur und die dritte mit (den Eisenbahnern) ... - und die drei Demonstrationen nicht zusammenlaufen ließ, hat (am Dienstag) keine Massenmobilisierung provoziert. Sie hat, auf sanfte Weise, die Luft aus der Mobilisierung für die Erwerbslosen herausgelassen. Das Charakteristikum der drei Demonstrationszüge (...) ist ihre Zusammensetzung: sie bestanden zu drei Vierteln aus CGT-Angehörigen." Eine ähnliche Methode hatte die CGT bereits anläßlich der Streikwelle im Herbst 1995 und, natürlich, im Mai 1968 angewandt.

Kennzeichnend für die jüngste soziale Mobilisierung, welche die Erwerbslosen angestoßen hatten, war allerdings der sichtbare interne Streit mehrerer Flügel innerhalb der Apparate von KP und CGT. Jener Flügel der CGT, der als "orthodox" gilt (das heißt dem alten sowjetischen Modell von Partei- und Gewerkschaftsapparat verbunden) und die Regierungsbeteiligung intern kritisiert, hatte massiv seine Kräfte in die Unterstützung der Arbeitslosenbewegung investiert. Dies gilt insbesondere für Marseille, wo die Arbeitslosenbewegung ihren Ausgang nahm. Die Auflösung des einst monolithischen KP/CGT-Apparats in divergierende Fraktionen und die Schwächung seiner gesamtgesellschaftlichen Stellung in den letzten Jahren ermöglichten es der Erwerbslosenbewegung, Partei und CGT einige Wochen lang vor sich herzutreiben und zur Unterstützung ihrer Forderungen zu verpflichten.

Gegen Ende Januar freilich setzten die Apparate erneut ihr ganzes Gewicht ein, um die Bewegung an unkontrollierter Ausbreitung zu hindern. Die Selbstorganisationen der Arbeitslosen wiederum benötigen, nach ihrer intensiven Kraftanstrengung während der letzten Wochen, dringend eine Verschnaufpause. Voraussichtlich werden sie schon am 7. März erneut auf die Straße gehen, wenn das Parlament die Debatte über das "Gesetz gegen den sozialen Ausschluß" beginnt.

Am 30. Januar konnte die angeschlagene Regierung eine positive Überraschung verbuchen: Die Arbeitslosenzahlen seien Ende 1997, dank einer in den letzten Jahresmonaten anlaufenden Konjunktur, merkbar gesunken. Le Monde (31.1.) titelte: "Die Arbeitslosigkeit ging 1997 um 1,7 Prozent (...) zurück". Wie immer ist es allerdings nützlich, auch das Kleingedruckte zu lesen: "Doch Vorsicht ist geboten. Um so mehr,

als die alte Zählmethode im August 1995 aufgegeben wurde, welche die Personen mitzählte, die als Arbeitssuchende gemeldet waren, aber mehr als 78 Stunden im Monat arbeiteten. Nach (der alten Methode) ist die Arbeitslosigkeit (...) im letzten Jahr um 2,2 Prozent gestiegen."

Unterdessen richten sich aller Augen auf die Debatte der Nationalversammlung um die 35-Stunden-Woche. Rund 1.500 Änderungsanträge zu dem Gesetzentwurf sind zu bearbeiten. Der Text sieht die Einführung der 35-Stunden-Woche zum 1.1. 2000 vor, freilich nur für Betriebe ab 20 Beschäftigten. (Ursprünglich war die Schwelle auf 10 Beschäftigte angesetzt worden, Wirtschaftsminister Strauss-Kahn hatte sich zwischenzeitlich für ihre Anhebung auf 50 Beschäftigte stark gemacht.) Die kleineren Betriebe sollen dann 2002 folgen - bis dahin sind freilich wieder Wahlen. Die konkreten Modalitäten für die Einführung der 35 Stunden und die von der Regierung ausdrücklich verlangten Gegenleistungen der Beschäftigten sollen in Verhandlungen der "Sozialpartner" Betrieb für Betrieb vereinbart werden.

Die Unternehmerschaft wendet derzeit eine Doppelstrategie an: Frontal bekämpft ihr Zentralverband CNPF die "autoritäre und uniforme Arbeitszeitverkürzung", die auf die Bedürfnisse des einzelnen Betriebs keine Rücksicht nehme. Dessen Unterorganisationen betreiben gleichzeitig eine intensive Lobbyarbeit, um die von den Wirtschaftsführern als notwendig erachteten Bestimmungen in dem Gesetz zu verankern; dazu gehört insbesondere die annualléation, d.h. die Flexibilisierung der Arbeitszeit, für die nurmehr ein Jahresdurchschnitt festgelegt werden soll. Arbeitsministerin Martine Aubry hat bereits erklärt, sie sei "für eine durch Verhandlung vereinbarte annualléation", wenn die schwankenden Arbeitsrhythmen den Beschäftigten ausreichend lange vorher angekündigt würden und für deren Lebensplanung akzeptabel seien.

Ein weiteres Problem ist die Bezahlung der Überstunden. Die Regierungspläne sehen keine finanziell abschreckende "Barriere" nach der 35. Wochenstunde vor, sondern lediglich den (bisher geltenden) Lohnaufschlag von 25 Prozent bis zur 44. Wochenstunde. Somit würden für ein Unternehmen, in dem weiterhin 39 Wochenstunden gearbeitet werden, zusätzliche Lohnkosten von insgesamt 2,8 Prozent (auf 39-Stunden-Basis) entstehen, was keine enorme Abschreckung darstellt. Die konkrete Ausgestaltung des Gesetzestextes wird darüber entscheiden, ob in ihm das neoliberale Element (Flexibilisierung) oder das sozial-progressive Element der Arbeitszeitverkürzung überwiegt.

Bernhard Schmid, Paris

11. Sieben heiße Wochen. Der Kampf der Erwerbslosen

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:18

Der Kampf der französischen Erwerbslosen

Bei einer Meinungsumfrage des IFOP-Instituts äußerten 70 Prozent der Franzosen und Französinnen ihre "Sympathie" oder "Solidarität" für die Arbeitslosenbewegung (Le Parisien, 17.1.98). Bei der am 31. 12.1997 am selben Ort publizierten Umfrage waren es sogar 83 Prozent gewesen.

11. Dezember 1997: In Marseille werden die ersten Arbeitslosenkassen besetzt. Die Besetzer fordern zunächst 3.000 Francs "Jahresendprämie". Solche Sonderunterstützungen, die den Erwerbslosen Weihnachts- oder Silvesterfeiern ermöglichen, wurden bisher - mit dem zum Jahresende noch verbliebenen Geld - meist von den örtlichen Arbeitslosenkassen mehr oder minder informell gewährt. Zum 1. Oktober 1997 trat nun die "Reform" der Arbeitslosenkasse (UNEDIC) in Kraft, mit der die Rentabilität der von der sozialdemokratischen Gewerkschaft CFDT geführten UNEDIC-Verwaltung erhöht werden soll. Dadurch werden die bisherigen informellen Hilfen so gut wie unmöglich. Bald stellen die Besetzer jedoch auch strukturelle Forderungen: die Ausdehnung des Anspruchs auf Sozialhilfe auf die 18- bis 25jährigen, die bisher ausgeschlossen bleiben, und die Anhebung der Mindest-Sozialleistungen (wie die ASS, Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose, und Sozialhilfe - beide betragen 650 bis 700 DM im Monat) um 1.500 Francs (450 DM).

Mitte Dezember: Bereits zu diesem Zeitpunkt fordern Arbeitsministerin Martine Aubry und die Arbeitslosenkassen sowie CFDT-Chefin Nicole Notat die polizeiliche Räumung der besetzten Gebäude. Premierminister Jospin zögert die Entscheidung aus Imagegründen hinaus.

26. Dezember: Ein Brief Jospins an den Vorsitzenden der kommunistischen Parlamentsfraktion, Alain Bocquet, wird veröffentlicht. Der Regierungschef erklärt sich darin bereit, "die Bedingungen des Wartens auf die Rente für Langzeitarbeitslose (...) zu verbessern", die "40 Jahre oder länger Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt haben". Es seien "auf der Grundlage eines Gesetzentwurfs" der KP-Fraktion, den diese im Januar 1998 ins Parlament einbringen wird, "Maßnahmen in Vorbereitung". Dieser Text sieht einen frührenten-ähnlichen Status für die genannten Personen vor. Es handelt sich um ehemalige Arbeiter, die im Alter von 14 oder 15 Jahren ins Erwerbsleben eingetreten waren und die (für die volle Rente erforderlichen) 40 Jahre Beitrag geleistet, aber noch nicht das gesetzliche Rentenalter von 60 erreicht haben. Von offiziell registrierten über 3 Millionen Arbeitslosen betrifft diese Maßnahme 22.000 Personen.

3. Januar 1998: Arbeitsministerin Aubry gibt eine Pressekonferenz. Le Monde titelt am nächsten Tag: "500 Millionen Francs freigegeben" (gemeint: für Umschulungsmaßnahmen); dadurch werde aber nur ein kleiner Teil der Kürzung um 2,5 Milliarden Francs rückgängig gemacht, welche die konservative Regierung Juppé im Jahr 1996 vorgenommen hatte.

5. Januar: Le Monde berichtet, bei den 500 Millionen Francs handele es sich in Wirklichkeit um Altschulden aus dem Jahre 1997, die der Staat noch gegenüber der Arbeitslosenkasse UNEDIC zu zahlen habe. Am folgenden Tag erklärt Arbeitsministerin Aubry : "Ich habe nie behauptet, daß es sich hier um neue Mittel handele."

8. Januar: Im Kabinett wird die Linie abgesprochen. Man ist sich einig, daß erst die Zugeständnisse angekündigt und dann der Einsatzbefehl für die Polizei gegeben wird. Aller Augen ruhen, nach einem Bericht des Nouvel Observateur (15.1.), auf KP-Transportminister Gayssot, dessen Partei sich weitgehend zum Sprachrohr der Arbeitslosen zu machen versucht. Gayssot erklärt: "Ich bin solidarisch"; gemeint ist: mit dem Kabinett.

Am Abend empfängt Jospin die fünf großen Gewerkschaftsbünde und die beiden Unternehmerverbände (jeweils einzeln und am Nachmittag), später dann die Selbstorganisationen der Arbeitslosen (alle auf einmal und am Abend). Dabei gibt er drei Zugeständnisse bekannt: erstens die Frührente für über 55jährige Arbeitslose, die 40 Jahre oder länger Beiträge in die Arbeitslosenkasse bezahlt haben (siehe 26.12.97). Zweitens zusätzlich 1 Prozent Anhebung der "Besonderen Solidaritäts-Unterstützung" ASS. Die ASS ist jene Arbeitslosenhilfe, die bezahlt wird, wenn das "degressive" Arbeitslosengeld nach knapp zwei Jahren

vollständig ausläuft; sie beträgt rund 700 DM im Monat. Die ASS war seit 1994 nicht mehr erhöht worden; als nachträglichen Inflationsausgleich hatte die Regierung sie bisher um 2 Prozent rückwirkend ab 1. Juli 1997 sowie um 1 Prozent ab 1. Juli 1998 anheben wollen. Jospin will nun noch 1 Prozent drauflegen. Drittens sollen landesweit den Präfekten 100 Millionen Francs (30 Millionen DM - 10 DM pro Arbeitslosem) zur Verfügung gestellt werden, um "in Notfällen" Sonderunterstützungen auszahlen zu können. Die Arbeitslosenbewegungen sehen die Zugeständnisse als völlig unzureichend an. Deren Kosten werden unterdessen mit einer Milliarde Francs beziffert, für die sofort eine Milliarde Einsparungen im Staatshaushalt vorgenommen werden sollen.

10. Januar: Im Morgengrauen räumt die Bereitschaftspolizei CRS landesweit den größten Teil der besetzten Gebäudes. Noch am selben und an den folgenden Tagen folgen neue Besetzungen.

18. Januar: Auf einer KP-Demonstration für ein Referendum vor der Einführung des Euro formuliert KP-Chef Robert Hue die Vorschläge der französischen KP: Man solle "den Schraubstock der Euro-Kriterien lockern, um den Arbeitslosen eine Antwort zu geben, denn man muß ihnen antworten." Ferner solle die Sondersteuer auf Großvermögen verdoppelt werden (im Wahlkampf 1997 hatte die KP ihre Vervierfachung gefordert), und auf alle Kapitalflüsse sollen 0,5 Prozent Steuern erhoben werden.

19. Januar: Für die erste Wochenhälfte ist eine TV-Ansprache von Premierminister Jospin angekündigt. Die Medien geben offiziös bekannt, der Regierungschef sei bereit, 3 oder 4 zusätzliche Milliarden Francs freizugeben, um den Arbeitslosenbewegungen entgegenzukommen. Am selben Tag erklärt Innenminister Chevènement in einem Interview mit dem konservativen Figaro: "Diese Gruppen, welche die Besetzungskomitees formen, sind meist gesellschaftlich randständig und im allgemeinen von anarchisierender (anarchéant) Tendenz. Sie sind per Handy in direkter Verbindung mit gewissen Medien, welche sie als ‚Sprecher der Arbeitslosen` bezeichnen."

20. Januar: In einer recht scharfen Parlamentsrede erklärt Jospin, weitere Zugeständnisse an die Arbeitslosen kämen nicht mehr in Frage: "Alles ist nicht möglich." Die 3 oder 4 Milliarden Francs möglicher Zugeständnisse würden die Forderungen der Arbeitslosenbewegungen ohnehin nicht beruhigen. Die Anhebung der sozialen Mindestsätze (ASS, Sozialhilfe), rechnet Jospin vor, würde 60 Milliarden Francs kosten, die Auszahlung von Sozialhilfe an die 18 bis 25-jährigen (die bisher keinen Anspruch haben) weitere 10 Milliarden. Jospin: "Wir können den Franzosen keine neue Steuern in Höhe von 70 Milliarden Francs (etwa 21 Mrd. DM; Anm. B.S.) zumuten."

21. Januar: In seiner TV-Ansprache stellt Jospin wenig Konkretes in Aussicht. Er präsentiert fünf Punkte, wovon allein der erste eine greifbare Substanz enthält. Demnach soll die ASS künftig an die Inflationsentwicklung angeglichen werden und nicht, wie zwischen 1994 und 1997, durch den Preisansteig ständig an Kaufkraft verlieren. Die anderen Punkte sind reichlich schwammig: Es werde "eine zusätzliche Anstrengung für die Langzeitarbeitslosen in schwieriger Situation" und "auch für die Jugendlichen" geben. Daneben solle "ein Übergang vom Beistandsempfang zur Beschäftigung" stattfinden. Und schließlich solle das lange angekündigte Gesetz gegen den sozialen Ausschluß im März auf den Tisch kommen und "die Mittel enthalten, damit seine Anwendung wirksam ist".

27. Januar: Der vierte Demonstrationstag in diesem Monat wird dieses Mal von der CGT organisiert, die Selbstorganisationen der Erwerbslosen firmieren als Unterstützer. PCF und CGT versuchen die Mobilisierung auf die 35-Stunden-Woche zuzuspitzen, über deren Einführung an diesem Tag die Parlamentsdebatte beginnt.

Bernhard Schmid, Paris

Die ungeliebte Revolution

Zu ihren revolutionären Traditionen haben die Deutschen ein gebrochenes Verhältnis, auch zur Revolution von 1848. In Baden-Württemberg wird das Gedenken daran mit "Freiheitstropfen" (das ist Weißwein, abgefüllt in roten Flaschen) und unterhaltsamen Veranstaltungen wie "Barrikadenbau für Anfänger" gnadenlos vermarktet. In Berlin möchte man sich lieber gar nicht an die Barrikadenkämpfe erinnern, die dort vor 150 Jahren Hunderte von Toten gefordert haben. Die offiziellen Stellen feiern dort nicht. In Frankfurt, wo im Mai in der Paulskirche die zentrale Gedenkfeier mit Roman Herzog als Festredner stattfinden soll, wird die März-Revolution als ein Kampf für politische Demokratie und nationale Einheit gedeutet. Die sozialen Bewegungen hingegen, die diese Revolution getragen haben, sind für die BRD-Politiker kein Thema.

ak beginnt mit dieser Nummer eine Serie von Artikeln zum Vormärz und zur Revolution von 1848. Den Reigen eröffnet ein Beitrag über die Debatte um die "so-ziale Frage", die damals durch den Weberaufstand ausgelöst wurde.

Seite 28

12. "Wir mußten erst die Ämter besetzen." Interview mit Lars Steinau von AC! zur Erwerbslosenbewegung in Frankreich

Interview mit Lars Steinau von AC! zu den Perspektiven der Erwerbslosenbewegung in Frankreich

Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:27

AC! (agir ensemble contre le chomage - gemeinsam kämpfen gegen die Armut) ist die wichtigste Erwerbslosenorganisation in Frankreich. Sie organisierte 1994 den ersten nationalen Arbeitslosenmarsch und war maßgeblich am Euromarsch 1997 nach Amsterdam beteiligt. Das folgende - leicht gekürzte - Interview wurde im Rahmen der "Info-Sendung" des Hamburger Freien Radios FSK am Dienstag den 13.1.1998 ausgestrahlt. Es ist am 11.1.1998 von "Radio Klassenkampf" aufgezeichnet worden. Wir bedanken uns hiermit recht herzlich für die Abdruckerlaubnis

Radio FSK: Bis auf ganz wenige Ausnahmen sind die in ganz Frankreich besetzten Arbeitsämter und Auszahlungsstellen der Arbeitslosenversicherung mit massivem Polizeieinsatz geräumt worden. Wie ist denn derzeit die Lage? Ich kann mir vorstellen, daß die Bewegung jetzt heftig diskutiert. Wie sieht es denn überhaupt aus?

Lars Steinau: Die Situation ist so, daß die Bewegung aus einem allgemeinem Unmut entstanden ist, insbesondere darüber, daß die Weihnachtsgelder, die ein traditionelles Zugeständnis an die Langzeitarbeitslosen waren, dieses Jahr nicht ausgezahlt wurden. Für relativ viele Langzeitarbeitslose, die jetzt unter massiver Armut leiden, gab es damit einen enormen Handlungsdruck, um die nächsten Monate überhaupt zu überleben. Das war der objektive Grund für die Entstehung und Verbreiterung der Bewegung. Erst mal ist das sehr positiv gewesen. Es war das erste Mal, daß die Arbeitslosen als solche Aktionen und Aktionsformen auf breiterer Basis gemacht haben, sich organisiert haben. Ihre Aktionen haben auch von Seiten der Lohnabhängigen relativ breite Zustimmung gefunden und sind auch von den Medien positiv aufgenommen worden. Aber es ist natürlich dennoch so, daß die Aktionen relativ isoliert blieben. Deshalb waren keine unmittelbaren Aktionsperspektiven über Besetzungen der Ämter, Demos, Versammlungen etc., hinaus vorhanden. Es ist klar, daß nach einer gewissen Phase der Besetzungen ein Erschöpfungsprozeß eintritt und daß mit den neuen Maßnahmen, die die Regierung vorschlägt, dann auch die unmittelbarste Dringlichkeit und der größte Druck abgefedert wird.

Was haltet Ihr von den 500 Mio. Franc (ca. 150 Mio. DM), die die sozialistische Arbeitsministerin Martine Aubry lockergemacht hat sowie von dem Nothilfefond von 1 Mrd. DM, der jetzt im Gespräch ist?

Wenn man das umrechnet, dann bedeutet das für einen Arbeitslosen umgerechnet ungefähr 300-400 Franc. Das ist im höchsten Falle 100 DM. Und man muß auch sagen, daß die offizielle Arbeitslosen-Statistik nicht stimmt, sondern daß natürlich wesentlich mehr Menschen eine Arbeit suchen und auf den Arbeitsämtern gar nicht mehr statistisch geführt werden. Daraus wird gleich ersichtlich, daß diese Vorschläge die Situation der Arbeitslosen in keinster Weise verändern und eigentlich sogar noch unter der traditionellen Forderung nach dem Weihnachtsgeld (3.000 Franc bzw. ca. 900 DM für JedeN)liegen.

Vielleicht noch mal ein bißchen allgemeiner: Wer oder was ist eigentlich AC!?

AC! ist eine soziale Initiative, die Anfang der 90er Jahre entstanden ist und zwar aus der Zusammenführung zweier verschiedener sozialer Kategorien, die normalerweise nicht so viel miteinander zu tun haben: Nämlich zum einen aus Arbeitsloseninitiativen und Arbeitslosenkomitees und zum anderen aus der Linken in den verschiedenen Gewerkschaften. Für die Initiative war es notwendig, einen Rahmen zu schaffen, um der objektiven Trennung, die zwischen Arbeitslosen und Lohnabhängigen besteht, entgegenzuwirken und gemeinsame Aktionen zu starten. Zum einen sollte unter den Lohnabhängigen das Bewußtsein gefördert werden, nicht nur für die eigenen Arbeitsplätze oder die eigenen Arbeitsbedingungen einzutreten, sondern eben auch dafür zu kämpfen, daß die Arbeitslosen wieder Arbeit finden und daß ihre dringendsten Forderungen erfüllt werden. Zum anderen sollte unter den Arbeitslosen das Bewußtsein entwickelt werden,

daß eine Einheit mit den Gewerkschaften und der lohnabhängigen Bevölkerung notwendig ist, um die eigenen Ziele durchzusetzen.

Was sind denn die Ziele von AC!?

Das erste Ziel von AC!, was ziemlich radikal ist, aber durchaus explizit aufgestellt wurde, ist die Abschaffung der Arbeitslosigkeit. Es ist nicht zu akzeptieren, daß in der heutigen entwickelten Gesellschaft Millionen keine Arbeit finden und somit aus dem Arbeitsprozeß, aber auch aus dem gesamten sozialen Rahmen herausfallen. Wir wollen Forderungen durchsetzen, natürlich insbesondere eine massive Verkürzung der Arbeitszeit aber auch andere Forderungen, die darauf hinwirken, daß alle diejenigen, die arbeiten wollen, auch eine Arbeitsstelle bekommen. Das ist das allgemeine, umfassende Ziel, dieses grundlegende Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. Es ist klar, daß das nicht von heute auf morgen stattfindet und daß die Arbeitslosen in dieser Situation spezifische Forderungen haben. Die betreffen zum einen natürlich ein Mindesteinkommen unabhängig davon, ob man eine Arbeit hat oder nicht. Dieses Mindesteinkommen soll nicht unter dem Mindestlohn (ca. 5.500 Franc bzw. 1.700 DM) liegen. Denn in Frankreich legt dieser Mindestlohn eigentlich fest, wo sich die Armutsgrenze befindet. Weitere Ziele sind dann so Geschichten wie kostenloser Transport z.B. im Großraum von Paris oder die Bezahlung der Fahrtkosten, die nötig sind, sich in anderen Städten bewerben zu können, Briefe schreiben zu können, bessere Information in den Arbeitsämtern usw.

Bündnispartner

und Aktionsformen

Welche Organisationen und Bewegungen unterstützen Eure Kämpfe?

AC! und die Arbeitslosen-Bewegung sind in der Öffentlichkeit massiv präsent seit 1994. Damals gab es den ersten nationalen Marsch von AC! durch ganz Frankreich, der dann später das Vorbild für den Euro-Marsch wurde. Seitdem müssen sich andere Initiativen, die Gewerkschaften und Parteien, zu dieser Bewegung verhalten. Die Sozialdemokratie oder die Grünen waren da relativ reserviert oder haben sich ganz rausgehalten. Die aktive Unterstützung war begrenzt auf bestimmte Gewerkschaften wie zum einen die SUD, die die Bewegung massiv unterstützt und Unterstützung unter den Beschäftigten organisiert haben, und zum anderen linkere, oppositionelle Strömungen in den Gewerkschaftsverbänden der CFDT und der CGT. Dann gibt es darüber hinaus noch andere soziale Initiativen wie z.B. DAL (Droit Au Logement, "Das Recht auf eine Wohnung"), eine Wohnungslosenbewegung, die sich auch an diesen Aktionen beteiligt haben.

Haben sich die Aktionsformen und Forderungen im Laufe der Auseinandersetzung verändert oder weiterentwickelt? Wir haben es gelesen und du hast es auch angesprochen, daß Freifahrscheine für den ÖPNV durchgesetzt worden sind. Und ich habe auch gelesen, daß Hausbesetzungen stattgefunden haben?

Ja. In einzelnen Betrieben haben dort verankerte GewerkschafterInnen die Arbeitslosen und die Arbeitslosen-Initiativen in die Betriebe hineingelassen. Es sind dann Versammlungen durchgeführt worden, wo aufgrund der Berechnung, die die Gewerkschaft in den Betrieben durchgeführt hatte, dargestellt wurde, wieviel neue Stellen man in diesem Betrieb schaffen könnte. Und dann sind Beschäftigte und Arbeitslose direkt zur Geschäftsleitung gegangen und haben dort entsprechende Bewerbungen massiv und pressewirksam vorgebracht, also Arbeitsstellen eingefordert. Und das hat natürlich die konkrete Solidarität zwischen den Lohnabhängigen und den AL gefördert. Das andere war die Forderung nach Nulltarif in öffentlichen Verkehrsmitteln. Das betrifft insbesondere die Großstädte. Da sind die Arbeitslosen dann zu Aktionen übergegangen, wo man sich eben als Gruppe keine Karten gekauft hat und kostenlos gefahren ist.

Und mit den Hausbesetzungen?

Es gab immer wieder Aktionen, insbesondere organisiert von DAL; Besetzungen von leerstehenden Bürogebäuden, Banken usw. wegen den hohen Mieten, der Spekulation etc. Aber das war nur punktuell und betraf nur bestimmte Räume in Paris. Im Grunde war es ein Tropfen auf den heißen Stein. Natürlich ist dadurch Medienöffentlichkeit geschaffen worden. Aber im Moment, in Bezug auf eine Verbindung mit der Arbeitslosen-Bewegung, ist mir nichts weiteres bekannt.

In der BRD ist es so, daß die Frauen einen großen Teil der Arbeitslosen und der Massenarmut darstellen. Die gleiche Situation ergibt sich für die MigrantInnen. Wie sieht das in Frankreich aus und drückt sich das in den

Aktionen aus? Ich habe gehört, daß bei den Aktionen von Euch und anderen auch eine Frauenorganisation beteiligt war. Und wir fragen das auch vor dem Hintergrund der Revolten in den französischen Vorstädten.

Die Frauen sind auch in Frankreich am stärksten von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Es gibt insbesondere seit 1995 eine breiteres Bündnis von Fraueninitiativen, Gewerkschaften, Parteien, anderen Initiativen, an dem u.a. auch AC! teilnimmt. In diesem Bündnis ist eine der Hauptforderungen die massive Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust. Ziel ist insbesondere, der erzwungenen Teilzeitarbeit Einhalt zu gebieten. Allen Frauen soll die Möglichkeit gegeben werden, einer Arbeit nachzugehen, die ökonomische Unabhängigkeit ermöglicht. Dieses Bündnis hat in den letzten Jahren relativ erfolgreich für diese Forderungen mobilisiert. Heute gibt es eine gewisse Verbindung zwischen der Arbeitslosen-Bewegung und diesen Fraueninitiativen. Aber es ist schon so, daß es keine automatische Zusammenführung der verschiedenen sozialen Gruppen gibt. Es entstehen zwar immer wieder soziale Bewegungen und auch Strukturen und Verbindungen zwischen den verschiedenen sozialen Initiativen. Aber es kommt nicht zu einer gemeinsamen Bewegung oder zu einem Kampf, der die verschiedenen Forderungen oder auch die verschiedenen Kräfte bündelt. So ist es z.B. so, daß die "sans papiers", die im letzten Jahr hier einen sehr wichtigen und sehr bedeutsamen Kampf geführt haben, sich z.T. auch an den Aktionen und den Demonstrationen der Arbeitslosen beteiligt haben. Aber man kann nicht sagen, daß das eins geworden ist oder zusammengeführt worden ist. Im übrigen gibt es auch keine unmittelbare Verbindung zwischen der "Revolte" der Jugendlichen in den Vorstädten und der Bewegung der Arbeitslosen, auch wenn viele der Jugendlichen von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Jugendlichen als solche waren keine dominante soziale Gruppe im Rahmen dieser Arbeitslosenbewegung.

Die Rolle der CGT

Am nächsten Dienstag (den 13.1.1998) soll ein nationaler Aktionstag stattfinden. Kannst Du uns darüber etwas erzählen?

Selbst die geringen Zugeständnisse der Regierung konnten nur mit dem massiven Druck errungen werden, der durch die Besetzungen der Ämter entstanden ist. Auch wenn natürlich Demonstrationen und Aktionen für eine kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sinnvoll sind, der eigentliche Druck hat nur durch die Besetzung der Ämter stattgefunden. Die einzige Möglichkeit, um den Druck noch weiter zu erhöhen, hätte eigentlich in der Ausweitung, der Multiplizierung der Besetzungen bestanden. Auch in der Besetzung anderer Behörden und Einrichtungen. In verschiedenen Städten, z.B. in Rouen oder in Marseille, sind auch verschiedene städtische Institutionen besetzt worden, und dadurch wird natürlich ein erheblicher Druck ausgeübt. Die CGT hat sich zum ersten Mal an diesen Aktionen der Arbeitslosen-Initiativen beteiligt, das muß man positiv betonen. Das Problem ist aber, daß immer noch eine explizite Verbindung zwischen der Führung der CGT und der kommunistischen Partei besteht. Und die kommunistische Partei ist ein Teil der Jospin-Regierung. Die politische Orientierung der CGT nach den Beschlüssen, die Jospin verkündet hat, läuft eindeutig darauf hinaus, die Bewegung auslaufen zu lassen. In diesem Rahmen hat der Aktionstag, der für den Dienstag vorgesehen ist, eher symbolischen Charakter, als daß er wirklich ein Schritt zur weiteren Mobilisierung wäre.

Ist das auch der Hintergrund, warum die Gewerkschaftsleitungen nicht mit Euch zusammen bei Jospin vorsprechen wollten, sondern getrennt von davon aufgetreten sind?

Ja. Ganz genau. Aber wie gesagt: Die CGT hat sich in den letzten Jahren niemals an Aktionen von AC! beteiligt. Sie hat es z.B. explizit abgelehnt, den nationalen Marsch von AC! 1994 zu unterstützen. Die CGT hat sich auch nicht am Euro-Marsch beteiligt. Sie hat zwar eine allgemeine unterstützende Erklärung herausgegeben, sich aber in keinster Weise aktiv beteiligt. Es ist das erste Mal, daß sich die CGT und die Arbeitslosenkomitees der CGT an diesen Aktionen beteiligt haben. Im Grunde genommen, weil sie unter Druck geraten ist. Durch die Entwicklung von AC! und der SUD-Gewerkschaften ist der Spielraum für die CGT geringer geworden. Zum anderen ist es natürlich so, daß für die Gewerkschaftsführung diese Bewegung auch in dem Sinne eine Gefahr war, daß zum ersten Mal eine breite soziale Bewegung entstanden ist, die die Jospin-Regierung offen angegriffen hat und Forderungen an diese Regierung stellte. Durch die Verbindungen, die es zwischen der Gewerkschaftsführung und Teilen der Regierung gibt, liegt natürlich ein Interessenskonflikt vor. Die CGT hat daher kein Interesse, ständig in Verbindung mit AC! gebracht zu werden, die wesentlich weitergehende Ziele wie z.B. die Abschaffung der Arbeitslosigkeit hat. Zum anderen ist es aber auch eine Forderung der Arbeitslosen selber, eigenständig anerkannt zu werden. Die Tatsache, daß AC! und

andere Arbeitslosen-Initiativen bei Jospin vorsprechen konnten, ist daher natürlich eine relative Anerkennung ihres Gewichts und der Rolle, die sie gespielt haben. In dem Sinne hat es auch einen positiven Aspekt.

Auf der großen Euro-Marsch-Abschlußdemo in Amsterdam habe ich aber ziemlich viele Leute von der CGT und auch von der CFDT gesehen. Gibt es da eine Spaltung zwischen den einfachen Mitgliedern und der Führung, oder wie würdest Du das interpretieren?

Ja. Auf jeden Fall. Das ist auch ein Unterschied zu bundesrepublikanischen Gewerkschaften. Die Basis und auch einzelne Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben oder Branchen, sei es der CFDT, aber auch der CGT, haben sich immer wieder an Aktionen beteiligt, ohne ständig darauf zu warten, ob die Führung damit jetzt auch einverstanden ist oder nicht. Das Problem besteht darin, daß das nur geringe Kräfte sind und daß, um die ganze Gewerkschaft in Gang zu bringen und zu mobilisieren, natürlich schon ein gewisser Kampf um die Führung oder um die Gewerkschaft selber von Nöten ist. Und wenn die Gewerkschaftsspitze da blockiert, dann können einzelne Mitglieder oder auch einzelne Gewerkschaftsgruppen sich an Aktionen beteiligen, aber dann setzt das nicht die breite Masse der Mitgliedschaft und schon gar nicht der unorganisierten abhängig Beschäftigten in Bewegung. Da muß man auch hinzufügen, daß der Organisationsgrad der französischen Gewerkschaften - und es gibt viele Gewerkschaften in Frankreich - insgesamt nur 9% beträgt und im privaten Bereich und der Industrie sogar nur um die 5%.

Die bundesdeutsche Euro-Marsch-Koordination hat eine Rundreise mit Lars Steinau und einem weiteren Aktivisten von AC! organisiert. Orte und Termine:

Berlin, 16.2., 18 Uhr, Haus der IG Metall, Alte Jakobstr. 149

Dresden, 17.2. (Kontakt Mexiko-Gruppe)

Hamburg, 18.2., 18 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15

Neubrandenburg, 19.2. (Kontakt GEW)

Oldenburg, 20.2. (Kontakt Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg)

13. Existenzgeld für alle! Zur Entwicklung der Existenzgeldforderung in Deutschland

Autor: Michael Bättig · Rubrik: Sozialpolitik; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:25

Eine wichtige Forderungen der französischen Erwerbslosenbewegung ist die nach einem garantierten Mindesteinkommen. Damit erlebt diese Forderung eine überraschende Renaissance, zumal zumindest in der BRD mittlerweile etliche Entwürfe für "Grundsicherungsmodelle" kursieren. Mit den originären Existenzgeldforderungen, die in der Erwerbslosenbewegung hierzulande seit Beginn der 80er Jahre diskutiert werden, haben diese Modelle jedoch wenig zu tun.

"Fürsorgestrukturen haben mit der Aufrechterhaltung sozialer und ökonomischer Ungleichheiten zu tun. Die schmachvolle und grausame Diskriminierung des Fürsorgeempfängers schreckt den Reichen nicht vor Müßiggang ab; doch für den Armen macht die Aussicht, von der Wohlfahrt abhängig zu werden oder im Armenhaus zu enden, jede Arbeit zu jedem Lohn zu einer erstrebenswerten Alternative. Es handelt sich (...) darum, wie einige Menschen dazu gebracht werden, die härtesten Arbeiten für die geringste Entlohnung zu verrichten." (1)

Dies ist eine treffende Charakterisierung staatlicher Sozialpolitik: Armut und Armutsbevölkerung soll nicht abgeschafft werden, sie ist vielmehr Voraussetzung jeglicher Sozialpolitik. Auf die Armutsbevölkerung wird mit sozialpolitischen Maßnahmen ein permanenter Zwang zur Arbeit ausgeübt. Es sollen immer genug Menschen da sein, die schlechte Arbeiten zu niedrigen Löhnen verrichten müssen. Die Armutsbevölkerung soll somit diejenigen abschrecken, die einen Arbeitsplatz haben. Die verarmte industrielle Reservearmee erhöht den Arbeitsdruck und damit die Arbeitsleistung und drückt die Löhne.

In Deutschland hat sich die Sozialpolitik als Armenpolitik in einer sehr radikalen Trennung von Arbeiter- und Arbeitspolitik entwickelt. Während die Armenfürsorge bis heute auf Kriminalisierung, Kasernierung und Pathologisierung hinausläuft, erfüllt die Sozialgesetzgebung seit Bismarck eine im Sinne der Mehrwertproduktion produktive Aufgabe: Verbesserte Gesundheit, höhere Arbeitsdisziplin und niedrigere Unfallquoten steiger(te)n die Produktivitätsgewinne des Kapitals erheblich. Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Sozialstaatskonzepte sind bis in die heutigen Abwehrkämpfe hinein diesem Produktivitätsdenken verpflichtet. In ihrer praktischen Politik fristen Themen der Armenfürsorge wie Sozialhilfe, allgemeine Existenzsicherung und selbst die "Reform" des Arbeitsförderungsgesetzes ein stiefmütterliches Dasein gegenüber betrieblichen Themen wie Tarifpolitik, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Löhnen und Arbeitszeiten. Diese Trennung setzt sich leider auch in den Debatten ums Existenzgeld und ein garantiertes Mindesteinkommen fort.

Existenzgeld und

"Kampf gegen die Arbeit"

Auf dem ersten Bundeskongreß der Erwerbsloseninitiativen 1982 in Frankfurt standen sich - grob vereinfacht - die Positionen "Recht auf Arbeit"/"Arbeit für Alle" und die Forderung nach einem Existenzgeld gegenüber. In Papieren wie "35-Std.-Woche oder 1.500 Mark für alle" oder "Abschaffung der Lohnarbeit statt Arbeit für Alle" wurde die Existenzgeldforderung in Abgrenzung zu gewerkschaftlichen Konzepten entwickelt. Die Parole "Recht auf Arbeit" wurde abgelehnt, weil Arbeit unter den herrschenden Bedingungen bedeutet, überflüssigen Unsinn zu produzieren und sowohl die innere wie die äußere Natur des Menschen zu zerstören. Dagegen wurde ein Existenzrecht unabhängig von Lohnarbeit eingeklagt: "Dem Leben für das Kapital setzen wir das Leben für uns, der Destruktion durch das Kapital die Sabotage, der Arbeit die Identität der Nicht-Arbeit entgegen." (2) Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) formulierte es damals so: "Wenn auch unbedingt zu bejahen ist, daß jeder die Möglichkeit zur bezahlten Arbeit erhalten soll, so müssen wir uns trotzdem fragen: Unter welchen Bedingungen wird gearbeitet, was wird produziert und für welchen Zweck, welche Konsequenzen resultieren daraus und zu wessen Lasten geht unser relativer Reichtum? Das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit hat für viele die Konsequenz: Arbeit um jeden Preis und unter jeder Bedingung! (...) Die andere Seite ist, daß Arbeit zum bloßen Zwecke des Geldverdienens abgewertet und der Mensch allein auf seine Verwertbarkeit für die Produktion reduziert wird. Dieses kümmerliche Verständnis von Arbeit

allein als Erwerbstätigkeit (Lohnarbeit) beherrscht heute unser Denken und Tun. So ist der, der keine bezahlte Arbeit mehr besitzt, ein gesellschaftliches Nichts, und so fühlt er sich in der Regel auch." (3)

Der Kongreß formulierte schließlich die Forderung: "Ausreichendes Existenzgeld für Alle! Wir wollen: 1.500,- DM für Alle (mit Inflationsausgleich und keine faulen Tricks) statt Arbeit für Alle". (4) Für die Erwerbslosengruppen hat jeder Mensch ein unabdingbares Recht auf materielle Existenzsicherung, unabhängig von seiner Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt. Als unmittelbare Umsetzungsschritte wurde die konsequente Ausnutzung aller staatlichen Transferzahlungen ("vollständiges Ausnutzen der sozialen Hängematte") ebenso vorgeschlagen wie direkte Aneignungsaktionen: Selbstbedienung in Supermärkten oder am Arbeitsplatz, Nulltarifaktionen in öffentlichen Einrichtungen und Schwarzfahren oder auch Versicherungsbetrug, eigenständige Mietkürzungen und Stromklau.

Ein verwirklichtes Existenzgeld sollte folgende Funktionen erfüllen: Es sollte den Erwerbslosen den Rücken frei machen und die Vereinzelung aufheben. Ihre Funktion als Manövriermasse des Kapitals sollte empfindlich gestört und der Druck von den Beschäftigten genommen werden. Nichtzuletzt versprachen sich die Initiativen eine weitere Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, mehr Gleichwertigkeit zwischen Lohn- und Haus-/Reproduktionsarbeit und nichtzuletzt bessere Voraussetzungen für eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund wurde das Existenzgeld nicht als Forderung an den Staat formuliert, sondern vor allem als praktische Aneignungsbewegung verstanden. Gleichermaßen realistisches wie revolutionäres Ziel war die unabhängige Organisierung von JobberInnen, SozialhilfebezieherInnen und Erwerbslosen. Auf die Ausarbeitung eines reformistischen Modells zur Veränderung des Sozialleistungssystem wurde folgerichtig verzichtet.

Das Verhältnis zu den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften und damit zu deren Forderungen nach Recht auf Arbeit und 35.-Std.-Woche war eines der Abgrenzung. Die historische Spaltung in Armen- und Arbeiterpolitik wurde damit nicht überwunden sondern bestätigt. Die Erwerbslosen- und JobberInnenbewegung hat sich mit der Entwicklung der Existenzgeldforderung als Begründung von Nicht-Arbeit von der produktivitätsorientierten Arbeiterpolitik wie Arbeitszeitverkürzung, Arbeit für Alle, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ausgegrenzt.

Im Jahre 1985 veröffentlichte die ALSO ein damals in der Bewegung vielbeachtetes und vieldiskutiertes Papier, in dem sie die Existenzgeldforderung neu formulierte und dabei von den Positionen des Jahres 1982 durchaus abrückte. (5) Vor allem in drei Punkten hatte sich die Position verändert:

Verhältnis zu den Gewerkschaften. Die ALSO hatte sich aus taktischen Gründen am Kampf um die 35.-Std.-Woche beteiligt. Er wurde als Einstieg in eine radikale Arbeitszeitverkürzung betrachtet, als Widerstand gegen die "Wende-Politik" und als Chance, für die Existenzgeldforderung Öffentlichkeit herzustellen. Das Ergebnis - keine zusätzlichen Arbeitsplätze, dafür Einstieg in eine umfassende Flexibilisierung der Arbeit - war auch eine Niederlage für die Erwerbslosen.

Begriff der Arbeit. Die Positionen "Arbeitslosigkeit als Chance" und "Nicht-Arbeit" wurden zunächst einmal mit dem Hinweis auf die faktische Vergesellschaftung durch Arbeit hinterfragt: "Allzu leicht ist uns in der Vergangenheit die These von der ‚Chance der Arbeitslosigkeit` als Verweigerung von Lohnarbeit über die Lippen gegangen, und allzu einfach wurde von uns Jobben, kurzfristige Arbeitsverträge, ein Leben in den ‚Poren` der Gesellschaft als politisch richtiger und verallgemeinerbarer Schritt ausgegeben. Die Praxis beweist das Gegenteil. Arbeit, gerade unter kapitalistischen Verhältnissen, ist nicht nur Mehrwertproduktion und Ausbeutung, sie stellt ebenso die einzig allgemein akzeptierte Vergesellschaftungsform dar." (6)

Für einen neuen Gesellschaftsvertrag

Als zweiten Punkt merkt die ALSO (selbst-)kritisch an, daß Erwerbslosigkeit für die Erwerbslosen praktisch immer mehr prekäre Jobberei und Kampf ums Einkommen heißt. Gleichzeitig bedeutet Erwerbslosigkeit auch Ausgrenzung aus den Zentren der sozial-ökonomischen Macht, den Fabriken. Schließlich kritisiert die ALSO eine allzu statische Sichtweise von der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Sie plädiert statt dessen für eine Diskussion um "gesellschaftlich notwendige Arbeit". Statt "Kampf der Arbeit" lautete die Parole "Aneignung der Arbeit".

Gesellschaftsvertrag. Im Gegensatz zu 1982 wurde die Existenzgeldforderung selber jetzt definitiv als politische Forderung an den Staat gerichtet. Sie zielte darüber hinaus auf einen neuen Gesellschaftsvertrag "von unten": "So richtet sich unsere Forderung nach einer sozialen Garantie zwar an den Staat, stellt aber zugleich einen Vorschlag für einen ‚Gesellschaftsvertrag` dar zwischen den drei Millionen Erwerbslosen und den Beschäftigten. Die Übereinkunft zwischen den Lohnabhängigen richtet sich gegen den stummen Zwang der kapitalistischen Verhältnisse, welche Angst und Erpressung für diejenigen, welche noch eine Arbeitsplatz haben, bedeuten, und Ausgrenzung und Verelendung für diejenigen, welche ihn verloren haben. (...) Die Gewellschaft zahlt mit ihren Steuern das Existenzgeld und bezahlt damit die Arbeit der Erwerbslosen. Diese Arbeit jenseits der Lohnarbeit würde sich sowohl auf das jetzige Spektrum der alternativen Arbeit beziehen, als auch auf die traditionelle Hausarbeit, die individuelle Bildungsarbeit, und nicht zu vergessen auf die Sozial- und Politikarbeit zur notwendigen Veränderung dieser Gesellschaft, wie sie zur Zeit von unzähligen Initiativen geleistet wird." (7)

1992: Gegen falsche Bescheidenheit!

Während das Existenzgeldpapier der ALSO von Teilen der Erwerbslosenbewegung heftig kritisiert wurde, haben die Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut 1992 ein gemeinsames Papier zur Existenzgeldforderung vorgestellt, das auch von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen übernommen wurde. In den "13 Thesen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten" wurden drei zentrale Forderungen formuliert: 1) eine existentielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne den Zwang zur Arbeit; 2) eine radikale Arbeitszeitverkürzung, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können; 3) eine gerechte Umverteilung der gesellschaftliche notwendigen Arbeit auf alle Menschen und 4) die Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung.

Damit ist die alte Existenzgeldforderung noch weiter ausdifferenziert worden. Die Initiativen grenzen sich zunächst von realpolitischen Grundsicherungsmodellen ab. Die "13 Thesen" "verdeutlichen, daß unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen eine Verwirklichung eines Existenzgeldes unmöglich ist. Sie zeigen aber auch gleichzeitig auf, daß die materiellen Voraussetzungen für eine existentielle Absicherung aller vorhanden sind und es politisch entschieden bzw. erkämpft werden muß, wie der gesellschaftliche Reichtum zu verteilen ist." (8)

An vier Punkten unterscheidet sich der utopische Charakter der Existenzgeldforderung von herkömmlichen sozialpolitischen Mindestsicherungskonzepten: 1) in der Anspruchshöhe des Existenzgeldes (wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum statt Teilhabe am Existenzminimum), 2) in der Entkoppelung des Existenzgeldes vom Zwang zur Lohnarbeit, 3) in der Infragestellung der herrschenden Arbeitsbegrifflichkeit und 4) in der Kritik an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung.

Existenzgeldforderung und soziale Bewegungen

Die Forderung nach Existenzgeld schließt in dem Papier die Art und Weise, wie die Arbeit organisiert ist und was für wen produziert wird, mit ein. Sie wird daher ausdrücklich auch als Forderung nach einer gesellschaftlichen Aneignung der Arbeit verstanden. Die Initiativen unterstützen in diesem Zusammenhang auch die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung.

Parallel zu den Auseinandersetzungen in der Erwerbslosenbewegung selbst gibt es mittlerweile eine Unzahl von Entwürfen und Modellen zu Mindesteinkommen, Negativer Einkommenssteuer, bedarfsorientierter Grundsicherung usw. Bei allen aktuellen Entwürfen sind für die Betroffenen - die Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen - teilweise gravierende Verschlechterungen zu erwarten. Das macht noch einmal deutlich, auf welch gefährlichem Grat sich die alte Existenzgeldforderung der Erwerbsloseninitiativen bewegt hat: Grundsicherungsmodelle können durchaus sozialpolitische Instrumente sein, um Erwerbslose in (schlechtbezahlte und entrechtete) Arbeit zu zwingen. Sie sind mitnichten Garant für eine "Kultur der Nicht-Arbeit". Die Existenzgeldforderung ist daher nur bedingt ein taugliches Mittel, eine kritische Position zur herrschenden gesellschaftlichen Organisation von Arbeit durchzusetzen.

Bei sieben Millionen Erwerbslosen und keinerlei Aussicht, diese in den nächsten Jahren auch nur annähernd in vernünftig bezahlte Arbeit zu bringen, ist es purer Wahnwitz, daß der ausschließliche Antrieb jeder arbeitsmarktpolitischen Aktivität nur die "Schaffung von Arbeitsplätzen" ist. Dies kennzeichnet ein massives

gesellschaftliches Tabu. Es darf nicht mehr gesagt werden, daß soziale Einkommen ohne Zwang zur Arbeit erhalten oder etwa ausgeweitet werden müßten. Daß unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen nicht gerade die linken Konzepte eines garantierten Mindesteinkommens eine Chance auf Realisierung haben, liegt auf der Hand. Ohne eine breite Unterstützung der Beschäftigten in den Betrieben und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen als Mindestlohn- und radikale Arbeitszeitverkürzungs-Bewegung, also ohne eine Aufhebung der Spaltung von Arbeiter- und Armenpolitik von unten, kann die Existenzgeldforderung nur in staatlicher Sozialpolitik münden.

Michael Bättig

Der Autor ist Mitarbeiter der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO)

Anmerkungen:

1) F. Piven/R. Cloward: "Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt", Frankfurt a.M. 1977.

2) "Bundeskongreß der Arbeitslosen. Protokolle, Presse, Fotos, Initiativen", Fachhochschule Frankfurt a.M., FB Sozialarbeit, FB Sozialpädagogik. Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Band 6.

3) ebd.

4) ebd.

5) Existenzgeldpapier der ALSO, Oldenburg 1985.

6) ebd.

7) ebd.

8) Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut: "Existenzgeld und garantiertes Mindesteinkommen für alle Menschen", Frankfurt/Oldenburg 1992, Neuauflage 1996.

14. Das "produktive Töten" von Wachkoma-PatientInnen. Experten schlagen neue Wege zur Organbeschaffung vor

Internationale Experten schlagen neue Wege zur Organbeschaffung vor

Autor: Erika Feyerabend · Rubrik: Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:21

Das internationale Forum für Transplantations-Ethik hat sich Ende letzten Jahres mit einem gewagten Vorschlag in die Öffentlichkeit getraut: "Sollten Organe von Wachkoma-Patienten für die Organtransplantation benutzt werden?" (Lancet, 1.11.97) Wer diese Frage zunächst als rein rhetorische Übung einiger Außenseiter verstehen will, muß sich schnell eines Besseren belehren lassen. Eine eindrucksvolle Ansammlung internationaler Experten hat eine neue Möglichkeit der Organbeschaffung gedanklich entworfen. Sie arbeiten im International Forum for Transplant Ethics, im King's College London, in der Universität Bilbao, im Royal Victoria Hospital Montreal, im All India Institute of Medical Sciences Neu Delhi und anderen biomedizinischen Institution. Ihre Argumentation liegt ganz im Trend internationaler Entwicklungen - in der Transplantationsmedizin wie im juristisch neu eröffneten Feld der Euthanasie.

"Organmangel limitiert die meisten Transplantationsprogramme. (...) Wir diskutieren nun, ob Organe von Wachkoma-Patienten für die Transplantation genutzt werden könnten, wenn einmal eine Entscheidung gefällt ist, die Behandlung einzustellen und dem Patienten zu sterben erlaubt wurde." (Lancet, 1.11.97) Die Kalkulationen über die zukünftigen neuen "Organressourcen" erhärten den Verdacht, daß es die Experten ernst meinen: "In den USA gibt es schätzungsweise 10.000-25.000 erwachsene Patienten und 4.000-10.000 Kinder im Wachkoma (...)" In England sollen weit weniger komatöse Menschen in den Krankenhäusern versorgt werden. Aber: Auch in diesem Land haben einige Gerichtsentscheidungen den Behandlungsabbruch - konkret sind hier pflegerische Maßnahmen wie Ernährung und Flüssigkeitszufuhr gemeint - legitimiert. Die Professoren hoffen nun, daß diese Gerichtsentscheidungen keine Einzelfälle bleiben. Der Hungertod für Patienten, die länger als drei Monate komatös sind, soll "weithin akzeptiert werden", um diese nützliche, "potentielle Organressource für die Transplantation verfügbar zu machen."

Nach 10-12 Tagen ohne Ernährung und Flüssigkeit sterben die PatientInnen. Ein Vorgehen, daß von den Gerichten mittlerweile akzeptiert wird. Nicht nur in England, auch der Bundesgerichtshof hat entsprechend entschieden. Die Explantation von Organen, direkt nach beschlossenem Behandlungsabbruch aber, ist bislang noch im Feld der illegalen, strafbaren Handlung angesiedelt.

Standesrechtliche Dammbrüche

Die British Medical Association und American Neurological Association haben bereits einen weiteren Schritt zur Normalisierung von Tötungsentscheidungen getan. Die Standesorganisationen beschlossen schon 1996 Richtlinien für PatientInnen im "anhaltenden vegetativen Zustand". (Der englische Begriff "persistent vegetativ state" wird von den Selbsthilfeorganisationen als diskriminierend abgelehnt. Sie sprechen von Patienten und PatientInnen im Wachkoma.) Die Richtlinien legen fest, daß Ernährung und Flüssigkeitszufuhr bei "sicherer" Prognose nach zwölf Monaten eingestellt werden können. "Einige Kategorien", in die Wachkoma-PatientInnen hineindefiniert werden, ließen Entscheidungen über Leben und Tod gar schon nach drei Monaten zu, wird konstatiert.

Es zeigt sich zwar immer wieder, daß sich gerade Menschen im Wachkoma jeder wissenschaftlichen Vorhersage entziehen und auch nach Jahren wieder zu Bewußtsein kommen können. Doch der individuelle Lebensweg einzelner ist eben kein Beweis gegen die weltweit erhobenen Falldurchschnittszahlen und klinischen Urteile.

Die englische Standesorganisation hat bereits für zukünftige Entwicklungen vorgesorgt und vorsichtig die Organentnahme thematisiert. Bislang, heißt es dort, wären diese PatientInnen nicht als potentielle Organ- und Gewebe"spender" in Frage gekommen. Doch nun wolle man die "früheren Wünsche und Absichten des

Patienten ganz und gar berücksichtigen (...)" Gewebe könnte nach dem "Tod" entnommen werden, falls ein Spenderausweis oder eine Registierung vorhanden ist.

Der rechtspolitische Joker der "mutmaßlichen Einwilligung" Betroffener - ermittelt über die Angehörigen oder per PatientInnenverfügung vertraglich fixiert - hilft auch dabei, fremdnütziges Forschen bei diesem Personenkreis zu ermöglichen. Die Argumentation erinnert in Wort und Inhalt an die Bioethik-Konvention des Europarates. Werden ein Ethik-Komitee und die Angehörigen informiert und gilt die Forschung bei Zustimmungsfähigen als nicht durchführbar, dann kann experimentiert werden.

Aufforderung zum Töten

Derartige juristische und ethische Dammbrüche liegen ganz im Trend bioethischer Forschungsprojekte. Die europäische Kommission finanziert im Rahmen ihres Programmes BIOMED I Konferenzen und Meinungsumfragen zu "moralischen Fragen der Behandlung und Pflege von Patienten im persistent vegetative state". Die Fragebögen, im King's College London entworfen, sollen Mehrheitsmeinungen in der Ärzteschaft verschiedener europäischer Staaten herauspräparieren. Man könnte auch sagen "herstellen", denn gefragt wird nicht nach therapeutischen Bemühungen, die der Mehrheit dieser PatientInnen seit Jahren vorenthalten werden. Die Fragen laufen vor allem auf Tötungsentscheidungen hinaus. Wann kann die künstliche Ernährung entfernt werden? Wann kann jede Behandlung von beispielsweise bedrohlichen Infektionen unterlassen werden? Ist das Alter des PatientInnen ausschlaggebend? Oder die Aussicht, daß der/die Betroffene lebenslang schwerbehindert sein wird, pflegebedürftig? Wer sollte an solchen Entscheidungen beteiligt werden? Die Angehörigen? Gerichte? Parlamente?

Seit 1994 existiert das Forschungsprojekt, in dem ExpertInnen aus Recht, Ethik, Medizin und Theologie in Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Irland, England, Griechenland und Polen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, um legitime Kriterien für ärztliche Tötungshandlungen zu entwickeln. Von deutscher Seite beteiligt sind Prof. Albin Eser, Direktor des Max-Planck-Institutes für Ausländisches und Internationales Strafrecht in Freiburg, sein Kollege im gleichen Haus, Dr. Hans-Georg Koch sowie Prof. Ludger Honnefelder vom Institut für Wissenschaft und Ethik in Bonn. Die Juristen Albin Eser und H.-G. Koch haben sich wohl durch ihr jahrelanges Engagement in Sachen aktiver und passiver Euthanasie empfohlen. Ludger Honnefelder ist Mit-Autor der erwähnten Bioethik-Konvention, die fremdnütziges Forschen sowie Gewebe-Entnahmen bei bewußtlosen, behinderten und minderjährigen Menschen zum europäischen Standard erklärt.

Die Auswertung der Meinungsumfrage in England ist bereits 1997 vom King's College veröffentlicht worden. Von den rund 1.800 Fragebögen, die an ChirurgInnen und NeurologInnen verschickt wurden, sind ca. 1.000 beantwortet worden. Die Ergebnisse bestätigen die politische Absicht: Die Mehrheit der SpezialistInnen ist der Meinung, daß akute Infektionen nicht behandelt werden müssen und die künstliche Ernährung im Falle einer "sicheren Prognose" eingestellt werden könne. Prof. Honnefelder hat nach eigenen Angaben das deutsche Pendant der Untersuchung noch nicht ausgewertet. Wir dürfen gespannt sein, wann und mit welchen Ergebnissen das Bonner Institut seine Aufwartung im BIOMED-Projekt machen wird.

Von der "Leidvermeidung" zur "Nutzenmaximierung"

Im Windschatten dieser Entwicklung beginnt das internationale Forum für Transplantations-Ethik mit seinen assoziierten Sachverständigen nun, die letzten juristischen Hemmnisse aus dem Wege zu räumen, um den produktiven Tod durch Explantation ins Licht der Legalität zu rücken. Niedergelegt und zur allgemeinen Expertendiskussion gestellt wurde dies im erwähnten Lancet-Artikel.

Die Behauptung einer "moralischen" - und möglichst auch juristischen Legitimität der tödlichen Pflege- und Behandlungsverweigerung steht für diese SpezialistInnen außer Zweifel. Von hieraus bringen sie, in einer Art eskalierender Logik zur Sprache, was einer ganzen Patientengruppe zum Verhängnis werden soll. Aus "humanitären Gründen", und vorausgesetzt WachkomapatientInnen sind empfindungsfähig, - was andernorts immer bestritten wird, gerade um den Hungertod vorzuschlagen - könnte ein schneller Tod durch tödliche Medikamente diskutiert werden. Das allerdings ist in den meisten europäischen Ländern strafbar. Ein in Einzelfällen gerichtlich akzeptiertes und standesrechtlich normalisiertes "Behandeln" zum Tod bei PatientInnen, die gar nicht dem Tode nahe sind, eröffnet zwangsläufig diesen "Methodenstreit".

Tod und Sterben als eine Frage ärztlicher Entscheidung und Handlung zu betrachten, nicht als Geschehnis und nicht als eigenes Sterben (ein Tätigkeitswort, daß dem Sterbenden zugehörig war), ist längst alltäglich in Transplantationsmedizin und Gesellschaft. Auch an diese Normalität läßt sich anknüpfen. "Wenn man die juristische Definition des Todes ändern würde, um auch den irreversiblen Ausfall höherer Hirnfunktionen berücksichtigen zu können, dann wäre es möglich, einem Patienten das Leben durch eine ‚letale` Injektion zu nehmen (oder korrekter, seine Herztätigkeit zu beenden, da der Patienten als bereits tot definiert wurde), und dann die Organe zu entnehmen (...)". Ein argumentatives Angebot, das in den bioethischen Journalen bereits weithin üblich ist, und konkret PatientInnen im Wachkoma zu Toten definieren würde.

Wissenschaftliche Definitionen für Tod oder Menschsein sind eine Frage der Verhandlung. Wenn man, so lautet die Logik des Lancet-Artikels, diese bewußtlosen Menschen nicht als juristisch "tot" bezeichnet, sondern wenn man sie aus dem Feld des normalen Tötungsverbotes herausnimmt, würde auch dies zum Ziel führen. Koma-PatientInnen könnten anenzephalen Kindern, deren Großhirn nicht vollständig ausgebildet ist, gleichgesetzt werden. Ein Ausschuß der American Medical Association hat 1995 festgelegt, daß anenzephale Neugeborene als Organgeber zur Verfügung stehen, obwohl sie juristisch als lebend bezeichnet werden. Der bundesdeutsche Pränatalmediziner Fritz Beller hatte diese Kinder Ende der 80er Jahre als "Sonderfall der Natur" bezeichnet und ihre Nieren verpflanzt.

Öffentliche Proteste zwangen Beller, seine Experimente in Deutschland zu beenden - und in den USA fortzusetzen. Ein heikles Thema also. Eine Befragung ergibt, wie im Falle des tödlichen Behandlungsabbruchs, vielleicht mehr Sicherheit im neuen Tätigkeitsfeld. Anenzephale Kinder als Organressource zu sehen, sei im Expertenkreis als "moralisch" qualifiziert worden, verkünden die Autoren im Lancet. Nun bedarf es nur noch eines Wechsels in öffentlicher Meinung und Rechtsprechung, um die Organe von PatientInnen im Wachkoma verfügbar zu machen.

Ein deutscher Sonderweg

JuristInnen und ÄrztInnen in Deutschland haben es schwer. Noch immer lastet die Geschichte auf den Gemütern, zum Bedauern vieler, die den Anschluß an die internationale europäische Entwicklung dennoch nicht verpassen wollen. Die öffentliche Debatte um Hirntod-Konzeption und Transplantationsgesetz zeigte noch vor kurzem, daß die öffentliche Meinung für derartige Wechsel nicht zu haben ist. Immerhin, trotz allem konnte der Hirntod als Tod des Menschen und Transplantationen durch ein Gesetzgebungsverfahren gesamtgesellschaftlich legitimiert werden. Die Juristen Albin Eser und Hans Ludwig Schreiber versuchten Mitte der 80er Jahre einen alternativen Gesetzesentwurf zur Sterbehilfe zu etablieren, ohne Erfolg. Die Bundesärztekammer bemüht sich nun, den Spagat zwischen deutscher Geschichte und internationaler Entwicklung zu schaffen - nicht ohne Schwierigkeiten. Ihr erster Versuch, "Richtlinien zur ärztlichen Sterbebegleitung und Grenzen zumutbarer Behandlung" allein im Innern der Ärztekammer zu schmieden und zu beschließen, scheiterte vorerst ebenfalls. Ganz im angedeuteten europäischen Trend, wollten auch deutsche ÄrztInnen den Tod verordnen, bei Patienten im Wachkoma, schwerstbehinderten Neugeborenen und unheilbar Kranken mit rasch fortschreitendem Krankheitsverlauf. Diesen, keinesfalls Sterbenden, sondern schwer kranken oder behinderten Menschen sollten keine therapeutischen Bemühungen, sondern nur noch eine neue Größe, die "Basishilfe" zustehen.

Zur "Basishilfe" sind laut Entwurf zu rechnen: Zuwendung, Körperpflege, Schmerzlinderung, Freihalten der Atemwege, Flüssigkeitszufuhr, natürliche Ernährung. Was unter "natürlicher Ernährung" zu verstehen ist, bleibt unklar. Mit Absicht, denn gerade bei Koma-PatientInnen oder bei der riesigen Gruppe der "unheilbar Kranken" sollte auch in Deutschland standesrechtlich ein Behandlungsabbruch möglich werden, also das Verhungernlassen. Auch medikamentöse Behandlungen, beispielsweise von Infektionen, würde nicht mehr in den Katalog ärztlicher Pflichten gehören. Die Logik der Ausnahme vom hippokratischen Eid, die zuvor nur im Sterbeprozeß zulässig war, sollte verschwinden. Ebenfalls im internationalen Trend, legitimiert das Konzept des erklärten oder mutmaßlichen Willens in der Richtlinie diese ärztlichen Tötungshandlungen - lange bevor Kranke zu sterben begonnen haben.

Selbsthilfegruppen, Behindertenverbände, Einzelpersonen und JournalistInnen kritisierten die Richtlinie. Und erstmalig sah sich die Bundesärztekammer genötigt, eine öffentliche Diskussion über ihre standesrechtlichen Vorhaben zu führen. Doch was ist dabei herausgekommen? Vermutlich eine neue Sprachregelung, die erfolgversprechender den deutschen Sonderweg zwischen nationalsozialistischer Vergangenheit und

europäischem Harmonisierungswillen ermöglichen wird. Nach allem, was während des Symposiums zur ärztlichen Sterbebegleitung am 15. Januar 1998 in Königswinter von Seiten der Bundesärztekammer zu hören war, werden Reizworte wie "Behandlungsabbruch" oder "passive/indirekte Euthanasie" aus dem Vokabular deutscher StandesvertreterInnen samt ihres juristischen Beistandes verschwinden. Betont wird der "Paradigma-Wechsel in der Therapie", die "Änderung des Therapiezieles" und die "Palliativ-Medizin". Unter diesen sprachlichen Schutzschildern kann die Ärzteschaft ungehindert, unkontrolliert und flexibel auf institutionelle und finanzielle Erfordernisse reagieren. Ernährungsverweigerung wird mit dieser Sprachpolitik zur ganz "normalen" Palliativmedizin. Die vorsätzliche Nicht-Behandlung einer Infektion zum "geänderten Therapieziel". Ohne mit dem geltenden Strafrecht überhaupt noch in Berührung zu kommen - denn wer wollte das definitionsgemäß ausschließlich ärztliche Feld der Therapieentscheidungen überprüfen - kann Standesmacht erhalten, europäische Entwicklung verfolgt und deutsche Geschichte vergessen werden.

Erika Feyerabend

Quellen:

R. Hoffenberg et al: Should organs from patients in permanent vegetatvie state be used for transplantation? Lancet ,Vol 350, 1. November 1997.

Andrew Grupp et al: Doctors' views on the management of patients in persistent vegetative state (PVS): A UK study, Centre of Medical Law and Ethics, King's College London, 1997.

BioSkop e.V. - Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologie, umgepolte Berufsmoral. Die Bundesärztekammer novelliert die deutschen Sterbehilferichtlinien. Die "Behandlungsbegrenzung" wird zur ärztlichen Maßnahme erklärt.

15. Nordirland: Mordkampagnen und Verhandlungen

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:34

Ende Dezember 1997 erschossen Mitglieder der Irish National Liberation Army (INLA) den loyalistischen Killer Billy Wright, in der eigenen wie der katholischen community bekannt als "King Rat". Tatort war das bei Belfast gelegene Maze-Gefängnis, wo Opfer wie Täter einsaßen. Dem Anschlag folgten Morde an acht katholischen Zivilisten. Innerhalb der republikanischen Bewegung wuchs die Kritik am Waffenstillstand der IRA und an der Politik der Sinn-Féin-Führung.

Billy Wright war der Kopf der loyalistischen Opposition gegen den "Friedensprozeß" und den Waffenstillstand der paramilitärischen Organisationen Ulster Defence Association (UDA)/Ulster Freedom Fighters (UFF) und Ulster Volunteer Force (UVF). Aus letzterer war Wright wegen "Extremismus" und "Unkontrollierbarkeit" ausgeschlossen worden, woraufhin er mit der Loyalist Volunteer Force (LVF) eine eigene Streitmacht gründete. Die UVF drohte Wright, dem ehemaligen Kommandeur ihrer berüchtigten Mid-Ulster-Einheit, mit der Exekution, nachdem dieser seinerseits Billy Hutchinson, führendes Mitglied der Progressive Unionist Party (PUP), des politischen Armes der UVF, mit dem Tode bedroht hatte.

Mit Wright, der in seiner Heimat Portadown, einer Zitadelle des militanten Loyalismus, eine populäre Figur war, solidarisierte sich damals vor allem die Democratic Unionist Party (DUP) des fundamentalistischen Predigers, Unterhaus- und Europaabgeordneten Ian Paisley - bezeichnend für das Verhältnis einiger sog. "konstitutioneller" unionistischer Politiker zu den loyalistischen Todesschwadronen. Der damals noch dem Unterhaus angehörende DUP-Politiker William McCrea trat sogar neben Wright als Redner bei einer Kundgebung in Portadown auf. Daß Wright die UVF-Drohungen überlebte, hatte er nicht nur seiner Popularität in militanten Loyalistenkreisen, sondern pikanterweise auch dem "Friedensprozeß" zu verdanken. Da die UVF im Falle einer Exekution Wrights den Ausschluß der PUP von den politischen Gesprächen befürchten mußte, ließ man entsprechende Pläne fallen. Die wie die LVF am "Friedensprozeß" nicht beteiligte INLA mußte derartige Rücksicht dagegen nicht nehmen.

Die DUP ist keine Splitterpartei, sondern die zweitgrößte unionistische Partei Nordirlands. Bei Europawahlen erhält ihr Kandidat Paisley sogar die meisten Stimmen im unionistischen Lager. Die DUP und Wright verband die Ablehnung des "Friedensprozesses". Zwar wurde Paisley nie müde, den "IRA-Terrorismus" zu verurteilen, aber da ein militärischer Sieg über die IRA für die britische Armee und nordirische Polizei nicht zu haben war, stellte für ihn die Fortsetzung des bewaffneten Konflikts gegenüber einem politischen Kompromiß das kleinere Übel dar. Paisleys Politik lebt traditionell von der fundamentalistischen Konfrontation, jedes "Fraternisieren" mit nordirischen Nationalisten und dem südirischen Staat schließt er aus, da es die ideologische Basis des Unionismus aushöhlen könnte. Politiker wie Ian Paisley brauchen den Krieg, nur möchten sie ihn nicht selber führen.

Als die loyalistischen "Paras" im Herbst 1994 ihren Waffenstillstand vorbereiteten, suchten hochrangige DUP-Politiker sie davon abzuhalten. Statt dessen riet man ihnen, den militärischen Druck auf die IRA zu verstärken. Auch für die Ulster Unionist Party (UUP), die größte unionistische Partei, die hierzulande als "moderat" firmiert, war der Killer Billy Wright keine persona non grata. Während der Drumcree-Krise 1996, als der protestantische Orange Order in Portadown die katholische Garvaghy Road belagerte, kam es zu einem Treffen zwischen Wright und dem UUP-Vorsitzenden und Unterhausabgeordneten David Trimple. Daß Wrights Kampfgefährten während der Belagerung unweit von Portadown den katholischen Taxifahrer Michael McGoldrick ermordeten, störte Trimple nicht weiter.

Wie oft "King Rat" selbst bei der Ermordung von katholischen Zivilisten und IRA-Mitgliedern mit Hand angelegt hatte, läßt sich schwer schätzen. Zeitungsberichte bezichtigen ihn der Beteiligung an einigen Dutzend Morden innerhalb von 17 Jahren. Der Killer selbst rühmte sich seiner Taten mit den Worten: "Es gibt nicht einen Toten, den ich bedaure. Jeder dieser Leute, mit einigen wenigen Ausnahmen, war direkt oder indirekt in Morde verwickelt."

"King Rat" ist die Kult-Figur einer neuen Generation loyalistischer Killer, die traditionellen Patriotismus mit Gangster-Kultur mischt. Auch der Konsum von Drogen (Ecstasy) spielt eine wichtige Rolle. Wright, der im übrigen für keinen seiner Morde verurteilt wurde (zum Zeitpunkt seiner Ermordung saß er lediglich wegen der

Androhung eines Mordes ein), hatte selbst einst mit Drogen gehandelt. Ein weiteres Idol dieser Strömung ist Torrens Knight. 1993 erschoß das damals 21jährige UDA-Mitglied sieben Katholiken in einer Bar in Greysteel (Grafschaft Derry). Im Gefängnis trat Torrens Billy Wrights LVF bei.

Die zivilen Opfer

der Loyalisten

Dem Mord an Billy Wright folgten acht Morde an katholischen Zivilisten. Ein Teil dieser Morde ging nicht auf das Konto der LVF, sondern auf das der UDA/UFF, die offiziell den loyalistischen Waffenstillstand vom 13. Oktober 1994 unterstützt. Die UDA/UFF gestand schließlich ihre Beteiligung ein und gab damit einen eklatanten Verstoß gegen die Mitchell-Prinzipien zu, die alle Teilnehmer an den Nordirlandverhandlungen zu strikter Gewaltlosigkeit verpflichten. In einer Erklärung der "Paras" hieß es, man habe eine angemessene Antwort auf die Ermordung von Billy Wright erteilt und wolle nun wieder die Waffenruhe einhalten. Die LVF versprach ihrerseits, in Zukunft "nur" noch Mitglieder der republikanischen Bewegung umzubringen.

Um ihrem Ausschluß von den Gesprächen zuvorzukommen, hatte die mit UDA/UFF verbündete Ulster Democratic Party (UDP) von sich aus den Verhandlungstisch verlassen. Man darf allerdings annehmen, daß dieser Schritt mit der britischen Regierung abgesprochen war, da er London aus einer heiklen Lage befreite. Erst kurz vorher hatte man den Waffenstillstand der UDA/UFF nur durch eine persönliche Intervention der Nordirlandministerin Mo Mowlan retten können. Die UDA/UFF-Gefangenen hatten sich für seine Aufkündigung ausgesprochen, da die Regierung eine prorepublikanische Politik betreibt. Die Rückkehr der UDP an den Verhandlungstisch ist wahrscheinlich. Dublin, London, die SDLP und Sinn Féin wissen, daß eine Ausgrenzung der UDP das Ende des loyalistischen Waffenstillstands nach sich ziehen würde.

Die Opfer der Loyalisten waren Türsteher und Besucher "katholischer" Pubs und Nachtklubs, vor allem aber Taxifahrer. In mindestens zwei Fällen war es nur dem couragierten Verhalten der Opfer zu verdanken, daß es nicht zu Massakern à la Greysteel (s.o.) kam. Taxifahrer, insbesondere solche katholischen Glaubens, sind bereits seit vielen Jahren ein beliebtes Ziel von Paramilitärs. Ihre Konfession ist aufgrund der sektiererischen Siedlungskultur Belfasts problemlos identifizierbar. Ein Taxiunternehmen in einer katholischen Gegend beschäftigt in der Regel katholische Taxifahrer. Auch der Name eines Fahrers kann Aufschluß über seine Konfession geben.

Besonders groß war die Anteilnahme im Falle des Community-Arbeiters Terry Enright. Seine Beisetzung im West Belfast geriet zur größten seit dem republikanischen Hungerstreik von 1981. Zu Enrights engsten Freunden zählten auch Protestanten. Der sozial engagierte Enright hatte u.a. auch mit Jugendlichen in militant-loyalistischen Hochburgen wie Shankill gearbeitet. Das Mordopfer war mit einer Cousine von Sinn-Féin-Präsident Gerry Adams verheiratet, aber der Nachtklub, bei dem er als "Türsteher" jobbte, gehört der Schwägerin von David Ervine, ehemals UVF, heute Chef der PUP und Mitglied des Belfaster Stadtparlaments. Die Wege zwischen den beiden communities sind zuweilen kürzer, als man gemeinhin annimmt.

Revanche dürfte nur ein Motiv der LVF-Kampagne gewesen sein. Loyalistischer Mordkampagnen richteten sich schon immer vornehmlich gegen katholische Zivilisten. Der Grund hierfür sind nicht nur Aufklärungsdefizite und die Schutzmaßnahmen, die IRA- und Sinn-Féin-Mitglieder treffen und eine gezielte Kampagne erschweren. Wann immer der konstitutionelle Status quo in Bewegung zu geraten droht, und die LVF sieht diese Gefahr durch den "Friedensprozeß" als gegeben, erfolgt die kollektive Einschüchterung der Minderheit. Insbesondere im Norden Belfasts, schon immer ein sektiererisches "killing field", haben die loyalistischen Morde Angst und Schrecken verbreitet. In dem dichtbevölkerten Stadtteil liegen katholische und protestantische Viertel dicht nebeneinander.

Außerdem bot der Mord an Billy Wright der LVF die Gelegenheit, die Kritiker des "Friedensprozesses" in den Reihen von UDA/UFF und UVF zu mobilisieren und in ihre militärische Offensive einzubinden. Die LVF erhält Zulauf; daß führende UDP- und PUP-Politiker auf Distanz gehen, dürfte von der Basis ihrer paramilitärischen Organisationen kaum geteilt werden.

Was will Tony Blair?

Seit seinem Amtsantritt verfolgt Tony Blair eine erheblich aktivere Nordirlandpolitik als sein Vorgänger John Major. Seine Nordirlandministerin Mo Mowlan unterscheidet sich von ihrem unsäglichen Vorgänger Sir Patrick Mayhew allein schon durch einen anderen Politikstil. Derartige Beobachtungen mögen auf den ersten Blick profan erscheinen, sollten jedoch von ihrer Wirkung her nicht unterschätzt werden. Während Mayhew seine englische Upper-class-Arroganz und koloniale Attitüde zu keinem Zeitpunkt ablegen konnte, nicht nur im Umgang mit Republikanern, sondern mit irischen Politikern allgemein, und sich in Gesellschaft von Sinn-Féin-Repräsentanten nicht nur politisch, sondern auch "kulturell" sichtlich unwohl fühlte, plagen die "proletarischere" Mowlan weit weniger Berührungsängste im Umgang mit Repräsentanten der nordirischen Unterschichten.

Die Blair-Regierung ließ die Bedingung fallen, die IRA müsse vor einer Beteiligung an All-Parteien-Gesprächen ihre Waffen abgeben, und suchte nach der Erneuerung des IRA-Waffenstillstands umgehend das Gespräch mit Sinn Féin. Während sich Major in den 17 Monaten des ersten IRA-Waffenstillstands nicht in der Lage sah, Repräsentanten der republikanischen Bewegung in der Downing Street zu empfangen, um sich aus erster Hand eine Meinung von den republikanischen Absichten zu bilden, hatte Blair damit keine Probleme. Auch in der Frage der politischen Gefangenen scheint das Blair-Kabinett flexibler zu sein. Außerdem beabsichtigt Blair eine Entschuldigung für den Bloody Sunday von 1972, als die britische Armee in Derry 14 katholische Zivilisten ermordete, sowie eine neue Untersuchung des Massakers. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Major scheint der Premier verstanden zu haben, daß der republikanische Waffenstillstand nur überleben kann, wenn der "Friedensprozeß" von einer permanenten Dynamik gekennzeichnet ist.

Es bleibt die Frage, welche mittel- bis langfristigeren Absichten London in Nordirland verfolgt. Es besteht der Verdacht, daß Blair Nordirland nur im Rahmen einer das gesamte United Kingdom betreffenden Dezentralisierungs- und Föderalisierungsstrategie betrachtet, die den Regionen - zwecks Entlastung der Zentralgewalt, Stärkung der Effizienz staatlicher Politik und Integration in den europäischen Einigungsprozeß - mehr Kompetenzen einräumt. Aus republikanischer Sicht ist dies zu wenig. Da Nordirland jedoch allein schon durch die Existenz und das Mitmischen der Republik ein Sonderfall ist, der mit Wales, Schottland, geschweige denn dem Norden Englands nicht gleichzusetzen ist, enthält Blairs Strategie der Reformierung und Neuintegration des United Kingdom das Restrisiko einer unwillkommenen Eigendynamik.

Das von London und Dublin am 12. Januar vorgelegte Propositions on Heads of Agreement-Dokument wird von Sinn Féin entschieden abgelehnt. Die republikanische Partei beschuldigte die Regierungen, sie würden vor den Unionisten kapitulieren und eine interne Lösung favorisieren. Während das Papier ein nordirisches Regionalparlament sowie einen "Rat der britischen Inseln" vorschlägt - letzterem sollen nicht nur Abgeordnete aus London, Dublin und Belfast, sondern auch aus Edinburgh und Cardiff angehören - bewegt es sich bezüglich grenzüberschreitender Nord-Süd-Institutionen unter dem Niveau des Framework Document von 1995. Dieses wurde seinerzeit von Sinn Féin begrüßt. Ein "Rat der britischen Inseln" würde den besonderen Charakter des Nordirlandproblems negieren und entspräche somit unionistischen Interessen. Die Unionisten hatten stets gefordert, Nordirland nicht anders zu behandeln als die anderen Regionen im United Kingdom, da sie in einer Sonderbehandlung eine Abkoppelung von London sahen. Dies war auch ein wesentlicher Grund für ihren erbitterten Widerstand gegen das anglo-irische Abkommen von 1985.

Mittlerweile haben London und Dublin ein gesondertes Papier zur Nord-Süd-Kooperation nachgelegt. Sinn Féin qualifizierte dies als "Schritt in die richtige Richtung". Bei einem Besuch in Creggan, einem republikanischen Stadtteil von Derry, versicherte der irische Premier Ahern, eine rein (!) interne Lösung käme nicht in Frage. Ahern wörtlich: "Ich weiß, daß sich die Bürger von Creggan als irisch verstehen und mit Irland identifizieren. Deshalb kann es eine rein interne Vereinbarung nicht geben, und es wird sie auch nicht geben. Nationalisten können nicht und werden auch niemals wieder Bürger zweiter Klasse sein."

Den Knackpunkt wird die Frage bilden, mit welchen Kompetenzen die Nord-Süd-Institutionen ausgestattet werden. Nach den Vorstellungen von London und Dublin soll ein Nord-Süd-Ministerrat dem Parlament in Dublin und einem noch zu schaffenden nordirischen Parlament verantwortlich sein. Angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse im Norden würde dies aber bedeuten, daß die Unionisten die Arbeit von grenzüberschreitenden Institutionen blockieren könnten.

Abspaltungen

von IRA und Sinn Féin

Seit Monaten kursieren Gerüchte über eine bevorstehende Spaltung der IRA. Wirklich bestätigt ist bislang allerdings nur, daß es zu Austritten aus Sinn Féin und der IRA gekommen ist. Diese betreffen vor allem die an den Norden grenzende südirische Grafschaft Louth, die in der Vergangenheit eine wichtige logistische Basis für die IRA war. Hier traten im November 1997 30 Sinn-Féin-Mitglieder aus. Nicht bestätigt wurden indessen Berichte, 35 Mitglieder des 1. Bataillons der IRA in South Armagh hätten die Organisation verlassen. Auch die Grafschaft Tyrone, wie South Armagh eine Hochburg des traditionalistischen "physical force"-Republikanismus, wird im Zusammenhang mit Absetzbewegungen immer wieder genannt.

Die Kritiker der IRA- und der Sinn-Féin-Führung reiben sich vor allem an den Mitchell-Prinzipien (s.o.) und der Möglichkeit einer "internen Zwischenlösung". Der IRA-Armeerat hatte zwar die Mitchell-Prinzipien als "unconstitutional" abgelehnt, jedoch den IRA-Mitgliedern bei Sinn Féin eine Sonderregelung eingeräumt. Allerdings erhält die Gruppe der Kritiker besonderes (moralisches) Gewicht durch das Mitwirken von Bernadette Sands McKevitt, der Schwester des legendären IRA-Hungerstreikers Bobby Sands. Die Gruppe, die sich "32 Counties Sovereignty Committee" nennt, hat mittlerweile erste öffentliche Treffen abgehalten, aber "Experten" halten es auch nicht für ausgeschlossen, daß viele der "Abtrünnigen" und Unzufriedenen sich ganz von der Politik verabschieden, um statt dessen einen Sportkanal zu abonnieren.

Wie stark die Kritiker tatsächlich sind, welchen Rückhalt sie innerhalb Sinn Féins und der IRA genießen, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum ausmachen. Das Beispiel der Spaltung von 1969 lehrt, hier keine vorschnellen Schlüsse zu ziehen. Die Führungen von Sinn Féin und IRA sind darum bemüht, Absetzbewegungen herunterzuspielen. Umgekehrt neigen die Dissidenten zu Übertreibungen, um auf diese Weise Kritiker der republikanischen Führung, die Sinn Féin und die IRA aber (noch) nicht verlassen wollen, in ihr Lager zu ziehen. Auch scheint das Tischtuch zwischen der Führung und ihren Gefolgsleuten auf der einen Seite und den Dissidenten auf der anderen noch nicht völlig zerschnitten zu sein. Eine nicht unerhebliche Zahl von Sinn-Féin- und IRA-Aktiven betrachtet den "Friedensprozeß" mit gemischten Gefühlen, zieht hieraus aber keine organisationspolitischen Konsequenzen. Letztendlich geht eine große Mehrheit wohl noch immer davon aus, daß ihre Führungskader keiner Übereinkunft zustimmen werden, die einen Verrat an der republikanischen Sache bedeutet. Hinzu kommt, daß der IRA-Waffenstillstand noch immer keinen permanenten Charakter hat. Scheitern die Verhandlungen aus republikanischer Sicht, ist ein die Bewegung kittendes "Doppelspiel" möglich: Die IRA nimmt ihre bewaffnete Kampagne wieder auf, geduldet von der Sinn-Féin-Führung, die sich parallel um eine Rekonstruktion des "Friedensprozesses" bemüht.

Bislang haben sich die Kritiker keiner der mit Sinn Féin/IRA konkurrierenden Organisationen angeschlossen, was ebenfalls dafür spricht, daß die Angelegenheit noch nicht entschieden ist. Daß die INLA von der Unzufriedenheit profitieren könnte, ist eher unwahrscheinlich. Dafür ist die Organisation, die zahlreiche Spaltungen durchmachte und einen Hang zur sektiererischen Gewalt und zur "gewöhnlichen Kriminalität" besitzt, zu sehr diskreditiert und zu unattraktiv.

Etwas anders mag sich dies im Falle der Continuity IRA verhalten, die mit der Republican Sinn Féin (RSF) von Ruarí O'Brádaigh in Verbindung steht. O'Brádaigh, bis 1983 Gerry Adams' Vorgänger auf dem Posten des Sinn-Féin-Vorsitzenden, hatte 1986 die Partei verlassen, nachdem diese ihre Politik des "abstentionism" (Nichteinnahme gewonnener Parlamentssitze) gegenüber dem südirischen Parlament aufgegeben hatte. Die Mehrzahl der geschätzten 500 RSF-Mitglieder lebt in Dublin und in den Grenzregionen (vornehmlich des Südens). Auch in Derry soll RSF einen gewissen Zulauf haben, während die Partei in Belfast bislang nicht die geringste Rolle spielt. Die Continuity IRA ist vor allem in der Grenzregion der nordirischen Grafschaft Fermanagh aktiv. Der 65jährige O'Brádaigh, in den 60ern Stabschef der IRA, ist ein eher konservativer und dogmatischer Republikaner. Den bewaffneten Kampf betrachten er und seine Kampfgefährten nicht als Taktik, sondern als republikanisches Prinzip. Laut O'Brádaigh geht es beim "Friedensprozeß" lediglich um eine "Modernisierung der britischen Herrschaft in Irland."

Daß es bislang nicht zu größeren Abspaltungen kam und der Waffenstillstand der IRA andauert, ist vor allem der politischen und persönlichen Glaubwürdigkeit der im Verhandlungsprozeß aktiven Repräsentanten der republikanischen Bewegung zu verdanken.

Dietrich Schulze-Marmeling

Dietrich Schulze-Marmeling veröffentlichte 1996 das Reisebuch "Nordirland. Geschichte, Landschaft, Kultur & Touren", mit fundierten Informationen zur nordirischen Geschichte und Politik sowie vielen touristischen Hinweisen. Das Buch ist erschienen im Verlag Die Werkstatt (Göttingen). Es hat 480 Seiten und kostet 49,80 DM.

16. "... ein Grab für meinen Sohn". Interview mit Hatice Toraman

Interview mit Hatice Toraman (Samstagmütter, Istanbul)

Autor: Samstagsmütter, Istanbul · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:04

Die Gruppe der Samstagsmütter aus Istanbul hat nicht nur in der Türkei sondern auch im Ausland großen Zuspruch erfahren. Sie veranstalten Woche für Woche in der Istanbuler Innenstadt eine Kundgebung, auf der sie die Fotos von Verschwundenen zeigen. Peter Nowak sprach mit der Mitbegründerin der türkischen Samstagsmütter, Hatice Toraman.

ak: Das Verschwindenlassen politischer GegnerInnen ist aus lateinamerikanischen Ländern wie Argentinien und Chile bekannt, aber nicht unbedingt aus der Türkei. Ist die Situation in ihrem Land damit vergleichbar?

Hatice Toraman: Auf jeden Fall. Seit Anfang der 90er Jahre sind über 10.000 Menschen in der Türkei verschwunden. Der Großteil, ca. 7.000, in den kurdischen Gebieten und ca. 3.000 aus der Türkei. Es ist nicht möglich, genaue Zahlen zu nennen, weil vor allem in Kurdistan weiterhin jeden Tag Menschen verschwinden, ohne daß es bekannt wird. Das Militär hat dort die absolute Gewalt und verhindert, daß darüber viel an die Öffentlichkeit gelangen kann. Außerhalb Kurdistans ist es nicht so einfach möglich, die Öffentlichkeit auszusperren. Deshalb sind dort die Staatsorgane etwas vorsichtiger geworden, nachdem vor zwei Jahren das Verschwinden von Metin Göktepe für großes Aufsehen gesorgt hat. Auch hier verschwinden aber weiterhin Menschen. So gab es erst vor einem Monat wieder einen Verschwundenen in Izmir. Aber das Ganze läuft nicht mehr so offen und systematisch ab.

Sehen Sie darin einen Erfolg der Aktivitäten Ihrer Gruppe, der Samstagsmütter?

Wir haben schon mit dazu beigetragen, die öffentliche Meinung in der Türkei zu verändern. Als wir 1995 begannen, uns mit Kerzen vor Regierungsgebäuden aufzustellen und Rechenschaft über den Verbleib der Verschwundenen verlangten, waren wir sieben Frauen. Wir wurden von Passanten bespuckt, von der Polizei verprügelt, über das Straßenpflaster gezerrt, verhaftet und gefoltert. Wir alle haben das erlebt und uns davon nicht einschüchtern lassen. Seit Mai 1995 treffen wir uns nun wöchentlich vor dem Galatasaray-Gymnasium in der Innenstadt von Istanbul, wo wir die Fotos der Verschwundenen aufstellen. Der unmittelbare Anlaß war die Ermordung von Hasan Ocak. Er ist am 21. März 1995 entführt worden. Am 7. Mai 1995 wurde seine Leiche gefunden. Es gab erstmals eine Reaktion in der türkischen Öffentlichkeit. Seitdem ist dieser Tag ein Kampftag für die Verschwundenen in der Türkei.

Inzwischen kommen mehrere Tausend Menschen zu unseren Kundgebungen in Istanbul. Mittlerweile beteiligen sich sogar Mitglieder der sozialdemokratischen Partei daran. Auch in Izmir, Ankara und anderen türkischen Städten gehen mittlerweile Angehörige der Verschwundenen jede Woche auf die Straße und machen vor den dortigen Regierungsgebäuden Kundgebungen. Wir sind ein gesellschaftlicher Faktor in der türkischen Innenpolitik geworden. Der Staatsterror wird nicht mehr kritiklos hingenommen. Das zeigt sich auch beim Prozeß des vor zwei Jahren ermordeten jungen Journalisten Metin Göktepe. Erstmals müssen sich die Mörder in Uniform vor Gericht verantworten. Obwohl der Prozeß immer wieder verschleppt und in eine kleine Provinzstadt verlegt wurde, fordern Tausende die Bestrafung der Mörder. Gerade deshalb gibt es auch massive Gegenreaktionen der rechten Parteien. Vor allem die faschistischen Parteien haben die Hetze gegen uns enorm verstärkt. Es gibt in der Türkei noch genügend Menschen, die auf ihren Nationalismus reinfallen. Viele Menschen aber verhalten sich auch total passiv, was ich gut verstehen kann. Auch ich habe mich nicht damit auseinandergesetzt, bis meine Familie selber betroffen war.

Sehen Sie in dem Sturz der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller und dem Verbot der Wohlfahrtspartei hoffnungsvolle Zeichen für eine Demokratisierung in der Türkei?

Ciller und ihre Mafia spielten eine wichtige Rolle bei der Organisierung des Staatsterrors. Ihr Sturz, die Ermittlungen gegen sie und die Diskussion darüber in der Türkei haben tatsächlich das System des Staatsterrors angekratzt. Allerdings funktioniert der auch ohne sie weiter. Sie war nur ein Baustein darin. Das

Verbot der Wohlfahrtspartei gibt den Repressionsorganen eher mehr Gelegenheiten, sich wieder ihren Hauptfeinden, der linken Opposition und der kurdischen Bewegung zuzuwenden.

Wie kam es zu Ihrem Engagement?

Im Herbst 1991 ist mein Sohn Huseyn verschleppt worden. Er war ein Revolutionär und seit längerer Zeit in kommunistischen Zusammenhängen aktiv. Am 1. Mai 1991 hatte er mit einem Freund Flugblätter in Istanbul verteilt. Sein Freund wurde verhaftet, mein Sohn konnte entkommen. Seit diesem Zeitpunkt wußte er, daß er in großer Gefahr schwebt. Wir wechselten danach ständig unsere Wohnung. Doch immer wieder wurden wir von der Polizei aufgespürt. Sie kamen in unsere Wohnung, durchsuchten sie, fragen nach unserem Sohn und bedrohten uns.

Anfang 1992 wurde er dann direkt vor unserer damaligen Wohnung verschleppt. Er wollte eine Kleinigkeit für das Frühstück holen, als ein weißes Auto vor ihm hielt. Einige Männer in Zivil sprangen heraus, prügelten auf ihn ein und zerrten ihn in den Wagen. Er schrie laut um Hilfe. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Wir konnten alles vom Fenster aus sehen und informierten die Polizei, die in unmittelbarer Nähe eine Wache hat. Als der Beamte erfuhr, um wen es sich bei dem Entführten handelt, sagte er nur, der steht schon lange auf der Fahndungsliste. Danach kümmerten sie sich nicht weiter darum.

Dieses Erlebnis hat mir die Augen über das faschistische System in der Türkei geöffnet. Ich habe mich mit anderen Angehörigen getroffen, und wir haben Literatur über Verschwundene in anderen Ländern und die Aktionen der Angehörigen gelesen. Besonders die "Madres de Plaza de Mayo" aus Argentinien haben uns beeindruckt, weil sie sich mit einer Hartnäckigkeit und einem Mut jede Woche in Buenos Aires versammelt haben und sich durch nichts einschüchtern ließen.

Wie lauten die Forderungen der Samstagsmütter?

Die Regierung muß die Verantwortung für die Verschwundenen und Ermordeten übernehmen. Die Mörder, Entführer und Folterer müssen zur Verantwortung gezogen werden, und die Regierung muß Auskunft über den Verbleib unserer Kinder geben und sie uns zurückgeben. Ich will ein Grab für meinen Sohn, auch wenn dort nur einige Knochen von ihm liegen sollten. Es ist uns ernst mit diesen Forderungen, und wir werden so lange auf die Straße gehen, bis sie erfüllt sind.

Erhalten Sie Unterstützung aus dem Ausland?

Die internationale Solidarität spielte für uns immer eine wichtige Rolle. Schließlich waren unsere Angehörigen Internationalisten und sind deshalb entführt und ermordet worden. Mittlerweile gibt es Unterstützergruppen in Berlin, in Belgien und Holland. Wir wollen gerade in Europa das repressive türkische Regime anprangern und fordern von allen Regierungen den Stop der Waffenlieferungen und ein Einfrierungen des Aufnahmegesuchs in die Europäische Union. Der ständige Terror des türkischen Militärs in Kurdistan, die Morde an kritischen Journalisten, die Einknastung von Intellektuellen, das alles hat im Ausland schon für Aufmerksamkeit gesorgt.

Prozeß gegen Güllü Selcuk

Mitte Januar feierte das "Solidaritätskomitee mit den Samstagsmüttern Berlin" sein einjähriges Bestehen mit einer Informationsveranstaltung zur Situation der Verschwundenen in der Türkei und in Peru. Güllü Selcuk, eine der Mitbegründerinnen des Komitees, konnte nicht dabeisein. Die deutsche Staatsbürgerin kurdischer Herkunft wurde am 29. Juli 1997 nach einer Türkeireise mit ihren beiden Töchtern auf dem Istanbuler Flughafen verhaftet. Während die Kinder nach drei Tagen freigelassen wurden, mußte Frau Selcuk bis Anfang Dezember im Gefängnis verbringen, wo sie mehrmals gefoltert wurde. Sie wird beschuldigt, das Ansehen der Türkei geschädigt zu haben, weil in ihrem Gepäck Fotos und Aufzeichnungen über Aktionen der Samstagsmütter in Istanbul und aktuelle Folterfälle in der Türkei gefunden wurden, die für Menschenrechtsorganisationen bestimmt waren.

Am 3. Dezember wurde der Prozeß gegen Frau Selcuk auf den 25. Februar 1998 vertagt. Bis dahin darf sie die Türkei nicht verlassen. Ihre bedingte Freilassung ist der Solidaritätsarbeit zu verdanken. Am ersten Prozeßtag waren JuristInnen, JournalistInnen, GewerkschaftlerInnen sowie ein PDS-Abgeordneter anwesend. Das deutsche Konsulat in Istanbul hingegen hat sich lange Zeit völlig inaktiv verhalten, kritisieren VertreterInnen des Solidaritätskomitees, die auch Aufklärung darüber verlangen, ob die Festnahme durch Zusammenarbeit

zwischen türkischen und deutschen Staatsschutzbehörden erfolgt ist. Die Soli-Arbeit soll bis zu Frau Selcuks bedingungsloser Freilassung fortgesetzt werden. "Sonst besteht die Gefahr, daß der Prozeß verschleppt wird, bis das öffentliche Interesse erschöpft ist, und sie Frau Selcuk in Ruhe verurteilen können", so die Befürchtung der Soli-Gruppe.

17. Irakisch-kurdische Flüchtlinge: Internierung und Abschiebung

Autor: Thomas v. der Osten-Sacken · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:37

Ein paar Hundert kurdische Flüchtlinge an der italienischen Adria ließen die deutsche Regierung fast den nationalen Notstand ausrufen. Die Grenzkontrollen zu Frankreich und Österreich wurden verschärft, und selbst Sprecher der SPD forderten lautstark die italienische Regierung auf, irakische Kurden in die Türkei abzuschieben. Irakisch-kurdische Flüchtlinge standen erneut im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Nur waren sie dieses Mal nicht bemitleidenswerte Opfer des irakischen Staatsterrorismus wie 1991, als Millionen vor den anrückenden Eliteeinheiten Saddam Husseins in die Grenzregionen zum Iran und zur Türkei flohen. Dies liegt daran, daß sie jetzt ihren Flüchtlingsstatus nach Europa brachten. Die militärischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre haben die Zahl von Vertriebenen, von intern Deportierten und von Flüchtlingen aus Nachbarländern vergrößert. Das UNHCR schätzt, daß inzwischen ca. zwei Drittel aller Bewohner des Gebietes zu dieser Gruppe gehören.

Diese Unsicherheit und Rechtlosigkeit begleitet die kurdische Geschichte im Irak seit über 50 Jahren. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Kurdistan und die völlige politische Entrechtung seiner BewohnerInnen haben immer wieder nur ein Resultat gehabt: vertriebene und umgesiedelte Menschen. Nur wenige schafften die Flucht nach Europa, die meistem mußten in der Region bleiben und unter menschenunwürdigen Bedingungen leben.

KurdInnen, die heute unter enormen Strapazen nach Europa fliehen, ziehen die Konsequenz aus einer unhaltbaren Situation. Denn für sie ist ein Leben ohne Zukunftsperspektive und mit der ständigen Bedrohung einer erneuten Invasion des Irak, nicht mehr möglich.

Während Europa seine Grenzen schließt und Druck auf die Türkei ausübt, in Großstädten Razzien gegen irakische KurdInnen durchzuführen, verebben die letzten Hilfsgelder für den Nordirak. Der Großteil der Hilfsorganisationen zieht ab und zeigt damit der Bevölkerung eindringlich, daß der Westen den Nordirak aufgegeben hat.

Die Massenflucht in den Westen, der seine Schutzversprechungen, die er 1991 halbherzig gab - sie aber nie einzuhalten gedachte -, ist das Resultat völlig verfehlter Politik. Statt dies einzugestehen und den KurdInnen hier einen sicheren Aufenthaltsstatus zu gewähren, versucht die Bundesregierung ihre Grenzen abzuschotten und irakisch-kurdische Flüchtlinge, die hier eine Aufenthaltsduldung haben, abschiebefähig zu machen. Offensichtlich ist eine Rückführung nach Irakisch-Kurdistan in größerem Maßstab für die Zukunft geplant. Bis es dazu kommt steht den KurdInnen in Italien eine Lösung offen: Internierungslager. Verfolgt die Bundesregierung weiterhin ihren Kurs, wird die Lösung Abschiebehaft heißen.

Thomas v. der Osten-Sacken,

WADI e.V.

Der Text ist die sehr stark gekürzte Einleitung einer Broschüre über irakisch-kurdische Flüchtlinge, die WADI und Pro Asyl zum Halabja Tag am 16.3.1998 herausgeben werden.

WADI e.V.

Gutleutstr. 144, 60327 Frankfurt

Tel.: 069/236510, Fax: 069/231472

18. Endlich Frieden auf Bougainville?

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:05

Nachdem bereits im letzten Oktober eine Waffenruhe für die nunmehr seit neun Jahren vom Krieg heimgesuchte Südpazifikinsel Bougainville vereinbart worden war (s. ak 408), haben sich die Kriegsparteien nunmehr auf einen formellen Waffenstillstand und andere die Lage stabilisierende Schritte geeinigt. Die Chancen für eine friedliche Lösung des Konflikts sind damit weiter gestiegen.

Allerdings wurden zentrale politische Fragen aus dem bisherigen Friedensprozeß ausgeklammert, und es ist nach wie vor schwer vorstellbar, wie die antagonistischen Positionen der Kontrahenten in diesen Fragen einer allseits akzeptablen Einigung zugeführt werden könnten.

Verhandlungen auf Neuseeland

Vom 18. bis zum 23. Januar 1998 trafen sich in der Lincoln-Universität der neuseeländischen Stadt Christchurch mehr als 200 Delegierte zu Verhandlungen über eine Konsolidierung des Friedensprozesses auf Bougainville. Unter ihnen waren der Premierminister Papua-Neuguineas (PNG), Bill Skate, der Führer der parlamentarischen Opposition in PNG, Bernard Narokobi, sowie die vier Abgeordneten für Bougainville aus dem Nationalparlament PNG's. Die Delegation des Bougainville Transitional Government (BTG), welches mit der papuanischen Zentralregierung kooperiert, wurde vom Premier des BTG, Gerard Sinato, geleitet. An der Spitze der Delegation der Aufständischen standen Joseph Kabui, Vize des Bougainville Interim Government (BIG), Sam Kauona, Oberbefehlshaber der Bougainville Revolutionary Army (BRA), sowie Martin Miriori, internationaler Vertreter von BIG/BRA.

Die Einbeziehung von führenden Oppositionspolitikern in die Regierungsdelegation zeigt, daß sich die papuanische Zentralregierung darum bemüht, einen politisch von einem möglichst breiten Spektrum in PNG getragenen Friedensprozeß hinzubekommen. Auf der anderen Seite war der unbestrittene Führer der Aufständischen, Francis Ona, nicht bei den Verhandlungen in der Lincoln-Universität dabei. Ona hat sich bisher wiederholt skeptisch zum im letzten Sommer eingeleiteten Friedensprozeß geäußert, diesem aber seine generelle Unterstützung gegeben. An den jüngsten Verhandlungen nahmen denn auch einige enge persönliche Vertraute Onas teil, und es wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß sich Ona an künftigen Verhandlungsrunden auch selbst beteiligen wird, wenn sie auf Bougainville stattfinden.

Neben den politischen und militärischen Spitzen der Kriegsparteien waren auch zahlreiche VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sowie lokale Kommandeure der BRA und der mit den papuanischen Regierungstruppen verbündeten Resistance Forces in der Lincoln-Universität dabei. Insbesondere nahmen auch zahlreiche Vertreterinnen von Frauenorganisationen an den Verhandlungen teil; die Frauen hatten schon vorher eine wichtige Rolle für die Einleitung und die Verstetigung von Verständigungsprozessen an der Basis auf Bougainville gespielt.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hatte einen Sonderbotschafter als Beobachter nach Christchurch entsandt, und auch Australien, Neuseeland, Vanuatu, Fiji und die Salomonen waren durch Beobachter vertreten. Eröffnet wurden die Gespräche mit einer Rede der neuseeländischen Premierministerin Jenny Shipley, was ein Zeichen dafür ist, wie stark sich Neuseeland mittlerweile verpflichtet sieht, den Friedensprozeß für Bougainville zu einem Erfolg zu verhelfen. Es sei daran erinnert, daß der gegenwärtige Prozeß maßgeblich auf neuseeländische Vermittlung hin zustande gekommen ist und daß Neuseeland durch die Bereitstellung des Tagungsortes und die Infrastruktur für die voraufgegangenen Gespräche im Juli und Oktober 1997 (Burnham I und II) sowie die führende Beteiligung an der seit November auf Bougainville aktiven internationalen Truce Monitoring Group (TMG), die die Einhaltung der Waffenruhe überwacht, einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Entwicklung geleistet hat (s. ak 408). Neuseeland genießt bei allen Kriegsparteien sehr viel mehr Vertrauen als die regionale Vormacht Australien, die sich bisher immer wieder einmal als "Vermittler" in den Vordergrund geschoben hatte, aber während der neun Kriegsjahre massiv die Streitkräfte der Zentralregierung unterstützte, so daß sie auf der Seite von BIG/BRA verständlicherweise auf großes Mißtrauen stieß.

Die Leitung des Treffens in der Lincoln-Universität hatte der Premierminister der Salomonen, Bartholomew Ulufa'alu. Der Nachbarstaat Salomonen war wiederholt in die Kriegshandlungen einbezogen worden; zeitweise

waren daher in den letzten Jahren die Beziehungen zwischen den Salomonen und PNG sehr gespannt gewesen. Die Salomonen haben ein großes Interesse an einer friedlichen Lösung für Bougainville; die voraufgegangenen Verhandlungen (Burnham I und II) waren ebenfalls bereits von einem hochrangigen salomonischen Politiker geleitet worden. Die salomonische Seite hatte sich bei den Kriegsparteien so Vertrauen erworben.

Die fünftägigen Verhandlungen wurden von den Beteiligten als "hart" und "schwierig" gekennzeichnet. Zwar war man allseits mit dem Willen nach Christchurch gegangen, den im letzten Jahr eingeleiteten Prozeß der Kriegsbeendigung fortzuführen und zu konsolidieren, doch über das schon vor Beginn der Verhandlungen allgemein als anstrebenswert bezeichnete Ziel hinaus, die faktische Waffenruhe durch Abschluß eines formellen Waffenstillstands aufzuwerten und zu festigen, war der Ausgang der Verhandlungen relativ offen. Als "dickster Brocken" für die Gespräche erwies sich die Frage des Abzugs der Streitkräfte der papuanischen Zentralregierung, der Papua New Guinea Defence Forces (PNGDF), von der Insel. BIG/BRA forderten deren sofortigen bedingungslosen Rückzug und ihre Ersetzung durch eine Friedenstruppe der Vereinten Nationen. Die Zentralregierung lehnte das ab. Ein Kompromiß wurde erst gefunden, nachdem sich die militärischen Führer von BIG und Resistance auf ein künftiges gemeinsames Vorgehen geeinigt hatten. Das machte den Weg frei für die Unterzeichnung des sogenannten "Lincoln Agreement on Peace, Security and Development on Bougainville" am 23. Januar.

Das Übereinkommen von Lincoln

In diesem Abkommen einigte man sich auf einen permanenten Waffenstillstand, der am 30. April 1998 um Mitternacht in Kraft treten soll. Bis zu diesem Zeitpunkt soll die bereits bestehende Waffenruhe fortgelten. Die internationale TMG, zu der (inklusive Unterstützungspersonal) ca. 300 Personen aus Neuseeland, Australien, Fiji und Vanuatu gehören, soll bis dahin auf Bougainville bleiben und weiterhin die Einhaltung der Waffenruhe kontrollieren. Das hat die TMG in den letzten Wochen bereits mit großem Erfolg getan, und unter den Verhandlungspartnern in Christchurch bestand Einvernehmen darüber, das Mandat der TMG, das eigentlich Ende Januar abgelaufen wäre, bis zum Inkrafttreten des formellen Waffenstillstands am 30. April zu verlängern. Dann soll die TMG von einer neuen internationalen Beobachtergruppe mit neuem Mandat abgelöst werden. Auch diese neue Gruppe soll wieder unter neuseeländischer Leitung stehen.

In der strittigen Frage der PNGDF einigte man sich schließlich darauf, daß diese nicht sofort und auf einmal abgezogen werden, sondern daß ihr Abzug etappenweise und parallel zum Aufbau einer bougainvilleanschen Polizei unter ziviler Kontrolle erfolgen soll. Gleichzeitig sollen die BRA und die Resistance Forces ihre Waffen in Zusammenarbeit mit der neu zu entsendenden internationalen Beobachtergruppe niederlegen. Die Kämpfer von BRA und Resistance sollen demobilisiert werden; sie sollen zum Teil in die neu zu schaffende Polizei eingegliedert werden, zum Teil sollen für sie spezielle Programme zur Eingliederung ins Zivilleben aufgelegt werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen soll von der papuanischen Zentralregierung aufgefordert werden, Beobachter nach Bougainville zu entsenden.

Diese Regelungen sind sicher begrüßenswert, weil sie den Abzug der PNGDF und die Demilitarisierung der Insel in Aussicht stellen. Gleichwohl lassen sie auch noch viel Raum für künftige Konflikte und die Gefahr von Rückschlägen. So kann man sicher trefflich darüber streiten, wie der etappenweise Rückzug der PNGDF konkret gestaltet werden soll und wann und in welcher Form die Entwaffnung von BRA und Resistance erfolgen soll. Auch ist die internationale Kontrolle dieser Prozesse durch die UN noch lange nicht gewährleistet.

Ferner einigte man sich in Christchurch darauf, daß es noch vor Ablauf des Jahres 1998 auf Bougainville freie demokratische Wahlen zu einer "Regierung der Versöhnung" geben solle. Diese neue Regierung soll dann an die Stelle von BIG einerseits und BTG andererseits treten. Noch in der ersten Jahreshälfte soll es darüber hinaus neue Verhandlungen - diesmal auf Bougainville selbst - geben, in denen es dann auch um den künftigen politischen Status der Insel gehen soll. Diese prekäre Frage wurde bei den jetzigen Verhandlungen ebenso ausgeklammert wie die Frage der Zukunft der Panguna-Kupfermine, deren Betrieb durch den australisch-britischen Bergbaumulti RTZ/CRA der Auslöser des Krieges gewesen war. Äußerungen hoher Vertreter aller Seiten in den Tagen unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen machten schon deutlich, daß dies die entscheidenden Hindernisse für eine dauerhafte friedliche Lösung des Konfliktes sein werden.

Stolpersteine

Während die papuanische Zentralregierung weiterhin auf der territorialen Integrität des Staates PNG besteht und folglich auf dem Verbleib Bougainvilles im papuanischen Staatsverband, fordern die Aufständischen nach wie vor die uneingeschränkte politische Unabhängigkeit für Bougainville bzw. die Abhaltung eines Referendums über diese Frage. Mittlere Positionen, wie sie vor allem im BTG vertreten werden, zielen auf eine weitestgehende Autonomie für die Insel im Rahmen PNG's. Noch ist schwer vorstellbar, wie eine von allen Seiten akzeptierte Einigung in dieser Schlüsselfrage aussehen könnte. Desgleichen strebt augenscheinlich die Zentralregierung die Wiederinbetriebnahme der Panguna-Mine an, während BIG/BRA dies ablehnen bzw. - ebenso wie BTG-Vertreter - erklären, die Entscheidung über diesen Punkt müsse den unmittelbar vom Minenbetrieb Betroffenen überlassen bleiben. RTZ/CRA haben den Anspruch auf Wiedereröffnung "ihrer" Mine schon artikuliert; die australische Regierung hält sich in dieser Frage noch bedeckt. Der australische Außenminister Downer äußerte nach den Verhandlungen, es sei gut und weise, daß an der Frage der Mine (noch) nicht gerührt worden sei und daß daran auch in naher Zukunft nicht gerührt werden sollte, handelte es sich doch um das schwierigste und emotional am stärksten aufgeladene Problem des ganzen Bougainville-Konflikts. Papuanische Politiker, die nach den Verhandlungen klare Bekenntnisse von der Regierung zur Wiederinbetriebnahme der Mine forderten, wurden von Mitgliedern der papuanischen Regierungsdelegation zurückgepfiffen. Es sei nicht opportun, diese Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufzuwerfen. Gleichwohl bleibt zu befürchten, daß Zentralregierung und Bergbaumulti perspektivisch wieder Zugriff auf die reichen Kupfervorkommen Bougainvilles haben wollen. BIG und BRA wollen ihnen aber genau das verwehren. Auch in diesem Punkt ist eine dauerhafte, allseits akzeptable Lösung noch nicht absehbar.

Wenn also auch noch zentrale strittige Fragen offen sind, wurden die Verhandlungen vom Januar 1998 und ihr Ergebnis einhellig begrüßt. Ob es sich wirklich um einen "historischen Durchbruch" zum Frieden handelt, wird sich allerdings erst noch erweisen müssen. Positiv zu vermerken ist allemal, daß die Friedens- und Versöhnungsprozesse an der Basis auf Bougainville weitergehen, daß der Waffenstillstand offensichtlich hält und daß sich für die einfachen Menschen auf der Insel, die jahrelang unter Krieg und Blockade zu leiden hatten, das Leben zu normalisieren beginnt. Der Wiederaufbau der Insel, die Versöhnung der durch den Krieg vielfach tief gespaltenen gesellschaftlichen Kräfte und die Entwicklung einer selbstbestimmten Perspektive für die Bougainvilleans sind jedenfalls gewaltige Aufgaben für die Zukunft. Ob sie an die Bewältigung dieser Aufgaben frei von Gewalt und Unterdrückung werden gehen können, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich auf seiten PNG's die vernünftigen, friedenswilligen Kräfte werden durchsetzen können oder ob doch die "hardliner" aus Militär, Polizei und Politik die Oberhand gewinnen werden.

Bemerkenswert ist jedenfalls, daß sich nach Abschluß der Verhandlungen auf Neuseeland Premierminister Skate in einem offenen Brief öffentlich bei den Bougainvilleans für das ihnen während des Krieges angetane Leid entschuldigte. Bemerkenswert ist aber auch, daß Skate wenig später innenpolitisch unter massiven Druck - vor allem seitens der Polizei - geriet und eine Kampagne zu seinem Sturz losgetreten wurde. Noch ist der Frieden für Bougainville keineswegs gesichert.

Vo

Quellen:

Lincoln Agreement on Peace, Security and Development on Bougainville (5-Seiten-Dokument), Sydney Morning Herald, The National, The Post Courier, The Independent, The Guardian, Neue Zürcher Zeitung. Dank an nb, Braunschweig und heide l-e, Norderstedt für die Recherchen.

19. Strauchelt das Suharto-Regime über den "Terror der Ökonomie"?

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:32

In den Wirtschaftsteilen sämtlicher großer in- wie ausländischer Tageszeitungen war man sich jahrelang einig: Südost- und Ostasien sind der Hauptschauplatz des Weltmarkttangos; ungestümes Wirtschaftswachstum und lukrative Investitionen seien dort ebenso sicher wie hohe Renditen. (1) Als besondere Empfehlung der neoliberalen Marktmarketender galt Indonesien. Mit 200 Mio. EinwohnerInnen ist es der bevölkerungsreichste Staat in Südostasien und wird als dessen regionale, überdies dem Westen zugeneigte Führungsmacht geschätzt. Schließlich zelebrierte dort mit Ex-General und Präsident Suharto (76) der dienstälteste Despot und Günstling des Westens ungeniert Macht und Herrlichkeit. Bis das Regime in Djakarta in die tiefste Krise seiner über 30jährigen Geschichte schlitterte und nunmehr ein Opfer seines eigenen "Wirtschaftswunders" zu werden droht.

Den Jahresbeginn hatte sich Bapak, der oberste Landesvater des südostasiatischen Inselstaates, ganz anders vorgestellt. Noch am 29. Mai 1997 hatte seine regierende Golkar - ein funktionales Bündnis der drei strategischen Gruppen aus Militär, Staatsbürokratie und Wirtschaftselite - den von ihr selbst prognostizierten Sieg bei den Wahlen zur Neubesetzung des Abgeordnetenhauses (Parlament) mit über 70% der Stimmen plangemäß errungen. Wieder einmal hatte sie die gemäßigte parlamentarische Opposition der aus vier Parteien verschmolzenen muslimischen Vereinten Entwicklungspartei (PPP) und der christlich-national orientierten Demokratischen Partei (PDI) in die Schranken gewiesen. Wenngleich auch dieser Urnengang von Repression und Terror begleitet war, sah sich Suharto in seiner Amtsführung dennoch bestärkt. In strahlender Siegerpose kündigte er an, sich im März 1998 von der Obersten Volksversammlung zum siebten Mal für eine weitere fünfjährige Amtszeit als Präsident bestätigen zu lassen. Wenn das mal nicht voreilig war.

Wertlose Rupiah - wachsender Unmut

Kaum hatte der Präsident dem politisch domestizierten Parlament am 6. Januar unterbreitet, wie er die seit dem Sommer schwelende Wirtschafts- und Finanzkrise in den Griff bekommen wolle, da stürzte die Landeswährung Rupiah ins Bodenlose. Noch im Sommer stand die US-Dollar-Rupiah-Parität bei 1: ca. 1.800. Dann hatte Suharto deren Neufestsetzung auf 1:4.000 als notwendigen Schritt zur Konsolidierung des angeschlagenen Außenhandels gewertet. Kurz darauf wurde die Rupiah in London mit gerade mal 10.550 pro Dollar gehandelt, um sich eine Woche später bei etwa 9.000 Rupiah einzupendeln. Am 22. Januar brach deren Kurs dann nochmalig ein und erreichte den historischen Tiefstqstand von 14.550 pro Dollar. Der Grund diesmal: Suharto ließ durchblicken, daß er im März als Vizepräsidenten einen langjährigen Weggefährten und Zögling, mithin die Kontinuität des Alten, favorisiere.

"Das ist allgemeine Hysterie", so ein Banker in Frankfurt angesichts der schlingernden Aktienkurse im Sog der Finanzkrisen in Ost- und Südostasien resigniert, "ich weiß selbst nicht, was ich in dieser Situation tun soll". Seinen gleichermaßen ratlosen Kollegen in Indonesiens Glitzermetropole Djakarta ging es keinen Deut besser. Dort machten Geldwechselinstitute wie PT Ayumas Gunung Agung und PT Sarinah kurzerhand ihre Schotten dicht, als aufgebrachte Kunden buchstäblich säckeweise Rupiah in Dollar umtauschen wollten. In der Hauptstadt Djakarta kam es zu Hamsterkäufen und Plünderungen von Supermärkten. In anderen Städten des Archipels, zum Beispiel in Bandung, wurden aus Verbitterung über die rasche Verteuerung von Lebensmitteln Märkte gestürmt und in Kaufhäusern die Regale legal leergekauft oder illegal ausgeräumt. Schließlich schmilzt auch in Indonesien mit dem Wertverlust des Geldes so manche Freundschaft dahin. Erst recht in diesen Tagen, da sich die ökonomische mit einer politischen (Legitimations-)Krise verbindet und intraelitäre Konflikte nicht länger mehr ausgeschlossen sind.

Ebenfalls Mitte Januar kursierten in Djakarta Putschgerüchte, die Generalleutnant Yunus Yosfiah, Chef des Militärbüros für soziale und politische Angelegenheiten, mit der kryptischen Formulierung zu zerstreuen versuchte: "Es ist zwar einfach zu sagen, aber glauben Sie uns, daß die Regierung alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um die Krise zu meistern". Weniger gläubig zeigte sich in der Jakarta Post (9.1.) ein ehemaliger Kabinettsminister, der "die Ersetzung der gegenwärtigen Regierung" empfahl, um öffentliches Vertrauen in die Politik wiederherzustellen. Gleichzeitig äußerten frühere Generalskollegen und Politiker

angesichts des Gesundheitszustands des Präsidenten Zweifel an dessen weiterer Führungsfähigkeit. Amien Rais, ein einflußreicher Intellektueller und Vorsitzender der Muhammidayah-Bewegung (2), einer einflußreichen muslimischen Wohlfahrtsorganisation, empfahl als Alternative zu Suharto eine Allianz zwischen Abdurrahman Wahid, dem Chef der mit über 30 Mio. Mitgliedern landesweit größten muslimischen Organisation (90% der Bevölkerung Indonesiens sind Muslims), der Nahdlatul Ulama, und Megawati Sukarnoputri. Sie ist Tochter des Staatsgründers und ersten Präsidenten Ahmed Sukarno. Solche, überdies öffentlich geäußerte Kritik wäre zu Hochzeiten der Suharto-Diktatur sofort drakonisch geahndet worden. Noch Anfang März 1997 hatte der Präsident erklärt, was er mit denen zu tun gedenkt, die sich nicht "verfassungskonform" verhalten: Ihnen werde man "das Genick brechen". Dabei hätte ein Verweis auf die Mehrzweckparagraphen des noch aus den sechziger Jahren stammenden "Anti-Subversionsgesetzes" oder auf "Präsidentenbeleidigung" genügt.

Suharto - des

Westens treuer Freund

Politisch geschätzt als Ordnungsfaktor und Garant westlicher Sicherheitsinteressen in Südostasien, wirtschaftlich gehätschelt als Gebieter über den größten und lukrativsten Markt in der Region und in all den Jahren unisono als kräftigster unter den sogenannten Tigern der zweiten Generation gelobhudelt, ist jede noch so große Schandtat Suhartos als Kavaliersdelikt bagatellisiert worden: Ungestraft konnten im Zuge des von ihm mitgetragenen Militärputsches 1965 und in den Monaten darauf mindestens eine halbe Million Menschen, vermeintliche KommunistInnen, physisch liquidiert werden. Zehntausende politische GegnerInnen und KritikerInnen wurden inhaftiert und/oder in die Verbannung geschickt. Ende der sechziger Jahre annektierte Suharto Irian Jaya (West-Papua), 1975/76 verleibte er sich Ost-Timor widerrechtlich als 27. Provinz ein und ließ die dort für Unabhängigkeit kämpfende Fretilin massakrieren. Für all dies ist er niemals ernsthaft von westlichen Regierungen gerüffelt worden. (3) Für weitaus geringere Verbrechen sind Schurken kleineren Kalibers unverzüglich hart an die Kandare genommen und abgestraft worden. Suhartos Terror galt, wie der Literaturwissenschafter und engagierte US-Vietnamkriegsgegner Noam Chomsky zutreffend anmerkte, aus westlicher Perspektive halt als "benign terror", wohlgemeint und nicht bösartig, vollzog er sich doch im Rahmen von Freedom & Democracy. Den Militärs schmeckte nicht, daß unter Sukarno die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) mit weit über einer Million Mitgliedern zur stärksten KP außerhalb der Sowjetunion und VR China avanciert war und ihre Massenorganisationen politisch erstarkten. Diese betrachteten ihrerseits mit zunehmender Skepsis das innenpolitisch aufgewertete Militär, das seine Legitimation aus dem Widerstand gegen die niederländische Kolonialmacht bezogen und unter den für Unabhängigkeit eingetretenen Organisationen zeitweilig gewisse Wertschätzung genossen hatte.

Mit von der Partie war von Anfang an auch der Bundesnachrichtendienst (BND), der die indonesischen Militärs mit Logistik und Waffen unterstützte. Über die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz gab's für die fernen Freunde - unter dem Vorwand der "Drogenmißbrauchsbekämpfung" - Hilfestellung in Form von Ausbildungskursen für Offiziere an der Bundeswehrakademie Hamburg-Blankenese sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe GSG-9 in Hangelar bei Bonn. (Dort erhielt unter anderen der Schwiegersohn Suhartos, General Prabowo Subianto, 1981 eine Sonderausbildung. In seine Heimat zurückgekehrt, avancierte Subianto zum Chef der indonesischen militärischen Spezialeinheiten und übernahm zudem das Kommando über das wegen seiner Brutalität gefürchtete "Detachment 81".) Der damalige BND-Chef, Reinhard Gehlen, schrieb nach Suhartos Militärputsch: "Der Erfolg der indonesischen Armee, die (...) die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden." Laut Recherchen des Fernsehmagazins Monitor (ARD, Köln, 10.10.96) bildete der BND indonesische Agenten in Deutschland aus. Überdies lieferte man aus Deutschland auch militärische Elektronik, zum Beispiel über die BND-nahe Firma Telemit. Die Geheimdienstkontakte sollten sich dermaßen freundschaftlich gestalten, daß der BND in der deutschen Botschaft in Djakarta sogar eine sogenannte legale Residentur einrichten konnte. Der Zweck dieser BND-intern FB 70 bezeichneten Residentur: enge Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Suharto-Diktatur. 1984 wurde ein neues Kooperationsabkommen über Polizeiausbildung und -technologie abgeschlossen, das auf bundesdeutscher Seite von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Eschborn unterschrieben und somit unter Entwicklungshilfe gefaßt worden ist.

Damit nicht genug: Aus der Bundesrepublik fand ebenfalls massenhaft militärisches Gerät den Weg nach Indonesien. Von Fregatten aus Beständen der früheren Nationalen Volksarmee bis hin zu Maschinenpistolen der Firma "Heckler & Koch". Hubschrauber vom Typ BO-105 der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) werden unter deutscher Lizenz im Lande selbst gefertigt. Der an der Technischen Hochschule Aachen ausgebildete MBB-Fan, Technologieminister und Suharto-Intimus, Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie, ging mit KritikerInnen derartiger Deals nicht zimperlich um. Als namhafte Wochenmagazine in Djakarta 1994 beispielsweise den Ankauf von 39 Kriegsschiffen aus Deutschland bemäkelten - Gesamtsumme: schlappe 650 Mio. US-Dollar -, zeigte Habibie umgehend, was er von seinem Meister und Mentor gelernt hatte. Kurzerhand setzte er sich beim zuständigen Informationsministerium für das Verstummen dieser regimekritischen Stimmen ein mit der zynischen Bemerkung: "Ihr könnt mir den Schlaf für eine Nacht rauben, ich aber werde euch den ewigen Schlaf verordnen".

Jedenfalls begann seit Mitte der sechziger Jahre die vom Militär proklamierte "Neue Ordnung", wobei es sich fortan selbst die Doppelfunktion (dwi fungsi) der äußeren Verteidigung und sozialpolitischen Befriedung im Innern zuwies. Aufstände in den Molukken und auf Sumatra (Aceh) wurden niederkartätscht, Zehntausende der Subversion bezichtigt und als Staatsfeinde in KZ-ähnliche Lager gesperrt. Intellektuelle - darunter so renommierte Schriftsteller wie Pramoedya Ananta Toer und Rendra - wurden mundtot gemacht oder mit Schreib-, Veröffentlichungs- und Redeverbot belegt. Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und erst recht unabhängige Gewerkschaften, die sich für die Einführung eines landesweit geltenden Mindestlohns von umgerechnet gerade mal vier Mark pro Tag einsetzen, ein Ende militärischer Einmischung in Arbeitskonflikte sowie das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften fordern, blieben den Machthabern eqin Dorn im Auge. Solche Forderungen liegen ihrer Meinung nach mit der ideologisch verbrämten Herrschaftsphilosophie über Kreuz: der Pancasila, den "Fünf Säulen" des Staates (Glaube an Gott, Menschlichkeit, Nationalismus, vom Konsensprinzip geleitete Demokratie, soziale Gerechtigkeit).

Das westliche Ausland scherte das Gebaren der Militärs nicht im geringsten. Man schätzte vielmehr die reibungslosen Geschäfte unter dem straffen Regiment der neuen Machthaber und knauserte nicht mit Investitionen und Krediten, bis das Land schließlich eine Auslandsverschuldung von gegenwärtig etwa 134 Mrd. US-Dollar angehäuft hatte. Kommunismus-Phobie, martialische Einsätze der Sicherheitskräfte und ein Filz aus politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Interessen zeichnete seit jeher den Suharto-Clan aus, unter dem die Korruption üppig ins Kraut schoß und die sechs Kinder des Präsidenten schrittweise die größten Wirtschaftsimperien übernahmen beziehungsweise leiteten.

Geschätzt wurde Suharto wegen seiner makroökonomischen Erfolge. Er holte im Ausland (vorwiegend in den USA und der Bundesrepublik) geschulte Ökonomen in sein Kabinett, um gegenüber westlichen Kapitalgebern Kompetenz und Solidität zu signalisieren. Die 1.000%ige Inflationsrate wurde auf zweistelliges Niveau gedrückt, verstärkt Investitionen angelockt, die Infrastruktur ausgebaut, das Gesundheits- und Schulwesen reformiert und die hohe Geburtenrate drastisch gesenkt, wofür Suharto von der UNO besonders ausgezeichnet wurde. Als bedeutsamer Öllieferant und mächtiges OPEC-Mitglied profitierte das Inselreich lange vom Ölboom. Die Weltbank spendete Lob dafür, daß sich die Lebenserwartung innerhalb von drei Jahrzehnten von 41 auf 63 Jahre erhöht habe und gleichzeitig der Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden IndonesierInnen (offiziell) von über 40% auf knapp 12% gesenkt wurde.

Doch die binnen kurzer Zeit aus dem Boden gestampften Prachtbauten, pompösen Kaufhausfassaden und imposanten Bürotürme, die das heutige Stadtbild Djakartas prägen, konnten nie den Blick auf die inzwischen enorme Kluft zwischen Arm und Reich verstellen. Selbst innerhalb von Betrieben ist ein Verhältnis von 1:100 oder mehr zwischen den niedrigsten und höchsten Lohngruppen keine Seltenheit. Ein zunehmendes Problem stellte selbst vor Aufbrechen der Wirtschafts- und Finanzkrise die Arbeitslosigkeit beziehungsweise Unterbeschäftigung dar. (4) Bereits im Sommer letzten Jahres wiesen offizielle Statistiken erstere mit 7,5% und letztere mit zirka 40% aus. Allein in diesem Jahr wird sich die Zahl der Arbeitslosen verdoppeln. Eine Hiobsbotschaft vor allem für Hochschulabsolventen; deren wachsende Unzufriedenheit könnte, gekoppelt mit fortgesetzter politischer Entmündigung, ein für die Herrschenden gefährliches Protestpotential bilden. Weiteres Kopfzerbrechen wird Djakarta die vom gleichsam gebeutelten Nachbarn Malaysia zur Jahreswende angekündigte Ausweisung mehrerer zehntausend (vorwiegend illegaler) indonesischer GastarbeiterInnen bereiten.

"Zahlreiche Firmen, die sich überwiegend durch ausländische Kredite finanzierten (in Indonesien ca. 80% der Großunternehmen), gerieten durch den Verfall der Wechselkurse in unlösbare strukturelle Probleme. Es ist völlig ausgeschlossen, daß sie ihre Schulden bei den derzeitigen Wechselkursen tilgen können; d.h. sie sind bankrott und müssen schließen oder fusionieren. (...) Die ohnehin schwierige Wirtschaftssituation wird sich Anfang Februar noch weiter zuspitzen: Viele werden ihr - zum Ramadan-Fest übliches - 13. Monatsgehalt nicht erhalten und sparen müssen. Seit Anfang Januar 1998 sind allein in Indonesien rund 2,5 Mio. Menschen arbeitslos geworden. Etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze (rund 37 Mio.) ist akut gefährdet. Allein in Djakarta werden im Februar voraussichtlich 3,5 Mio. Menschen arbeitslos sein (vgl. dpa, 25.1.98). (...) Aufgrund der schlechten Wirtschaftssituation müssen bereits heute von der Arbeit eines einzigen durchschnittlich mehr als fünf Menschen leben. Die Belastung ist gerade für die ohnehin armen Dörfer sehr hoch: Seit Anfang Januar sind etwa 1 Mio. der neuen Arbeitslosen in ihre Dörfer nach Zentraljava heimgekehrt." (5)

IWF verordnet Schonkost

Der tiefe Fall der Rupiah ist vor allem durch die im Ausland genährte Skepsis über die Ernsthaftigkeit des Reformwillens im Wirtschafts- und Finanzsektor Djakartas ausgelöst worden. Den Topmanagern des Internationalen Währungsfonds (IWF) und westeuropäischen Bankiers gingen die in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Überwindung der Krise offensichtlich nicht weit genug. Da genügte dann allein das Gerücht, der IWF gedenke im Verbund mit der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB, Sitz Manila) das aktuell für Indonesien geschnürte Hilfspaket von gut 40 Mrd. US-Dollar zu trimmen, um die Rupiah in den Keller absacken zu lassen. US-Präsident Clinton intervenierte höchstpersönlich, als er Suharto in der zweiten Januarwoche telefonisch über ein verstärktes Engagement Washingtons unterrichtete und gleichzeitig ankündigte, mit Lawrence H. Summers werde sein stellvertretender Treasury Secretary sowie das IWF-Spitzenduo Michel Camdessus und Stanley Fischer eigens nach Djakarta reisen.

Im Mittelpunkt ihrer Verhandlungen mit dem Gouverneur der Bank Indonesia, J. Sudradjad Djiwandono, und Vertretern der Ressorts Wirtschaft, Handel und Finanzen stand dann die Frage, wie das Land seinen Verpflichtungen nachkommt, kurzfristig annähernd 60% seines von Privatbanken und dem Staat angehäuften Auslandsschuldenbergs abzutragen.

Djakarta hat sich im Gegenzug für das vom IWF geschnürte Hilfspaket bereit erklärt, u.a. folgenden "Empfehlungen" des IWF nachzukommen:

- Die bislang geltende Höchstgrenze einer 49%igen ausländischen Kapitalbeteiligung an indonesischen Unternehmen wird aufgehoben;

- Handelsmonopole für landwirtschaftliche Produkte (z.B. Weizen, Mehl, und Sojabohnen, nicht betroffen sind freilich Reis und Mais) wie die mächtige Nationale Logistikbehörde (National Logistics Agency, Bulog) sollen sukzessiv entflochten werden;

- für über 150 Einfuhrerzeugnisse in exportrelevanten Branchen sollen die Zölle zwischen fünf und 15% und gleichzeitig die Importzölle auf breiter Front signifikant - beispielsweise bei chemischen Produkten um bis zu 40% - gesenkt werden;

- der Großhandel soll bis zum Jahr 2003 schrittweise für Ausländer geöffnet werden;

- Mehrwertsteuerbefreiungen bei Exporten sollen von zehn auf 18 strategische Produktgruppen erweitert werden. Die acht neuen Gruppen umfassen: Eisen und Stahl, Automobilteile, Maschinen und Maschinenkomponenten, Schmuck, Chemikalien, Kautschuk, mineralische sowie Plastikerzeugnisse;

- zweijährige zollfreie Einfuhr von Maschinen und Ausrüstungsgütern in sämtlichen neuzuerrichtenden Industrieanlagen;

- eine umfassende Umstrukturierung des Bankwesens, von der mindestens 240 Finanzinstitute betroffen sind (6);

- 81 Regierungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von umgerechnet mindestens drei Mrd. US-Dollar werden einstweilen auf Eis gelegt.

Zuvor hatte das Finanzministerium in Djakarta bereits 16 in Liquiditätsprobleme geratenen Banken die Lizenz entzogen und deren Geschäftsleitungen aufgefordert, das Land vor Abschluß der laufenden Untersuchungen nicht zu verlassen. Von den Schließungen waren solche palastnahen Banken wie Bank Harapan Sentosa, Bank Pacifik, Southeast Asia Bank sowie die Athena-Bank betroffen. Letztere ist Teil der Bimantara-Unternehmensgruppe, die von Bambang Trihamodjo, einem Sohn des Präsidenten, kontrolliert wird. Strittig dürfte das Deregulierungsgebot des IWF in jenen Punkten bleiben, die unmittelbar den Suharto-Clan und dessen engste Klientel betreffen. Eine mafiotische Zurichtung der Wirtschaft ist halt leichter als die Umstellung auf eine Marktwirtschaft. Da ist zum einen das ambitionierte sogenannte Nationalwagen-Projekt PT Timor Putra Nasional von Suhartos jüngstem Sohn, Hutomo "Tommy" Mandala Putra, an dem sich bis zum letzten Jahr japanische und südkoreanische Firmen (KIA) interessiert gezeigt hatten. Andererseits gerät die nationale Luftfahrtindustrie, das Lieblingsprojekt des Suharto-Intimus und im Ausland geschätzten Technologieministers B.J. Habibie, ins Visier der Kritik. Last but not least wird der Suharto-Clan nicht von einschneidenden Veränderungen im Bankensektor verschont bleiben, lange eine Domäne des Familien- und Verwandtschaftsklüngels, (Ex-)Militärs und notorischer politischer Ja-Sager.

So oder so sind beide Seiten mit einem großen Dilemma konfrontiert. Das Suharto-Regime will sich nicht als regionale Führungsmacht in Südostasien international brüskieren und der IWF sich nicht vorwerfen lassen, nicht mehr Herr der eigenen Gebote zu sein. Widersetzt sich Suharto den IWF-Auflagen oder versucht er letztlich, sie zu umgehen, wird ihn das zumindest mittelfristig den Hals kosten. Kommt er ihnen nur teilweise nach, wird ihm der "Terror der Ökonomie" politisch zum Verhängnis. Er könnte ein Schuldenmoratorium verkünden und soziale Unruhen infolge von Firmenzusammenbrüchen und Massenpleiten militärisch unterdrücken. Doch das würde vollends das Image des Standorts Indonesien ruinieren und die Gefahr eines Massenmordens wie Mitte der sechziger Jahre heraufbeschwören.

Andererseits bedeutete die vollumfängliche Umsetzung der IWF-Auflagen eine hochgradige Gefährdung des sozialen und politischen "Friedens". Das zeigt allein das südkoreanische Beispiel; dort wird sich die offiziell noch auf 2,9% veranschlagte Arbeitslosigkeit nach konservativen Schätzungen 1998 mindestens verdreifachen und die unabhängige Gewerkschaftsbewegung zu militanten Protestaktionen verleiten. Der Ende Februar sein Amt antretende neue Präsident Südkoreas, Kim Dae-Jung, hat gegenüber der International Herald Tribune erklärt, die Wirtschafts- und Finanzkrisen in Asien seien wesentlich von autoritären Regierungen verschuldet worden. "Viele Führer in Asien sagten", so der Ex-Oppositionspolitiker Kim, "die militärische Diktatur ist der Weg, und Demokratie ist nicht gut für ihre Länder". (7) Damit meinte er vor allem die Verflechtungen der Wirtschaft mit (früheren) Regierungen und die Unfähigkeit, diese zur Verantwortung zu ziehen. Ob das wohl der Kollege in Djakarta vernommen hat?

Ende einer Ära?

Wird Suharto bald den andernorts bereits abgetakelten Kalten Kriegern in den politischen Orkus folgen? Da ist statt voreiliger Blicke in die Glaskugel - leider noch - Vorsicht geboten; es gibt Gründe, die dagegen sprechen.

Erstens: Suharto hat die Politik des Teile-und-Herrsche, der politischen Kooptation und des ökonomischen Klientelismus gewiefter praktiziert als viele seiner Gesinnungsgenossen. Trotz der allen gemeinsamen Korruption und Kleptokratie hatte Suharto im infrastrukturellen und wirtschaftlichen Bereich wenigstens eine Zeitlang Teilerfolge vorzuweisen. Eng dürfte es für ihn werden, sollte er tatsächlich an Habibie als neuen Vizepräsidenten festhalten, der zu sehr mit dem Regime liiert ist, als daß sich ausgerechnet mit ihm ein im In- wie Ausland akzeptabler Neubeginn realisieren ließe.

Zweitens: Eine ernstzunehmende Opposition ist bereits in den Anfangsjahren der Suharto-Ära physisch liquidiert worden, und heute ist der Widerstand relativ schwach und zersplittert. Bedeutsamer sind oppositionelle Tendenzen - besser: Nuancen - im Militärapparat selbst. Befürworten ältere Kameraden, zentriert um Verteidigungsminister Edy Sudradjat und Vizepräsident Try Sutrisno, eine regulierte politische Öffnung des Systems, so optieren andere Generäle für den Weg zurück in die Kasernen. Die dritte Tendenz verkörpert die sogenannte Palastwache um General Prabowo Subianto (ein Schwiegersohn Suhartos) und den Stabschef des Heeres, General Hartono, die für die Beibehaltung des Status quo sind. Doch alle eint über die strikte Loyalität zum Präsidenten hinaus das Ansinnen, dem Militär auch künftig sozialpolitische Funktionen zu übertragen und Pfründe zu belassen. "Die Armee ist noch in starkem Maße von Herrn Suharto abhängig",

meint Juwono Sudarsono, Politikwissenschaftler am Militärkolleg in Djakarta: "Überdies ist diese Krise überwiegend wirtschaftlicher Natur, in der ein Rearrangement im Machtgefüge allein nicht hilfreich ist."

Drittens: Das Militär ist zwar Teil des Problems, aber auch ein Teil seiner Lösung. Seit der Staatsgründung der Republik Indonesien hat es die Zitadellen von Macht und Herrschaft in sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens besetzt. In sozialen Einrichtungen ist es ebenso verankert wie in politischen Institutionen, Wirtschaft, Finanzen und Handel. Und gleich dem Dalang, dem Erzähler, und Regisseur im javanischen Schattenspiel hat Suharto als Galionsfigur eben dieses Militärs die Fäden zu ziehen und eine delikate Machtbalance herzustellen vermocht. Er mag straucheln, stürzen, von der Bühne abtreten oder als Sanatoriumsgast in dem von ihm häufig besuchten und geschätzten westfälischen Bad Oeynhausen enden. Doch das würde keineswegs eine Machterosion des Militärs in seiner Gesamtheit bedeuten. (8)

Viertens: Daraus folgt als Paradoxon, daß die Begründung einer Zivilgesellschaft nur gelingen kann, wenn zumindest Teile des Militärs sich mit relevanten oppositionellen Bewegungen verbünden. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht erkennbar. Zudem steckt jede Opposition - wie übrigens auch Südkorea unter Kim Dae-Jung - in der Zwickmühle, eine gesellschaftlich akzeptierte Politik unter unakzeptablen oder nicht-akzeptierten ökonomischen Bedingungen zu gestalten. In diesem Sinne könnten sich die Macht der Gewohnheit und das Wahren von einmal Erreichtem stärker als der Mut zum Umsturz erweisen, zumal die gesellschaftliche Traumatisierung infolge des gewaltsamen Umsturzes und Massenmordens Mitte der sechziger Jahre bis heute tiefe Spuren hinterlassen hat.

Rainer Werning

Anmerkungen:

1) Vgl. beispielsweise die Beiträge "Indonesien leitet beherzt die wirtschaftlichen Reformen ein" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 3.11.97 und "Tigerstaaten räumen auf" im Düsseldorfer Handelsblatt vom 5.1.98 sowie den nachgerade überschwenglich optimistischen Artikel "Making Money: Our international team of money-market hunters sees plenty of promise in Asia's economic entrails" zum Auftakt des letztjährigen "Jahr des Ochsen" in dem in Hongkong erscheinenden Wirtschaftsmagazin Asia, Inc., März 1997, S. 71ff. - Auffällig ist, daß dieselben Instanzen (vorrangig Banken und mit makroökonomischen Länderanalysen befaßte sogenannte Rating Agencies), die jahrelang unkritisch die asiatischen Boomökonomien über den grünen Klee gelobt und mit kräftigen Finanzspritzen versehen hatten, heute laute Kassandrarufe ausstoßen und - wie anläßlich des Ende Januar/Anfang Februar abgehaltenen jüngsten Weltwirtschaftsforums im schweizerischen Davos geschehen - auf die Installierung eines Frühwarnsystems pochen. Dort hatte z.B. der Vorstandssprecher der Commerzbank, Martin Kohlhaussen, die westlichen Zentralbanken aufgefordert, die Märkte stärker zu kontrollieren und von den betroffenen Krisenländern verläßlichere wirtschaftliche Eckdaten einzuklagen.

2) Amien Rais überwarf sich im Frühjahr 1997 mit Suharto und Technologieminister B. J. Habibie, als er wegen regimekritischer Äußerungen seines Postens als Vorsitzender des Expertenkuratoriums der "Indonesian Association of Muslim Intellectuals (ICMI)", einer kontroversen, 1990 von den Behörden zwecks Kooptierung kritischer Geister ins Leben gerufenen muslimischen "Pressure Group", enthoben wurde. Rais bezichtigte die Regierung im Gegenzug der hysterischen Überreaktion und erklärte: "Einige Leute vermögen nicht zwischen Katzen und Tigern zu unterscheiden. Ich bin lediglich eine Katze - eine magere dazu".

Ein zentraler Punkt des Erneuerungsprogramms der 1912 gegründeten Muhammadiyah-Bewegung war die Verbesserung der islamischen Bildungseinrichtungen. Es galt, eine muslimische Elite zu schaffen, die in der Lage war, als ausgleichende Kraft gegenüber den westlich gebildeten Repräsentanten des holländischen Kolonialsystems zu fungieren. Naturwissenschaftliche Fächer wurden in das traditionelle Bildungssystem integriert und zusätzlich neue Modellschulen (Madrasah) eingerichtet, in denen Noten verteilt und Abschlußzeugnisse ausgestellt wurden. Eine der wichtigsten Neuerungen dieser Schulen war die Möglichkeit für Mädchen und junge Frauen, eine Ausbildung zu erhalten. Nebst Schulen gründete Muhammadiyah Moscheen, religiöse Stiftungen, Waisenhäuser, Kliniken sowie eine Reihe von Zeitschriften, die in den regionalen Sprachen gedruckt wurden. Ausschlaggebend für ihre Expansion war, daß diese Bewegung es zunehmend verstand, Muslime aus verschiedenen Landesteilen in einer Organisation zu vereinigen, die sich

außer der Erneuerung des religiösen Lebens dem Engagement für sozialen Fortschritt der muslimischen Gemeinwesen verschrieben hatte.

3) Ausführlich in: Rainer Werning, Indonesien 1965 - 1985: Lange Schatten des Terrors, Münster 1985.

4)Margot Cohen schilderte in ihrem in der Hongkonger Far Eastern Economic Review (FEER, 13.3.97, S. 42 ff.) mit "Under The Volcano" betitelten Feature anschaulich die unterschwellig angespannte soziale und wirtschaftliche Lage im Lande und wies auf die durchaus reale Gefahr hin, daß sich im Falle politischer Unruhen - wie in der Vergangenheit des öfteren geschehen - latenter Haß gegen die gut sechs Millionen zählenden Chinesen (etwa 3% der Bevölkerung) entladen könnte, denen unterstellt wird, Hauptnutznießer während der Ära Suharto gewesen zu sein.

5) Zit. nach: "Intensivstation Asien", ein Situationsbericht von IMBAS (Initiative für die Menschenrechte der BürgerInnen in den ASEAN-Staaten), Ffm., 27.1.98, S. 1.

6) Fünf Privatbanken sind bereits Mitte Januar zusammengelegt worden, um gegenüber ausländischen Gläubigern Goodwill zu demonstrieren - siehe: "Jakarta Merges Banks To Reignite Economy", in: International Herald Tribune (IHT), Paris, 20.1.98, S. 1 u. 15.

7) "Korean President-Elect Blames Strongman Rule", in: IHT vom 9.1.98, S. 1 u. 4.

8) Vgl. dazu: Bob Lowry, "Indonesian Army Faces Change", in: FEER vom 13.3.97, S. 29. - Der Autor, ehemaliger australischer Militärattaché in Djakarta, ist stellvertretender Director des Australian Defence Studies Centre und Autor von The Armed Forces of Indonesia.

20. Drei Zentner Aleman. Nicaragua im neoliberalen Zeitalter

Autor: U. Böhling · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:29

Nicaragua-Libre, ein Land dessen revolutionäre Umgestaltung und dessen antiimperialistischer Krieg in den achtziger Jahren eine elektrisierende Anziehungskraft für eine weltweite Solidaritätsbewegung besaß, ist heute nur noch eine Randnotiz in der politischen Tagespresse.

Die sandinistische Befreiungsfront (FSLN) hatte 1979 in einem Volksaufstand die Diktatur des Somoza-Familienclans gestürzt. Es folgte eine für das lateinamerikanische Festland bisher einzigartige Agrarreform, eine Neuordnung der Besitzverhältnisse, Verstaatlichung der Banken sowie die Priorisierung von Gesundheit, Bildung und Ernährung. Dies führte zu einem Konflikt mit den USA, die 1982 damit begannen, eine ca. 40.000 Mann starke sogenannte Contra-Truppe militärisch auszubilden und aufzurüsten. Der schmutzige Krieg währte bis 1990 und führte neben der Wirtschaftsblockade durch die USA zu hohen menschlichen Verlusten und wirtschaftlichen Schäden. Dennoch verlor die FSLN - für die meisten Menschen völlig unerwartet - bei den Wahlen im Februar 1990 die Regierungsmacht an ein rechtskonservatives Bündnis (UNO) um die Zeitungsverlegerin Violetta Chamorro, die bis Oktober 1996 die Präsidentschaft inne hatte.

Welche Entwicklung hat dieses viereinhalb Mio. Einwohner zählende Land Mittelamerikas nunmehr fast acht Jahre nach dem Regierungsverlust der FSLN genommen? Was wurde aus den Drohungen des jetzigen Präsidenten Arnoldo Aleman, eines engen Freundes der Familie des früheren Diktators Anastasio Somoza? Seine Partei der Liberalen Allianz, die bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Oktober 1996 die Regierungsmacht erlangte, hatte sich auf die Fahnen geschrieben, die alten Besitzverhältnisse wieder herzustellen und die Sandinisten von der politischen Bildfläche hinwegzufegen.

Aleman: Masse und Macht nach einem Amtsjahr

Die Amtszeit des jetzigen Präsidenten Arnoldo Aleman, dem vormaligen Bürgermeister von Managua, hat das erste Jahr überschritten. Aleman gilt als Ziehkind der Exilnicaraguaner in den USA und hat aus seiner engen Anlehnung an den Familienclan des früheren Diktators Anastasio Somoza nie einen Hehl gemacht. Allein von der Physiognomie her, sehr übergewichtig und mit mächtigem Doppelkinn, verkörpert er wie kein anderer die vorrevolutionäre Oberschicht. Während er für die einen das Haßobjekt bildet, ist er für die anderen vertrauenseinflößender, personifizierter Wohlstand schlechthin.

Seine Macht stützte sich von Anfang an auf ein fragiles Bündnis mit dem Namen "Liberale Allianz", dessen verschiedene Gruppierungen nur vom Antisandinismus zusammengehalten wurden. Mit ursprünglich 42 Sitzen in der Nationalversammlung verfügte es nicht über die 60% der Stimmen, die für Verfassungsänderungen erforderlich sind. Der Überführung der Liberalen Allianz in die "Konstitutionelle Liberale Partei" (PLC) wollten im Sommer 1997 nur noch 31 Parlamentsabgeordnete aus der engen Gefolgschaft Alemans Folge leisten. Die FSLN stellt seither mit 36 Abgeordneten die stärkste Fraktion. Die "Partei des Christlichen Weges" (CCN), die in einigen Fragen gemeinsam mit der FSLN stimmt, ist mit vier Abgeordneten die drittstärkste Gruppe im Parlament. Die übrigen Parteien, unter ihnen auch die Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS), sind mit ein bis drei Sitzen relativ bedeutungslos.

Die politische Ausrichtung der Regierung Aleman konzentrierte sich bisher fast ausschließlich auf die Restaurierung der Zustände vor der sandinistischen Revolution. Ein streng vertrauliches Strategiepapier der Liberalen Allianz gelangte im Frühjahr 1997 an die Öffentlichkeit und vermittelt einen Einblick in die Zielsetzungen der Partei. Nachfolgend einige Auszüge, veröffentlicht im Boletin de Noticias de Nicaragua 341 (BNN):

"(...) Von 1979 bis heute wurde ein entscheidender Teil des Liberalismus (auch Somozas Partei hieß "Liberale Partei", U.B.) attackiert und des Somozismus, des Raubes, der Folter und des Mordes angeklagt. Es ist die liberale Pflicht, ihn zu verteidigen, beginnend mit den Familienangehörigen der letzten drei Somozapräsidenten und jener, die mit ihnen in der Regierung und in der Armee zusammenarbeiteten. Ihre ökonomischen Ressourcen, ihre Freunde und ihr Einfluß sind eine große Hilfe. (...)

Die Regierung muß von Beamten und Angestellten gesäubert werden, die nicht unserer Linie entsprechen. (...)

Es müssen Maßnahmen eingeleitet werden, um die Kontrolle und den Einfluß über alle Massenkommunikationsmittel zu erhalten. (...)

Privatisierung der wichtigen Unternehmen, die noch vom Staat verwaltet werden: die Nicaraguanische Bank, die wieder eine liberale Bank werden soll; der TV-Kanal 6, der einzige, der im ganzen Land zu sehen ist und entscheidend für unsere Wahlkampagnen ist (das muß im Einverständnis mit den früheren Besitzern erreicht werden); ebenso Radio Nicaragua, das bankrott ist." (diese Vorhaben sind bereits erfolgreich umgesetzt worden, U.B.)

Als handele es sich bei diesem Strategiepapier um einen Marschbefehl, legte die Regierung in den ersten Monaten des Jahres 1997 auf allen Ebenen los. Dies zog den breiten Widerstand von Bauernvereinigungen, Gemeindebewegungen und ehemaliger Militärangehöriger nach sich, der in den "Nationalen Protesttagen" im Mai1997 seinen Höhepunkt fand. Landesweit wurden alle wichtigen Verkehrswege blockiert, so daß die Regierung nach fünf Protesttagen einen taktischen Rückzieher vornahm. Es kam zu Verhandlungen über die Eigentumsfrage zwischen dem Vizepräsidenten Enrique Bolaños Geyer und dem Leiter der sandinistischen Verhandlungskommission, Bayardo Arce.

Als Interessensvertreter der Altsomozisten hat die jetzige Regierung klar Position gegen den Teil der nationalen Bourgeoisie bezogen, der auch während der sandinistischen Regierungszeit nicht das Land verlassen hatte und insbesondere von der Chamorro-Regierung begünstigt wurde. Da ist zum Beispiel der "Pellas-Familienkonzern", ein aus dieser Phase gestärkt hervorgegangenes Unternehmen, das heute in Nicaragua u.a. mit den Vertretungen von Coca-Cola, Toyota, diversen Banken 34% der Wirtschaftsleistung des Landes erbringt und 70% der an der nicaraguanischen Börse gehandelten Papiere ausmacht. Oder Armando Tellez, der 1995 zu günstigen Konditionen die vom Somoza-Clan enteignete Zuckerfabrik in Montelimar erwerben konnte, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Der liberalen Regierung ist es bisher nicht gelungen, eine Union mit diesen Wirtschaftskräften herzustellen. Die Regierung konnte zwar den Ausverkauf des Staates vorantreiben, eine unumschränkte Führungsrolle in der nationalen Oberschicht konnte sie sich bisher jedoch nicht sichern.

Nicaragua - ein nachhaltiges Armenhaus

Das ist das Ergebnis der nun fast achtjährigen Tätigkeit von IWF und Weltbank in Nicaragua. Sie hatten dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land bereits 1990, nach dem Wahlsieg der UNO, eines ihrer gefürchteten Strukturanpassungsprogramme aufoktroyiert. Massive Kürzungen im Bereich des Gesundheitswesen, der Schulbildung, die Privatisierung des gesamten staatlichen Bankwesen sowie die Vorbereitung der Privatisierung von Wasser-, Elektrizitäts- und Telefonversorgung führten dazu, daß von den 400.000 Beschäftigten, die 1989 im öffentlichen Dienst tätig waren, heute noch ganze 87.000 auf der Gehaltsliste des Finanzministeriums stehen. (Tiempo del Mundo, 4.12.1997/ Zeitung des Moon-Konzerns in Nicaragua)

Das Büro der UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) in Managua veröffentlichte im Oktober 1997 eine sogenannte PENUD-Studie, die die Lebensqualität anhand verschiedener Indikatoren (Schulbildung, Gesundheitsversorgung, Lebenserwartung usw.) mißt. Nicaragua ist laut dieser Studie innerhalb eines Jahres um acht Punkte gefallen und zählt heute mit einem Gesamtwert von 18 Punkten gemeinsam mit Haiti zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas, weltweit vergleichbar mit Somalia. 13% der NicaraguanerInnen werden nicht älter als 40 Jahre, 34% der Bevölkerung sind Analphabeten, nachdem in Folge der Alphabetisierungskampagne zu Beginn der Sandinistischen Regierungszeit die Quote auf 12% gesenkt werden konnte. Eine Studie der Mittelamerikanischen Universität (UCA) weist nach, daß 82% der Bevölkerung in Armut leben, darunter 50% in extremer Armut (BNN 344)

Die Veröffentlichung der UNO-Studie zog den Zorn der jetzigen Regierung nach sich. Dem Präsidenten des UNDP wurde mit der Ausweisung gedroht. Die Regierung bemühte sich, die Auswirkungen ihrer Politik durch interessante Zahlenspiele und neue Begriffsschöpfungen schönzureden. Da z.B. die Arbeitslosenquote ca. 55-60% beträgt, hat das Arbeitsministerium die Kategorie der sogenannten subempleados (Unterbeschäftigten) geschaffen. Hierunter werden die Personen zusammengefaßt, die an mindestens einem Tag in der Woche oder an mindestens fünf Tagen im Monat eine Arbeit haben. Die alleinerziehende Mutter mit sechs Kindern, die an einem Tag in der Woche Tortillas verkauft, ist somit schon nicht mehr arbeitslos, und der Arbeitsminister spricht somit optimistisch von einer offiziellen Arbeitslosenquote von 14,6 %. Darüberhinaus

gebe es noch 37% Unterbeschäftigte, die aber durchaus über ein Einkommen verfügen (Tiempo del Mundo, 4.12.97).

Die Einkommensspanne in Nicaragua weist einige Besonderheiten auf. Der Mindestlohn beträgt z.Zt. 350 Cordobas (34 $) im Monat. Dieser Lohn reicht allenfalls, um einen Bruchteil des Warenkorbes lebensnotwendiger Nahrungsmittel zum Erhalt einer Familie zu erwerben. In den letzten öffentlichen Debatten wurde der Wertumfang des Warenkorbes zwischen 1.500 Cordobas (Regierung) und 1.900 Cordobas (Gewerkschaft) veranschlagt (Tiempo del Mundo, 4.12.97). Im öffentlichen Dienst reicht die Einkommensspanne von 350 Cordobas für die Reinigungskraft bis hin zu 2.100 Cordobas für den Krankenhausarzt. Im Bereich der Privatwirtschaft reicht die obere Einkommensgrenze durchaus bis 3.000 Cordobas. Dann folgt eine große Kluft bis zur kleinen Gruppe der Familienangehörigen des Betriebseigentümers. Deren Einkommen beginnen in der Regel erst bei 1.200 $. Dies hat seinen Ursprung in der ausgeprägten Familienorientierung der nicaraguanischen Oberklasse, die spätfeudalistische Charakterzüge und eine ausgeprägte Form der Vetternwirtschaft aufweist.

Das Prinzip der Vetternwirtschaft spiegelt sich auch in der politischen Führungsklasse des Landes wider. Insbesondere unter der Regierung Aleman wurde der hemmungslosen Bereicherung Tür und Tor geöffnet. So beschloß am 16. August 1997 der Stadtrat von Managua, das Monatsgehalt des Bürgermeisters Roberto Cedeño auf 10.000 $ zu erhöhen. Schon mit seinen bisherigen 4.500 $ monatlich überstieg sein Gehalt das von jedem seiner mittelamerikanischen Amtskollegen. Um keine Unzufriedenheit aufkommen zu lassen, erhöhten sich die übrigen Ratsmitglieder ihre Aufwandsentschädigung pro Sitzung (immerhin 18 im Jahr) auf 1.500 $ (BNN 344). Diesen Verlockungen konnten auch einige der sandinistischen Ratsmitglieder nicht widerstehen, und so stimmten fünf der sieben ebenfalls für die Diätenerhöhung. Das bewährte Prinzip der Korrumpierung politischer Funktionsträger setzt sich bis auf die unterste Ebene durch und verschlingt nach offiziellen Angaben mittlerweile 15% des Staatshaushaltes (El Nuevo Diario, 14.12.97).

Unklare Besitzverhältnisse hemmen die Entwicklung

Die nackten soziökonomischen Daten vermögen jedoch nur zum Teil die Wirklichkeit zu beschreiben. IWF und WB-Politik sind nicht allein für die Misere verantwortlich. Eine Reihe struktureller Probleme stehen einer Erholung oder gar Entwicklung im Wege.

Es gibt heute in Nicaragua ca. eine halbe Million ungeklärter Besitzansprüche an Grundstücken, Häusern und Produktionsmitteln (BNN 340). Da sind zum einen die ca. 38.000 Kooperativen, die während der sandinistischen Regierungszeit gebildet wurden. Wenngleich im Rahmen der Piñata (individuelle Aneignung von Volks-und Kooperativeneigentum in der Übergangszeit Februar bis April 1990) ca. 3.000 Kooperativen von Einzelpersonen übernommen wurden, so verbleiben immerhin noch 35.000. Die meisten dieser Kooperativen existieren nur noch auf dem Papier, da sie bereits unter den Mitgliedern aufgeteilt wurden. Man schätzt daher die Anzahl der Einzelansprüche landesweit auf ca. 200.000.

Allein in Managua sind im oben genannten Zeitraum ca. 150.000 Grundbesitzansprüche an landlose Familien ausgegeben worden. Zur Zeit passiert das Gesetz über die "Legalisierung des Eigentums" die Nationalversammlung. Hierin sollen u.a. auch die ca. 140.000 Grundstücksansprüche aus den in Managua bis Ende 1995 massenhaft entstandenen Armenvierteln geklärt werden. Die Gesamtzahl der Einzeldokumente, die zur Klärung der Besitzansprüche beim Grundbuchamt mitzubringen sind, beläuft sich nach vorsichtigen Schätzungen auf acht bis zehn Millionen. Ihre Bearbeitung kann Jahrzehnte beanspruchen. Hinter diesen Zahlen verbergen sich hunderttausende von Menschen, die der Möglichkeit beraubt werden, sich ihre Existenz zu sichern. Ohne Eigentumstitel keine Hypothek und somit kein Bankkredit. Vor dem Hintergrund der nationalen Krise treibt dies die meisten Kleinbetriebe binnen kürzester Zeit in den sicheren Ruin. Die exorbitanten Zinsen der großen Zahl von Privatbanken, die den hohen Kapitalbedarf mit Jahreszinsen von 50-70% ausnutzen, werden von Kredithaien sogar noch übertroffen.

Die sandinistische Wirtschaftsstrukturpolitik der Entwicklung nationaler Agrarwirtschaft und Kleinindustrie gibt es nicht mehr. Das neoliberale Konzept von IWF und WB wurde bedingungslos umgesetzt. Der Wegfall jeglicher Importbeschränkungen und staatlicher Förderungspolitik überschwemmte die Märkte des Landes im Nu mit Billigprodukten aus aller Welt. Die nationale Textil-und Lederindustrie gibt es nicht mehr. Die Arbeitskraft der ehemals dort Beschäftigten (vornehmlich Frauen) wird nun in den "Maquilas" der

nicaraguanischen Freihandelszonen ausgebeutet. Die Kleinindustrie ist soweit geschrumpft,daß nicht mal mehr Streichhölzer im Lande selbst hergestellt werden.

Jeglicher Versuch, in der Landwirtschaft neue Wege jenseits extensiver Exportkulturen (Zucker-, Kaffee- und Fleischproduktion) zu beschreiten, ist unter den Zwängen des Marktes zugrunde gegangen. Nicaragua hat ein Handelsbilanzdefizit von 600 Mio $ bei 780 Mio.$ Exporteinahmen und 1.38 Mrd.$ Importausgaben (11/97). Der Ausgleich erfolgt über Regierungskredite (Schweiz, Kanada, Skandinavien u.a.) sowie durch Direktimporte der Vielzahl von in Nicaragua vertretenen Nichtregierungsorganisationen.

Die Auslandsverschuldung beträgt nominell 6,1 Mrd. $, (ca. 1.400 $ pro Einwohner). Schuldendienst wird z.Zt. allerdings nur gegenüber Mitgliedsländern des Pariser Clubs und einigen WB-Mitgliedsstaaten in Höhe von 2,1 Mrd.$ geleistet. Vier Mrd. US-Dollar, die sich auf die Hauptschuldner Rußland, Brasilien und Indien verteilen, finden z.Zt. überhaupt keine Tilgung, da sie aus sandinistischer Regierungszeit stammen und zu diesen Ländern heute keine Wirtschaftsbeziehungen bestehen (Jahresbericht der Banco Central de Nicaragua 1997).

Leben von der Substanz

Unter dem Druck der beschriebenen Bedingungen wird auch vor den natürlichen Reserven des Landes nicht haltgemacht. So ist eine massive Ausdehnung der Agrarzonen zu verzeichnen. Ihnen fallen die kostbaren Regionen des tropischen Regenwaldes im Osten des Landes zum Opfer, insbesondere durch extensive Viehhaltung und massiven Holzeinschlag ausländischer Konzerne (v.a. aus Taiwan und Südkorea). Ein südkoreanisches Unternehmen erwarb beispielsweise die Genehmigung für die Ausbeutung von 80.000 ha Waldfläche (BNN 340). Ebenso wurden die Fischereirechte vor den Küsten an Fangflotten aus den Nachbarländern und aus Übersee verkauft. Die Goldvorkommen im Norden des Landes werden durch einen kanadischen Konzern ausgebeutet.

Wie viele andere Länder Lateinamerikas auch, leidet Nicaragua insbesondere an der dicht bevölkerten Pazifikküste unter den Auswirkungen der erwärmten Pazifikströme, einem Effekt, der mit dem Namen "El Niño" beschrieben wird. Dürren, die bereits im vergangenen Jahr verheerende Ernteschäden anrichteten, zogen in diesem Jahr Hungersnöte im Nordwesten des Landes nach sich.

Die Bevölkerungsstruktur Nicaraguas befindet sich in einem rasanten Wandel. 50% der LandesbewohnerInnen sind jünger als 14 Jahre. Die Gesamtbevölkerung wächst jährlich um 4,8%, und 5,7% der Nicaraguaner suchen z.Zt. jährlich nach einem Einstieg in das Berufsleben. Mit diesen Zahlen nimmt Nicaragua in Lateinamerika eine einsame Spitzenstellung ein. Nach den Berechnungen des vormaligen sandinistischen Wirtschaftsministers Martin Quenca, der jetzt das in Managua ansässige Wirtschaftsforschungsinstitut FIDEG betreibt, wäre ein Wirtschaftswachstum von 14% jährlich erforderlich, um dieser Nachfrage gerecht zu werden. Das jetzige, von der Regierung angegebene Wachstum beträgt 4,8% für das Jahr 1997.

Immer mehr Menschen werden aufgrund der katastrophalen Wirtschaftslage zur Arbeitsemigration gezwungen. Allein im südlichen Nachbarland Costa Rica halten sich ca. 750.000 nicaraguanische ArbeitsemigrantInnen auf. In den USA suchen 150.000 auf dem Arbeitsmarkt ihren Platz zum Überleben. Viele von ihnen halten sich illegal in den Ländern auf und sind ständig von Verfolgung und Ausweisung bedroht (Bericht der Nationalen Statistikbehörde INEC 8/97).

Der Sandinismus

tritt auf der Stelle

Fragt man langjährige Beobachter der politischen Landschaft Nicaraguas nach ihrem Eindruck, so bekommt man immer wieder zu hören, daß die FSLN im vergangenen Jahr so selten wie nie zuvor im öffentlichen Leben in Erscheinung trat. Sicherlich hat die erneute Wahlniederlage der Partei den Wind aus den Segeln genommen. Das tieferliegende Problem einer verkrusteten Führungsstruktur und einer inneren Stagnation schiebt die Partei jedoch schon seit Jahren vor sich her. Insbesondere für die nach 1979 geborene Jugend des Landes verliert sie immer mehr an Anziehungskraft. Dieses Problem ist vielen innerhalb der Partei bewußt. Bereits im Mai 1994 trat ein linkes Bündnis um Monica Baltodano (Parlamentsabgeordnete und Mitglied der Nationalen Leitung) und William Grigsby (Radio Primerissima) mit einem Erneuerungsentwurf zum Parteikongreß an. Inhaltlich hatte der Entwurf Schwächen, weil der Versuch unternommen wurde, allen Teilen der Gesellschaft gerecht zu werden. Ohne die veränderte nationale und internationale Situation Nicaraguas

und die sich daraus ergebenden Folgen für den Handlungsspielraum der FSLN zu problematisieren, wurde allen alles versprochen, als habe man noch das realsozialistische Füllhorn unterm Arm.

Dieses linke Bündnis setzte sich auch für eine Erneuerung der Nationalen Leitung ein. Deshalb erhielt der Erneuerungsvorschlag auf dem Kongreß eine große Mehrheit. Unter Druck geraten, bot die Nationale Leitung einen Kompromiß an. Dieser bestand darin, die alten Leitungsmitglieder im Amt zu lassen, aber die Gesamtzahl der Leitung um acht Personen auf 15 zu erhöhen. Die FSLN bleibt weiterhin durch die hierarchische Organisationsstruktur aus den Zeiten der Guerilla geprägt. Der Erneuerungsvorschlag blieb Makulatur.

Wessen Eigentum

sichert die FSLN?

Als Verhandlungsgegnerin der Regierung in der Eigentumsfrage war die FSLN-Führung im vergangenen Jahr durchaus erfolgreich. Ein entsprechendes Gesetz passiert z.Zt. die drei Lesungen der Nationalversammlung. Sehr zum Mißfallen vieler Altsomozisten schreibt es die heutigen Besitzverhältnisse, die noch vornehmlich durch die sandinistische Regierungspolitik geprägt sind, fest. Dadurch wird Rechtssicherheit für die Bauern, denen durch die Agrarreform Land zugesprochen wurde, sowie für die Stadtbewohner, die einen Grundbesitztitel erhielten, hergestellt. Allerdings wird andererseits auch die illegale Aneignung von Häusern, Kooperativen und Produktionsmitteln durch "sandinistischen" Funktionäre legalisiert, die sich in der Übergangszeit zwischen Wahlniederlage und Amtsantritt der Präsidentin Chamorro bereicherten.

Die Verfügungsgewalt über die Industriebetriebe, die nach 1990 als "Volksbetriebe" (Associación de Propiedad del Pueblo) an die Belegschaft übergeben wurden, ging in den vergangenen Jahren über eine Reihe von Zwischenschritten an Präsidenten und Direktoren über, die aus den Kadern von Partei und Gewerkschaft entstammen. Die Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten seitens der Belegschaft, mit denen Mißwirtschaft und Korruption entgegengewirkt werden sollte, blieben dabei vielfach auf der Strecke. Dies führt immer wieder zu Konflikten.

Eines der jüngsten Beispiele ist die "Barricada", das einstige FSLN-Parteiorgan, deren jetziger Präsident und Direktor der frühere sandinistische Innenminister und jetzige Abgeordnete im Zentralamerikanischen Parlament und Mitglied der Nationalen Leitung, Thomas Borge, ist. Seine autoritäre Personalpolitik und journalistische Ahnungslosigkeit führten die Zeitung - neben einem Anzeigenboykott durch die Regierung - in den Ruin. Mehrmonatige Lohnausstände veranlaßten die JournalistInnen zu einem Hungerstreik, um mit Hilfe öffentlichen Drucks einschließlich der nicaraguanischen Menschenrechtsorganisation Thomas Borge zur Lohnauszahlung zu veranlassen und ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen. (BNN 348)

Ärgerlich ist die Sprach- und Tatenlosigkeit der FSLN-Leitung angesichts der Privatisierung der staatlichen Entwicklungsbank (BANADES) durch die jetzige Regierung. Die Bank wurde unter der sandinistischen Regierung geschaffen und war ein Eckpfeiler der Agrarreform und der industriellen Entwicklung. Kaum eine Kooperative oder ein "Volksbetrieb", der nicht hoch bei der BANADES verschuldet ist. Die Privatisierung beinhaltet, daß die Schuldverschreibungen von über 25.000 Betrieben und Kooperativen zum Nennwert von 30% an der Börse gehandelt werden. Diese werden vom Staat zu 100% zum Erwerb von Staatseigentum oder zur Begleichung von Schulden bei Staatsbanken anerkannt (1. Gesetzeslesung im Nationalparlament, November 1997). Da die Betriebe und Kooperativen über kein Kapital verfügen, ihre eigenen Schuldverschreibungen einzulösen, werden die nationale Oberschicht oder ausländische Investoren sich an diesem Deal bereichern. Die damit einhergehende Besitzumverteilung von unten nach oben und der Bankrott tausender Kleinbetriebe und Kooperativen sind vorprogrammiert.

Eine Volkspartei

mit Klassenbewußtsein

Die FSLN ist ein breites Bündnis gesellschaftlicher Kräfte aus bürgerlich-intellektuellen Kreisen und Angestellten des öffentlichen Sektors. Sie verfügt außerdem über eine starke Basis in der bäuerlichen Landbevölkerung. Eine sozialistische Orientierung wird von vielen Anhängern der Partei eingefordert. In den programmatischen Vorschlägen zum nächsten Parteitag im Mai 1998 findet sich jedoch keine Konkretisierung dessen, was unter sozialistischer Politik in Nicaragua heute zu verstehen sei. Auch die großen, sandinistisch

geprägten Gewerkschaften befinden sich in andauernden ökonomischen Abwehrkämpfen und scheinen z.Zt. nicht in der Lage, ein gesamtgesellschaftliches Konzept zu diskutieren.

Die FSLN, die sich als Partei explizit den nationalen Interessen verschrieben hat, steht vor dem Dilemma, mit dem paternalistischen Regierungsstil, den sie als Staats- und Regierungspartei betreiben mußte, auf die heutigen Herausforderungen nur schwer reagieren zu können. Für Bürokraten und Nutznießer ist solch eine Partei ein sicherer Hafen. Für die Bedürfnisse der verarmten Massen wird sie in dieser Form immer mehr zum Hemmschuh. Der ehemalige sandinistische Staatspräsident und jetzige Generalsekretär Daniel Ortega hat auf dem letzten Strategiekongreß im November 1997 nachdrücklich die Erneuerung der Partei eingefordert. Daniel Ortega ist aber nur das Aushängeschild und nicht der Motor der Partei. Carlos Fonseca, Sohn des legendären Mitbegründers der FSLN und jetziger Abgeordneter im Nationalparlament, wurde da etwas konkreter : "Mein Vorschlag besteht darin, eine Nationalleitung auf der Grundlage von Ämtern zu wählen. Das bedeutet, daß die Mitglieder der Nationalen Leitung eine spezifische Verantwortung tragen und nicht dort sind, um einen Status zu erwerben. Dies würde dazu beitragen, die Vorstellung von einer allmächtigen Nationalleitung, bei der jedes Mitglied als ein göttliches oder halbgöttliches Wesen betrachtet wird, zu verändern. Zu diesem Thema gibt es bisher noch keinen Konsens." (BNN 346/347).

Nicaragua, im Januar 1998

U. Böhling

21. Blowing against the Wind. Buchbesprechung: Die anti-imperialistischen "Weathermen" in den USA

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:30

"Wir sind eine Guerilla-Organisation. Wir sind kommunistische Frauen und Männer, die seit über vier Jahren in den USA in der Illegalität sind. (...)

Unser Vorhaben ist es, das Imperium zu lähmen, seine Risse unter Druck zu setzen und sein blutiges Funktionieren gegen die Menschen der Welt zu behindern, uns dem weltweiten Kampf anzuschließen und von innen her anzugreifen. (...)

Unser Vorhaben ist es, einen Untergrund zu schaffen, eine klandestine politische Organisation für alle Kampfformen, geschützt vor den Augen und Waffen des Staates, eine Basis gegen Repression, um Erfahrungen und dauernde Praxis anzusammeln, eine Basis, von der aus man angreifen kann."

Mit diesen Worten beginnt eine 190-seitige Erklärung des anti-imperialistischen "Weather Underground" vom Sommer 1974. Nach vier Jahren in der Illegalität und nach Dutzenden von bewaffneten Aktionen gegen Polizei-, Justiz- und Militäreinrichtungen in den USA zog die Organisation eine erste ausführliche Bilanz. Diese Erklärung ("Prairie Fire - The Politics of Revolutionary Anti-Imperialism") wurde in den folgenden Monaten als Buch in 40.000(!!)facher Auflage in den USA verbreitet. Es war allerdings auch die letzte Bilanz der Gruppe - wenig später löste sich der Weather Underground auf.

Die Weathermen werden in der linken Literatur über die Neue Linke in den USA zwar oft erwähnt, meines Wissens existierte bisher aber weder in den USA noch sonstwo eine zusammenfassende historische Darstellung dieses Versuchs von weißen US-amerikanischen Linken, in der Illegalität einen anti-imperialistischen Widerstand aufzubauen. (1) Im linken Verso-Verlag (London/New York) ist jetzt - in englischer Sprache - ein kleines Taschenbuch zur "History of the Weather Underground" erschienen, das allerdings noch viele Fragen offen läßt.

Ursprung in der Studentenbewegung

Auch das Gründungsdokument der "Weathermen Organisation" (damals nahm anscheinend noch niemand Anstoß an dem "männlichen" Titel) wurde legal verbreitet: Es erschien im Juni 1969 in der Zeitschrift New Left Notes unter dem Titel: "You Don't Need a Weatherman to Know Which Way the Wind Blows" (entliehen aus dem "Subterranean Homesick Blues" von Bob Dylan). New Left Notes war die Zeitschrift des linken US-amerikanischen Studentenbundes SDS (Students for a Democratic Society), der wohl wichtigsten Organisation der (weißen) Jugendrevolte der 60er Jahre. Angestoßen von der (mehrheitlich schwarzen) Bürgerrechtsbewegung in den US-Südstaaten war der SDS 1960 entstanden und hatte zu seiner Hoch-Zeit (1968) rund 350 Ortsgruppen und 100.000 Mitglieder.

Anders als die RAF oder die "Bewegung 2. Juni" in der BRD, die sich keineswegs ausschließlich aus der StudentInnenbewegung rekrutierten, entwickelte sich der Weather Underground direkt aus dem SDS. Die Weathermen (und -women) traten zunächst offen als Fraktion des StudentInnenbundes auf. 1969, als das Weatherman-Papier erschien, befand sich der SDS allerdings bereits wieder im Niedergang, zerrissen in einem bitteren Fraktionskampf zwischen den Weathermen und der ML-Organisation "Progressive Labor". Stark vereinfacht ging der Konflikt um Folgendes: Die Weathermen forderten eine anti-imperialistische Orientierung an den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt (v.a. in Vietnam, aber auch in der "schwarzen Kolonie" innerhalb der USA) und eine Radikalisierung der subkulturellen Jugendrevolte. Das weiße US-Proletariat sei durch das "Privileg der weißen Haut" und durch relativ hohe Einkommen (bezahlt durch Extraprofite aus dem Imperialismus) hoffnungslos korrumpiert. Dagegen verlangte "Progressive Labor" eine Orientierung am US-Industrieproletariat und wollte "in die Fabriken" gehen.

Auf einem SDS-Kongreß im Juni 1969 mit rund 2.000 Delegierten erhielt die Weatherman-Position die Mehrheit. Von da an stellten Weather-Leute die nationale Leitung des SDS. Sie organisierten offensiv-militante Demonstrationen ("Days of Rage") und begannen mit Vorbereitungen auf die Illegalität. Anfang 1970 wurden die letzten SDS-Büros geschlossen; die Weathermen waren abgetaucht.

Risse im US-Imperium

1969 gingen die Weathermen von einer vorrevolutionären Situation in den USA aus. Im Nachhinein mag diese Analyse als reichlich blauäugig erscheinen. Aber mitten im Trubel der damaligen politischen Eskalation ist eine nüchterne Lagebeurteilung auch nicht einfach gewesen. Denn verglichen mit der bundesdeutschen "68er"-Bewegung bestand in den USA Ende der 60er Jahre tatsächlich eine zugespitzte Situation:

- Mitte der 60er Jahre radikalisierte sich die (mehrheitlich schwarze) Bürgerrechtsbewegung und griff soziale Themen auf.

- 1967-69 gab es in mehr als 100 US-Großstädten gewaltsame Unruhen in den afro-amerikanischen Ghettos, denen sich manchmal auch junge Weiße und Latinos anschlossen. Diese Aufstände ließen sich oft nur noch durch den Einsatz von Nationalgarde und Militär niederschlagen, was viele hundert Menschenleben forderte.

- 1968/69 verzeichnete die militante Black Panther Party riesigen Zulauf (siehe ak 389). Die Panthers traten zwar bewaffnet auf, propagierten aber anders als die spätere Black Liberation Army oder die Weathermen keine offensiven Aktionen, sondern "nur" bewaffnete Selbstverteidigung. Die Polizei ging mit brutaler Gewalt gegen die Panthers vor, Dutzende ihrer Kader wurden ermordet.

- Nach dem Vorbild der Black Panthers begannen sich auch junge Chicanos/as, PuertoricanerInnen und Native Americans (IndianerInnen) zu organisieren.

- Auch die (mehrheitlich weiße) StudentInnenbewegung und die Antikriegsbewegung radikalisierten sich. Neben riesigen Massendemonstrationen gab 1969 und 1970 auch tausende von militanten Aktionen: Straßenkämpfe mit der Polizei, Brand- und Bombenanschläge gegen militärische Einrichtungen.

- Und wohl am wichtigsten: In Vietnam begann sich die Niederlage der USA abzuzeichnen. Die Tet-Offensive des Vietcong im Frühjahr 1968 bewies, daß die Supermacht USA militärisch nicht unbesiegbar war. Dazu kam der schleichende innere Zerfall der US-Streitkräfte: Demoralisierung, massenhafter Drogenkonsum, Befehlsverweigerung, Desertion bis hin zur Sabotage. Die herrschende Klasse der USA konnte nicht länger auf ihr Militär als Machtmittel (auch nach innen) vertrauen.

Explosive Propaganda

Zur Unterstützung des Vietcong und anderer Befreiungsbewegungen wollten die Weathermen im Innern der USA eine weitere "Front" eröffnen. Angesichts des US-Völkermords in Vietnam wollte man keine weitere Zeit verlieren. Der Weg in die bewaffnete Illegalität wurde allerdings noch durch eine folgenschwere Panne beschleunigt: Am 6. März 1970 gab es in einem Wohnhaus in New York City eine gewaltige Explosion. Beim Versuch, Bomben herzustellen, wurden drei Weather-Leute getötet; zwei weiteren gelang leicht verletzt die Flucht. Spätestens jetzt war das FBI der Organisation auf der Spur, weitere Mitglieder mußten Hals über Kopf abtauchen.

Laut der oben zitierten Prairie-Fire-Erklärung verübte der Weather Underground von 1969 bis 1974 mehrere Dutzend Anschläge auf verschiedene Einrichtungen. Im Vordergrund standen dabei 1) "Vergeltungsaktionen" gegen Polizei und Justiz nach besonders brutalen Schweinereien: die Ermordung von Fred Hampton und Mark Clark (zwei führende Mitglieder der Black Panthers) oder die blutige Niederschlagung des Gefängnisaufstands von Attica (im Staat New York) im September 1971, sowie 2) Aktionen gegen den Vietnamkrieg (Anschläge auf Militärbüros und Forschungseinrichtungen). Außerdem verübte im März 1974 eine "Women's Brigade" des Weather Undergrounds einen Anschlag auf ein Sozialamt in San Francisco, der u.a. mit Zwangssterilisationen begründet wurde - viele Jahre, bevor in der BRD das Thema Bevölkerungspolitik "anschlagsrelevant" wurde.

Die meisten Anschläge waren "Propaganda-Aktionen" und richteten nur relativ geringen Sachschaden an. Und: Meines Wissens kamen bei keiner einzigen Aktion Menschen zu Schaden. Es gab stets telefonische Warnungen. (2) Die einzigen Toten gab es ironischerweise in den eigenen Reihen - durch die oben erwähnte Fehlzündung. In den frühen 70er Jahren waren noch einige weitere bewaffnete Grüppchen weißer Linker aktiv, aber meines Wissens war der Weather Underground die einzige landesweite Organisation in diesem Spektrum. Auch manche Linksradikale, die Weathers Imperialismus-Analyse und den Schritt in die Illegalität ablehnten, rechneten Ende der 60er Jahre durchaus ernsthaft mit dem baldigen Ausbrechen revolutionärer

Kämpfe in den USA. Schußwaffentraining gehörte damals auch zur selbstverständlichen Praxis vieler legaler Linker und ML-AktivistInnen.

Niedergang ab 1974

Mittlerweile wurde es allerdings offensichtlich, daß von einer vorrevolutionären Situation in den USA keine Rede mehr sein konnte. In Vietnam zeichnete sich ein Ende des Krieges ab (Pariser Verträge 1973, Einzug des Vietcong in Saigon 1975). Präsident Nixon schaffte die Wehrpflicht ab, die Einführung der Berufsarmee stabilisierte das Militär. Die Black Panthers waren zerschlagen, die Black Liberation Army und ähnliche "Guerilla"-Gruppen litten unter der staatlichen Repression. Die schwarzen Protestbewegungen waren auf dem Rückzug; statt dessen formierte sich ein breiter rassistischer "Backlash" unter Teilen der weißen Bevölkerung.

In dieser Situation veröffentlichte der Weather Underground die eingangs erwähnte "Prairie Fire"-Erklärung - das Produkt eines einjährigen Diskussionsprozesses, wie es im Vorwort heißt. Anders als in den Anfangsjahren wurde jetzt betont, daß die Revolution keineswegs kurz bevor stehe, sondern nur als langjähriger Prozeß zu verstehen sei. Legale und illegale Arbeit gehörten zusammen. Während die strategische Orientierung auf Befreiungskämpfe in der "Dritten Welt" und auf den Widerstand in den "inneren Kolonien" (Schwarze und Latinos) beibehalten wurde, sprachen die Weather People jetzt auch von einem "revolutionären Potential" weißer ArbeiterInnen, das allerdings durch Rassismus verschüttet sei. Die früheren Hoffnungen in die revolutionäre Jugendkultur finden sich kaum noch. Großen Raum in dem Papier nimmt dagegen der Kampf gegen Sexismus ein, während erstaunlicherweise die Schwulen- und Lesbenbewegung nur am Rande erwähnt werden.

Auch nach "Prairie Fire" gab es noch einige Weather-Aktionen, die Schlagkraft der Gruppe ließ aber nach. Im Sommer 1976 spaltete sich die Organisation und löste sich bald ganz auf. Der Niedergang der Gruppe lag jedoch nicht etwa an Fahndungserfolgen der Polizei, sondern an internen politischen Debatten und Neuorientierungen.

Etliche Weather-Mitglieder tauchten Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre wieder auf und stellten sich der Polizei. Sie wurden meist zu relativ kurzen Haft- oder Bewährungsstrafen verurteilt; manche sind weiterhin politisch aktiv. Andere blieben in der Illegalität und wurden in neuen bewaffneten Gruppen aktiv oder schlossen sich der Black Liberation Army (BLA) an.

Offene Fragen

Die bisher geschilderte Geschichte läßt sich ausführlich in Ron Jacobs' Buch über den Weather Underground nachlesen. Der Klappentext ("Jacobs beschreibt die Formierung von klandestinen revolutionären Zellen, die Ablehnung von monogamen Beziehungen durch die Führer und den Gebrauch von LSD, um die Verbindungen zwischen den Mitgliedern zu stärken") läßt zwar Schlimmes befürchten, aber dankenswerterweise verzichtet der Autor selbst weitgehend auf solchen Schlüsselloch-Tratsch, sondern bietet einen knappen, verständlich geschriebenen Überblick.

Dennoch ist das Buch allenfalls als Einstieg in das Thema geeignet - zu viele Fragen bleiben offen. Jacobs war selbst nie mit Weather verbunden (er war 1970 noch im Schulalter), bringt der Gruppe aber durchaus Sympathien entgegen. An keiner Stelle des Buches ist jedoch erkennbar, daß er mit früheren Weather-Leuten gesprochen und sie nach ihren Erfahrungen befragt hätte. Jacobs stützt sich weitgehend auf veröffentlichte Texte und Dokumente, sowie auf die reumütigen Bekenntnisse einer Aussteigerin.

So bleibt unklar, wie groß die Gruppe in der Illegalität war und wie sie intern organisiert war. Über Kontakte zu anderen Gruppen erfährt die LeserIn ebensowenig wie über die Reaktionen der breiteren Linken auf die Weather-Politik. Zwar beschreibt Jacobs den Einfluß feministischer Positionen auf Weather, aber er verliert kein Wort darüber, warum die Gruppe eine (autonome?) "Women's Brigade" bildete, die mindestens zwei Anschläge ausführte. Auch wüßte mensch gern, nach welchen Kriterien Weather seine Angriffsziele auswählte, und warum die Gruppe anscheinend darauf achtete, keine Menschen zu verletzen - obwohl man doch ausdrücklich von einem "Kriegszustand" ausging, und die Gegenseite mit Völkermord in Vietnam und Kill-Fahndung im Inland keineswegs zimperlich vorging.

Auch über die problematische Rassismus-Analyse des Weather Undergrounds macht sich Jacobs keine Gedanken. Wie damals auch viele andere Linksradikale (und manche noch bis heute) verstand Weather

Rassismus als "Kolonialismus". So wurde die schwarze Bevölkerung in den USA als "Kolonie" definiert, die ein Recht auf Lostrennung (eines wie auch immer definierten Territoriums) vom "Mutterland" habe. (Entsprechend gilt der Südwesten der USA von Texas bis Kalifornien als besetztes mexikanisches Territorium). Im Rahmen dieses Kolonialismus-Modells verstand sich Weather als Organisation "weißer Revolutionäre innerhalb der Unterdrückernation".

Die Gruppe war mit dieser Position nicht allein. So verlangten z.B. die Black Panthers eine von der UNO zu überwachende "Volksabstimmung" unter der schwarzen Bevölkerung zum Zwecke der "nationalen Selbstbestimmung" - man möge sich nur einmal vorstellen, aufgrund welcher Kriterien da die multiethnische US-Bevölkerung nach Abstimmungsberechtigten sortiert worden wäre. Bis heute führen "Antiimp"-Gruppen in ihren Publikationen politische Gefangene nach "Nationalität" getrennt auf, wobei "Weiße" als "North American" bezeichnet werden - fast so, als ob Schwarze, Latinos und IndianerInnen auf dem Kontinent nichts zu suchen hätten.

Die "Black Nation"-These wurde übrigens in den 1930er Jahren auch von der US-KP und der Komintern vertreten - wobei man zu Beginn des Jahrhunderts zumindest noch von einem einigermaßen geschlossenen schwarzen Siedlungsgebiet ("Black Belt") in den US-Südstaaten ausgehen konnte. Dies ist heute nicht mehr der Fall. (3) Inzwischen reden die meisten Linken auch nicht mehr von "Kolonialismus" sondern von rassistischer Diskriminierung/Unterdrückung, die dazu führt, daß Schwarze und Angehörige anderer "rassifizierter" Minderheiten überproportional im Proletariat und in subproletarischen Schichten vertreten sind. Als solche sind sie allerdings zentraler Bestandteil der (multiethnischen) US-Gesellschaft.

Steckbriefe gegen Weather - Morde gegen Panthers

Erstaunlich ist die relativ milde Reaktion des Staates gegenüber dem Weather Underground. Zwar wurde spätestens seit der tödlichen Fehlzündung im März 1970 massiv nach der Gruppe gefahndet - allerdings mit relativ wenig Erfolg, und ohne großes Blutvergießen. Allerdings wußten die Fahndungsbehörden auch relativ wenig über die Organisation - was angesichts der monatelangen "öffentlichen" Vorbereitungen auf die Illegalität recht erstaunlich ist.

Ganz anders reagierte der Staat seinerzeit auf die Black Panthers, die ja nicht einmal zu "offensiver" Gewalt aufforderten, sondern grundsätzlich legal agierten und sich nur symbolisch (und zur Selbstverteidigung) bewaffneten. Unter fadenscheinigen Vorwänden wurden Dutzende von Panther-Mitgliedern "bei der Festnahme" erschossen. Dieses Mißverhältnis, das von Jacobs mit keinem Wort thematisiert wird, ist durchaus typisch: So begegnete die Polizei militanten Demonstrationen von weißen StudentInnen mit Knüppel und Reizgas (4), gegen rebellierende schwarze Jugendliche wurden oft rücksichtslos Schußwaffen eingesetzt.

Aus bundesdeutscher Sicht ist es auch erstaunlich, wie relativ unbehelligt die Weather-Propaganda erfolgen konnte. Die "Prairie-Fire"-Erklärung wurde über eine Postadresse vertrieben, UnterstützerInnen der Illegalen traten offen auf Veranstaltungen auf und erläuterten die Weather-Positionen. Das "Prairie Fire Organizing Committee" konnte öffentlich agieren und eine Zeitschrift ("Breakthrough") publizieren, die bis Anfang der 90er Jahre erschienen ist. Hier zeigt sich eine bemerkenswerte Widersprüchlichkeit der US-Repressionsorgane (die allerdings auch bemerkenswert erfolgreich im Zerstören von politischer Opposition ist): auf der einen Seite eine für westeuropäische Verhältnisse schockierende Brutalität (Todesschüsse, Folter, Todesstrafe, etc.), auf der anderen Seite ein erstaunliches Ausmaß an bürgerlichen Freiheiten. Der Straftatbestand der "Werbung" für bewaffneten Widerstand ist in den USA (noch) undenkbar.

Als etliche Weather-Mitglieder Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre wieder auftauchten, wurden sie von der Justiz wie "verlorene Söhne" (und Töchter) empfangen - meines Wissens auch dann, wenn sie sich weigerten, GenossInnen zu denunzieren. Auch während der aktiven Weather-Zeit gab es etliche überraschend milde Gerichtsurteile. Oft wurden gewichtige Anklagepunkte fallen gelassen, weil die Fahnder auf illegale Weise an Belastungsmaterial gelangt waren.

Um so bedauerlicher ist es, daß bis heute noch keine umfassende Aufarbeitung dieser (seit 20 Jahren weitgehend abgeschlossenen!) Phase linker Politik existiert. Dabei wären die Bedingungen für eine solche Debatte günstig. Die meisten damaligen Aktiven leben heute völlig legal, hatten nie unter langen Haftstrafen oder deren Spätfolgen zu leiden und haben keine juristischen Folgen mehr zu befürchten. Jacobs kann diese

Aufarbeitung nicht leisten. Auf ein Buch, dessen Übersetzung ins Deutsche sich lohnen würde, muß mensch wohl noch ein Weilchen warten.

Bis heute im Knast

Mindestens vier frühere Weather-Mitglieder (Kathy Boudin, Judy Clark, Dave Gilbert und Linda Evans) befinden sich übrigens bis heute im Knast und haben noch lange Haftstrafen vor sich - und nur wenig Unterstützung von "außen" hinter sich. Die drei erstgenannten wurden 1981 gefangen genommen - nach einem fehlgeschlagenen Raubüberfall der Black Liberation Army (BLA) auf einen Geldtransport in der Nähe von New York City. In diesem Zusammenhang wurde die BLA praktisch zerschlagen. Mitte der 80er Jahre gab es noch einige anti-imperialistische Anschläge. In diesem Zusammenhang wurde auch das Weather-Gründungsmitglied Linda Evans gefaßt.

Seit über zehn Jahren gibt es jedoch in den USA keine bewaffneten linken Gruppen mehr. Auch in Nordamerika ist das "Konzept Stadtguerilla" gescheitert. Die Aktionen der Illegalen (ob gegen den Vietnamkrieg in den frühen 70ern oder gegen die US-Intervention in Zentralamerika in den 80ern) hatten nur wenig Ausstrahlung auf die linken Bewegungen und führten zu keiner Radikalisierung. Die einzige Zeitschrift, die noch halbwegs solidarisch über politische Gefangene berichtete (die undogmatisch-linke Wochenzeitung "Guardian") mußte vor fünf Jahren ihr Erscheinen einstellen. Die einzige positive Ausnahme ist die öffentliche Debatte in der US-Kolonie Puerto Rico, in der die Forderung nach Freilassung der puertoricanischen politischen Gefangenen relativ breit verankert ist.

Ansonsten ist es um die mehreren Dutzend politischen Gefangenen in den USA relativ still geworden. Für dieses Frühjahr ist eine überregionale Bündnisdemonstration in Washington (DC) geplant, um ihre Freilassung zu fordern. Unter dem Titel "Jericho 98" will man wenn schon nicht Gefängnismauern, so doch zumindest die Medienblockade gegenüber politischen Gefangenen zum Einsturz bringen.

Michael Hahn

Ron Jacobs: The Way the Wind Blew. A History of the Weather Underground. London/New York 1997, 216 Seiten, 15 US-Dollar.

Anmerkungen:

1) Dieser "blinde Fleck" in der linken Geschichtsschreibung betrifft übrigens auch andere bewaffnete linke Gruppen in den USA, wie die Black Liberation Army oder verschiedene puertoricanische Gruppen.

2) Im August 1970 kam bei einem nächtlichen Bombenanschlag gegen ein Forschungslabor in Madison (Wisconsin) ein zufällig anwesender Mathematik-Student ums Leben. Diese Aktion ging aber nicht von Weather aus.

3) Zur Komintern-Debatte über eine "Black Nation" in den USA siehe auch: Jungle World (Dossier), 5.2.98.

4) Eine berüchtigte Ausnahme war eine Antikriegs-Demonstration im Mai 1970 in Kent (Ohio), bei der die Nationalgarde vier weiße Studenten erschoß - was im halben Land einen politischen Schock auslöste.

Weitere Quellen:

Harold Jacobs (Hg.): Weatherman. Berkeley 1970

Redaktionskollektiv "Right On": Black Power. Interviews mit (Ex-)Gefangenen aus dem militanten schwarzen Widerstand. Berlin 1993

Weather Underground: Prairie Fire. The Politics of Revolutionary Anti-Imperialism. USA 1974

Emile de Antonio: Underground. New York 1974 (Film)

22. Mit der NATO Stabilität sichern. Sozialdemokratische Leisetreterei im Wahlkampfjahr

Autor: Vo · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:06

Führende Politiker von SPD und GRÜNEN lassen sich von der Einschätzung leiten, daß die kommenden Bundestagswahlen mit Themen aus der Außen- und Sicherheitspolitik zwar nicht gewonnen, wohl aber verloren werden können. Die Sozialdemokraten, die ohnehin seit Menschengedenken verzweifelt daran arbeiten, den Ehrennamen "vaterlandslose Gesellen" loszuwerden, bemühen sich daher mit aller Macht darum, im Wahljahr nationale und bündnispolitische Verläßlichkeit zu demonstrieren. Allen, den deutschen (Spieß-)BürgerInnen, den europäischen Nachbarn und der Hegemonialmacht USA soll glaubwürdig vermittelt werden, daß eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung so gut wie nichts an der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik der Kohl-Ära ändern würde. "Kontinuität" ist angesagt. Das schlägt sich auch in den programmatischen Verlautbarungen der Partei nieder, so daß selbst auf dem Feld, auf dem sich deutsche Sozialdemokraten traditionellerweise noch am "radikalsten" links gebärden, nämlich auf dem Feld des Verfassens papierner Resolutionen und Beschlüsse, gegenwärtig nur Leisetreterei zu verzeichnen ist (und wenn das sozialdemokratische Wesen sich schon auf diesem Felde derartige Mäßigung auferlegt, so darf man getrost davon ausgehen, daß in der realen Tagespolitik noch sehr viel maßvoller aufgetreten werden wird). So ist denn auch der Beschluß zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, den der SPD-Parteitag im Dezember in Hannover auf Grundlage eines (nur in Details veränderten) Leitantrags des Parteivorstands gefaßt hat (1), von gähnender Konventionalität. Herrschende Sicherheitspolitik wird - mit einigen Variationen - fortgeschrieben.

Für eine Militärgroßmacht EU

Selbstverständlich bekennen sich die Sozialdemokraten zur Bundeswehr ("auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bleibt die Bundeswehr unverzichtbar") (S.20)) und zur Wehrpflicht, zur "Fähigkeit zur Landesverteidigung im Bündnis" (S.5) und auch zur Beteiligung der deutschen Streitkräfte an Militärinterventionen - selbstverständlich nur "im Rahmen internationaler Konfliktbeilegung" (S.5) und in Gestalt der Beteiligung an UN-Blauhelm-Missionen und nach gründlicher Einzelfallprüfung.

Die Einbindung in die NATO wird vorbehaltlos bejaht: "Mit der NATO Stabilität sichern. Die NATO ist und bleibt ein Verteidigungsbündnis. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts kann sie darüber hinaus zur kollektiven Friedenssicherung beitragen" (S.18). NATO-Expansion Richtung Osten und militärinterventionistische out-of-area Orientierung werden gebilligt.

In einem gewissen Spannungsverhältnis zu den NATO-Lobhudeleien steht die im Beschluß durchgängig zu findende Option für die Entwicklung einer auch militärpolitisch und militärisch ausgelegten EU-Großmachtpolitik. Zwar bekennen sich die Sozialdemokraten zur "nordatlantische(n) Partnerschaft" als "unverzichtbare(r) Grundlage der Stabilität in Europa". Zugleich aber fordern sie, daß Europa in dieser Partnerschaft "eine stärkere, gleichberechtigte Rolle spielen" müsse, was voraussetze, "daß Europa in der internationalen Politik mit einer Stimme spricht und gemeinsam handelt" (S.5). Keck anti-amerikanisch heißt es in dem Beschluß: "Wir wollen die europäische Komponente innerhalb der NATO stärken. Die Europäer können ihren Einfluß stärken, wenn sie geschlossen auftreten ... Darum unterstützen wir die Rückkehr Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO. In Verbindung damit erwarten wir von den USA, daß sie eine größere Verantwortung der Europäer in den NATO-Kommandostrukturen akzeptieren".

Die Sozialdemokraten "streben eine wachsende Identität der EU-Mitglieder in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen an. Erst dann kann die WEU in die GASP (= Gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik der EU - Vo) integriert werden und der Vertretung europäischer Interessen in der NATO dienen. Schon heute kann sie unter entsprechenden Mandaten für europäische Beiträge zu internationalen friedenserhaltenden Maßnahmen stärker genutzt werden" (S.17). In diesem Zusammenhang wird explizit auf die sogenannten "Petersberg-Aufgaben" der WEU und deren Übernahme in den EU-Vertrag bezug genommen; in der Petersberger Erklärung hat sich die WEU für weltweite Militärinterventionen angeboten.

Hinter diesen Aussagen des Beschlusses steht die alte sozialdemokratische Konzeption von der "Selbstbehauptung Europas", die letztlich nichts anderes ist als eine Spielart des Strebens nach Aufbau einer von den USA unabhängige(re)n Militärgroßmacht EU-Europa. Wo die Sozialdemokraten also einmal leidlich "innovativ" sind, da geht es friedenspolitisch nach hinten los. Denn Ablehnung einer militärischen Hegemonialstellung der USA ist, wenn sie verbunden wird mit dem Aufbau einer konkurrierenden Militärgroßmacht Europa, ein friedenspolitisch kontraproduktives Projekt. Aber genau das gilt es nüchtern zu konstatieren: Die Sozialdemokraten sind (irgendwie halbherzig zwar, aber mit der gebotenen Vorsicht dann wieder doch, also so richtig sozialdemokratisch) für eine EU-Großmachtpolitik - auch mit militärischer Komponente und in Konkurrenz zur Hegemonialmacht USA. Eine deutsche Führungsrolle im Rahmen Europas und bei seiner Fortentwicklung zur Militärgroßmacht wird dabei stillschweigend als selbstverständlich unterstellt. Und bei allen Bekenntnissen zur europäischen Einbindung der eigenen Sicherheits- und Militärpolitik läßt man nationale deutsche Machtinteressen nicht aus den Augen So heißt es unter der Überschrift: "Die Vereinten Nationen (VN) stärken" u.a.: "Deutschland wird einer Einladung, ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates zu werden, folgen, da ein gemeinsamer europäischer Sitz derzeit nicht erreichbar ist".

Leere Worte, keine Strategie

Es soll nicht verschwiegen werden, daß sich in dem Beschluß auch viele, viele Sätze mit friedenspolitisch hehren Inhalten und Zielbestimmungen finden und daß sogar eine handvoll begrüßenswerte positive Forderungen gestellt bzw. Maßnahmen angekündigt werden, z.B.: "Deutschland wird sich für ein vollständiges Verbot der Herstellung und Verwendung sowie für die Beseitigung von Antipersonenminen einsetzen und deshalb auch die internationalen Programme zur Räumung von Minen stärker unterstützen" (S.14) oder: Man wolle sich für einen "schrittweisen Abrüstungsprozeß aller Nuklearwaffen einsetzen", wozu u.a. gehöre "Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen" (S.12), oder: "Programme der militärischen Ausstattungshilfe werden nicht fortgesetzt" (S.9), oder: die SPD fordert "die stärkere Einbeziehung von Nichtregierungsorganisatio- nen" in die Arbeit der OSZE (S.20).

Doch was fehlt, ist eine friedenspolitisch überzeugende Strategie, die deutlich machen könnte, auf welchem Wege die hehren Ziele erreicht werden sollen und in welchen Zusammenhang die einzelnen Forderungen eingebunden werden müßten. So bleiben die Ziele unverbindlich, die Einzelforderungen relativ beliebig. Das liegt daran, daß die Sozialdemokraten in Wirklichkeit gar keine Politik machen wollen, mit der sie die Umsetzung ihrer Ziele und Forderungen erreichen könnten. Sie scheuen vor tatsächlich friedenspolitisch positiv verändernder Politik zurück. Letztlich würden sie - wenn es allein nach ihnen ginge - nur ein "Weiter-so", wie bisher die Kohl-Regierung, in der Außen- und Sicherheitspolitik praktizieren (eventuell mit einem noch etwas stärker "europäischen" Einschlag).

Bei ihrer Leisetreterei verschanzen sie sich hinter dem Argument, die Partner und Nachbarn Deutschlands würden nichts mehr fürchten als deutsche Alleingänge; ein deutscher Sonderweg dürfe auf keinen Fall beschritten werden, denn damit hätten die anderen Staaten und Völker grausame Erfahrungen machen müssen. Mit dieser "antinationalen" Argumentation wird das Mitschwimmen im Strom der von den anderen großen kapitalistischen Mächten betriebenen Politik der NATO-Stärkung, der EU-Militarisierung, des Interventionismus etc. gerechtfertigt und zudem kaschiert, daß Deutschland diese Richtung des Stroms maßgeblich mitbestimmt und den Vor-Schwimmer macht. Handlungsspielräume für eine eigene Friedenspolitik werden mit dem Sonderweg-Argument negiert, weil der gemeine Sozialdemokrat ängstlich davor zurückschreckt, Handlungsspielräume tatsächlich für eine fortschrittliche Politik auszunutzen und der führende Sozialdemokrat Handlungsspielräume gar nicht nutzen will für eine fortschrittliche Politik.

Ein Deutschland, das tatsächlich eine anti-militaristische und anti-interventionistische, auf zivilen Ausgleich und Kooperation bedachte Politik machen würde, würde bei den Menschen in anderen Ländern - seien es nun die verbündeten Staaten oder die Länder Osteuropas und der Dritten Welt - schwerlich Sonderweg-Ängste hervorrufen. Vielmehr kann füglich erwartet werden, daß - sollte Deutschland in diesem Sinne eigenständige Initiativen ergreifen und mit konkreten Schritten der Entmilitarisierung und Zivilisierung der Politik vorangehen - sich eine Sogwirkung entfalten würde, der sich auch andere "Bündnispartner" nicht entziehen würden.

Eigenständige friedenspolitische Weichenstellungen in Deutschland hätten ganz besonderes Gewicht, weil ohne Deutschland zentrale militär- und sicherheitspolitische Projekte herrschender Politik, wie insbesondere der Aufbau einer Militärgroßmacht Westeuropa, nicht realisierbar wären. In diesem Sinne kommt gerade der

deutschen Linken und deutschen AntimilitaristInnen auch eine besondere historische Verantwortung zu. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will solche Verantwortung nicht übernehmen.

Diese Sozialdemokratie wird aus freien Stücken nicht einen Hauch von friedenspolitisch positiv zu wertender Veränderung in die deutsche Politik bringen, wenn sie nach den Bundestagswahlen "Regierungsverantwortung" übernehmen sollte. Die GRÜNEN werden die sozialdemokratischen Partner zum Jagen tragen müssen - und damit die GRÜNEN das zumindest versuchen, wird es des Drucks der ja gegenwärtig leider nicht gerade starken Friedensbewegung bedürfen.

Vo

1) Antrag A1 (Beschluß des Parteitags). Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. - Alle Seitenangaben im folgenden beziehen sich auf diesen Text.

23. "... bei Minenproduzenten kaufen?"

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Rüstungsexport; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:15

Mit einer Mahnwache vor der Zentrale von Daimler-Benz in Stuttgart-Möhringen setzten Ende Januar VertreterInnen verschiedener Friedensorganisationen ihre Kampagne "Daimler-Minen-Stoppen - Keine Mark für neue Minen" fort. Mit Transparenten und Plakaten machten sie vor den Toren der Daimler-Zentrale darauf aufmerksam, daß der größte deutsche Rüstungskonzern auch ein Minenproduzent ist. Mitte Dezember hatte der Initiativkreis eine neunmonatige Kampagne angekündigt. Mit einer Unterschriftenaktion und der Forderung: "Keine Mark für die Entwicklung und Produktion neuer Minen. Stellen Sie mehr Geld für die zivile Minenräumung bereit" soll die Bundesregierung dazu gedrängt werden, ganz auf die Minenanschaffung, auch auf sogenannte intelligente High-Tech-Minen und Panzerminen zu verzichten. Das für die Forschung, Entwicklung und Anschaffung dieser Minen veranschlagte Geld solle für Minenräumungsprogramme zur Verfügung gestellt werden.

Bis zum 1. September 1998 will der Initiativkreis mindestens 50.000 Unterschriften sammeln und Außenminister Kinkel übergeben. Gleichzeit fordert die Kampagne Daimler-Benz zu einem Ausstieg aus der Minenproduktion auf. Daimler-Chef Schrempp soll öffentlich erklären, daß die Firma zukünftig keine Minen mehr entwickelt, produziert und vertreibt. "Wenn Schrempp nicht bis zum 31. März eine entsprechende Absichtserklärung abgibt, dann werde die Aktion", so Wolfgang Menzel vom Rüstungsinformationsbüro Baden-Württemberg (RIB), "mit einem Aufruf zur ‚Nichtzusammenarbeit` mit Daimler-Benz fortgesetzt". Großkunden wie Kommunen, Rettungsdienste und Kirchen sollen dann verstärkt auf die Minenproduktion bei Daimler aufmerksam gemacht und für einen Boykott gewonnen werden.

Parallel zu dem von medico international gestarteten Spendenaufruf für die Aktion "Räumt die Mine" hatte der Initiativkreis der Kampagne "Daimler-Minen-Stoppen" in der Vergangenheit bereits mit einigen Aktionen speziell Deutschlands größten Konzern unter Druck gesetzt. Protestpostkarten unter dem Motto "Sehen Sie ihren Mercedes mit anderen Augen" wurden hinter die Scheibenwischer von Autos mit dem Stern auf der Kühlerhaube geklemmt. Diese Postkarten informierten die Mercedes-FahrerInnen über die M-Klasse (Minen-Klasse) und ließen den Konzern selbst zu Wort kommen: Die Werbung von Daimler-Benz für die im Werk Schrobenhausen produzierten Panzer-Abwehrricht-Minen (PARM 2) lautet: "Aufgestellt in Minuten - aktiviert in Sekunden - tötet PARM in Millisekunden".

VertreterInnen der Kampagne "Daimler-Minen-Stoppen - Keine Mark für neue Minen", die unter anderem von den Organisationen "Frauen für den Frieden" aus der Schweiz, dem RIB, der DFG-VK Baden-Württemberg, der Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden, von Pax Christi, Ohne Rüstung Leben, der Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden und dem Dachverband der Kritischen AktionärInnen Daimler-Benz getragen wird, zeigten sich in Stuttgart zuversichtlich: Der Imageverlust für Daimler-Benz sei bei einer fortgesetzten Minenproduktion erheblich. Und "der Druck nimmt in nächster Zeit nicht ab, sondern wird nur noch größer", so Paul Russmann, Sprecher der Kampagne in Stuttgart. Vor allem, wenn Gruppen vor Ort, beispielsweise vor Niederlassungen von Daimler-Benz, entsprechende Aktionen durchführen würden, sei die Firma einem erheblichen Legitimationsdruck ausgesetzt, denn es stelle sich, so Russmann, natürlich die Frage: "Wer kauft schon gerne bei einem Minenproduzenten?"

Thomas W. Klein

Unterschriftenlisten, Info-Material und Kontakt: Kampagne gegen Rüstungsexport, Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden, Tel.: 0611/9102350, Fax: 371838

24. "Blasse Erinnerungen". Irak-Geschäfte deutscher Firmen vor Gericht

Autor: Thomas W.Klein · Rubrik: Rüstungsexport; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:11

Während sich die Lage am Golf wieder zuspitzt, und die US-Regierung augenblicklich alle Vorbereitungen für einen Militärschlag gegen den Irak trifft, versuchen internationale Inspektorenteams weiterhin, Saddam Husseins Raketen- und Giftgasdepots aufzuspüren. Im Auftrag der Vereinten Nationen (UN) sollen sich dabei demnächst wieder deutsche Inspektoren an Kontrollen beteiligen.

Das Auswärtige Amt erklärte, es handele sich um "Spezialmissionen" auf der Suche nach Raketensprengköpfen und dem Giftgas VX. Martin Erdmann, Sprecher des Außenministeriums, begründete den Wunsch der UN damit, daß es ein besonderes Fachwissen im Bereich der Raketentechnologie gebe: Mit den von der NVA übernommenen Beständen verfüge die Bundeswehr über Material, das dem des Iraks technisch entspreche.

Made in Germany

Ein vom Außenministerium verständlicherweise nicht besonders hervorgehobener Aspekt wurde bis vor einer Woche vor dem Landgericht Darmstadt verhandelt. Dort standen der Inhaber, der Mitgesellschafter und ein Sacharbeiter der Firma Havert aus Neu-Isenburg (Kreis Offenbach) vor Gericht. Die Firma machte Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre - wie zahlreiche andere deutsche Firmen auch - Saddam Hussein zu einem mit moderner Waffentechnologie ausgestatteten Kriegsherrn. Havert hatte, so ist der Anklageschrift zu entnehmen, maßgeblich dazu beigetragen, daß der Irak eine Umrüstung der Scud-Raketen vornehmen konnte. Neben der Lieferung von vormontierten mobilen Startrampen für die Scud-Raketen habe Havert auch Bombenhalterungen, Werkzeuge zur Herstellung von Zündern und Anlagen zur Produktion chemischer Kampfstoffe geliefert. Kurze Zeit später, während des Golfkrieges, beschossen die Irakis Israel mit Scud-Raketen, und es entstand eine höchst makabere Situation: Überlebende des Holocaust mußten in Schutzkellern vor Raketen in Sicherheit gehen, die durch tatkräftige Unterstützung deutscher Firmen zu einer tödlichen Gefahr für sie geworden waren.

Als nun der ehemalige UN-Inspekteur Reinecke im Prozeß gegen die Havert-Manager seine Erfahrungen vor dem Landgericht Darmstadt schilderte, kam ein düsteres Kapitel deutsch-irakischer Zusammenarbeit nochmals ans Tageslicht: Auf Pumpen von Raketen-Startrampen sei "Made in Germany" zu lesen gewesen, in Büros irakischer Rüstungsfirmen hätten die Inspektoren deutschsprachige Pläne gefunden, und auf den Druckluftbehältern für Militäranlagen seien deutsche TÜV-Stempel gefunden worden. In der internationalen Inspektoren-Gruppe habe das zu Kommentaren geführt wie: "Wenn es um die Herstellung von Massenvernichtungswaffen geht, seid ihr Deutschen immer ganz vorn." Tatsächlich sei die Rüstung im Irak, so Reinecke, ein "von deutschen Zulieferern weit dominiertes Geschäft gewesen".

Lange Zeit wurden von offizieller Seite bei diesem Thema jedoch beide Augen fest zugedrückt und das, obwohl es frühzeitig entsprechende Warnungen gab. Bereits im Frühjahr 1984 hatte z.B. die New York Times schwere Vorwürfe gegen bundesdeutsche Firmen erhoben: Durch die Lieferung von Laboranlagen und Chemikalien sei Saddam in der Lage, Giftgas zu produzieren. Tatsächlich bezahlten tausende Kurden die Geschäfte deutscher Firmen und die Tatenlosigkeit der Bundesregierung mit ihrem Leben, als Saddam Hussein 1988 in Halabja und anderen Orten Nordiraks seine neuen Waffen einsetzte.

Neben den Vorwürfen in der New York Times, die ganz offensichtlich von hohen US-amerikanischen Stellen mit dem Ziel lanciert wurden, die deutsche Regierung unter Druck zu setzen und zum Einschreiten zu bewegen, wurde zu einem frühen Zeitpunkt auch in anderen Ländern mit einigem Unbehagen das Treiben deutscher Unternehmen kommentiert: In einem Bericht des britischen Fernsehsenders BBC wurden lange vor dem Golfkrieg Informationen westlicher Geheimdienste zitiert, wonach es sich bei einigen Anlagen im Irak ganz klar um Fabriken zur Herstellung chemischer Waffen handele. Dabei wurden die deutschen Firmen Karl Kolb, Pilot Plant, Preussag, Rhein-Bayern, W.E.T. und einige andere ausdrücklich mit diesen C-Waffenproduktionsanlagen in Verbindung gebracht.

Genscher und Kinkel

im Zeugenstand

Erst im August 1990, zwei Jahre nach den Giftgasangriffen auf die kurdische Bevölkerung im Nordirak, ließ die Darmstädter Staatsanwaltschaft sieben Personen aus dem Kreis von Karl Kolb und W.E.T. verhaften. Bemerkenswerterweise befanden sich mit Nazar Al-Kadhi und Peter Leifer (früher bei Preussag und zu diesem Zeitpunkt bei W.E.T. beschäftigt) zwei ehemals für den BND tätige Personen unter den Verhafteten. Die Rollen, die der BND und sein ehemaliger Chef Klaus Kinkel sowie der damalige Außenminister Genscher dabei spielten, sind bis heute umstritten. Als z.B. vor einiger Zeit der Chef der Rhein-Bayern Fahrzeugbau, Anton Eyerle, wegen illegaler Lieferungen von Raketenzündern und Anlagenteilen zur Giftgasherstellung an den Irak vor Gericht stand, luden seine Verteidiger Genscher und Kinkel als Zeugen vor. Diese sollten bestätigen, daß z.B. die "aus Pullach" (dem Sitz des BND) "angeleitete Firma Telemit", so der Geheimdienstexperte Schmidt-Eenboom, "für etwa 100 Millionen DM zum Teil falsch deklarierte Rüstungsgüter mit Wissen und Erlaubnis der Bundesregierung an Saddam Hussein geliefert habe".

Zwischen 1973 und 1989 legte z.B. allein die Telemit dem Auswärtigen Amt insgesamt 103 Unbedenklichkeitsersuchen für Rüstungsexporte in den Irak und Iran, nach Libyen und Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien vor, von denen nur acht abgelehnt wurden. Dennoch hatte Genscher nur eine "blasse Erinnerung" und der amtierende Außenminister Kinkel gab an, er könne nicht ausschließen, daß er das Wort "Telemit" einmal gehört habe.

Um falsch deklarierte Ausfuhrpapiere ging es auch bei dem letzte Woche zu Ende gegangenen Prozeß vor dem Landgericht Darmstadt. Die Angeklagten von der südhessischen Firma Havert erklärten, sie seien sich über den tatsächlichen Verwendungszweck der gelieferten Güter im Unklaren gewesen. Das Gericht monierte letzte Woche in seinem Urteilsspruch die "laxe Haltung" deutscher Behörden bei den dubiosen Rüstungsgeschäften mit Saddam Hussein - das Bundesamt für Wirtschaft (Sitz in Eschborn bei Frankfurt/M.) sei frühzeitig über die brisanten Lieferungen informiert gewesen und sei dennoch nicht eingeschritten - und verurteilte den Inhaber und den Mitgesellschafter zu Haftstrafen: Einmal drei Jahre und zwei Monate und zwei Jahre auf Bewährung. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen. Ein ebenfalls angeklagter Ex-Manager hat sich inzwischen nach Abu Dhabi abgesetzt: Ende eines Prozesses gegen die "Händler des Todes", die in Deutschland offenkundig lange auf die Rückendeckung offizieller Stelle zählen konnten.

Thomas W. Klein

Th. W. Klein war vier Jahre Geschäftsführer des Rüstungsexport-Archivs Idstein (KOMZI) und ist Presse- und Öffentlichkeitsreferent der KAMPAGNE GEGEN RÜSTUNGSEXPORT, Wiesbaden. Kontakt: Tel 0611/910 23 50, Fax 37 18 38.

25. Analyse, Kritik - und Alternativen. Andreas Buro hat ein spannendes Friedens-Buch vorgelegt

Autor: Vo · Rubrik: Friedensbewegung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:07

Andreas Buro ist schon seit Jahrzehnten in den aufeinanderfolgenden sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik engagiert - von der Bewegung gegen die Atombewaffnung Ende der 50er Jahre über die Ostermarschbewegung und die außerparlamentarische Opposition der 60er bis zur Anti-Nachrüstungsbewegung der 80er und der Friedensbewegung der 90er. Er hat in den sozialen Bewegungen nicht nur stets an exponierter Stelle mitgetan - so als Sprecher der "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" in den 60ern und als friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie heute -, sondern auch immer wieder durch analytisch-kritische Beiträge für Klarheit in diesen Bewegungen zu sorgen versucht sowie Vorschläge für die Entwicklung von Alternativen zur herrschenden Politik gemacht. In seiner Person verbinden sich Bewegungs-Aktivismus und wissenschaftliche Arbeit in einer Weise, die in der Bundesrepublik nur selten anzutreffen ist. Jetzt hat er wieder einmal ein Buch vorgelegt, das sehr viel mehr enthält als der Titel verspricht. "Totgesagte leben länger: Die Friedensbewegung" bietet nämlich nicht nur eine Darstellung der bundesdeutschen Friedensbewegung der letzten zwei Jahrzehnte, sondern darüber hinaus auch eine gründliche Analyse jener herrschenden Sicherheits-, Außen- und Militärpolitik, mit der sich diese Bewegung auseinanderzusetzen hatte und hat, sowie nicht zuletzt Orientierungshilfen und Konzeptionen für künftige friedenspolitische Arbeit.

Das Buch ist durchzogen von einem Geist, der am besten mit Gramscis Diktum vom "Pessimismus des Wissens und Optimismus des Handelns" beschrieben wird. Mit anderen Worten: Buro analysiert ohne Beschönigung, wie beschissen die Lage ist, und macht gleichwohl Mut, immer wieder mit aller Kraft und Phantasie gegen die beschissenen Verhältnisse anzugehen und für eine friedliche(re) Welt zu streiten. Sein Optimismus speist sich aus der Erfahrung, daß soziale Bewegungen wellenförmig verlaufen und "Wellentälern" auch stets wieder Aufschwünge folgen, und daß die Menschen in den Bewegungen soziale Lernprozesse machen, die sie zu zunehmend politisch reflektierterem und damit erfolgreicherem Agieren befähigen, und daß dieses Potential auch immer wieder aktivierbar ist. Daher sieht er auch eine "vierte Auferstehung" der Friedensbewegung Ende der 90er Jahre, die allerdings andere Formen hat als die vorangegangenen, komme es jetzt doch vor allem darauf an, "neben dem Protest gegen weitere Aufrüstung die Alternative zu militärischer Drohung und Krieg zu entfalten: die zivile Konfliktbearbeitung" (S. 9). (1)

Bevor Buro im letzten Teil seines Buches ausführlicher auf diese Alternative ziviler Konfliktbearbeitung eingeht, präsentiert er in den vorhergehenden Passagen eine Analyse und Darstellung herrschender Sicherheitspolitik und der Friedensbewegung seit Beginn der 80er Jahre, als die Kampagne gegen die sogenannte Nachrüstung Hunderttausende auf die Straßen brachte. Den Niedergang dieser Kampagne führt er wesentlich auf die mangelhafte "Politisierung über das Kampagnenthema hinaus" zurück. Politisierung hätte bedeutet, "daß auch der Hintergrund von Rüstung in der bürgerlichen Gesellschaft begriffen würde. Die Rolle des Staates als einer Herrschaftsinstitution zur Durchsetzung der Bedingungen für Kapitalverwertung hätte ebenso thematisiert werden müssen wie die Gewaltsamkeit und Expansivität kapitalistischer Produktionsverhältnisse. ... Die Beschäftigung galt mehr der Raketentechnik, und darüber geriet die kritische Analyse der Gesellschaften, die solche Raketen aufstellten - der kapitalistischen und der bürokratisch-realsozialistischen - in Vergessenheit".

Die Analyse des Zusammenbruchs des sog. realsozialistischen Lagers und der Etablierung einer "neuen Weltordnung" unter US-Hegemonie - durchgesetzt u.a. im Golfkrieg der USA gegen den Irak - liefert den Hintergrund für die Schilderung der Militarisierung der deutschen Politik seit Ende der 80er Jahre. Die Etappen des deutschen out-of-area-Engagements werden ebenso nachgezeichnet wie die Umrüstung der Bundeswehr auf interventionsfähige Krisenreaktionskräfte. Dabei wird als Beweggrund dieser Politik das deutsche Streben nach Hegemonie in der EU ausgemacht, wobei wiederum die Entwicklung der EU zu einer eigenständigen Militärgroßmacht auch und gerade in Konkurrenz zu den USA als ein zentrales Projekt herrschender Sicherheitspolitik herausgearbeitet wird.

Es folgen prägnante und einleuchtende Analysen der Kriege im ehemaligen Jugoslawien und in Türkei-Kurdistan, der Herausbildung der "neuen NATO" auf Kosten der Hoffnungen auf eine

gesamteuropäische Friedensordnung und der sicherheits- und militärpolitischen Implikationen der Globalisierung. Unter der Überschrift "Die Friedensbewegung entfaltet ihre Alternative" entwickelt Buro dann Vorschläge für die künftige friedenspolitische Arbeit. Sein Ausgangspunkt ist, daß sich die Friedensbewegung "zwei großen Aufgaben widmen" müsse: "Sie muß ihren Kampf für Abrüstung und gegen den weiteren Militäraufbau führen. ... Das ist das eine Standbein ihrer Arbeit. Das andere besteht in der Ausarbeitung und der partiellen Verwirklichung der Alternative, nämlich der Entfaltung ziviler Konfliktbearbeitung" (S. 107). Es gelte, "drei, eng miteinander verzahnte, strategische Ziele" anzuvisieren: "1. Eine zivile Völkergesellschaft in Europa zu entfalten, die ihre Friedensordnung auf Kooperation, Nicht-Bedrohung und gewaltfreier Konfliktbearbeitung gründet und sich den globalen Herausforderungen Ökologie, Armut hier sowie in der Zweidrittel-Welt und Entmilitarisierung durch Abrüstung stellt. 2. Dazu muß die Friedensbewegung die militärische Integration Westeuropas zur Militärgroßmacht verhindern und 3. sich gegen eine militärisch gestützte Hegemonialposition und -politik Deutschlands wenden" (S. 110).

An der Praxis des Eingreifens von Friedensgruppen in die Kriege in Ex-Jugoslawien und Türkei-Kurdistan zeigt Buro auf, wie Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung aussehen können, und an der leidigen Kontroverse zwischen "Pazifisten" und "Bellizisten" im Zusammenhang mit der Frage des Eingreifens in Bosnien-Herzegowina macht er u.a. deutlich, warum seiner Meinung nach die Alternative ziviler Konfliktbearbeitung dringend entfaltet werden müsse. Seine "grundlegende Annahme lautet: Nur wenn eine überzeugende Alternative nicht-militärischer, also ziviler Konfliktbearbeitung gezeigt werden kann, wird es gelingen, eine Politik der Versöhnung und Kooperation und einen wirklichen Prozeß der Demilitarisierung zu erreichen" (S. 154). Buro skizziert in Grundzügen Kriterien und Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung. Er ist dabei nicht blauäugig, vielmehr zeigt er sich der mit dieser Alternative verbundenen Probleme durchaus bewußt; insbesondere sieht er deutlich die Gefahr der Integration ziviler Konfliktbearbeitung in das Instrumentarium herrschender Politik. Gleichwohl plädiert er für eine "Gratwanderung von unten" (S. 170), um zivile Konfliktbearbeitung zu realisieren. Berührungsängste plagen ihn dabei nicht: "Staatliche Politik muß also einbezogen werden, (auch wenn) immer zu befürchten (steht), daß der staatliche Bereich aufgrund seiner Übermacht im finanziellen und organisatorischen Bereich Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung instrumentalisiert und in die Richtung seiner traditionellen Politik zu lenken sucht. Diese Gefahr ist sehr real und darf nicht verschwiegen werden. Trotzdem dürfen wir nicht darauf verzichten, um den öffentlichen Raum zu kämpfen. Ein Verzicht wegen der hohen Risiken wäre die Preisgabe des Projektes der Weichenstellung zu ziviler Konfliktbearbeitung" (S. 171). Nüchtern stellt Buro fest: "Der Weg zur zivilen Konfliktbearbeitung und der Ablösung der militärischen wird eine lange Gratwanderung sein. Ob sie ihr Ziel erreichen wird, können wir nur erfahren, wenn wir uns auf sie begeben" (S. 172). Auch wenn mir bisweilen scheint, daß sich Buro vielleicht mit zu viel Optimismus auf diese Wanderung begibt, so sind seine Argumente doch dazu angetan, auch Skeptiker zu überzeugen.

Trotz einiger Wiederholungen und Längen ist Buros Buch sehr zu empfehlen, weil sich in ihm Analyse und Kritik der schlechten Verhältnisse, Vorschläge für Alternativen und Reflexionen auf die strategischen und taktischen Schritte zu deren Realisierung durch soziale Bewegung aufs trefflichste verbinden.

Vo

Anmerkung:

(1) Alle Seitenangaben beziehen sich auf Buro, Andreas: Totgesagte leben länger: Die Friedensbewegung. Idstein 1997 (Komzi-Verlag).

26. Rühes Geheimwaffe: Militärische Aufmärsche

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:23

Mittels offener Provokation soll jetzt von den rechtsextremen Umtrieben in der Bundeswehr abgelenkt werden. Mit öffentlichen Gelöbnissen, u.a. in Berlin und Hamburg, will die deutsche Streitmacht um Sympathie werben. Jetzt zeige sich, wer zur "demokratischen Armee" stehe, erklärte Rühe. Seine Planungen harmonieren glänzend mit dem Bundestagswahlkampf der CDU.

Im Dezember deutete es sich schon an: Der Verteidigungsminister, den etliche schon demissioniert sahen, würde bald zum Gegenangriff übergehen. Die Befreiungsschläge, die Rühe Anfang Januar versuchte, hatten zunächst unfreiwillig komische Züge. Auf der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth forderte er "junge Menschen aus dem linken Spektrum" auf, gefälligst "in der Truppe zu dienen". Deshalb werde das Verteidigungsministerium jetzt auch dazu übergehen, in "linken Publikationen" wie dem Vorwärts oder der taz Anzeigen zu schalten. Von Mängeln bei der "Inneren Führung" war da schon nicht mehr die Rede.

Rühes Idee begeisterte u.a. auch Ralf Fücks, heute Vorstandsmitglied der grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, früher leitender Kader des KBW, der die "Wahl der Offiziere durch das Volk" forderte und Wehrpflichtige in "Soldaten- und Reservistenkomitees" zu organisieren versuchte. Mittlerweile propagiert Fücks die "republikanische", "humanitär intervenierende" Armee. Er spricht aus, was Rühe sich nicht zu sagen traut: Schuld an den Skandalen der letzten Zeit sind eigentlich die Linken. "Indem die Linke die Bundeswehr boykottierte und außerhalb des demokratischen Sektors stellte, überließ sie sie der Rechten und trug dazu bei, daß die Armee ... eine ‚Rechtsverschiebung` aufweist." (taz, 2.1.98) Bei Rühe wie bei Fücks sind es die Wehrpflichtigen, die gegen die Auswüchse militärischer Macht- und Hierarchiestrukturen angehen sollen. Das Prinzip von Befehl und Gehorsam soll natürlich gelten wie bisher; den Soldaten bleiben auch weiterhin grundlegende demokratische Rechte wie die freie Meinungsäußerung vorenthalten.

Rühes Winter-Offensive

"Ich will dieses Jahr ein ganz besonderes Signal setzen für die Wehrpflicht und die Bundeswehr", ließ Rühe in Wildbad Kreuth wissen und sprach sogleich von einem militärischen Aufmarsch vor dem Roten Rathaus in Berlin am 13. August. (taz, 9.1.98) Einige Tage später nutzte er den Neujahrsempfang des CDU-Wirtschaftsrats in Hamburg, um "voll in die Offensive" zu gehen: Die Bundeswehr werde demnächst in Lüneburg, Celle und weiteren Städten in Nord- und Süddeutschland öffentliche Gelöbnisse abhalten, kündigte er an; auch der rot-grüne Senat in Hamburg solle doch "mit einer Einladung die Bundeswehr unterstützen". (Hamburger Abendblatt, 12.1.98) Als geeigneten Ort schlug er den Hamburger Rathausmarkt vor. Hier waren schon 1966, und dann noch einmal 1977 Rekruten aufmarschiert. Der jetzt geplante Aufmarsch wäre der dritte in Hamburg nach dem Krieg.

Zwar waren sich SPD und GAL noch einig, daß militärische Aufmärsche nicht die richtige Antwort auf die "Probleme der Bundeswehr" seien, generell wollte sich die Hamburger SPD aber nicht gegen ein Gelöbnis aussprechen. Nur der von Rühe ins Spiel gebrachte Rathausmarkt gefiel den Sozialdemokraten nicht. Statt dessen schlug Bürgermeister Ortwin Runde das Geländes des ehemaligen KZ Neuengamme vor. Dies sei der geeignetere Ort für ein Gelöbnis, "weil den jungen Soldaten dort ein Bewußtsein bezüglich der Vergangenheit vermittelt werden kann". (Hamburger Abendblatt, 14.1.98) Dort, wo während des Nationalsozialismus annähernd 55.000 Häftlinge umkamen, sollten nun wieder deutsche Befehlstöne zu hören sein, sollten Soldaten marschieren und Treue und Gehorsam schwören! Schafft militärisches Exerzieren am "richtigen" Ort "Bewußtsein gegenüber der Vergangenheit"? Gabriela Fenyes vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Hamburg stellte klar: "Ein Ort wie das ehemalige Konzentrationslager Neuengamme, der für einen bestimmten Teil der deutschen Geschichte steht, eignet sich nicht, weil er nicht die inhaltliche Auseinandersetzung mit eben dieser Geschichte ersetzen kann." (Hamburger Abendblatt, 14.1.98)

Ignatz Bubis allerdings sprang Runde bei. Eine Vereidigung der Rekruten in einer KZ-Gedenkstätte, so der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, könne jungen Menschen deutlich machen, welch ungeheuren Verbrechen "im Namen des deutschen Vaterlandes" verübt worden seien. (Spiegel, 3/98)

Das Verteidigungsministerium und die CDU-Opposition im Hamburger Senat sprachen sich gegen Rundes Vorschlag aus, wenngleich aus anderen Gründen als die Jüdische Gemeinde. Ein solcher Ort wecke größere Empfindlichkeiten als ein Gelöbnis auf einem öffentlichen Ort, befürchtet das Ministerium. Dieser "taktlose Vorschlag" werde der Bundeswehr nicht gerecht, meinte Oppositionsführer Ole von Beust.

Ganz anders sehen das Teile der GAL. Einige ihrer Funktionsträger konnten Rundes Vorschlag durchaus etwas abgewinnen, obwohl es in ersten Stellungnahmen der GAL noch hieß, sie lehne Bundeswehraufmärsche in Hamburg generell ab. Stadtentwicklungssenator Willfried Maier (auch er ehemaliges Mitglied des linksmilitaristischen KBW) sprach sich für den SPD-Antrag aus. (In diese wird nicht mehr von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gesprochen, sondern nur noch ganz allgemein von "geschichtsträchtigen Orten". In der Diskussion ist z.B. die Ruine der Nikolaikirche, die nach alliierten Bombenangriffen ausgebrannt war.) Für Maier steht die Bundeswehr in der Tradition republikanischer Armeen und nicht der Wehrmacht. GAL-Fraktionsvize Martin Schmidt schlug gar das ehemalige Gestapo-Gebäude in Hamburg vor, da es seiner Ansicht nach den Widerstand gegen das Naziregime am besten symbolisiere. (taz Hamburg, 27.1.98) Ehre, wem Ehre gebührt, dachte wohl Schmidt, der die Bundeswehr längst in die Demokratie integriert sieht. "Niemand muß einen Militärputsch befürchten." (Hamburger Abendblatt, 13.1.98) Wo er aber die Verbindung sieht zwischen der Bundeswehr und dem antifaschistischen Widerstand, bleibt sein Geheimnis.

Unterdessen hielt Rühe an dem Gelöbnis auf dem Rathausmarkt fest. Er will die Bundeswehr mitten in Hamburg, "nicht hinter Kasernenmauern" sehen. Andere Städte wie Celle und Lüneburg, ließ er süffisant den Hamburger Senat wissen, hätten schließlich "damit keine Probleme, auch Berlin nicht". (Hamburger Abendblatt, 14.1.98)

Nachdem Rundes Neuengamme-Vorschlag auch in der SPD auf Kritik gestoßen war, stand dann am 28. Januar in der Bürgerschaft nur noch der CDU-Antrag zur Abstimmung. Er wurde von der rot-grünen Mehrheit abgelehnt.

Berlin wird "hauptstadtfähig"

In Berlin stellen zwar SPD, Grüne und PDS im Abgeordnetenhaus die Mehrheit, doch der Regierende Bürgermeister Diepgen (CDU) erklärte die Gelöbnisfrage sofort zur Chefsache und sprach dem Parlament jedes Mitspracherecht ab. Schon vor zwei Jahren hatte der Berliner Senat Hand in Hand mit dem Verteidigungsministerium gegen breiten Widerstand ein öffentliches Gelöbnis durchgesetzt. Hundertschaften der Polizei sorgten damals für einen (nicht ganz so) feierlichen Verlauf des Spektakels vor dem Charlottenburger Schloß. Damals fand in der ehemaligen "Hochburg der Kriegsdienstverweigerer" das erste öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr seit 1945 statt. Grüne, PDS, Teile der SPD und die Reste der Berliner Linken versuchten, mit ihren jeweiligen Mitteln, den Aufmarsch zu verhindern. Unter anderem hatten die SPD-Bürgermeisterin und die bündnisgrüne Baustadträtin des Bezirks Charlottenburg keine Genehmigung für das Gelöbnis erteilt, was jedoch vom Senat revidiert wurde. Schließlich riefen alle gemeinsam zu Protestkundgebungen auf.

Daß ein geplantes öffentliches Gelöbnis allerdings Streit in der Großen CDU/SPD-Koalition heraufbeschwören würde, ganz zu schweigen vom Protest der parlamentarischen (Grüne, PDS) und außerparlamentarischen Opposition, war absehbar und gewollt. Während PDS, Grüne und antimilitaristische Gruppen das Gelöbnis generell ablehnen, stößt bei SPD und FDP der geplante Termin auf Kritik. Mit dem sicheren Gespür für polarisierende Symbolik will Rühe in Absprache mit dem Berliner Senat die Bundeswehr am 13. August, dem Tag des Mauerbaus, marschieren sehen. Die Berliner PDS irrt zwar, wenn sie vermutet, der Bundeswehraufmarsch diene dazu, sich in die "Tradition der ‚bewaffneten Organe der DDR` zu stellen". Mit ihrer Feststellung, hier solle das "gewaltloses Verschwinden nachträglich in einen militärischen Sieg über das DDR-Regime" verwandelt werden, trifft sie aber den Kern der Sache. (PDS-Presseerklärung, 14.1.98)

Die Christdemokraten stehen jedenfalls "wie ein Mann" zu diesem Vorhaben: Helmut Kohl hält den 13. August für "einen geeigneten und richtigen Termin". (Berliner Zeitung, 23.1.98) Für Volker Rühe steht der 13. August gleichermaßen für Unfreiheit, Diktatur wie für den "beherzten Einsatz für Freiheit, Demokratie und Einheit". (Berliner Zeitung, 2.2.98) Eberhard Diepgen sieht im Tag des Mauerbaus genau den richtigen Tag, um für die "wehrhafte Demokratie" zu werben, und Innensenator Jörg Schönbohm bestätigt: Dieses Datum ist

"symbolträchtig". An diesem Tag könne deutlich gemacht werden: "Wir sind wieder eine Nation in der Hauptstadt Berlin, diese Schandmauer ist geistig-moralisch überwunden". (taz, 23.1.98)

Wie wichtig das Gelöbnis der CDU ist, beweist auch die Drohung des Bundeskanzlers, es stelle sich die Frage, ob Berlin als Hauptstadt geeignet sei, wenn es den Aufmarsch nicht hinbekomme. Mit dieser "Provokation" (Kohl gegenüber der Berliner Zeitung vom 22.1.) wandte er sich direkt an die Berliner CDU und die herrschenden Kreise Berlins, die alles daran setzen, "hauptstadtfähig" zu werden und die mittels dieses Kampfbegriffes ihre "law and order"- und Ausgrenzungspolitik gegen alle Widerstände durchsetzen wollen.

Wahlkampfhilfe

für die CDU

Aber nicht nur der ideologische Aspekt, sich im nachhinein als militärischer Sieger in der Blockkonfrontation zu gebärden, spielt im Kalkül der CDU-Führungsriege eine Rolle. Im September finden die Bundestagswahlen statt. Es hat ganz den Anschein, als wollte die CDU mit Hilfe der Bundeswehr im August den Wahlkampf anheizen. Der Berliner Wahlkampf-Koordinator, CDU-MdB Jochen Feilcke, bestätigte diese Vermutung jedenfalls indirekt in einem Schreiben an den Berliner SPD-Landesvorsitzenden Dzembritzki und den Berliner SPD-Fraktionsvorsitzenden Böger. Beide hatten sich in einem Brief an Rühe dagegen verwehrt, das Gelöbnis am 13. August zu Wahlkampfzwecken zu mißbrauchen. Feilcke dementierte erwartungsgemäß den Vorwurf, schrieb aber gleichzeitig: "Möglicherweise befürchten Sie, daß Mitglieder Ihrer Partei, nämlich Jungsozialisten, den Versuch unternehmen, ein öffentliches Gelöbnis zu stören. Möglicherweise vermuten Sie, daß dadurch tatsächlich eine öffentliche Diskussion in Berlin entfacht wird, die am Ende zu Ihrem Nachteil ausgeht." (taz Berlin, 14.1.98) Senatssprecher Michael Butz hatte schon zuvor erklärt, im Zusammenhang mit dem Gelöbnis werde sich zeigen, welche Partei welches Verhältnis zur Bundeswehr habe. Damit ist klar, daß die CDU-Strategen mit einem ebenso breiten Widerstand rechnen wie anläßlich des Bundeswehraufmarsches vor zwei Jahren in Berlin. Die CDU will polarisieren in die "gute Bundeswehr und den pfeifenden Pöbel und sich dann mit der Bundeswehr solidarisieren", wie es Wolfgang Wieland, grüner Fraktionschef in Berlin, ausdrückte. (Berliner Zeitung, 22.1.98) Ein solches Szenario vor Augen, hofft die CDU, SPD und Grüne vorführen zu können.

Zwischenzeitlich hat sich selbst der Bundeswehrverband gegen ein Gelöbnis am 13. August ausgesprochen. Dessen Vorsitzender, Bernhard Gertz, wandte sich angesichts der zahlreichen für August angesetzten Gelöbnisse gegen eine Instrumentalisierung der Bundeswehr im Wahlkampf. Statt dessen unterstützte er den Vorschlag der Berliner SPD, die - mit ähnlicher Begründung wie Runde in Hamburg - den 20. Juli als möglichen Termin eines Gelöbnisses in Berlin ins Spiel gebracht hatte, freilich vergeblich. Der Koalitionspartner CDU blieb in dieser Frage hart. Dennoch hält die Berliner SPD bislang an ihrer Haltung gegenüber dem Gelöbnis am 13. August fest. Selbst nachdem Rudolf Scharping die Teilnahme führender Sozialdemokraten an einem Gelöbnis am 13. August angekündigt hat, blieb die Berliner SPD-Spitze dabei, sie werde das Gelöbnis boykottieren.

Rühes Vorstoß und der sich anschließende Gelöbnisstreit haben die öffentliche Diskussion um Zustand und Rolle der Bundeswehr, über Rechtsradikalismus und autoritäres Denken in ihren Reihen in den Hintergrund gedrängt. Mit den Bundeswehraufmärschen wird gleichzeitig ein Schritt zur Militarisierung des Alltags unternommen. Militärische Zeremoniells sollen zur Normalität werden.

Das wäre eigentlich Anlaß genug, Rühe und seinen Freunden gehörig die Suppe zu versalzen. In Berlin jedenfalls gibt es schon erste Versuche, ein breites Bündnis zu schaffen. Ziel muß sein, das Gelöbnis, wenn es schon nicht zu verhindern ist, zumindest nicht ohne Störungen und Protest über die Bühne gehen zu lassen.

mb., Berlin

27. Kongreß markiert vorläufiges Ende der Streikbewegung. Studierende wollen Gesellschaftsveränderung

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:09

In den Wintermonaten bricht an den Berliner Hochschulen die Zeit der Kongresse an. 1998 jähren sich gleich zwei wichtige Kongresse zum dreißigsten bzw. zwanzigsten Mal. Im Februar 1968 spielte der "Internationale Vietnamkongreß" an der Technischen Universität (TU) eine wichtige Rolle bei der Radikalisierung der APO. Ebenfalls an der TU nahmen genau zehn Jahre später auf dem legendären "Tunixkongreß" Tausende Abschied von radikaler Politik und gründeten die TAZ und alternative Wahllisten. Gerade neun Jahre ist es her, als sich nach einem bundesweiten Unistreik StudentInnen in der Freien Universität (FU) zum Unimut '89 trafen. Und zu Jahresbeginn versammelten sich vom 8.-11.1. rund 2.000 junge Leute zum bundesweiten studentischen Basiskongreß Bildung und Gesellschaft (BuG) in der TU und an der Humboldtuniversität-Berlin (HU).

Obwohl der Kongreß erst am Sonntagabend zu Ende ging und die Ergebnisse am Montag auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurden, hatte die Presse fast unisono schon vorher ihr Urteil gefällt. "Protestantenstadtl" hieß es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Tagesspiegel titelte "Gerede über alles, jede(n) und Marx", das Neue Deutschland sah ein "Chaotisches Ende" und für die TAZ war mit dem Kongreß der Studentenprotest gescheitert. Dabei hatte sich der Kongreß etwas zum Ziel gesetzt, was in den Medien immer wieder angemahnt wurde. Die Studentenproteste der letzten Wochen sollten durch breit diskutierte Inhalte fundiert werden.

Veränderte Zielstellung

Die Initiative für den Kongreß ging Anfang Dezember von Studierenden aus, die es satt hatten, als pflegeleichte Kuscheltiere bezeichnet zu werden, denen es lediglich um etwas mehr Geld gehe und die ansonsten auf jedes Lob aus Politik und Wirtschaft stolz seien. In diesen Tagen wurde von vielen Protestlern der "Lucky-Strike", die Parole der ersten Tage, durch den "Angry-Strike" ersetzt.

Bereits in der Planungsphase hatte sich die Zielstellung des Kongresses verschoben, weil an vielen Hochschulen im Laufe der zweiten Dezemberhälfte der Streik abgebrochen wurde. Während die Studierenden wieder massenhaft die Hörsäle füllten, nahm die Beteiligung an Protestaktionen rapide ab. Statt wie geplant auf den Höhepunkt, fiel der Kongreß in die Abschwungphase der Bewegung. Natürlich hegten die Initiatoren insgeheim die Hoffnung, der Bewegung durch den Kongreß wieder neuen Schwung geben zu können. Auf dem Eröffnungsplenum wurde noch einmal etwas von der Begeisterung spürbar, mit der Mitte November der Protest von den hessischen Universitäten auf die Hochschulen der Republik übergesprungen war. An den Wänden des Saals waren auf Schildern die Namen aller am Streik beteiligten Städte mit ihren spezifischen Protestlogos aufgeklebt. Daß mittlerweile überall wieder der Hochschulalltag eingekehrt ist, brauchte nicht extra vermerkt zu werden. Selbst in der wochenlang besetzten und mit Streikposten bewachten HU, die von den Medien nicht ganz zu Unrecht zum Epizentrum des Protestes in Berlin erklärt worden war, hatten sich in einer Urabstimmung über Zweidrittel der Studierenden für einen Streikabbruch ausgesprochen. Das Ergebnis platze mitten in die Kongreßsitzung.

Viele hatten ein solches Ergebnis schon befürchtet. So fiel dem Kongreß nun die Aufgabe zu, Protestperspektiven nach dem Ende der Streikphase aufzuzeigen. Eine bundesweite Studierendengewerkschaft und ein wöchentlich von Bundesland zu Bundesland rotierender Protesttag sind erste Ergebnisse.

Es war nicht mehr die breite Bewegung von Mitte November, die an diesem Wochenende bis in die späten Nachtstunden hinein über Hochschulrahmengesetze, eine Grundsicherung und über feministische Lehrinhalte debattierte. Denn damals waren tatsächlich viele dabei, die für den Erhalt des "Bildungsstandort Deutschland" auf die Straße gegangen sind und in den Hörsaal zurückgefunden haben, als ihnen von Politikern und Unipräsidenten kein Wohlwollen mehr entgegengebracht wurde. Aber auch die von solchen Events

angezogenen theorie- und praxiserfahrenen Altaktivisten waren auf dem Kongreß dünn gesät. Es trafen sich überwiegend junge Menschen, die sich während der Proteste politisierten und sich dabei nicht nur mit ihren Studienbedingungen, sondern mit so etwas Tabuisiertem wie Gesellschaftsveränderung beschäftigt haben.

Mitgebracht haben sie mehr Fragen als Antworten und eine gehörige Portion Naivität, was sich im Forderungskatalog niederschlägt. Während die Reformvorschläge für das Hochschulrahmengesetz bis ins Detail ausgearbeitet den Bundestagsabgeordneten aller Parteien zugeschickt wurden, bleibt der gesellschaftspolitische Teil vage. Die Grundsicherung soll Teil des Gesellschaftssystems werden, dem Neoliberalismus soll Einhalt geboten und Diskurse sollen mit langem Atem im eigenen Umfeld gefördert werden. Ebenso nebulös bleibt der postulierte "selbstbestimmte Umgang" mit den Medien. Anstelle einer Analyse über die Rolle der Medien in der Gesellschaft bombardiert man diese entweder mit Aktionsberichten oder straft sie mit Liebesentzug wegen nichtgenehmer Berichterstattung.

Wie auf solchen Kongressen nicht anders zu erwarten, prallten dann auch konträre Meinungen aufeinander. So plant eine Berliner Initiative, mit 3.000 Personen in die FDP einzutreten, um dann in dem auf diese Weise majorisierten Berliner Landesverband eine neue, nicht näher ausgeführte Politik zu machen. Andere wollen mit einer neu gegründeten "Expertenpartei" in den nächsten Bundestagswahlkampf ziehen. Solche Initiativen wurden toleriert, aber nicht unterstützt. Mehrheitsmeinung war das im Forderungskatalog niedergeschriebene Postulat, daß nur starke soziale Bewegungen nennenswerte Veränderungen bewirken können.

Trotz des Mangels an analytischer Schärfe und treffsicheren Formulierungen implizieren viele Punkte des Forderungskatalogs nicht nur eine andere Regierung, sondern eine andere Politik. Der Katalog ist primär ein Angebot an soziale Gruppen und außerparlamentarische Bewegungen, die längst fällige Debatte darüber aufzunehmen, wie der soziale Rollback mit der massiven Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten umgekehrt werden kann. Trotz Rekordarbeitslosigkeit, massiven Kürzungen im Sozialbereich und einem gerade in den letzten Monaten wieder zunehmenden Neonaziterror sind Ansätze wie die Komitees für Gerechtigkeit, die Sozialbündnisse gegen den Berliner Haushalt oder - mit Einschränkung - die Erfurter Erklärung entweder nach kurzer Zeit eingeschlafen oder parteipolitisch vereinnahmt worden. Ob der studentischen Initiative jetzt mehr Erfolg beschieden sein wird, ist völlig offen. Daran aber wird sich entscheiden, ob der BuG '98 in 20 oder 30 Jahren eine ähnliche Bedeutung haben wird wie heute der Anti-Vietnam- und der Tunixkongreß.

Peter Nowak

28. Politik um die Zitadelle der Produktion herum. Klassenkampf zwischen Rassismus und Solidarität

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Arbeiterbewegung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:08

Vor zwanzig Jahren wurde der "Abschied vom Proletariat" zum geflügelten Programm der neuen sozialen Bewegungen und eine der vielen Essenzen des seit den 80er Jahren boomenden vermeintlichen postmodernen Denkens. Statt klassenpolitischer Orientierung begann auf der Linken der Aufstieg jener zwiespältigen Identitätspolitik, die Emanzipation auf die Interessenpolitik sogenannter Betroffener und gesellschaftlicher Minderheiten einschränkte. Der "Kampf um Anerkennung" wurde aus einem bis dahin eher zu kurz gekommenen Bestandteil linker Politik zu deren alleinigem Inhalt.

Die radikale Linke hielt lange Zeit trotzig dagegen und orientierte weiter auf den je nach politischer Position proletarischen oder gewerkschaftlichen Kampf. "Jede radikal linke Politik muß an der Produktion und an der Lage der Menschen in ihr ansetzen", hieß es noch 1989 in den "Grundlagen der Radikalen Linken". Doch dieser lose Zusammenschluß von Altlinken, linken Grünen, DKP'lerInnen, jungen Autonomen und anderen hat die politischen Klippen Wiedervereinigung und Golfkrieg nicht überlebt. Als Reaktion auf die politischen Niederlagen der letzten Jahre hat der Abschied vom Proletariat nun auch die radikal linke Szene erreicht. Man distanziert sich fleißig vom sogenannten "Arbeiterbewegungsmarxismus" und hält die deutsche Arbeiterklasse für hoffnungslos integriert, vaterländisch konsumorientiert und fremdenfeindlich-rassistisch. Klassenpolitik wird zunehmend auf das gewerkschaftliche Milieu mit all der bürokratischen Borniertheit isoliert.

Erfrischend deshalb, wenn Intellektuelle wie Boy Lüthje und Christoph Scherrer diese Borniertheit durchbrechen und ihren kritischen Blick auf die Klassenkämpfe des Alltags richten. Schon ihr erstes Buch "Jenseits des Sozialpakts. Neue Unternehmensstrategien, Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den USA" hat sich zu einem Standardwerk der linksgewerkschaftlichen Debatte um Neoliberalismus, Lean Production und Arbeiterbewegung entwickelt. In ihrem neuen Buch "Zwischen Rassismus und Solidarität. Diskriminierung, Einwanderung und Gewerkschaften in den USA" versammeln sie erneut zahlreiche linke US-amerikanische WissenschaftlerInnen und AktivistInnen, die uns mit ihren Erfahrungen aus dem Herzen der imperialistischen Bestie vertraut machen.

Themen des Buches sind die Möglichkeiten und Grenzen lohnabhängiger Solidarität in einer vom Rassismus zerrissenen vermeintlich multikulturellen neoliberalen Gesellschaft. Der Ausgangspunkt von Lüthje und Scherrer ist die Einschätzung, "daß die rassisch-ethnische Spaltung einer Gesellschaft nicht auf Defizite des ‚zivilgesellschaftlichen Diskurses` zu reduzieren, sondern zunächst wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsstrukturen zuzuschreiben ist".

Für Lüthje und Scherrer erfolgt der Ausschluß ganzer Personengruppen vom Arbeitsmarkt nicht aus ökonomischen Beweggründen seitens der Unternehmerschaft, denn diese hat starkes Interesse an einem möglichst großen Arbeitskräfteangebot, das mittels Lohnkonkurrenz zu niedrigen Lohnkosten führt. Es gehe den Kapitalisten - "weniger als eine bewußte Strategie, denn als Anpassung an jeweils vorherrschende gesellschaftliche Gepflogenheiten" - vielmehr darum, einzelne Beschäftigtengruppen gegeneinander auszuspielen und damit deren potentiell einheitliche Frontstellung gegen die Unternehmensleitung zu verhindern.

Daß Gewerkschaften bestenfalls nur halbherzig die solcherart Diskriminierten verteidigen und in ihre Interessenpolitik integrieren, ist evident und einer der wesentlichen Gründe für die Gegnerschaft vieler Linker und AntirassistInnen. Für Lüthje und Scherrer "ergeben sich Motive für eine Begrenzung auf bestimmte Gruppen von Lohnabhängigen vor allem daraus, daß gewerkschaftliche Verhandlungsmacht Solidarität unter den Lohnabhängigen und die Beschränkung des Arbeitskräfteangebots voraussetzt". Und da nur ein gruppenübergreifendes Solidarverständnis und damit einhergehende Opferbereitschaft in der Lage sind, die gesellschaftlichen Gräben gewerkschaftlich zu überwinden und da dies ein politisches Bewußtsein erfordert, das über das rein gewerkschaftliche Bewußtsein hinausgeht, steht die Linke vor der Herausforderung, die Gewerkschaftsbewegung zu politisieren. Dies halten die AutorInnen für möglich, denn langfristig fällt eine solche kurzfristige Strategie der Spaltung und Ausgrenzung auf die Gewerkschaftsapparate zurück und

unterhöhlt ihre eigene Macht. Eine solche Selbstausgrenzung von Teilen der Arbeiterklasse führt, wie uns das US-amerikanische Beispiel klar vor Augen führt, zur wachsenden Isolierung der Gewerkschaften am Arbeitsplatz und zum empfindlichen Schrumpfen ihrer politischen Bündnispartner. So ist die politische Abschottung der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gegenüber schwarzer Bürgerrechtsbewegung und EinwandererInnen aus der "Dritten Welt" maßgeblich dafür mitverantwortlich, "daß dem unter dem Regime der Reagonomics begonnenen Umbau der US-Wirtschaft und ihrer Weltmarktbeziehungen keine breite politische Gegenbewegung entgegengestellt werden konnte".

US-amerikanische Erfahrungen

Sicherlich gibt es keine Patentrezepte zur Organisierung diskriminierter Minderheiten im gewerkschaftlichen Rahmen und Umfeld, doch die US-amerikanischen Erfahrungen lassen einige grobe Lehren deutlich werden. So ist auf jeden Fall eine starke Bereitschaft zur Organisierung bei "alten" und "neuen" Minderheiten festzustellen. Diese wird um so erfolgreicher in Solidarität umgesetzt, sofern sie auf der vorbehaltlosen Anerkennung eigenständiger Selbstorganisation der Betroffenen beruht und sich auf verstärkte Solidarität auch auf internationaler Ebene ausweitet. Dies gelingt jedoch nur, wenn es zur Formierung einer eigenständigen politischen Kraft kommt, die nicht nur die Grenzen rein gewerkschaftlicher Organisation zu transformieren in der Lage ist, sondern "auch auf eine Veränderung kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse abzielt. Insofern sind Betrieb und Gewerkschaft zentrale Orte, an denen Rassismus, ethnische Unterdrückung und Nationalismus nicht nur in Worten, sondern auch praktisch bekämpft werden können - und müssen."

Ohne jedoch radikale - und radikale heißt immer auch praktische - Kritik zu üben an den bürokratischen Gewerkschaftsstrukturen einerseits und den Sackgassen einer sich einigelnden Identitätspolitik andererseits, ist eine solche Politik neuer Werte, neuer Institutionen und Visionen nicht zu haben. "Eine multirassische, viele Problemstellungen aufgreifende Koalition muß eine Verbindung schaffen zwischen denjenigen, die in den Zitadellen der Produktion schuften und denjenigen, die rund herum leben. Die Probleme und Anliegen dieser Menschen sind die gleichen, oftmals in ein und derselben Person verkörpert", schreibt Gary Phillips, und der in der US-Linken bekannte Aktivist und Journalist Kim Moody ergänzt: "Wir sollten weniger eine Politik fördern, die sich an dem sozialdemokratischen Modell Europas orientiert, sondern vielmehr an dem Lateinamerikas, wo Gewerkschaften, Parteien und städtische Massenorganisationen (oft angeführt von Frauen) mehr und mehr als Zweige einer einheitlichen Arbeiterbewegung funktionieren."

Die Verschärfung des hiesigen Ausländerrechts, eine verschärfte Arbeitskonkurrenz infolge neuer Produktionsmethoden, die zunehmende Unzufriedenheit der zweiten Generation der ImmigrantInnen über integrationsfeindliche Gesellschaftsstrukturen sowie der starke Anstieg "legaler" und "illegaler" Zuwanderung - das, so die Herausgeber, sind die zentralen Aspekte, die die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung auch in der größer gewordenen Bundesrepublik herausfordern. Daß bei einer "Amerikanisierung" der sozialen und politischen Bedingungen die Aufarbeitung gerade der dortigen Erfahrungen von unmittelbarem Interesse ist, sollte eigentlich auf der Hand liegen. Es ist das Verdienst von Lüthje und Scherrer, den wenig üblichen Blick über den nationalen Tellerrand zu werfen.

Christoph Jünke

Boy Lüthje, Christoph Scherrer (Hrsg.): Zwischen Rassismus und Solidarität. Diskriminierung, Einwanderung und Gewerkschaften in den USA, Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, DM 43,-

29. Investoren: Nur noch Rechte, nie mehr Pflichten. MAI macht Investitionsfreiheit zum Grundrecht

Autor: Gaby Küppers · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:31

Mit den Verhandlungen zu einem Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) bei der OECD steht die staatliche Regulierbarkeit der Wirtschaft zugunsten privater Investoren in beispiellosem Ausmaß zur Disposition. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit zimmern Ministerialbeamte der Industrieländer seit zweieinhalb Jahren in Paris an der Architektur einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die die Rechte von Investoren zum obersten Prinzip erhebt. Am 28. April dieses Jahres soll das Vertragspaket festgezurrt und der OECD zur Verabschiedung auf ihrer Jahresversammlung im Mai übergeben werden. Staaten, die das Abkommen dann unterschreiben, haben sich für mindestens 20 Jahre verkauft.

Das Hauptziel des neuen Abkommens ist der Abbau nationaler Barrieren gegen ausländische Investitionen. Ausländische Unternehmen sollen mit inländischen gleichgestellt werden, das betrifft sowohl die Vergabe staatlicher Aufträge und Subventionen als auch Umwelt- und sonstige Auflagen und die Ansiedlung von neuen Werken. Der erleichterte Marktzugang soll nicht nur für neue Unternehmungen gelten, auch schon bestehende Tochtergesellschaften, Fabriken und spekulative Kapitalanlagen sollen besser geschützt werden. Mit dem MAI wird vereinbart, daß Staaten u.a. eine angemessene Entschädigung im Falle von Enteignungen oder Kriegsfolgen garantieren. Außerdem sollen sie auch Möglichkeiten schaffen, damit jederzeit Gewinne ungehindert ins Mutterland transferiert und die Produkte exportiert werden können. Das geplante Abkommen trifft zwar auch Industriestaaten - so müßten z.B. die USA und Japan ihre Bankgesetze liberalisieren und die EU Beschränkungen für ausländische Unternehmen an Fluggesellschaften aufheben - aber hauptsächlich soll es dem Schutz von Investitionen in den sog. Entwicklungsländern dienen.

Noch stehen allein im Hauptteil des MAI 140 Textteile in Klammern. Doch das ist für internationale Aushandlungen normal. So wurde auch in der Uruguay-Runde bis in die letzten Minuten um wesentliche Formulierungen gepokert, so konnten sich die USA und die EU weitestgehend durchsetzten und mit der WTO-Gründung 1995 das Fundament zur nachhaltigen und weltweiten Absicherung wirtschaftlichen Profits legen. Die nächsten Verhandlungswochen für das MAI und vor allem das "high level" Treffen am 16./17. Februar in Paris werden zeigen, ob die Fortsetzung gelingt. Alleine die USA haben über 600 Ausnahmen angemeldet. Die EU versucht, die Mitgliedstaaten auf wenige, aber umfassende Forderungen festzulegen. Zweifellos werden am Schluß auch diesmal wieder jene das Machtwort sprechen, die die Macht haben: die USA, Japan und die EU.

Die USA und die EU waren von Anfang an die Betreiber des neuen Abkommens. "Die EU ist weltweit der größte Auslandsinvestor. Deswegen ist es unsere Pflicht, unsere Investoren bestmöglich abzusichern", erläuterte ein EU-Kommissionsvertreter die Initiative vor Europa-ParlamentarierInnen. Die Notwendigkeit eines weltweiten Investitionsabkommens begründen die BefürworterInnen einleuchtend: der undurchdringliche Dschungel von zur Zeit rund 1800 bilateralen Abkommen muß zugunsten von Überschaubarkeit gelichtet werden - gerade in Zeiten zunehmender Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen. Investoren, so wird behauptet, hätten Anspruch auf Rechtssicherheit. Im langwierigen Kampf durch die Aktenberge unverständlicher Paragraphenfallen habe schon so mancher Investor die Lust verloren und sich um winkende Gewinne geprellt gesehen. Beliebtes Beispiel ist irgendeine Firma in irgendeinem Land in Afrika, obwohl gerade dorthin sich fast niemand auf der Suche nach Kapitalanlagen verirrt. 477 der 500 größten Multis haben ihren Sitz in OECD-Ländern, das Gros der Kapitalverschiebungen findet dementsprechend konzernintern zwischen den Industrieländern statt. Für sog. Entwicklungsländer fallen lediglich Brosamen ab.

Globalisierung bedeutet eine Beschleunigung der weltweiten Kapitalab- und zuflüsse. In den letzten zehn Jahren stiegen ausländische Direktinvestitionen weltweit sprunghaft an. Sie wuchsen doppelt so schnell wie der Welthandel mit Gütern. Ein wesentlicher Anteil der Direktinvestitionen sind Firmenübernahmen und -zusammenschlüsse. Das MAI definiert Investor und Investitionen jedoch wesentlich breiter. Nach dessen Definition gehören auch Portfolio-Investitionen, Konzessionen, Aktien und Darlehen bis hin zu Patentgeschäften dazu. Die Rechte von Investoren sollen fortan in den Bereichen Waren, Bodenschätze und Dienstleistungen erheblich ausgeweitet werden, ohne daß sie gleichzeitig in die Pflicht genommen werden.

Die Kernbereiche des Abkommens sind Investitionsschutz, Investitionsliberalisierung und Streitschlichtung. Es geht um rechtliche Absicherung von Investoren gegenüber den bestehenden Eingriffs- und Regulierungsmöglichkeiten von Staaten. Die staatlichen Handlungsspielräume werden drastisch beschränkt. Das Gebot des freien und gleichberechtigten Marktzugangs für alle Unternehmen schließt künftig die Möglichkeit aus, einheimische Unternehmen zu bevorzugen. Damit werden beispielsweise wirtschaftspolitische Ansätze, die eine Diversifizierung der Produktion fördern, behindert. Kleinere und mittlere Betriebe können nicht mehr vor einem ausländischen Konzern mit Investitionsabsichten geschützt werden. Auch staatliche Auflagen wie z.B. die Verpflichtung der Unternehmen zur Reinvestition eines Teils ihrer Gewinne im Lande, oder zur Einstellung einer Mindestzahl einheimischer Beschäftigter sind nicht mehr möglich. Auch die Bevorzugung von Unternehmen, die besonders umweltfreundlich produzieren, die in strukturschwachen Regionen investieren, die Frauen bei der Einstellung bevorzugen oder Arbeitsplätze für Behinderte oder Angehörige von Minderheiten bereitstellen sind untersagt. Statt dessen sollen die Staaten den uneingeschränkten Rücktransfer von Gewinnen garantieren, auch wenn dabei die Zahlungsbilanz hochverschuldeter Länder in Not gerät. Schutz vor Enteignung und die Klagemöglichkeit auf Schadensersatz werden ebenso international festgeschrieben. "Stand still-" und "roll back-" Klauseln besagen, daß noch bestehende Schutzgesetzgebungen nicht mehr ausgeweitet, sondern allmählich zurückgefahren werden müssen. Damit stehen die zahlreichen nationalen Sozial- und Umweltgesetzgebungen durch die Hintertür vor dem absehbaren Aus.

Die Krönung des Pariser Projekts ist jedoch ein neues Streitschlichtungsverfahren jenseits des bestehenden nationalen und internationalen Rechts. Kläger können Staaten und, das ist neu, Investoren sein, Beklagte können aber nur Staaten sein. Zum ersten Mal werden nicht nur de facto, sondern sogar de jure Investoren über Staaten gestellt. Eine gewählte - und damit letztlich demokratisch verantwortliche Regierung könnte von einem Unternehmen in dessen Interesse gezwungen werden, seine Gesetze zu ändern. Chiquita mußte immerhin noch die US-amerikanische Regierung gewinnen, um dann bei der WTO gegen die EU-Bananenmarktordnung vorzugehen (vgl. ila 210). Nach dem Inkrafttreten des MAI wäre das nicht mehr nötig. Umgekehrt hat ein Staat keine Möglichkeiten Unternehmen etwa wegen Lohndiskriminierung oder Umweltzerstörung zu belangen.

Hinter schalldichten Türen

Das MAI hat allerbreitesten Widerstand verdient. Aber erst in den letzten Monaten regt sich einiges innerhalb der Gewerkschafts-, Umwelt- und Entwicklungsszene, da bis Anfang 1997 so gut wie keine Zeile der Textvorlagen bekannt war. Hinter schalldichten Türen hatten Beamte aus den Wirtschaftsministerien schon seit September 1995 verhandelt, während selbst das Sozialministerium in der BRD nicht wußte, was die Kollegen vom Wirtschaftsministerium im Schilde führten.

Es sei wie Kaffeesatzlesen gewesen, beschrieb ein Vertreter des Europäischen Gewerkschaftsbundes die Szene, wenn die Mitglieder der TUAC, des beratenden Komitees der Gewerkschaften bei der OECD, vor den Türen des Verhandlungssaales wartend, aus den Gesichtern der herauseilenden Delegationsmitglieder zu erkennen versuchten, wer was in die Tagesordnung eingebracht hatte. US-amerikanische und kanadische Gruppen waren die ersten, die 1997 alarmierende Analysen des MAI-Entwurfs im Internet veröffentlichen. Seitdem vergrößern sich zwar die Netzwerke der Gegner des Abkommens, aber deren grundlegende Forderung nach Transparenz und öffentlicher Diskussion lief ins Leere.

Beschwichtigungen

Von gewerkschaftlicher Seite kommt mittlerweile die zentrale Forderung nach Aufnahme der Richtlinien für multinationale Unternehmen, einem schon 1977 bei der OECD ausgearbeiteten Verhaltenskodex, in das MAI. Diese Richtlinien haben allerdings bisher ein recht beschauliches Leben in Aktenordnern geführt. Wenn sie, wie einige Verhandlungsdelegationen signalisieren, als freiwillige Verpflichtung in den Anhang des Abkommens aufgenommen werden sollten, wird dies so bleiben. Allerdings hätten sie dann eine Zusatzfunktion: sie dienten sozialdemokratischen Regierungen als öffentliche Rechtfertigung, um dem MAI zuzustimmen. Denn die sozialen Auswirkungen des MAI sind kein Geheimnis: Betriebsübernahmen werden lokale Anbieter (und Arbeitgeber) in Bedrängnis bringen, sie führen zur Senkung von Löhnen und Gesundheitsstandards und mittels Rationalisierungsmaßnahmen werden Arbeitsplätze abgebaut. Das einzige Zugeständnis an die KritikerInnen wird möglicherweise der Hinweis in der Präambel auf die Erklärung des

Sozialgipfels in Kopenhagen und die Kernarbeitsrechte sein. Ansonsten aber soll die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) mit der Überwachung von deren Einhaltung beauftragt bleiben. Doch die ILO ist bekanntermaßen ein zahnloser Tiger, da sie über keine Sanktionsmöglichkeiten verfügt.

Auch wird von gewerkschaftsnaher Seite und von Umweltgruppen gefordert, Firmen zu verpflichten, die in ihren Hauptwerken verwendeten technologischen Standards auch in ihren Niederlassungen zu verwenden. Dort soll die Nutzung von ausrangierten gefährlichen Maschinen und Produktionsmethoden, die lediglich die Profite der Unternehmen erhöhen, verboten werden. Dies stößt allerdings noch auf taube Ohren. Genauso wie die Forderung, Enteignungen aus Gründen des Umweltschutzes zu ermöglichen.

Trotz heftiger Widerstände wird seit neuestem in den Verhandlungen um ein Umweltkapitel gerungen. Vor allem in Kanada hat das Abkommen öffentliche Wellen geschlagen. Die Regierung wurde in (Ver-)Handlungszwang gebracht. Die OECD ließ in den letzten Tagen verlauten, das Verhältnis des MAI zu bestehenden multilateralen Umweltabkommen sei unproblematisch. Dies ginge aus einer eigens erstellten Studie hervor. Sie reagierte damit auf Vorwürfe, in puncto Auswirkungen auf bestehende Gesetzgebungen und internationale Abkommen stochere sie in unverantwortlicher Weise im Nebel. Ob sich der Nebel lichten wird, zeigt sich erst, wenn die Studie tatsächlich in die Öffentlichkeit gedrungen ist.

Vermutlich wird eine Formel in das Abkommen aufgenommen werden, nach der das Absenken von Standards, mit dem Ziel Investoren anzuziehen, verboten wird. Es ist allerdings zweifelhaft, ob so ein probates Mittel ist, um freie Produktionszonen einzuschränken, gefunden wurde. Beamte in Brüssel sehen es beim jetzigen Stand der Verhandlungen auch nicht gewährleistet, daß Umwelt- wie auch Sozialgesetzgebungen weiterentwickelt werden dürfen. Denn die Erhöhung von Standards könnte als "vorweggenommene Enteignung von erwartbaren Gewinnen" betrachtet werden. Deswegen schlägt die EU die Einführung eines Artikels aus dem GATT-Abkommen vor, der Ausnahmen für umweltschädigende Produkte vorsieht. Dieser Artikel hat jedoch einen Pferdefuß: Umweltschädigung wird am Endprodukt festgemacht, nicht am Herstellungsverfahren!

Alles neu macht das MAI

Ist das MAI einmal unterzeichnet und den nationalen Parlamenten vorgelegt, wird der jetzige verhaltene Unmut wegen mangelnder Beteiligung schnell verfliegen. Auch Ende 1994 wiesen SozialdemokratInnen in Brüssel wütend jede Kritik an der Zustimmung zur WTO zurück. Erst müssen wir das Ding auf den Weg bringen, wurde geschnaubt, dann können wir kleinere Mängel immer noch beheben. Das ist auch die Position der EU-Kommission. Es habe bei der OECD-Tagung zum MAI schon nicht geklappt, heißt es in diesen Tagen in Brüssel, das dürfe sich jetzt nicht wiederholen, allein schon wegen "unserer Glaubwürdigkeit" (wem gegenüber?). Die Devise damals wie heute ist: Augen zu und durch.

Es ist zu befürchten, daß die USA, die EU und Japan mit den Ausnahmeregeln im Abkommen dafür sorgen, daß der Widerstand der Gewerkschaften und Sozialdemokraten kartenhausartig zusammenbricht.

Der Zug steht aber längst auf den Gleisen und droht in die falsche Richtung abzufahren. Die letzte Hürde auf dem Weg zum Abkommen könnten die USA sein. Sie besteht auf einer Ausnahmeregelung aus Gründen der "nationalen Sicherheit", die auch beim Helms-Burton-Gesetz über ein internationales Handelsverbot mit Kuba ins Feld geführt wird.

Selbst wenn die Nuß der nationalen Sicherheit bis Ende April nicht geknackt sein wird, ist ein MAI nur eine Frage der Zeit. Deswegen muß so schnell wie möglich eine öffentliche Debatte her. Auf außerparlamentarischer Ebene läuft sie in Deutschland allmählich an. Schon bald kann es zu spät sein. Regierungen, die nach der Ratifizierung aus dem MAI aussteigen wollen, können das erst nach fünf Jahren. Und dann gelten die Übergangsfristen weitere 15 Jahre.

Gaby Küppers

Die Autorin ist Redaktionsmitglied der ila. Der Artikel ist auch in der ila 212, vom 10. Februar 98 erschienen.

Aufruf zum Kongreß gegen das MAI

(Multilaterales Abkommen über Investitionen)

am 25. April 1998 in Bonn, Beginn 10.00 Uhr

(Auszug)

Das MAI soll im Mai '98 verabschiedet werden. Die Parlamente, die bisher nicht einmal über die Existenz des MAI informiert waren, müssen dann nur noch zustimmen. Danach werden die transnationalen Konzerne (TNC) viele neue, auch politsche Rechte, aber keine Pflichten mehr haben.

Wenn die Globalisierung und das MAI, wie geplant, institutionalisiert werden, dann besteht die Gefahr, daß auch in den OECD-Staaten Sonderwirtschaftszonen wie in der Dritten Welt entstehen, die keine Arbeits-, Menschenrechts- oder Umweltauflagen kennen. Auf diesem Weg können dann Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards nach unten egalisiert werden.

Weltweit erhebt sich Widerstand gegen diese "Charta für die Weltherrschaft der Konzerne". GewerkschaftlerInnen, Mitglieder politischer Organisationen, ArbeitnehmerInnen, Umwelt- und Dritte-Welt-Organisationen, Feministinnen, Studierende, WissenschaftlerInnen und Gewerkschaftsbünde wie z.B. die IÖD, der Weltdachverband der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes u.v.a. sagen: "Nein zum MAI" und fordern die Einstellung der Verhandlungen. Notwendig ist jetzt das Nein der Abgeordneten und der Bundesratsmehrheit.

Wir haben uns der internationalen Kampagne gegen das MAI angeschlossen. Die Zeit drängt! Daher rufen wir zum Kongreß gegen das MAI am 25. April auf. Wir fordern:

- die sofortige Veröffentlichung und Übersetzung des MAI-Vertragsentwurfs!

- Keine Unterzeichnung des MAI!

- Eine breite, öffentliche Debatte über das MAI und seine Folgen!

Wir sagen Nein zum MAI, dessen Ziel es ist, die ungehemmte Spekulation, die Plünderung der Natur und der Völker aller Kontinente im Interesse der TNCs sicherzustellen.

Keine Regierung hat das Recht, grundlegende Rechte der BürgerInnen und die Kontrolle über ihr Leben und ihre Umwelt den Konzernen auszuhändigen!

KOMITEE WIDERSTAND GEGEN DAS MAI

c/o Prof. Dr. Maria Mies, Blumenstr. 9, 50670 Köln, Tel: 0221/135249, Fax: 1391737

Dort kann ein Dossier mit Informationen zum MAI ist gegen DM 5,- in Briefmarken bestellt werden.

30. Die United-Legende. Fußball, Aktien und Sozialismus in Manchester

Autor: Dietrich Schulze- Marmeling · Rubrik: Großbritannien; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:26

Der ehemalige Arbeiterverein Manchester United gilt heute als weltweit reichster Fußballklub. Sein Ruhm und die Anhänglichkeit seiner Fans beruhen auf einer wohl selbst im Fußball einmaligen Mischung aus Romantik, Tragik und Triumph.

Am 6. Februar jährte sich zum vierzigsten Male das Flugzeugunglück von München, das den Aufstieg Manchester Uniteds zu einer europäischen Spitzenmannschaft jäh unterbrach. "Schöpfer" des Teams war der Schotte Matt Busby, einer von zwei Trainern, die in die erst kürzlich vom Fußballweltverband FIFA gegründete "Hall of Fame" aufgenommen wurden.

1945 verpflichtet United Busby als Manager, wie der im Vergleich zu seinen deutschen Kollegen an Kompetenzen reichere Trainer im britischen Fußball genannt wird. Busby stammt aus dem nur wenige Meilen von Glasgow entfernt gelegenen Bergarbeiterdorf Orbiston. Fußball besitzt in seiner Heimat Lanarkshire den Status einer Religion und ist die authentischste und populärste Ausdrucksweise der männlichen Arbeiterjugend.

Die Busbys sind Katholiken. Matts Mutter Nellie ist die Tochter eines katholischen Iren namens Jimmy Greer, den die Suche nach Arbeit in die schottische Bergbauregion getrieben hatte. Greer ist ein trinkfreudiger und rauflustiger irischer Republikaner, der nichts unversucht läßt, um die antikatholischen und antiirischen Vorurteile seiner protestantischen Mitbürger zu bestätigen. Nellie Busby und ihr Mann Alex fühlen sich indes einer Tendenz zugehörig, die auf Assimilation setzt und ihren Status als Bürger zweiter Klasse mittels Bildung zu bekämpfen sucht. Die Busbys verstehen sich als schottische Bürger katholischen Glaubens. Als die Krone 1914 zu den Waffen ruft, zieht auch Alex Busby in den Weltkrieg. Die schottischen Katholiken erhoffen sich von diesem demonstrativen Loyalitätsbeweis ihre Anerkennung als gleichwertige Bürger. J.S. Phillimore, einer der führenden Intellektuellen der katholischen Kirche, prognostiziert, daß die Erzählungen vom tapferen Einsatz katholischer Nonnen und Priester auf dem Schlachtfeld die Einstellung der schottischen Protestanten gegenüber den katholischen Immigranten radikal verändern würde.

1916 wird Alex Busby getötet, aber der Krieg bereitet der antikatholischen Diskriminierung kein Ende. Die wirtschaftliche Depression hat vielmehr zur Folge, daß die Konkurrenz von Protestanten und Katholiken um Arbeitsplätze weiter zunimmt. 1923 veröffentlicht die Generalversammlung der Church of Scotland ein Pamphlet mit dem Titel "Die Bedrohung der schottischen Nationalität durch die irische Rasse". In diesem heißt es u.a., daß lediglich Iren protestantischer Herkunft integrierbar seien. Über die katholischen Immigranten schreiben die Verfasser: "Sie können von der schottischen Rasse nicht assimiliert werden. Sie bleiben ein eigenes Volk, getrennt aus Gründen ihrer Rasse, ihrer Sitten. Sie werden Schottland allmählich und unvereinbar rassisch, sozial und kirchlich spalten."

Der junge Matt Busby steht vor der Alternative Bergbau oder Emigration in die USA. Dort leben bereits andere Familienmitglieder, seine Mutter befindet sich ebenfalls auf dem Sprung dorthin, und Matt selbst wartet nur noch auf sein Visum. Da ergibt sich plötzlich eine dritte Möglichkeit: Busby wird Profifußballer bei Manchester City.

Die Textilstadt, die sich um 1840 mit ihrer Baumwollfabrikation und dem Maschinenbau an die Spitze der industriellen Revolution stellte, erweist sich als perfekte Adresse für Busby. "Cottonpolis" ist ein "Schmelztiegel" mit kosmopolitaner Atmosphäre. Manchester ist Englands "unenglischste" Stadt. Bereits 1851 hatte ein Zensus der Städte Manchester und Salford ergeben, daß von den 400.000 Einwohnern nicht weniger als 220.000 anderswo geboren wurden. Die irischen, italienischen und jüdischen Communities - zur letzteren zählten einst auch die deutschen Philosophen Marx und Engels (Engels war Besitzer der höchst profitablen Winterbothams Mill in Salford) - beginnen ein einflußreiches Dreieck zu bilden. Manchester ist ihre Stadt. Bei allem Sektierertum, das zu dieser Zeit auch noch in Manchester herrscht, trennen die Stadt vom religiösen Fanatismus des schottischen Westens Welten.

Nach erfolgreichen Jahren mit Manchester City wechselt Busby vor dem Zweiten Weltkrieg zum FC Liverpool. Wie die meisten der Liverpooler Spieler nimmt er am Krieg teil. Nach seiner Rückkehr offeriert ihm der Klub an der Anfield Road einen neuen Spielervertrag sowie den Posten des Manager-Assistenten, doch Busby entscheidet sich für Manchester United. In seinen Jahren bei City ist ihm "Cottonpolis" ans Herz gewachsen; nur hier kann er seine Träume verwirklichen.

United in den 50ern:

Die "Busby Babes"

Busbys neuer Klub wurde 1878 von Arbeitern der im Stadtteil Newton Heath gelegenen Reparaturwerkstatt der Lancashire and Yorkshire Railway Company (LYR) gegründet. Als Busby seinen Job als United-Manager antritt, befindet sich der Klub in argen Schwierigkeiten. Old Trafford, die im ältesten Industriegebiet der Welt gelegene Arena, ist von deutschen Bomben weitgehend zerstört. Außerdem plagen den Klub immense Schulden - nicht zum ersten Mal. Sportlich spielt United in Manchester nur die zweite Geige, den Ton gibt Lokalrivale City an, für Uniteds Anhänger ein "Nobelklub". Doch Busby ficht dies alles nicht an. Im Gegenteil, es ist exakt die Herausforderung, die er gesucht hat.

United gilt als "katholischer" Klub, allerdings bei weitem nicht im gleichen Maße wie der Glasgower Fußballklub Celtic. Als der bis dahin unter Newton Heath LYR firmierende Klub 1902 seine Umbenennung beschließt, steht auch "Manchester Celtic" zur Debatte. Der Vorschlag wird jedoch abgelehnt, da man vermeiden will, daß der Klub mit "keltischen" Zusammenhängen assoziiert wird. Old Trafford befand sich ursprünglich im Besitz der De-Trafford-Familie. Die De Traffords waren die größten katholischen Landbesitzer im Raum Manchester und bemühten sich bereits vor der großen irisch-katholischen Einwanderung um den Zuzug irischer Ärzte, Rechtsanwälte und Priester. In Uniteds Heimat Collyhurst und Newton Heath leben viele irischstämmige Katholiken, einer ihrer Nachfahren ist der auch hierzulande unvergessene zahnlose "Terrier" Nobby Stiles, der 1966 als United-Spieler mit der englischen Mannschaft Weltmeister wird.

Der neue Mann beginnt die Jugendarbeit des Klubs zu reformieren. Busby etabliert ein System von "Scouts", das United nun zahlreiche Talente zuführt. Von 1953 bis 1957 gewinnt United ununterbrochen den Liga-Cup der Junioren.

1956 wird United sensationell Landesmeister. Die Punktzahl von 64 ist die höchste eines englischen Meisters seit 26 Jahren. Mit einem Durchschnittsalter von nur 21 Jahren ist das Team außerdem der jüngste englische Champion aller Zeiten. Die Experten sind sich einig, daß diesem Team eine große Zukunft beschert ist.

Die "Busby Babes", wie das Team nach seinem Lehrmeister und wegen seines jungen Alters getauft wird, zelebrieren einen riskanten, aber begeisternden Offensivfußball, der wie Balsam auf Englands geschundene Fußballseele wirkt. "Winning isn't everything", lautet Busbys Devise, die Leute im Stadion sollen auch unterhalten werden. Als Vorbild für sein "Dream Team" dient der ungarische Traumfußball von Ference Puskas und Co.

1957 gelingt die Titelverteidigung, und auch in der folgenden Saison befindet sich das Team auf Meisterschaftskurs. Aber des Managers Hauptaugenmerk gilt Europa. Sehr zum Unwillen der bornierten Liga-Funktionäre, die den Visionär und Modernisierer vom Kräftemessen mit den anderen europäischen Landesmeistern abhalten wollen. Sie betrachten den von einem französischen Journalisten und einem polnischen Spielervermittler ins Leben gerufenen Wettbewerb ausschließlich als Konkurrenzprojekt zu ihrer League, die schließlich die älteste und beste der Welt sei. Als der Europapokal 1955 angepfiffen wird, ist England nicht vertreten.

Dabei hatte sich die zunächst auch von der Football Association (FA) betriebene Politik der "splendid isolation" längst als Eigentor erwiesen. Der englische Fußball hatte international den Anschluß verloren. Erst 1950 hatte sich das Mutterland des modernen Soccer zu einer WM-Teilnahme herabgelassen. Die Expedition nach Brasilien endete mit einem Desaster. Selbst das Fußballentwicklungsland USA erwies sich für die einstige Führungsmacht als zu hohe Hürde. Doch unterstützt von Verbandspräsident Stanley Rous nimmt "ManU" in der Saison 1956/57 als erster englischer Vertreter am Europacup der Landesmeister teil und scheitert hier erst im Halbfinale an Titelverteidiger Real Madrid. 1957/58 unternimmt Busby einen zweiten Anlauf. Die "Babes" sind reifer geworden und gelten als einzig ernsthafter Herausforderer des spanischen Starensembles um

Puskas und di Stefano. Im Viertelfinale gewinnt United daheim gegen Roter Stern Belgrad zunächst mit 2:1. Wenige Tage vor dem Rückspiel ist das Londoner Highbury-Stadion die Bühne für eine typische United-Vorstellung: Gastgeber Arsenal wird mit 5:4 geschlagen.

Tragödie und Triumph

Am 5. Februar 1958 gelingt durch ein 3:3 bei Roter Stern Belgrad erneut die Qualifikation für das Halbfinale, doch nur einen Tag später zerschellt der Traum von einer großen europäischen Mannschaft. Nach einer Zwischenlandung auf dem in Nebel gehüllten Flughafen München-Riem rast die "Elizabethan" mit den "Busby Babes" an Bord in eine Böschung und geht in Flammen auf. 21 der 44 Passagiere werden getötet, darunter acht United-Spieler und Klub-Sekretär Walter Crickmer. Zwei weitere "Babes" werden so schwer verletzt, daß sie ihre Profi-Karriere beenden müssen. Busby selbst schwebt wochenlang in Lebensgefahr. Prominentestes Opfer ist der erst 21jährige Duncan Edwards. Das Mittelfeldgenie hatte bereits im zarten Alter von 18 in der Nationalelf debütiert und war damit Englands jüngster Nationalspieler. Bis zum Zeitpunkt seines Todes vertrat Edwards 18mal die Farben seines Landes. Die St. Francis Church seiner Heimatstadt Dudley widmet ihm ein Farbglasfenster, dessen Inschrift lautet: "God is with us for our Captain."

Nicht nur in England wird der Klub von einer ungeheuren Welle der Sympathie überrollt. Bei den United-Fans bewirkt das Unglück eine extreme Form von Anhänglichkeit. Wer zum Zeitpunkt von München United-Fan ist, bleibt dies sein Leben lang und gibt seine Loyalität wie ein Erbe seinen Nachkommen weiter. Nicht sportlicher Triumph, sondern eine Tragödie führen dem Klub viele neue Sympathisanten zu. Selbst für United-Fans, die zum Zeitpunkt des Unglücks noch in den Windeln stecken, wird München 1958 zum Kernstück ihrer Fan-Identität.

Als United 15 Tage nach dem Unglück erstmals wieder das Spielfeld betritt, haben die Fans ihre rot-weißen Schals mit einem Trauerflor drapiert. Der Klub modifiziert seine Farben zu Rot-Schwarz-Weiß, die Tragödie wird zum wichtigsten Bestandteil der Klub-Identität, aber auch der Vermarktung Uniteds.

Als der Vater der "Babes" zehn Wochen nach dem Unglück das Münchner Krankenhaus "Rechts der Isar" endlich verlassen darf, verspricht er der United-Familie den Aufbau einer neuen Mannschaft, die binnen zehn Jahren den Europacup holen soll. Busby plagen wohl auch Schuldgefühle. Schließlich waren es seine europäischen Ambitionen, die die "Babes" kreuz und quer durch Europa fliegen ließen. Neben der Installierung von Flutlicht und dem Fußballinteresse des Fernsehens war die Ausbreitung des zivilen Luftverkehrs die wichtigste Voraussetzung für den Europapokal gewesen.

Am 29. Mai 1968 ist es dann tatsächlich soweit. Mit Manchester United steht erstmals eine englische Mannschaft im Finale des europäischen Landesmeistercups. Austragungsort ist das Londoner Wembley Stadion, der Gegner heißt Benfica Lissabon. Mit Bobby Charlton und Bill Foulkes sind in Manchesters Formation zwei Überlebende von München dabei. Nach regulärer Spielzeit steht es 1:1, aber in der Verlängerung gehen die Portugiesen im Angriffswirbel der wieder einmal bedingungslos offensiv ausgerichteten "Red Devils" völlig unter. Nach 120 Minuten heißt es 4:1 für United. Zweifacher Torschütze ist Bobby Charlton, die anderen beiden Treffer erzielen des Fußballs erster Popstar George Best und der junge Brian Kidd, heute Co-Trainer bei United. George Best: "Wir waren verwegen, extravagant, gefährlich und unberechenbar. Wir sprachen niemals darüber, wie wir zu spielen hätten. Wir spielten einfach." Nicht ein Londoner Team, sondern Best und Co. werden zu fußballerischen Repräsentanten der "swinging sixties" und im Ausland zum Synonym für britischen Fußball schlechthin.

Anschließend verschwindet United für viele Jahre in der Versenkung. 1969 wird "ManU" in der Meisterschaft nur Elfter, 1974 erfolgt gar der Absturz in die Zweitklassigkeit. Nur beim Zuschauerzuspruch bleibt man unverändert Nummer eins. Das Ziel unmittelbar vor Augen, galt Busbys gesamte Konzentration seit Mitte der 60er der Erklimmung des Mount Everest, wie er den Europacup nannte. Die weitsichtige Personalpolitik, für die sein Name einst stand und deren letztes prominentes Resultat George Best gewesen war, wurde darüber geopfert. Erst unter einem anderen Schotten, Alex Ferguson, gelingt es dem Klub wieder, an seine alten Erfolge anzuknüpfen. 1993 wird "ManU" erstmals seit 1967 wieder englischer Meister. Bis 1997 folgen drei weitere Meistertitel. Auch in der laufenden Saison führt United die Premier League an.

Football Business

und Sozialismus

Heute ist United nicht nur sportlich wieder obenauf, sondern auch die einzig wirklich funktionierende Fußball-AG. Der Kurs der "ManU"-Aktie stieg seit ihrer Emission im Juni 1991 um 1270 Prozent. Zwar besitzt Klub-Boss Martin Edwards aktuell weniger als 15 Prozent der "ManU"-Anteile, aber deren Wert wird auf 64 Mio. Pfund geschätzt. Durch den Verkauf eines Teils ihres Pakets konnte die Edwards-Familie seit 1995 28 Mio. Pfund einstreichen. Martins Vater "Champagne Louis", der nach dem Unglück von München zum Klub-Direktor aufstieg, hatte die Anteile einst für den aus heutiger Sicht lächerlichen Betrag von 800.000 Pfund erworben.

Kommt das Vereins-TV, wird United mit seiner riesigen und weit verstreuten Anhängerschaft zu den wenigen gehören, die sich davon tatsächlich etwas versprechen können. "ManU" mobilisiert nämlich nicht nur in England, sondern auch im katholischen Irland. Die Eroberung des kleinen Nachbarn hatte bereits unter dem Dublin-Fan Busby begonnen, der die irische Insel in seine Nachwuchspolitik integrierte. Drei "Busby Babes", Liam Whelan (Dublin), Keeper Harry Gregg (Magherafelt/Nordirland) und Jackie Blanchflower (Belfast), waren Iren. Whelan kam in München ums Leben. Blanchflower und Gregg überlebten das Unglück, aber nur Gregg konnte seine Karriere fortsetzen.

Der englische und europäische Branchenführer mag heute ein geldgieriges Unternehmen sein, doch nicht von ungefähr garantiert im sportlichen Bereich mit Alex Ferguson ein überzeugter Sozialist und Labour-Supporter für den Erfolg. Auch Busby verstand sich als Sozialist, wenngleich er mit seinen politischen Anschauungen - im Gegensatz zu seinem Landsmann, Zeitgenossen und Kollegen Bill Shankly (FC Liverpool) - kaum an die Öffentlichkeit trat. Manchesters Fußball war schon frühzeitig kommerziell orientiert, so wie die Stadt selbst nie nur Arbeitermetropole war, sondern auch stets über einen "ziemlich ausgedehnten kommerziellen Bezirk" (Engels) verfügte, aber die höchst interessante Mischung von Kommerzdenken in der Klubverwaltung mit Sozialismus sowie schottischer Arbeitsethik in der Team-Führung scheint seit den Tagen Busbys das ideale Rezept zu sein, um den geschäftlichen und sportlichen Erfolg zu organisieren.

Anders als Busby ist Ferguson Protestant. "Fergie" wuchs als Sohn eines Werftarbeiters im Glasgower Govan-Bezirk auf, einer Hochburg der Rangers-Anhängerschaft, zu der sich auch der junge Ferguson bekannte. Aber wie Busby und die beiden anderen schottischen Trainerlegenden Shankly (Liverpool/Protestant) und Jock Stein (Celtic Glasgow/Protestant) blieb Ferguson gegenüber dem religiösen Sektierertum des schottischen Westens stets bemerkenswert immun.

Ferguson erlernte den Beruf des Werkzeugmachers und war in seinen jungen Jahren gewerkschaftlicher Vertrauensmann. Seine sozialen Wurzeln hat er bis heute nicht vergessen: In den 80ern ließ er den streikenden Bergarbeitern finanzielle Unterstützung zukommen. Seit Jahren ist er in der Govan Initiative engagiert, die sich um die Regeneration eines Bezirks bemüht, der durch die Schließung von Werften und anderen Fabriken hart getroffen wurde.

In der heutigen Fußballandschaft wirkt Fergusons "working-class-Reputation" wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten. Während "ManU"-Boss Martin Edwards, im übrigen ein Rugby-Fan, den Fußball vornehmlich als lukrative Freizeit- und Unterhaltungsindustrie begreift, steht der Name Ferguson für die traditionellen und sozialen Werte des Fußballs. Ferguson verkörpert einen völlig anderen Fußballethos als Edwards und Co., und so halten sich die United-Direktoren bezüglich seines Wunsches, nach dem Ende der Manager-Karriere einer von ihnen zu werden, äußerst bedeckt.

Für "Fergie" bleibt der Fußball in erster Linie ein Sport. Aber ohne das Fossil Ferguson würde das Unternehmen "ManU" nur halb so gut funktionieren. Wie Busby pflegt Ferguson den Community-Gedanken und schlägt damit die Brücke zur United-Vergangenheit, die für die Fans wie das Merchandising so wichtig ist: United ist seine Familie, Old Trafford sein trautes Heim, die Spieler sind seine Söhne und die Klubangestellten Kollegen. Jungnationalspieler David Beckham, einer seiner Lieblingsschüler, ist zwar der Lebensgefährte eines "Spice Girls", aber Uniteds Jungstars sind deshalb noch lange keine "Spice Boys". Und wie Matt Busby widmet Ferguson der Nachwuchspolitik allergrößte Aufmerksamkeit - mit durchschlagendem Erfolg: Kein Bundesligist kann so viele Eigengewächse in seinen Reihen auflisten wie der reichste Klub der Welt. Der AG-Charakter und die Profitinteressen einiger Vorstandsherren verlangen dies allerdings auch. Schließlich sollen am Ende eines Geschäftsjahres nicht nur Umsätze, sondern reale Gewinne zu Buche stehen. Kaum

vorstellbar, aber wahr: Der Wechsel von Markus Babbel (FC Bayern) zu Manchester United scheiterte im Sommer 1997 an dessen Gehaltsforderungen.

Dietrich Schulze-Marmeling

Dietrich Schulze-Marmeling arbeitet z.Zt. an einer Biographie der Trainerlegenden Matt Busby und Bill Shankly, die unter dem Titel "Mehr als nur ein Spiel" 1999 im Verlag Die Werkstatt (Göttingen) erscheinen soll.

31. Brecht und Gramsci. Kampf gegen den Ökonomismus und Wiedergewinnung der Dialektik

Kampf gegen Ökonomismus und Wiedergewinnung der Dialektik

Autor: Sabine Kebir · Rubrik: Theorie; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:10

In den politisch-philosophischen Werken Bertolt Brechts und Antonio Gramscis finden sich erstaunliche Übereinstimmungen, die teilweise bis in die Formulierungen gehen. Den folgenden Beitrag entnahmen wir Sabine Kebirs Buch "Gramscis Zivilgesellschaft" (VSA-Verlag, Hamburg 1991). Die Zwischenüberschriften wurden von der ak-Redaktion eingefügt. Wir danken Autorin und Verlag für die Genehmigung zum Abdruck.

Ich habe gehört: daß die Elenden die Herren von morgen sind

Das sei das Natürliche. Ein Blick genüge

Es zu sehen. Das

Kann ich nicht finden. (1)

Bertolt Brecht 1939

Zwischen Brechts politischen und philosophischen Aufzeichnungen der späten zwanziger und dreißiger Jahre und Gramscis, etwa in demselben Zeitraum im Gefängnis entstandenen Schriften, aber auch in den von beiden vertretenen kulturpolitischen und ästhetischen Positionen, finden sich frappierende Übereinstimmungen. Bei der Annäherung von Brecht und Gramsci muß freilich betont werden, daß Brecht in erster Linie Künstler und Gramsci Politiker war, was sich sowohl quantitativ als auch hinsichtlich der Kohärenz ihrer jeweiligen Reflexionen auf beiden Gebieten bemerkbar macht. Beide waren sich jedoch der Notwendigkeit der kulturellen Versinnlichung der Politik und der Politisierung der Kultur bewußt und versuchten - jeder vorrangig auf seinem Gebiet - diese in der Arbeiterbewegung damals kaum beginnenden Prozesse in Gang zu bringen. Damals standen sie jenseits des vulgärmaterialistischen Ökonomismus der II. Internationale, aber auch desjenigen der jungen, postrevolutionären Sowjetunion, der noch manche Schatten auf Popularisierungsversuche des Marxismus warf und wirft.

Über Lenin zum Marxismus

Obwohl sich Gramsci und Brecht nicht kannten, sind die zum Teil bis in die Formulierungen reichenden Übereinstimmungen in ihrem politisch-philosophischen Denken keinesfalls als zufällig zu bezeichnen. Es handelt sich vielmehr um Erkenntnisse, die in ähnlichen historischen Situationen gewonnen wurden, und zwar im Verlauf von Niederlagen der italienischen und der deutschen Arbeiterklasse, einmal in den revolutionären Nachkriegsstürmen von 1920, die in Italien schon 1922 mit der Machtübernahme des Faschismus endeten, und zum anderen im Zusammenhang mit der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus.

Die von beiden entwickelten taktischen und strategischen Positionen hätten für die Arbeiterbewegung in der damaligen Zeit effiziente Möglichkeiten der Neuformierung ihrer Kräfte bedeuten können. Da jedoch weder der Künstler Brecht noch der Gefangene Gramsci Einfluß auf die zurückgebliebenen Konzeptionen der KPD und des PCI bzw. auch der Komintern nehmen konnten, handelt es sich freilich um theoretische Positionen. Wenn sie heute als besonders fortgeschritten erscheinen, wäre es jedoch falsch, sie generell gegen die zeitgenössischen Konzeptionen der Arbeiterbewegung auszuspielen, die den im übrigen zweifelhaften Vorteil des Reflektierens am grünen Tisch nicht hatte, sondern tagtäglich zum Reagieren und Handeln gezwungen war.

Es ist eine weitere Gemeinsamkeit von Brecht und Gramsci, daß sie sich im Gegensatz zu vielen anderen marxistischen Intellektuellen trotz ihrer kritischen Haltung doch immer als der Arbeiterbewegung zugehörig angesehen und verhalten haben. Sie wollten sich jedenfalls die Möglichkeit nicht vergeben, in jenen kollektiven Lernprozeß einzugreifen, als der der Marxismus in der Arbeiterbewegung fortlebt, und zwar als kompliziertes Wechselspiel zwischen der wissenschaftlichen Qualität seiner Begründer und den historisch bedingten beschränkten Aneignungsmöglichkeiten durch die Bewegung selbst. Die Schwierigkeit dieses

Aneignungsprozesses liegt einmal in der mangelnden theoretischen Ausbildung der Menschen, zum anderen aber auch in der Tatsache, daß sich der Aneignungsprozeß in immer neuen historischen Umfeldern vollziehen muß.

Gegen den Ökonomismus der II. Internationale

Der Weg, auf dem Gramsci und Brecht zum Marxismus kamen, hat charakteristische Ähnlichkeit. Der mechanisch-ökonomistische "Marxismus", den die II. Internationale mit sich schleppte, übte weder Anziehungskraft auf den jungen Gramsci noch auf den jungen Brecht aus. Es ist sicher kein Zufall daß beide über Lenin und die "praktische" Erfahrung der Oktoberrevolution zum Marxismus kamen. Gramsci hatte zwar schon als Student Marx "aus intellektueller Neugier" studiert, nach eigenem Zeugnis aber erst "begriffen, was die Dinge wirklich bedeuten", als er die "Arbeiterklasse einer Industriestadt (Turin; Anm. S.K.) kennengelernt" hatte. (3)

In Ablehnung der vermeintlich "marxistischen" opportunistischen Politik der II. Internationale hatte er im Januar 1918 die Oktoberrevolution als Revolution gegen das Kapital gefeiert. Und damit war das Kapital von Marx gemeint, das er verdächtigte, eher als Lehrbuch der russischen Kapitalisten für den reibungsarmen Aufbau des Kapitalismus zu dienen als ein Lehrbuch der Proletarier für die Revolution zu sein. Das Verdienst Lenins und der Bolschewiki sei es jedoch, den angeblich von Marx' Kapital vorgeschriebenen "ehernen Gang der Geschichte" durchbrochen zu haben. Dem Kapital wird freilich attestiert, daß es neben "positivistischen und naturalistischen Verkrustungen" doch auch einen "belebenden Geist" habe, daß die starren "Schemen ... des historischen Materialismus" eher ein Werk der "Marxisten" seien, die aus der Theorie des "Meisters" eine "äußerliche Doktrin mit dogmatischen, undiskutablen Behauptungen" gemacht hätten. (4)

Die Kluft zwischen Marx und Marxisten definiert Gramsci wenige Tage später bereits genauer. In Italien war es vor allem Claudio Treves, der "die Doktrin von Marx auf ein äußerliches Schema reduziert hat, auf ein Naturgesetz, das sich auf fatale Weise außerhalb ihrer assoziativen Aktivität verwirklicht ... " So sei die Doktrin von Marx zur Grundlage des Opportunismus in der Arbeiterbewegung geworden, zur "Doktrin der Trägheit des Proletariats". Die neue, seine Generation wolle jedoch zur "genuinen Doktrin von Marx zurückkehren, für die der Mensch und die Realität, das Arbeitsinstrument und der Wille nicht auseinandergerissen sind, sondern sich im historischen Akt identifizieren".

Freilich bekräftigt er immer noch, daß die "Kanons des historischen Materialismus" vor allem ein Instrument zum Studium der Vergangenheit seien und keine direkten Lehren mehr für die Gegenwart enthielten. Der Krieg habe die Bedingungen des "normalen historischen Milieus" so verwandelt, daß dem "sozialen kollektiven Willen der Menschen eine neue Bedeutung" zugewachsen sei, die er "normalerweise nicht hatte". Hier deutet sich bereits die Bedeutung der zivilen Gesellschaft in den modernen Gesellschaften an. Gramsci unterläßt es jedoch nicht darauf hinzuweisen, daß diese neuen Bedingungen "auch ökonomische Fakten" enthalten, die den Produktionssystemen einen Charakter gegeben haben, den sie früher nicht hatten: "Die Erziehung des Proletariats hat sich ihnen notwendigerweise angepaßt und in Rußland zur Diktatur geführt." (5)

Während Gramsci in den oben zitierten Artikeln Marx seine Bande zum deutschen Idealismus gewissermaßen noch zugute hält, stößt er wenige Wochen später, anläßlich von dessen 100. Geburtstag, endlich zum authentischen Marx vor. Er grenzt ihn nicht nur vom vulgärmaterialistischen Positivismus ab, sondern auch vom Idealismus, den Gramsci selbst damit endgültig kritisch überwindet. Dort war "die Geschichte ... nur Herrschaft der Ideen. Der Mensch wurde als Geist angesehen, als reines Bewußtsein. Zwei irrtümliche Konsequenzen entsprangen dieser Konzeption: die Ideen, denen man Wert zumaß, waren oft nur willkürlich, künstlich. Die Fakten, denen man Bedeutung gab, waren anekdotisch, keine Geschichte ... Mit Marx bleibt die Geschichte Herrschaft der Ideen, des Geistes, der bewußten Aktivität von einzelnen oder assoziierten Individuen. Aber die Ideen, der Geist bekommen Substanz, verlieren ihre Willkürlichkeit, sind nicht mehr künstliche oder soziologische Abstraktionen. Ihre Substanz liegt in der Ökonomie, in der praktischen Aktivität, in den Systemen und Beziehungen der Produktion und des Handels ... Eine Idee realisiert sich nicht, insoweit sie logisch der reinen Wahrheit entspricht ... sondern insoweit sie in der ökonomischen Realität ihre Rechtfertigung findet ... " (6)

Hinsichtlich der Entwicklung des um sieben Jahre jüngeren Brecht muß gesagt sein, daß sie nicht über eine idealistische Schulung erfolgte. Daß es ihm jedoch äußerst wichtig war, sich einen noch freien Grabplatz

gegenüber Hegel auf dem Berliner Dorotheenstädtischen Friedhof zu sichern (7), dürfte das weitverbreitete Vorurteil vom strammen Materialisten Brecht etwas relativieren. Er leistete sich Mitte der zwanziger Jahre auch einmal den Ausspruch: "Der Idealismus ist doch von uns nur deshalb zu bekämpfen, weil er der Umgestaltung der menschlichen Verhältnisse, die unerträglich geworden sind, im Wege steht. Täte er es nicht, so wäre alles, was gegen ihn gesagt werden könnte, ein Gewäsch." (8)

Für die zwanziger Jahre weist Hanns Eisler einen "ungeheuren Einfluß" Lenins auf Brecht nach, "der vielleicht der beste Schüler von Marx war, der aber den Vorteil hatte - für Brecht - daß er Marx wieder durch die Brille Hegels las, was die Reformisten - wie Bernstein, Kautsky - selbst der große Franz Mehring, den wir doch sehr bewundern, nicht getan haben. Dadurch bekam der Marxismus bei Lenin etwas neu Pulsierendes, Dialektisches, Bewegliches, Widerspruchsvolles - was Brecht, das weiß ich aus meiner Jugendzeit, ungeheuer angeregt hat. " (9)

Erst 1928, im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Stückes über die Weizenbörse von Chicago - das dann nicht vollendet wurde - gelangte Brecht zum systematischen Marxstudium. (10) "Niemand, weder einige bekannte Wirtschaftsschriftsteller, noch Geschäftsleute - einem Makler, der an der Chicagoer Börse sein Leben lang gearbeitet hatte, reiste ich von Berlin nach Wien nach - niemand konnte mir die Vorgänge der Weizenbörse hinreichend erklären... Das geplante Drama wurde nicht geschrieben. Statt dessen begann ich Marx zu lesen... Jetzt erst wurden meine eigenen zerstreuten praktischen Erfahrungen und Eindrücke richtig lebendig..." (11)

Gegen den mechanischen Determinismus

Sowohl für Gramscis als auch für Brechts Werk sind die Marxschen Feuerbachthesen konstitutiv gewesen. Die Rückgewinnung und Weiterführung der von Marx mit den Feuerbachthesen begründeten Positionen, die in der II. Internationale verlorengegangen waren, sah Gramsci als permanente theoretische Aufgabe der Arbeiterbewegung an. Brecht hatte nichts anderes im Sinn, wenn er in den Flüchtlingsgesprächen Ziffel zu Kalle sagen läßt: "Eine halbwegs komplette Kenntnis des Marxismus kostet heut ... zwanzigtausend bis fünfundzwanzigtausend Goldmark und das ist dann ohne die Schikanen. Drunter kriegen sie nichts Richtiges, höchstens so einen minderwertigen Marxismus ohne Hegel oder einen, wo der Ricardo fehlt." (12)

Daß mechanisch-materialistische Positionen auch nach dem Zusammenbruch der II. Internationale noch fortlebten - u.a. in dem von Gramsci kritisierten Gemeinverständlichen Lehrbuch der marxistischen Soziologie von Nikolai Bucharin - geht auch aus Brechts Me-ti, der in den dreißiger Jahren entstand, hervor. Dort wird u.a. auch gegen die in der Arbeiterbewegung immer noch verbreitete Idee der Identifikation des sozialen Fortschritts mit dem Naturprogreß polemisiert, ein Text, der an Gramscis frühere Polemiken gegen den "ehernen Gang der Geschichte" gemahnt. "Auf Grund der ‚Großen Methode`, welche die Meister Hüh-jeh und Ka-meh (Hegel und Marx; Anm. S.K.) gelehrt haben, wird zuviel dahergeredet von der Vergänglichkeit aller Dinge, sagte Me-ti seufzend. Viele halten das schon für sehr umstürzend. Sie drohen den Herrschenden mit dieser Vergänglichkeit. Aber das heißt die ‚Große Methode` schlecht angewendet. Sie verlangt, daß man davon spricht, wie gewisse Dinge zum Vergehen gebracht werden können." (13)

Das mechanisch-materialistische Denken bei Führern der Arbeiterbewegung führt in Gramscis Augen zum Opportunismus, wird "Ursache der Passivität, der dummen Selbstgenügsamkeit". Das historische Ziel des Marxismus, die aktive Einbeziehung der Volksmassen in den Geschichtsprozeß kann auf dieser Basis nicht erreicht werden. Gramscis praktische Verwurzelung in der Arbeiterbewegung ließ ihn jedoch eine Differenzierung hinsichtlich mechanisch-materialistischer Positionen im Volk selber treffen. Er hielt ihr Auftauchen in frühen Phasen des Klassenkampfes oder nach Niederlagen zumindest für verständlich: "Wenn man die Kampfesinitiative nicht besitzt, wenn der Kampf zu einer Reihe von Niederlagen wird, wird der mechanische Determinismus zu einer ungeheuren Kraft des moralischen Widerstands, des Zusammenhalts, des hartnäckigen und geduldigen Durchhaltevermögens. ‚Ich bin zwar momentan besiegt, aber die Macht der Dinge arbeitet auf die lange Zeit für mich usw.`. Der reale Wille maskiert sich als Vertrauen auf eine gewisse Rationalität der Geschichte." (14)

An anderer Stelle bemerkt Gramsci: "Über die geschichtliche Funktion der fatalistischen Auffassung, die aus der Philosophie der Praxis (dem Marxismus; Anm. ak) hervorgegangen ist, könnte man ihr eine Totenrede halten, wobei ihre Nützlichkeit für einen gewissen Geschichtsabschnitt verteidigt werden darf, aber gerade

deswegen die Notwendigkeit betont werden muß, daß sie nun mit allen angebrachten Ehren zu begraben ist." (15)

Auch Brecht sah diesen Aspekt des vulgärmaterialistischen Denkens, das in Zeiten der Niederlagen zum ideologischen Rettungsanker der einfachen Leute werden kann. In seinem Stück Schwejk im 2. Weltkrieg zeigt er, wie ein mechanisch-materialistisch ausgerichteter ‚gesunder Menschenverstand` nicht nur der faschistischen Ideologie entrinnen, sondern sogar ein beträchtliches Maß an historischem Optimismus aufbringen kann, der wiederum zur Aufrechterhaltung der gefährdeten humanistischen Normen menschlichen Zusammenlebens beiträgt. Dafür ist nicht nur Schwejk selbst ein Symbol, sondern auch die Wirtin zum Kelch mit ihrem Lied von der Moldau

Am Grunde der Moldau wandern die Steine

Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.

Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.

Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Es wechseln die Zeiten: die riesigen Pläne

Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.

Und gehn sie einher auch wie blutige Hähne

Es wechseln die Zeiten, da hilft kein

Gewalt. (16)

So sympathisch Brecht in diesem Falle den mechanistischen Geschichtsoptimismus auch schildert, er ist sich seiner gefährlichen Ambivalenz klar: Er dient nur dem Überwintern, nicht aber dem Erringen von historischer Überlegenheit. Und er geht nur allzuleicht einher mit jener gefährlichen ‚Gläubigkeit`, die durch Wissenschaftlichkeit ersetzt werden muß, wenn die Welt der Arbeit über die des Kapitals tatsächlich siegen soll. Brecht notiert 1938: "Die Gläubigkeit der proletarischen Klasse in ihren Endsieg gefällt mir sehr. Ihre damit eng verbundene Gläubigkeit an so manches andere, was man ihnen sagt, beunruhigt mich allerdings." (17)

Für Gramsci ist der fatalistische Geschichtsoptimismus eng mit den Vorstellungen von ‚Regelmäßigkeit`, ‚Gesetz` und ‚Automatismus` in der politischen Ökonomie verbunden. "Es handelt sich nicht darum, ein metaphysisches Gesetz des ‚Determinismus` zu ‚entdecken` und auch nicht darum, ein ‚allgemeines` Gesetz der Kausalität festzulegen. Es handelt sich darum aufzudecken, wie sich in der historischen Entwicklung relativ ‚permanente` Kräfte entwickeln, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit und einem Automatismus wirken. Auch das Gesetz der großen Zahl, wenngleich es als vergleichender Parameter sehr nützlich ist, kann nicht als ‚Gesetz` der historischen Fakten angenommen werden." (18)

Die im vulgärmaterialistischen Marxismus immer wieder vollzogene Identifizierung von Naturgesetzen und gesellschaftlichen Gesetzen muß bekämpft werden. Hier sieht Gramsci einen über das Wertkonzept hinausgehenden "philosophischen" Einfluß Ricardos auf die "Begründer des Marxismus", der jedoch im Gegensatz zu Kautsky und Bucharin formal war, d.h. auf die Terminologie beschränkt blieb.

Die Dialektik aus der Wirklichkeit ableiten!

Gramsci und Brecht warnten also mit Nachdruck vor einer Identifizierung der Wirkungsweise der dialektischen Gesetzlichkeit in Natur und Gesellschaft, wiewohl sie jedoch die Dialektik selbst als gemeinsames Grundgesetz von Natur und Gesellschaft anerkannten. Eben deshalb kann die Dialektik auch nicht bloß als philosophisches Prinzip erklärt werden, sondern die Aufgabe besteht darin, sie direkt aus der Realität heraus zu rekonstruieren. Brecht schreibt in seinem Arbeitsjournal: "Es ist hohe Zeit, daß die Dialektik aus der Wirklichkeit abgeleitet wird, anstatt daß man sie aus der Geistesgeschichte ableitet und aus der Wirklichkeit nur Beispiele für ihre Gesetze auswählt." (20)

Gramsci verteidigt die Rekonstruktion der Dialektik aus der Wirklichkeit von Gesellschaft und Natur gegenüber Benedetto Croce, Nikolai Bucharin und Georg Lukàcs. Den Neuhegelianer Croce, der Hegels Dialektik der Widersprüche auf eine "Dialektik der Unterscheidungen" reduziert hatte, beschuldigte Gramsci, das potentiell

revolutionäre Prinzip in ein idealistisches Kategorienreservoir verwandelt zu haben, das nichts mehr mit der Wirklichkeit zu tun habe. (21) Bucharin wirft er vor, in seinem Gemeinverständlichen Lehrbuch die Dialektik auf ein vulgärmaterialistisches System der "Konzepte und empirischen Klassifikationen" reduziert zu haben. (22) Lukàcs wiederum verdächtigt er, in der "Reaktion auf die barocken Theorien des Gemeinverständlichen Lehrbuchs (23) in den entgegengesetzten Fehler, in eine Form von Idealismus zu verfallen." Es schien Gramsci, daß Lukàcs womöglich "von Dialektik nur für die Geschichte der Menschheit spricht, nicht für die Natur ... Er irrt, wenn er einen Dualismus zwischen Natur und Menschen voraussetzt, weil er dann in ein Konzept der Natur verfällt, das der Religion, der griechisch-christlichen Philosophie und dem Idealismus eigen ist". (24)

In ebenfalls sehr ähnlicher Form warnten Brecht und Gramsci vor dem mechanischen Gebrauch der sogenannten Grundfrage der Philosophie, vor einer vulgärmaterialistischen Hypertrophierung (übermäßigen Vergrößerung; Anm. ak) des Objekts gegenüber dem Subjekt. Brecht ließ sich sogar zu der Formulierung hinreißen: "Die Dinge sind für sich nicht erkennbar, weil sie für sich auch nicht existieren können." (25) Oder: "Sollten wir nicht einfach sagen, daß wir nichts erkennen können, was wir nicht verändern können, noch das, was uns nicht verändert?" Das Kantsche "Ding an sich" wird von Brecht historisiert, es werde "erkennbarer, indem eben seine wahrnehmbaren, da veränderlichen Punkte das Ding (an sich) ihrerseits verändern können". (26)

In demselben Ton polemisiert Gramsci: "Ohne die Aktivität des Menschen, die alle Werte schafft... was wäre die Objektivität? Ein Chaos, d.h. nichts, das Leere. Für die Philosophie der Praxis kann das Sein nicht vom Denken, der Mensch nicht von der Natur, die Aktivität nicht von der Materie, das Subjekt nicht vom Objekt gelöst werden ... " (27)

Solche Formulierungen sind von der Gramsciforschung teilweise als Abgleiten in den Idealismus gedeutet worden. Bei Brecht hingegen, dessen materialistische Grundhaltung nicht in Frage gestellt wird, wurden solche Texte bislang übersehen. Isoliert gestellt, sind das tatsächlich keine sehr glücklichen Formulierungen. Nur die integrale Lektüre beider Autoren kann letztlich zeigen, daß es sich hier um gezielte Polemiken gegen den Vulgärmaterialismus handelt, nicht um ein systematisches Ausschlagen zum Idealismus hin. Wir kennen auch Texte, in denen Gramsci die Priorität der Materie als naturwissenschaftliche Tatsache keineswegs in Frage gestellt hat.

In philosophischen Zusammenhängen dürfe diese Tatsache jedoch nicht als permanente Überlegenheit des Objekts gegenüber dem Subjekt ausgelegt werden, wenn dieser Philosophie nicht jede historische Aktivität abhanden gehen soll. Gramsci erklärt am Beispiel der Elektrizität: "Die Elektrizität ist historisch aktiv, aber nicht als reine Naturkraft (z.B. als elektrische Entladung, die Brände erzeugt), sondern als vom Menschen beherrschtes Produktionsinstrument... Als abstrakte Naturkraft existierte die Elektrizität auch vor ihrer Verwandlung zur Produktivkraft, aber sie wirkte nicht in der Geschichte." (28) Gramsci polemisierte auch gegen die damals bei einem Teil der Quantenphysiker verbreitete idealistische Auffassung, daß einige ihrer Resultate nicht objektiv seien, sondern von der individuellen Versuchsmethode abhängig, gewissermaßen Schöpfungen des Forschers. Für Gramsci war diese Auffassung absurd. In seinen Augen konnte es sich nur um zeitweises Ungenügen der Forschungsmethoden handeln, die noch nicht präzis genug waren, um Ergebnisse eines Labors jederzeit in einem anderen Labor zu wiederholen. (29)

Brecht ließ seinen Me-ti zu demselben Problem meditieren: "Eben jetzt stellt die Physik fest, daß die kleinsten Körper unberechenbar sind; ihre Bewegungen sind nicht vorauszusagen. Sie erscheinen wie Individuen, mit eigenem freien Willen begabt... Ihre Bewegungen sind nur deshalb schwer oder nicht vorauszusagen, weil für uns zu viele Determinierungen bestehen, nicht etwa gar keine." (30)

Die historische Aktivität der Überbauten

Eine abstrakte Definition der Dialektik versperrt in Gramscis Augen die Möglichkeit, die tatsächlichen Widersprüche des historischen Prozesses zu formulieren, deren Kenntnis für den Kampf der ausgebeuteten Klassen jedoch unabdingbar ist. Der dialektische Marxismus sollte für Gramsci "die Theorie dieser Widersprüche" sein und insofern "kein Regierungsinstrument der herrschenden Gruppen, um den Konsens zu haben und die Hegemonie über subalterne Klassen auszuüben, er ist Ausdruck dieser subalternen Klassen,

die sich selbst in der Regierungskunst ausbilden wollen und ein Interesse daran haben, alle Wahrheiten zu erkennen, auch die unangenehmen..." (31)

In demselben Sinn kennzeichnet Brecht auch die Dialektik als "eingreifendes Denken", als "jene Einteilung, Anordnung, Betrachtungsweise der Welt, die durch Aufzeigung ihrer umwälzenden Widersprüche das Eingreifen ermöglicht." (32) Genau diese materielle Verankerung des eingreifenden Denkens finden wir bereits beim jungen Gramsci. Ich zitiere einen Text, der Louis Althussers Theorie der ideologischen Staatsapparate vorwegnimmt, (33) und zugleich dessen Anschuldigung widerlegt, daß Gramsci keine Geschichtstheorie gelten lassen wollte: "Die Institutionen, in deren Entwicklung und in deren Aktivität sich die Geschichte verkörpert, sind entstanden und halten sich, weil sie eine Aufgabe und eine zu verwirklichende Mission haben. Bestimmte objektive Produktionsbedingungen der materiellen Güter und des geistigen Bewußtseins der Menschen sind entstanden und haben sich entwickelt. Wenn diese objektiven Bedingungen, die wegen ihrer mechanischen Natur gewissermaßen mathematisch meßbar sind, sich wandeln, wandelt sich auch die Summe der Beziehungen, die die menschliche Gesellschaft regeln und unterrichten, es wandelt sich der Bewußtseinsgrad der Menschen; das Erscheinungsbild der Gesellschaft wandelt sich, die traditionellen Institutionen verarmen, entsprechen ihrer Aufgabe nicht mehr, werden schwerfällig und schädlich. Wenn die Intelligenz im Verlauf der Geschichte unfähig wäre, einen Rhythmus zu erkennen, einen Prozeß auszumachen, wäre das Leben der Zivilisation unmöglich: das politische Genie erkennt man besonders an dieser Fähigkeit, sich die größte Anzahl von konkreten Termini anzueignen, die notwendig und ausreichend sind, einen Entwicklungsprozeß zu fixieren, und an der Fähigkeit, die nahe und ferne Zukunft zu antizipieren und auf der Linie dieser Intuition die Aktivität eines Staates zu formulieren... In diesem Sinne war Karl Marx bei weitem das größte der zeitgenössischen politischen Genies." (34)

In der Überzeugung der historischen Aktivität der Überbauten treffen sich Gramsci und Brecht: "Das Theater, die Literatur, die Kunst müssen ... den ‚ideologischen Überbau` für die effektiven realen Umschichtungen in der Lebensweise unserer Zeit schaffen." (35) Daß Brecht die von ihm angestrebte Kunst denn auch nicht als einfachen Reflex der Basis, der gesellschaftlichen Struktur, verstand, sondern als operativen, kritischen Faktor, der eingreift, versteht sich nun von selbst. "Kultur, also Überbau, ist nicht als Ding, Besitz, Resultat einer Entwicklung, in geistigen Luxus umgesetzte Rente, sondern als selbst entwickelnder Faktor ... und vor allem als Prozeß anzusehen. " (36)

Brecht spricht seinen Überbauten dieselbe historische Flexibilität zu, die die von Gramsci in der zivilen Gesellschaft vereinten Überbauten aufweisen.

Sabine Kebir

Anmerkungen:

1) Bertolt Brecht: Gesammelte Werke, Bd. IX, S. 752.

2) entfällt

3) Brief Gramscis an seine Frau Giulia vom 6.3. 1924. Zitiert aus: Rinascita 21 (1964) vom 6. März.

4) Antonio Gramsci: Scritti giovanili 1914-1981, Turin 1998, S. 150.

5) Scrit. giov., S.154-155.

6) Scrit. giov., S. 219

7) Brecht hat Hans Mayer seinen Grabplatz bei Lebzeiten gezeigt. Als dieser zu bedenken gab, daß der Dorotheenstädtische Friedhof seit langem geschlossen sei und wie er denn meine, sein Grab dennoch beziehen zu können, antwortete Brecht: "Durch Schiebung". - Hans Mayer: Brecht in der Geschichte, Frankfurt/Main 1971, S. 186.

8) Bertolt Brecht: Gesammelte Werke, Bd. XX, S. 50.

9) Hanns Eisler: Gespräche mit Hans Bunge - Fragen Sie mehr über Brecht!, Leipzig 1975, S. 123.

10) Siehe auch: Roland Jost: Brecht und Lenin. In: Brecht 83. Brecht und Marxismus, Dokumentation. Protokoll der Brecht-Tage 1983, 9-11. Februar, hrsg. v. Brecht-Zentrum d. DDR, S. 82-90.

11) Bertolt Brecht: Tagebücher 1920-1954, Berlin/ Weimar 1976, S. 205-206.

12) Bertolt Brecht: Gesammelte Werke, Bd. XIV., S. 1440.

13) Ebenda, Bd. XII, S. 469.

14) Antonio Gramsci: Quaderni dal carcere, Turin 1975, S. 1388.

15) Quaderni, S. 1394.

16) Bertolt Brecht: Gesammelte Werke, Bd. V, S. 1968.

17) Bertolt Brecht: Tagebücher 1920-1954, a.a.O., S. 209.

18) Quaderni, S. 1479.

19) entfällt

20) Bertolt Brecht: Arbeitsjournal 1938-1942, Supplementband zur Werkausgabe, Frankfurt/Main 1974, S. 66.

21) Quaderni, S. 1316 und S. 1320.

22) Quaderni, S. 1401ff.

23) Viele Punkte der Kritik von Lukacs an Bucharins Lehrbuch stimmen jedoch auch mit Gramscis Kritik überein. Siehe: Kaminski, Karuscheit, Winter: Antonio Gramsci. Philosophie und Praxis, Frankfurt/Main 1982, S. 134

24) Quaderni, S. 1449.

25) Bertolt Brecht: Gesammelte Werke, Bd. XX, S. 139.

26) Ebenda, S.140.

27) Quaderni, S. 1457.

28) Quaderni, S. 1443.

29) Quaderni, S. 1451.

30) Bertolt Brecht: Gesammelte Werke, Bd. XII, S. 568.

31) Quaderni, S. 1320.

32) Bertolt Brecht: Gesammelte Werke, Bd. XX, S. 170-171.

33) Louis Althusser: Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg 1977.

34) Antonio Gramsci: L'Ordine Nuovo 1919-1920, Turin 1975, S. 16.

35) Bertolt Brecht: Gesammelte Werke, Bd. XV, S. 132.

36) Ebenda.

32. Radikalreformerische Stagnation. "Crossover" diskutiert Konturen eines neuen "New-Deal"

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:16

Die Zeichen der Stagnation sind unverkennbar. Dabei hatte es so vielversprechend angefangen: Ende 1995 setzten sich große Teile der in den drei Parlamentsparteien SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS organisierten Linken zusammen, um "die getrennt verlaufenden Diskurse der Linken in einem Prozeß des ‚Crossover` gemeinsam zu verarbeiten und eine neue Vorstellung von radikalreformerischer Politik zu entwickeln". Unter dem gemeinsamen Dach der drei entsprechend parteinahen Zeitschriften Andere Zeiten, Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw) und Utopie kreativ luden sie Anfang 1996 nach Berlin ein. Kämpferisch wandten sie sich gegen das von den vermeintlichen Sachzwängen des Neoliberalismus erzeugte und durch linke Denk- und Verständigungsblockaden zementierte "Verschwinden der Politik".

Fast 200 Menschen kamen damals. Durch die Bündelung und Fundierung alternativer Reformprojekte wollten sie zu einer gesellschaftlich mehrheitsfähigen Gesamtalternative gelangen. Abschließend wurde eine Intensivierung des Dialogs verabredetet. (Vgl. ak 388)

Zwei Arbeitstreffen in Magdeburg und Hannover folgten, doch es dauerte fast zwei weitere Jahre, bis man sich am Wochenende des 13./14. Dezember 1997 erneut öffentlich traf. Dieses Mal kamen deutlich weniger Menschen; an der von der studentischen Streikwelle gezeichneten Ruhr-Universität in Bochum war von den alten Aufbruchsgefühlen nur mehr wenig zu spüren. Zog man damals, angesichts der scheinbar totalen politischen Flaute, seine Energie aus einem erfrischenden "Jetzt erst recht", so wähnte man sich nun wieder mit dem geschichtlichen Trend in Übereinstimmung, verwies auf die Wahlsiege in Großbritannien und Frankreich und sah den Neoliberalismus an seine Grenzen stoßen.

War vor zwei Jahren noch nicht ausgemacht, welche programmatische und politische Substanz das "Crossover"-Projekt hat, so läßt sich heute dezidierter urteilen.

Eckpunkte eines neuen "New Deal"

"Crossover" eint das Ziel, "unsere Produktions-, Arbeits- und Lebensweise in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit umzustellen, entsprechende Innovations- und Investitionsfelder zu fördern, dabei neue Arbeit zu schaffen und den Sozialstaat auf erneuerter Grundlage zu sichern". Eckpunkte eines solchen ökologisch-solidarischen "New Deal" sind:

1. Eine über die bloße Einführung von Ökosteuern hinausführende, sich nicht als bloße nationale Innovationsstrategie verstehende, ganzheitliche Strategie des ökologischen Umbaus. Sie soll auf einer Veränderung des Ordnungsrechtes, einer Konsumwende und der Erweiterung demokratischer Teilhaberechte beruhen.

2. Die Errichtung eines sogenannten dritten Sektors neben staatlichem und privatem, der bislang informell erbrachte Leistungen erwerbswirtschaftlich organisiert, Entgeltanspruch, Steuer- und Sozialversicherungspflicht allgemein durchsetzt und gleichzeitig mit positiven Elementen der Kooperation, der Identifikation und Gebrauchswertorientierung anreichert. Möglichst regional organisiert, soll er den kommunalwirtschaftlichen Sektor, privatwirtschaftliches Handwerk und Kleingewerbe mit Formen neuer Gemeinwirtschaft verbinden und die von der Massenproduktion und vom herkömmlichen Sozialstaat unbefriedigt gelassenen gesellschaftlichen Bedürfnisse bedienen.

3. Klassisch linke Konzepte von Wirtschaftsdemokratie, die an der Produktion ansetzen, sollen um eine Demokratisierung des Konsums (Stichwort Marktwahlen) zur Verbraucherdemokratie zuerst erweitert, dann internationalisiert und durch Investitionslenkung auf möglichst regionalisierter Ebene ergänzt werden.

4. Im Zentrum einer beschäftigungspolitischen Offensive sollen eine radikale Arbeitszeitverkürzung und ein "neues Normalarbeitsverhältnis" stehen. Ziel ist eine generelle Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und hin zu den Frauen, und ein neuer auf existenzsichernder Erwerbsarbeit beruhender Vollbeschäftigungstyp für alle, die dies wollen.

5. Mit einer den aktuellen Modernisierungs- und Bildungsbedarf aufgreifenden zweiten Bildungsreform soll an die Ziele der Bildungsreform von 1968 ff angeknüpft werden.

Politische Schwächen

Was die Programmatik anbelangt, haben wir es hier mit dem zur Zeit wohl bedeutendsten Versuch zu tun, radikalreformerisch-linke Politik neu zu definieren. Und eine Auseinandersetzung der radikalen Linken mit den teilweise recht detaillierten Vorstellungen von "Crossover" kann einen guten Einstieg bieten in die dringend nötige neue Reformulierung linkssozialistischer Theorie und Praxis.

Die politische Substanz der Vorschläge des "Crossover"-Projektes ist freilich in mehrfacher Hinsicht ausgesprochen schwach. Die Illusionen über den politischen Stand der Dinge sind groß. So wird z.B. erklärt, die Politik der konservativ-liberalen Koalition sei "mehr als verbraucht". Für die Diskussionsteilnehmer schien ein Machtwechsel nach den nächsten Bundestagswahlen offenbar eine ausgemachte Sache zu sein; es gelte lediglich, ihn in einen realen Politikwechsel weiterzutreiben.

Tatsächlich ist die Regierung Kohl jedoch keineswegs verbraucht, schließlich hat sie bisher noch jede wesentliche "Deform" durchgebracht. Auch kann man nicht ernsthaft erwarten, daß ein Kanzlerkandidat Schröder jene unentschlossenen Schichten zur Wahl zu mobilisieren in der Lage ist, die sich eine Änderung der herrschenden Politik wünschen.

Problematisch ist auch die offensichtliche Fixierung auf das durchaus nicht abzulehnende, aber zweifelhafte Geschäft des Parlamentarismus - trotzdem wird die diesjährige Bundestagswahl und eine eventuell daraus entstehende rosa-grüne Regierung zum alleinigen und zentralen Kriterium eines längst fälligen Politikwechsels gemacht. Es ist bemerkenswert ignorant und politisch fahrlässig zu glauben, die Wahlergebnisse in Großbritannien und Frankreich könnten neue Hoffnungen begründen (das sagten übrigens die auf der Konferenz eingeladenen Gäste aus diesen Ländern sehr deutlich). Denn die Wahlergebnisse sind nur die Folge von sozialpolitischen Veränderungen an der gesellschaftlichen Basis, nicht aber ihre Ursache.

Die Stärke der gegenwärtigen europäischen Linken beruht nicht auf ihrer Position in den Parlamenten, viel wichtiger sind die Kämpfe auf der Straße und in den Betrieben. Linke, die nicht vor allem darüber nachdenken, wie diese Kämpfe ausgeweitet und vertieft werden können, müssen sich über ihre Motive befragen lassen.

In den Papieren und Diskussionen des "Crossover"-Treffens fehlt außerdem jedwede politisch-intellektuelle Auseinandersetzung mit den eigenen Parteien. Welche Rolle spielen Grüne wie beispielsweise der Europa-Abgeordnete Frieder Otto Wolf in ihrer eigenen Partei? Welche Rolle wollen sie spielen, wenn die Partei vollständig im Zangengriff des zentristischen Ultra-Realos Joschka Fischer auf der einen und seinem opportunistischen Antipoden Jürgen Trittin auf der anderen Seite gefangen ist und sich dabei offensichtlich auch noch pudelwohl fühlt?

Was ist von einer SPD-Linken zu halten, die augenscheinlich hilflos dem politischen Opportunismus des ‚linken` Parteivorsitzenden Lafontaine, der intriganten Rau-Kamarilla und dem dadurch ermöglichten Durchmarsch des Neoliberalen Schröder gegenübersteht?

Was ist von zwei parteilinken Strömungen zu halten, die eine Gelegenheit wie "Crossover" nicht zu einer geharnischten Auseinandersetzung mit den gerade beendeten eigenen Parteitagen von Kassel und Hannover benutzen? Die PDS-Mitglieder, die auf dem Treffen anwesend waren, lösten dieses Problem, indem sie sich weitgehenden aus den großen Konferenzdebatten zurückzogen.

Ein weiteres, damit zusammenhängendes Kardinalproblem von "Crossover" liegt in der mangelnden Fähigkeit, den eigenen politischen Ansatz zuzuspitzen. Man hätte erwarten können, daß zweieinhalb Jahre der gemeinsamen Diskussion - die in der Tat zu einer Homogenisierung dieser Strömung beigetragen haben - ausreichen würden, um jetzt eine Art Manifest zur Erneuerung der Politik zu verabschieden, mit dem man sich sofort in den gemeinsamen Wahlkampf hätte stürzen können. Statt dessen soll ein Koordinationstreffen im Frühjahr etwas Vergleichbares entwickeln. Für eine Strömung, die zu Recht in der Demokratisierung gesellschaftspolitischer Strategienentwicklung den Dreh- und Angelpunkt einer politischen Wende erblickt, ist das nicht nur eine verpaßte Chance, sondern auch ein reichlich undurchsichtiges Verfahren.

Ein weiterer Schwachpunkt ist die mangelnde Vermittlung der theoretischen Alternativen mit einer aktivierenden politischen Strategie. Ausgangspunkt des "Crossover"-Ansatzes ist die Idee - so scheint es immer wieder durch -, daß es vor allem theoretisch-programmatischer Verständigung bedarf, um die öffentliche Debatte so zu öffnen, daß neue alternative Bewegungen aufkeimen können.

Doch das ist bestenfalls die Hälfte des Problems. In einer Arbeitsgruppe auf der Konferenz, zu der der führende IGM-Gewerkschafter Helmut Schauer als Gast eingeladen war, wurden die Schwierigkeiten beispielhaft konkretisiert. Schauer kritisierte den Ansatz, die radikale Arbeitszeitverkürzung in den Mittelpunkt einer alternativen Gesellschaftsstrategie zu stellen. Heute ginge es nicht um eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, sondern um die Verhinderung realer Verlängerungen. In Zeiten des Lohneinbruchs führt Arbeitszeitverkürzung vor allem zu Arbeitsverdichtung. Daher müsse die Linke den Finger erneut auf die Verteilungsfrage legen, andernfalls verliere sie jede Mobilisierungs- und Umsetzungsperspektive. Die anschließenden, teilweise gereizten Reaktionen offenbarten, daß dieser ausgesprochen wichtige Einwand bei vielen auf Unverständnis stieß.

Das Begleitbuch

Parallel zum Kongreß erschien das erste von "Crossover" herausgegebene Buch. 25 Autorinnen und Autoren diskutieren darin in 19 Beiträgen "Konfliktfelder" wie Zukunft der Arbeit, deutsche Ost-West-Spaltung und Demokratie/Mediengesellschaft, sowie die Perspektiven linker Politik im Übergang zum nächsten Jahrhundert. Auch wenn man hier einige interessante Beiträge findet, verstärkt der Gesamteindruck die Enttäuschung. Die oben erläuterten Schwächen finden sich alle auch im Buch. Einzig die allzu platte Fixierung auf das parlamentarische Geschäft wird häufiger in Frage gestellt, z.B. von Willi Brüggen, Frieder Otto Wolf und Horst Dietzel/Wolfgang Gehrcke. Leider sind in dem Buch die programmatisch bereits entwickelten Alternativansätze kaum wiederzufinden; auch die bereits erreichte Homogenisierung der beteiligten Strömungen bleibt weitgehend unsichtbar: Die bisher erarbeiteten gemeinsamen Texte wurden in den Band nicht aufgenommen. Auch der erklärte Wille, "die widerspruchsvolle Geschichte der Linken in Ost und West kritisch (zu) reflektieren", wird bedauerlicherweise nicht umgesetzt. Vom angekündigten Dialog ist also nicht viel zu spüren, die Texte stehen recht unverbindlich und unverbunden nebeneinander und geraten zu Monologen der einzelnen Strömungen. (Einzige Ausnahme ist das Thema "Umbauprojekt und Feminismus".)

Die Tendenz, die proklamierte Erneuerung von Politik im Fahrwasser des Neoliberalismus auf eine bloße Verbesserung herunterzukochen, ist vor allem auf sozialdemokratischer Seite sichtbar, z.B. in Edelgard Bulmahns Beitrag zur Bildungspolitik.

Die meisten Autoren aus dem PDS-Spektrum arbeiten sich hauptsächlich an den verzerrt-verzerrenden Ansichten über die staatsozialistische Vergangenheit ab. Da rollen Dieter Klein und Lutz Brangsch nochmals die angeblich so neue Unübersichtlichkeit und die Ausdifferenzierung der potentiellen Akteure auf; sie beklagen, daß sich Klassenbewußtsein nicht automatisch politisiert und beschwören deswegen ein postmodernes "anything goes". Die Gebrüder Brie reiten ihr postsozialistisches Steckenpferd, die Demokratisierung der Demokratie: Sie proklamieren die bürgerliche Demokratie als "größte politische Leistung menschlicher Zivilisation" und wollen einfach nicht verstehen, warum ihnen da niemand von den Westlinken folgen will.

Erfrischend ist dagegen Frieder Otto Wolfs (bündnisgrüne) Suche nach einer neuen politischen Grundorientierung, die die Spaltung von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen überwinden möchte. Er wendet sich gleichermaßen überzeugend gegen die Reaktualisierung eines falschen, weil bornierten Arbeiterbewegungstraditionalismus wie gegen die Fortführung postmoderner Diskurse: "Wer heute auf alternativer Seite die ‚konsumistischen Massen`, die ‚Gewerkschaften als Lohnsteigerungsmaschine` oder die ‚patriarchalischen Lohnarbeiter` immer noch für den zu bekämpfenden Kern des Problems hält, reiht sich als freiwillige Hilfstruppe in die neoliberale Spaltungsstrategie ein."

Gefahren und Tendenzen

Eine über die beschreibende Ebene hinausgehende grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Angriff, seinem gesellschaftspolitischen Diskurs und dessen Logik bleibt bei "Crossover" bisher ebenso aus wie die Reformulierung einer dazu alternativen Logik, von der aus die herrschende Logik verworfen werden könnte. Zudem fehlt eine Auseinandersetzung mit den eigenen versteinerten Parteiverhältnissen und dem

problematischen Bezug auf die parlamentarische Ebene. Denn die Konzentration auf den Parlamentarismus nimmt dem real vorhandenen außerparlamentarischen Widerstand die politisch-strategische Zentralität. Damit aber ist die Gefahr verbunden, daß sich eine eventuell erfolgreiche parlamentarische Linke gegen außerparlamentarische Widerstandsbewegungen wenden könnte.

Wir haben es hier mit ernsthaften Schwächen zu tun, ohne deren Überwindung dem Projekt wohl keine Zukunft beschieden sein wird. Schwächen allerdings, das muß relativierend gesagt werden, die "Crossover" größtenteils mit anderen politischen Ansätzen auf Seiten der Linken gemein hat. Zumindest kann man ihnen nicht absprechen, diese Schwächen überwinden zu wollen.

Das wurde auf der abschließenden Kongreßdiskussion deutlich, als die ehemalige Juso-Vorsitzende Susi Möbbeck nochmals den formulierten Gründungskonsens zitierte. Demnach sei "ein Neoliberalismus ‚light` mit ökologischen und sozialen Tupfern ... nicht in der Lage, die enormen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen; vielmehr bestünde die Gefahr einer Diskreditierung rot-grüner Perspektiven". Auch Michael Jäger forderte in seinem abschließenden Plädoyer eine den Kapitalismus transzendierende Realpolitik, die die Ziele der gesellschaftlichen Produktion in den Mittelpunkt stellt und damit die Logik der Anarchie des Marktes zentral angreift.

In der abschließenden Diskussion ging dann ein erfrischender Ruck durch die Versammlung. Einige TeilnehmerInnen forderten mehr Systemkritik und die Einbeziehung internationaler Dimensionen; außerdem stellten sie den Begriff des "New Deal" als "öko-keynesianistisch" in Frage. Man beklagte auch, daß sich die PDS-Mitglieder in den Diskussionen kaum geäußert hatten. Viele KongreßteilnehmerInnen kritisierten außerdem offensiv den gegen die PDS gerichteten Wahlkampf des rosa-grünen Bündnisses und forderten den Aufbau eigener Strukturen.

Derartige Positionen hätte man sich als Ausgangspunkt der Konferenz gewünscht.

Christoph Jünke

Crossover (Hrsg.): Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster (Westfälisches Dampfboot) 1997, 264 Seiten, 29.80 DM

33. Von Addis Abeba nach Stalingrad. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 5: Außenpolitik und Kriege 1922-1943

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:03

Am zehnten Jahrestag seiner "Machtergreifung" erklärte Mussolini das 20. Jahrhundert zum "Jahrhundert des Faschismus". Im Bündnis Italiens mit Nazi-Deutschland schien diese Schreckensvision zeitweise Wirklichkeit zu werden. Am Ende stand die vernichtende militärische Niederlage - unvermeidliche Konsequenz des faschistischen Wahns von imperialer Größe, kolonialer Berufung und Rettung der Welt "von Rom" aus. So folgerichtig diese Entwicklung aus heutiger Sicht erscheint - die italienische Außenpolitik zwischen dem Amtsantritt Mussolinis im Oktober 1922 und dem Ausscheiden Italiens aus dem Weltkrieg am 8. September 1943 ist keine stetige Eskalation kriegerischer Gewalt. Am Ende allerdings steht das Kriegsbündnis mit Deutschland - auf Gedeih und Verderb.

Während die Nationalsozialisten das "Diktat von Versailles" gewaltsam zu revidieren trachteten, ging es den italienischen Faschisten darum, den 1919 am Verhandlungstisch "verstümmelten Sieg" des italienischen Heeres komplett zu machen. Der Zugewinn von Südtirol und Triest genügte ihnen nicht; sie wollten weitere Gebiete in Slowenien und Kroatien, die italienische Hegemonie auf dem Balkan, Grenzverschiebungen zu Lasten Frankreichs und, neben Libyen, Eritrea und Somalia Italiana, weitere Kolonien in Afrika. Der Dichter Gabriele D'Annunzio, der mit seinen Legionären im September 1919 Rijeka besetzte, war der Held aller italienischen Nationalisten und zeitweise populärer als Mussolini.

Die Außenpolitik der im Oktober 1922 siegreichen faschistischen "Revolution" und ihrer angeblichen Trägerin, der "Nation", war also deutlich auf Expansion gerichtet. Die Rüstungsindustrie war ihre materielle Basis, die aggressive "Große Außenpolitik" unter Francesco Crispi (Ministerpräsident 1887-91 und 1893-96) ihr Vorbild. Crispi kombinierte seine Expansionspolitik in Afrika ("Italiens koloniale Berufung") innenpolitisch mit einem "autoritären Regierungssystem preußischer Prägung", schreibt der Historiker Guido Procacci: "Nicht umsonst hat der Faschismus ihn später zu einem seiner Vorgänger erklärt." (1)

Außenpolitik auf Crispis Spuren

Außenpolitisch war die am 31. Oktober 1922 eingesetzte Regierung zunächst um demonstrative Zurückhaltung bemüht. Mussolini, nicht nur Ministerpräsident und Innenminister, sondern auch Außenminister, bekräftigte umgehend Italiens Vertragstreue und sein Interesse an "herzlichem Einvernehmen" vor allem mit Großbritannien und Frankreich.

Die Ausweitung der italienischen Herrschaft in Libyen (seit 1912 italienische Kolonie) begann 1925 mit der Eroberung Tripolitaniens. Ein Jahr später wurde Albanien per Vertrag de facto italienisches Protektorat. Ein 1928 geschlossener Vertrag mit Äthiopien brachte dem faschistischen Italien die Gleichstellung mit den anderen Kolonialmächten der Region.

An militärische Aggressionen Italiens in Europa war auch Anfang der dreißiger Jahre nicht zu denken. England blieb der umworbene Partner, der Völkerbund in Genf die Bühne der faschistischen Außenpolitik, deren Ziele sich allerdings nicht änderten. Nach wie vor ging es um Expansion auf Kosten Frankreichs und Jugoslawiens und um die Eroberung von Kolonien in Afrika. Bei der Londoner Flottenkonferenz im Januar 1930 forderte Italien vergeblich die Gleichstellung mit Frankreich; das Flottenbauprogramm werde dennoch durchgeführt, verkündete Mussolini und machte Stimmung gegen Frankreich und Europa: "Zwischen den Kriegen berauscht sich Europa jedesmal an Pazifismus und Demokratie. Die anti-europäische Einstellung des modernen Italien ist keine Pose, sondern eine Notwendigkeit. Wir sind ebenso anti-europäisch, wie wir gegen den Typhus, die Pest und die Cholera sind." (2)

Solche Töne dienten zu diesem Zeitpunkt vornehmlich der "Volkserziehung". Aber es folgten auch Taten: In Libyen eskalierte Gouverneur Badoglio, 1943 Mussolinis Nachfolger als Ministerpräsident, den Krieg. Um den Widerstand zu brechen, müsse man "die Einheiten der Rebellen ganz klar und weit von der unterworfenen Bevölkerung trennen ..., auch wenn die ganze Bevölkerung der Kyrenaika dabei zugrunde gehen müßte". (3)

Badoglios Stellvertreter Graziani, an den diese Direktive gerichtet war, handelte entsprechend: Er ließ 80.000 nomadisierende Viehzüchter aus dem fruchtbaren Hochland vertreiben. Ihres Viehs beraubt und in Lager gesperrt, verhungerten viele von ihnen oder starben an Seuchen. Nach der Eroberung der Oase Kufra und der Ermordung vieler Partisanen war die Kyrenaika "befriedet" - ein Aufmarschgebiet für die Feldzüge gegen Ägypten und Tunesien im Zweiten Weltkrieg. Mehr als 100.000 Italienerinnen und Italiener wanderten in die Kolonie aus.

Äthiopien - Italiens "Platz an der Sonne"

Am 3. Oktober 1935 überfielen italienische Truppen von den Kolonien Eritrea und Somalia Italiana aus Äthiopien. Vorausgegangen waren im Dezember 1934 bewaffnete "Zwischenfälle" an der äthiopisch-somalischen Grenze, auf die Mussolini mit ultimativen Forderungen antwortete. Er verlangte vom äthiopischen Kaiser Haile Selassie eine offizielle Entschuldigung, Reparationen und Grenzverschiebungen zugunsten der italienischen Kolonie Somalia.

Ein britischer Vermittlungsversuch scheiterte, auch die Warnungen des Völkerbundes konnten Mussolini nicht bremsen: Er wollte den Krieg, auf den er planmäßig hingearbeitet hatte. Seit 1933 war Mussolini nicht mehr nur Ministerpräsident, Innen- und Außenminister, sondern leitete auch das Kriegsministerium, das Marine- und das Luftfahrtministerium. Am Tag vor dem Überfall verkündete er vor einer jubelnden Menschenmenge in Rom: "Eine große Stunde in der Geschichte unseres Vaterlandes hat geschlagen ... Nicht nur unsere Armee marschiert unbeirrt auf ihr Ziel zu, mit ihr marschieren 40 Millionen Italiener als verschworene Gemeinschaft. Ein schweres Unrecht sollte ihnen zugefügt werden, gegen das sie sich jetzt zur Wehr setzen: Sie lassen sich ihren Platz an der Sonne nicht nehmen! ... 40 Jahre haben wir mit Äthiopien Geduld gehabt. Jetzt ist das Maß voll! ... Wirtschaftliche Sanktionen werden wir mit Disziplin, Zurückhaltung und Opferbereitschaft hinzunehmen wissen, militärische Sanktionen mit militärischer Gewalt beantworten." (4)

Nach anfänglichen Schwierigkeiten beim militärischen Vormarsch ersetzte Mussolini Oberbefehlshaber De Bono durch den in Libyen kampferprobten Marschall Badoglio, der den Einsatz von Giftgas befahl. Am 5. Mai 1936 zogen seine Truppen in die Hauptstadt Addis Abeba ein. Vier Tage später verkündete Mussolini in Rom die Annexion Äthiopiens und proklamierte den italienischen König zum Kaiser von Äthiopien. Die italienischen Massen jubelten, Churchill bewunderte den Feldzug, der "von einem Wagemut (zeugt), wie er in der Geschichte der Menschheit ohnegleichen ist." (5)

Nutznießer des Krieges war die Großindustrie, vor allem die Rüstungsindustrie. Der liberale Historiker Federico Chabod setzt den Reingewinn der Aktiengesellschaften ins Verhältnis zum Grundkapital der Unternehmen: 1936 beträgt der Gewinn 7,28% - nach Verlusten von 1,38% im Jahre 1931. Dennoch sei der Krieg "nicht dem Druck der industriellen Kreise zuzuschreiben", vielmehr sei der "Kriegsgrund politischer Natur". (6)

Zu den politisch motivierten Zielen des Krieges gehören: der Zugang zu Rohstoffen für die italienische Wirtschaft, die den großen Krieg vorbereitet; die vereinigte Kolonie Italienisch-Ostafrika (Eritrea, Somalia, Äthiopien) als Machtsymbol des "neuen Italien", das den Großmächten trotzt; das Ablenken von den innenpolitischen Schwierigkeiten (vor allem der Arbeitslosigkeit) durch nationalistischen Pomp, aber auch durch das Versprechen, in Afrika werde "Siedlungsraum" für die landarmen Bauern erobert; Prestigegewinn gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, das Italien die Führungsrolle im faschistischen Lager immer wirkungsvoller streitig machte.

Der militärische Sieg in Äthiopien brachte dem Regime aber auch politische Nachteile. Mussolini hatte die Reaktionen der Regierungen in London und Paris völlig falsch eingeschätzt und geglaubt, seine Außenpolitik mit wechselnden Bündnispartnern fortsetzen zu können. Statt dessen ging vor allem die britische Regierung, auch auf Druck der öffentlichen Meinung, auf Distanz. Der im April 1935 unternommene Versuch einer Verständigung zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien blieb ohne Folgen. Auf der Konferenz von Stresa hatten die drei Regierungen u.a. Deutschlands Wiederaufrüstung verurteilt und vereinbart, Österreichs Unabhängigkeit zu schützen. Nach dem Kolonialkrieg in Äthiopien stand Italien nur noch ein mächtiger europäischer Verbündeter zur Verfügung: das nationalsozialistische Deutschland.

Das Bündnis

mit Deutschland

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler wurde in der italienischen Presse überschwenglich gefeiert: Deutschland beschritt nun den Weg, auf dem Italien seit Oktober 1922 vorangegangen war; die 1919 betrogenen "proletarischen Nationen" hatten gegenüber den "Plutokratien" aufgeholt. Einem bedingungslosen Bündnis beider Staaten standen allerdings gravierende Interessengegensätze in Südtirol (seit 1919 italienisch) und vor allem in Österreich gegenüber. Ideologische Streitfragen waren untergeordnet: Italienische Polemiken gegen den deutschen Rassenwahn wurden vor allem dann laut, wenn es realpolitsche Differenzen gab. (vgl. ak 410)

Noch auf dem Parteitag des Partito Nazionale Fascista (PNF) im März 1934 hatte Mussolini Österreich die Unterstützung Italiens zugesichert, "wenn es darum geht, seine Unabhängigkeit als souveräner Staat zu wahren." (7) Bei Hitlers erstem Staatsbesuch in Italien nur drei Monate später gab es in der Österreich-Frage keinerlei Annäherungen. Während Hitler die Ablösung von Kanzler Dollfuß und die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung forderte, verweigerte Mussolini die von Hitler geforderte Erklärung, Italien sei an Österreich "nicht interessiert". Nennenswerte Ergebnisse hatte dieser Besuch nicht, auch wenn die italienische Presse ihn weisungsgemäß als Erfolg feierte. Nach Aussagen von Zeitzeugen wurde Hitlers Sympathie für Mussolini von diesem nicht erwidert. Nach der Ermordung Röhms und anderer SA-Führer Ende Juni 1934 soll der Duce Hitler als "grausamen Tyrannen" bezeichnet haben.

Am 25. Juli 1934 wurde Dollfuß bei einem Putschversuch der österreichischen Nazis ermordet. Die italienische Presse verurteilte den Putsch und seine deutschen Hintermänner; Mussolini ließ an der Grenze zu Österreich Heeres- und Luftwaffeneinheiten konzentrieren. Hitler mußte klein beigeben: Er distanzierte sich von dem Putsch, leugnete jegliche deutsche Verwicklung und ließ Dollfuß' Mörder ausliefern.

Mussolinis Versuch einer Annäherung zwischen Italien und England, die er als "nicht nur wünschenswert, sondern notwendig" bezeichnete, scheiterte. Nach dem Aggressionskrieg gegen Äthiopien war es, ab Ende Juli 1936, die italienische Intervention gegen die spanische Republik, die Italien von den westlichen Demokratien isolierte. Bis zu 70.000 italienische Soldaten kämpften in Spanien. Im März 1937 wurden sie bei Guadalajara von den Internationalen Brigaden geschlagen; dazu trugen wesentlich die italienischen Antifaschisten der Garibaldi-Brigade bei. Ihr Sieg über die Faschisten war politisch-moralisch von erheblicher Bedeutung, vor allem in Italien selbst.

Logische Folge der Konfrontation mit dem Westen war Italiens Annäherung an Deutschland, das mit der Besetzung des Rheinlands im März 1936 seine Macht demonstriert hatte. Ein wichtiges Handelsabkommen war zwischen beiden Staaten schon im April 1935 geschlossen worden; bis 1939 stieg der deutsche Anteil an allen nach Italien importierten Waren von 18% auf 29%. Es folgte ein Abkommen zur polizeilichen Zusammenarbeit gegen Oppositionelle (April 1936), und im Oktober 1936 handelten die Außenminister Ciano und von Neurath in einem Geheimabkommen ein strategisches Bündnis aus, als dessen Zweck der "Kampf gegen den Bolschewismus" definiert wurde. Am 1. November 1936 verkündete Mussolini der Welt die "Achse" Rom - Berlin.

Gleichzeitig verhandelte die italienische Regierung aber auch mit der britischen. Der Abschluß eines Freundschaftsvertrages scheiterte an den Aktivitäten der italienischen U-Boot-Flotte im Mittelmeer, durch die nicht nur das Völkerrecht, sondern auch britische Interessen verletzt wurden. Mussolinis triumphaler Deutschland-Besuch im September 1937 diente vor allem dazu, der Welt die deutsch-italienische Waffenbrüderschaft zu demonstrieren. Mit dem ungeheuer aufwendigen Zeremoniell verfolgte Hitler darüberhinaus die Absicht, Mussolini noch enger an sich zu binden. Im November unterzeichnete die italienische Regierung den im Vorjahr zwischen Deutschland und Japan geschlossenen Antikominternpakt; einen Monat später trat Italien aus dem Völkerbund aus.

Mussolinis Ja zum "Anschluß" Österreichs

Zur letzten Belastungsprobe für das deutsch-italienische Bündnis wurde die aggressive NS-Politik gegenüber Österreich, die im März 1938 zum "Anschluß" der "Ostmark" an das "Altreich" führte. Doch die 1934 verkündete italienische Entschlossenheit, Österreichs Souveränität zu verteidigen, löste sich in Luft auf. Als Hitler am 11. März, genau einen Tag vor dem Einmarsch deutscher Truppen, in einem Brief an Mussolini die Anerkennung der Brenner-Grenze zusicherte, erklärte Mussolini, "damit wäre Österreich eine abgetane Sache"

für ihn. Hitlers Unterhändler Prinz Philipp von Hessen, ein Spezialist für besonders heikle Fälle, übermittelte Mussolinis Zustimmung zum "Anschluß" nach Berlin. Wie wichtig ihm diese Zustimmung war, wird aus Hitlers Reaktion deutlich. Mehrfach wiederholte er am Telefon den Satz: "Ich werde ihm das nie, nie, nie vergessen"; er sagte aber noch mehr: "Ich bin jetzt auch bereit, mit ihm in eine ganz andere Abmachung zu gehen. (...) Wenn die österreichische Sache jetzt aus dem Weg geräumt ist, bin ich bereit, mit ihm durch dick und dünn zu gehen, das ist mir alles gleichgültig." (8) Er werde "auf Biegen und Brechen" zu ihm stehen, versprach er - und hielt tatsächlich Wort.

Hitler brauchte Mussolini, Nazi-Deutschland brauchte das faschistische Italien, und das weniger aus militärischen denn aus politisch-propagandistischen Gründen. In diesem Bündnis allerdings spielte Italien die Rolle des Juniorpartners, wenn nicht des Befehlsempfängers. Daran änderte auch Hitlers Dankbarkeit wegen Mussolinis Zustimmung zum "Anschluß" Österreichs nichts. Noch etliche Male ließ Mussolini sich durch die deutsche Politik der vollendeten Tatsachen demütigen. Protest dagegen wagte er nicht.

Nur einmal kam er der deutschen Politik, allerdings unwissentlich, in die Quere. Auf Bitten des britischen Premierministers Chamberlain ergriff Mussolini im September 1938 die Initiative für die Münchner Konferenz, auf der dann die deutschen Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei gebilligt wurden. Hitler, der zum Einmarsch entschlossen war, mußte sich einstweilen mit der Annexion des Sudetenlandes zufriedengeben. Bei seiner Rückkehr aus München wurde Mussolini in Italien als Friedensstifter gefeiert - ein Triumph, über den er nicht ganz glücklich war. Eine Kampagne gegen die "übertriebene Friedensliebe" seiner Landsleute sollte das Volk auf den unvermeidlichen Krieg einstimmen. In der Abgeordnetenkammer forderten seine Gefolgsleute ganz offen die Einverleibung von Tunis, Korsika, Nizza und Savoyen. Vor dem Großen Rat der Partei legte Mussolini im Dezember 1938 die italienischen Kriegsziele noch genauer fest: Bei passender Gelegenheit sollten Albanien, Tunesien und Korsika besetzt und die Grenze mit Frankreich nach Westen, jenseits von Nizza, verschoben werden. Auch das Tessin, der italienischsprachige Teil der Schweiz, solle annektiert werden.

Den kriegerischen Reden folgten Taten: Im April 1939 besetzten italienische Truppen Albanien, das bereits eine Art italienisches Protektorat war; Vittorio Emanuele III. wurde auch König Albaniens. Von einigen Historikern wird der albanische Feldzug als eifersüchtige Reaktion Mussolinis auf den deutschen Einmarsch in Prag interpretiert. Diese Deutung erklärt allerdings nur den Zeitpunkt des Angriffs gegen Albanien, das längst als Ziel italienischer Expansion festgelegt war.

Ein Pakt

für den Angriffskrieg

Die von Hitler angebotene "ganz andere Abmachung" kam am 22. Mai 1939 zustande: der "Stahlpakt" (il patto d'acciaio, eine Wortschöpfung Mussolinis). Dieser politische und militärische Bündnisvertrag enthielt eine Verpflichtung zur gegenseitigen Waffenhilfe auch für den Fall, daß einer der Partner ein fremdes Land angreifen würde. Nach Lage der Dinge lieferte sich Italien damit dem hochgerüsteten und direkt auf den Krieg zusteuernden Deutschen Reich bedingungslos aus. Auf Weisung Mussolinis erklärte Außenminister Ciano in den Verhandlungen zwar, Italien sei vor 1942 nicht kriegsbereit, und tatsächlich sagte ihm Ribbentrop zu, früher gedenke auch Deutschland nicht loszuschlagen. Schon wenige Monate später wurde deutlich, daß der deutsche Außenminister seinen italienischen Kollegen dreist belogen hatte. Als Ciano im August für ein "zweites München" zu den deutschen Ansprüchen gegenüber Polen eintrat, entgegnete Ribbentrop: "Wir wollen Krieg!" (9)

Auch von dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (24.8.1939) erfuhr die italienische Regierung erst kurz vor dessen offizieller Verkündung. Der deutsche Kriegskurs stieß nicht nur bei der italienischen Bevölkerung, sondern auch in der faschistischen Führung auf Empörung. Ciano, Grandi, Bottai und andere hohe Parteifunktionäre forderten Mussolini vergebens auf, den Stahlpakt zu kündigen. Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg.

Der Zustand der italienischen Streitkräfte, der Mangel an Rohstoffen (vor allem Kohle) und die antideutsche Haltung großer Teile der Bevölkerung ließen Mussolini einen sofortigen Kriegseintritt nicht geraten erscheinen - obwohl Italien dazu nach dem Wortlaut des Stahlpakts verpflichtet gewesen wäre. Schon am 26. August hatte er der deutschen Regierung eine Liste italienischer "Wünsche" übermitteln lassen, deren Erfüllung

Voraussetzung für den Kriegseintritt seien: Es ging um große Mengen Erdöl, Kohle, Stahl und Holz sowie Kriegsgerät und Maschinen. Die gewünschten Mengen waren absichtlich so hoch gesetzt worden, daß ihre Lieferung längere Zeit in Anspruch nehmen mußte.

Hitler nahm Mussolinis Absage zur Kenntnis und bat ihn, möglichst viele britische und französische Streitkräfte "durch aktive Propaganda und geeignete Truppenbewegungen, wie Sie mir bereits vorgeschlagen haben", zu binden. (10) Als dritten Zustand zwischen Krieg und Neutralität erfand die italienische Regierung die "Nicht-Kriegführung" (non-belligeranza), eine Phase intensiver Kriegsvorbereitungen. In einem Brief an Hitler kritisierte Mussolini implizit den deutsch-sowjetischen Vertrag. Ziel der "Revolutionen" in Italien und Deutschland müsse die Ausrottung des Bolschewismus bleiben. Gerüchte über eine bevorstehende deutsche Offensive im Westen beendeten die Spannungen - die italienischen Gebietsforderungen gegenüber Frankreich waren nur im gemeinsamen Krieg mit Deutschland durchzusetzen. Bei einem Treffen am Brenner am 18. März 1940 sicherte Mussolini Hitler zu, Italien werde in den Krieg eingreifen, wenn die deutschen Truppen in Nordfrankreich vorrückten. Der erfolgreiche deutsche Angriff gegen Dänemark und Norwegen (ab 9.4.1940) bestärkte Mussolini in dem Gefühl, auf das richtige Pferd gesetzt zu haben.

Ab Ende Januar 1940 arbeiteten auch die italienischen Propaganda-Apparate auf Hochtouren, um Stimmung gegen die "plutokratisch-reaktionären westlichen Demokratien" Frankreich und England zu machen. Die Entscheidung zum Kriegseintritt am 10. Juni fällte Mussolini, ohne sich mit dem Kabinett, dem Großen Rat des Faschismus oder dem Generalstab zu beraten. Bei seiner Ansprache vom Balkon des Palazzo Venezia kündigte er an, dem deutschen Bündnispartner "auf Gedeih und Verderb, bis zum letzten Tage" die Treue zu halten. Die Rede, schreibt Ivone Kirkpatrick, "rief weder Überraschung hervor noch große Begeisterung für den Krieg oder für die deutsch-italienische Freundschaft." (11)

Italien im Krieg

Der italienische Vorstoß begann am 18. Juni 1940, vier Tage nach dem deutschen Einmarsch in Paris. Frankreich war so gut wie besiegt; seine Regierung hatte bereits am 17. Juni die Deutschen um Waffenstillstand gebeten. Dennoch kamen die italienischen Truppen kaum voran und besetzten lediglich einige Grenzstädte. Von der folgenden Waffenstillstandskonferenz in München kehrte Mussolini mit leeren Händen zurück: Deutschland wollte Frankreich aus bündnispolitischen Erwägungen einen "zumutbaren" Frieden anbieten, italienische Gebietsforderungen störten da nur.

Da im Westen wenig zu holen war, ließ Mussolini nun den Angriff gegen Griechenland vorbereiten. Ein einziges Mal gelang es ihm, die Deutschen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Als Hitler am 28. Oktober 1940 in Florenz eintraf, begrüßte ihn Mussolini mit den Worten: "Heute früh im Morgengrauen haben die siegreichen italienischen Truppen die albanisch-griechische Grenze überschritten." (12)

Seine Freude war allerdings nicht von langer Dauer. Der Griechenland-Feldzug wurde zum Fiasko. Schon im Dezember mußten sich die italienischen Armeen nach schweren Verlusten auf albanisches Gebiet zurückziehen. Erst nach dem Eingreifen der deutschen Wehrmacht ab April 1941 konnten Jugoslawien und Griechenland besetzt werden; der Traum von einer italienischen Hegemonie auf dem Balkan war damit ausgeträumt. Der von Mussolini proklamierte italienische "Parallelkrieg" im Mittelmeerraum, unter eigenem Kommando und zu eigenem Nutzen, erwies sich an allen Fronten als Illusion. Wo deutsche und italienische Truppen gemeinsam kämpften, waren es die Deutschen, die die Befehle gaben.

Auch in Afrika befanden sich die italienischen Armeen bald auf dem Rückzug. Schon Mitte Dezember 1940 wurden sie von britischen Truppen aus Ägypten, das sie am 16. September überfallen hatten, vertrieben. Anfang Februar 1941 wurden sie auch in Libyen von den Briten besiegt, die bald auch in Mogadischu und in Addis Abeba einmarschierten. Eine deutsch-italienische Gegenoffensive unter Feldmarschall Rommel brachte ab Mai 1942 nur vorübergehend Entlastung. Am 3. November 1942 durchbrachen die britischen Truppen die deutsch-italienische Verteidigungslinie bei El Alamein. Die Kapitulation der deutsch-italienischen Truppen in Afrika folgte am 13. Mai 1943 in Tunis.

Die Italienische Armee in Rußland war bereits im Januar bei der Schlacht um Stalingrad vernichtet worden. Während Goebbels den Deutschen mit seiner Sportpalastrede ("Wollt ihr den totalen Krieg?") noch einmal neuen Glauben an den "Endsieg" einflößte, war die italienische Bevölkerung kriegsmüde. Die Versorgung mit Lebensmitteln wurde immer schlechter, während sich die Reichen und die faschistischen Bonzen auf dem

schwarzen Markt bedienten. Auch die Bombardierung der Großstädte steigerte die Sehnsucht nach Frieden und schwächte so das Regime. Im März 1943 streikten annähernd 300.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in der Metallindustrie von Turin und Mailand und setzten ein 13. Monatsgehalt für alle durch. Der Streik, in dem auch das Ende des Krieges und der Diktatur gefordert wurde, war ein Alarmzeichen für die Eliten und ohne Beispiel im gesamten deutschen Einflußgebiet.

Die Palastrevolution der alten Kämpfer

Am 9. und 10. Juli landeten britische und amerikanische Truppen auf Sizilien und stießen bei ihrem Vormarsch auf nur geringen Widerstand - die italienischen Soldaten waren nicht mehr bereit, für ihren Duce zu sterben. Auch führende Faschisten sahen in dem Ausstieg aus dem Krieg die einzige Möglichkeit, das Regime zu retten. Sie bestürmten Mussolini, er solle Hitler klipp und klar sagen, daß Italien nicht weiterkämpfen könne. Als Mussolini bei einem Besuch Hitlers im norditalienischen Feltre am 19. Juli nichts dergleichen vorbrachte, waren seine Tage als Diktator gezählt.

Schon seit Monaten hatten führende Faschisten, unter ihnen Grandi, Bottai und Ciano, die Palastrevolution vorbereitet und den König auf ihre Seite gebracht. Letzterer sollte Mussolini entlassen, selbst den Oberbefehl über die Streitkräfte übernehmen und Marschall Badoglio zum Regierungschef ernennen. Um potentielle Gefolgsleute Mussolinis, insbesondere die faschistische Miliz, zu neutralisieren, sollte der Putsch einen möglichst "legalen" Anstrich erhalten. Auf Drängen der Putschisten berief Mussolini für den 24. Juli, 17 Uhr, den Großen Rat der Partei ein. In dramatischer Nachtsitzung wurde gegen halb drei Uhr morgens eine von Grandi eingebrachte Resolution angenommen. Darin wurde u.a. gefordert, die Regierungsorgane, den Großen Rat, das Parlament und die Korporationen zu reaktivieren; der König solle sich selbst zum militärischen Oberbefehlshaber ernennen; von einer Absetzung Mussolinis war nicht die Rede. Für diesen Antrag stimmten 19 Mitglieder des Großrats (bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen).

Als Mussolini am Nachmittag desselben Tages zur Audienz bei König Vittorio Emanuele III. erschien, fiel dieser ihm ins Wort: Er habe bereits Badoglio zum neuen Regierungschef ernannt, Mussolini müsse zurücktreten. Dessen Einwendungen unterbrach er mit den Worten: "Tut mir leid, tut mir leid, aber es gab keine andere Lösung." (13) Vom König per Handschlag verabschiedet, wurde Mussolini von Carabinieri-Offizieren in einem Krankenwagen fortgeschafft und in einer Polizeikaserne inhaftiert.

Auf den Straßen feierten die Menschen das schmähliche Ende des Diktators. Einige führende Faschisten flohen nach Deutschland, die übrigen gingen auf Tauchstation. Italiens ersehnter Austritt aus dem Krieg ließ allerdings noch auf sich warten. "Der Krieg geht weiter", befahl Badoglio und verhängte den Ausnahmezustand. Gegen Demonstrationen und Streiks ging seine Regierung mit besonderer Härte vor. Bis zur Verkündung des Waffenstillstands am 8. September vergingen 45 Tage. "Die politische Führungsschicht Italiens", schreibt Guido Procacci, "lieferte in dieser Zeit ein im Laufe der ganzen Geschichte des Landes nicht überbotenes Beispiel politischer Unfähigkeit." (14)

Badoglio suchte sich den Alliierten als Retter vor dem angeblich drohenden Kommunismus anzudienen, um die bedingungslose Kapitulation zu umgehen. Am 3. September betraten anglo-amerikanische Truppen italienisches Festland; am gleichen Tag unterzeichnete General Castellano im Namen der Regierung den Waffenstillstand zu den Bedingungen der Alliierten. Während Badoglio diese Tatsache weiter geheim halten wollte, verkündete US-General Eisenhower den Waffenstillstand am 8. September. Wenig später gab auch Badoglio über Rundfunk seinen Soldaten den Befehl, jeden Widerstand gegen die Alliierten einzustellen.

Bereits einen Tag vorher hatten die in Italien stationierten deutschen Truppen alle Flughäfen besetzt. Am 9. September flohen der König mit seiner Familie, Marschall Badoglio und seine Regierung über Pescara nach Brindisi, das von anglo-amerikanischen Truppen kontrolliert wurde. Zwei Tage später besetzte die Wehrmacht Rom. Guido Procacci schreibt: "Italien war so von einem Tag auf den anderen ohne Regierung, von einem drohenden fremden Heer besetzt und von einem Durcheinander widersprüchlicher Informationen verunsichert. Einige Tage lang herrschte das völlige Chaos." (15)

Es waren die Deutschen, die für klare Verhältnisse sorgten - auf ihre Art. Sie dachten nicht daran, Italien dem Feind preiszugeben, und errichteten ein Besatzungsregime, dessen Gewaltmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung an einigen Orten den Charakter eines Vernichtungskrieges annahmen. Die Zahl der deutschen Divisionen in Italien war schon bis Ende August von 5 auf 17 erhöht worden.

Hitler fand es opportun, der deutschen Besatzungsmacht eine italienische Marionettenregierung an die Hand zu geben. Deren Chef sollte sein alter Weggefährte Mussolini sein, der seit dem 6. September in dem Ski-Hotel Campo Imperatore auf dem Gran Sasso, nahe Pescara, interniert wurde.

Js.

Anmerkungen:

1) Guido Procacci: Geschichte Italiens und der Italiener; München (Beck) 1989, S. 305

2) zitiert bei Ivone Kirkpatrick: Mussolini; Westberlin (Propyläen) 1965, S. 253

3) zitiert bei Dietmar Stübler: Geschichte Italiens 1789 bis zur Gegenwart; Westberlin (deb) 1987, S. 140

4) zitiert bei Kirkpatrick: a.a.O., S. 293

5) zitiert ebd., S. 304

6) Federico Chabod: Die Entstehung des neuen Italien. Von der Diktatur zur Republik; Reinbek (Rowohlt) 1965, S. 64

7) zitiert bei Kirkpatrick: a.a.O., S. 269

8) zitiert bei Gerhard Tomkowitz/ Dieter Wagner: "Ein Volk, ein Reich, ein Führer!" Der "Anschluß" Österreichs 1938; München (Piper) 1988, S. 225

9) zitiert bei Kirkpatrick: a.a.O., S. 366

10) zitiert ebd., S. 377

11) Kirkpatrick: a.a.O., S. 412

12) zitiert ebd., S. 427

13) zitiert bei Giovanni De Luna: Benito Mussolini; Reinbek (Rowohlt) 1987, S. 130

14) Guido Procacci: a.a.O., S. 380

15) ebd., S. 381

Daten zur

italienischen

Außenpolitik 1922-1943

1922 Der König beauftragt Mussolini mit der Regierungsbildung (29.10.). Mussolini bekräftigt Italiens Vertragstreue (16.11.).

1923 Frieden von Lausanne mit der Türkei (24.7.)

1924 Vertrag von Rom mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929: Jugoslawien) (27.1.)

1925 Italien unterzeichnet als Garantiemacht den Vertrag von Locarno (Garantie von Deutschlands Rheingrenze) (16.10.).

1926 Vertrag mit Rumänien (16.9.) und mit Albanien, das Protektorat wird (26.11.).

1927 Vertrag mit Ungarn (5.4.).

1928 Italien unterzeichnet den Briand-Kellog-Vertrag ("Kriegsächtungspakt") (27.8.)

1930 Londoner Flottenkonferenz (Januar bis April)

1931 Italienische Truppen erobern die Oase Kufra in Libyen (Januar).

1933 Die italienische Presse bejubelt Hitlers Regierungsantritt. Göring in Rom (April)

1934 Italien garantiert die Unabhängigkeit Österreichs (März). NS-Putsch in Österreich, antideutsche Reaktionen der italienischen Presse (25.7.). Zwischenfall an der Grenze zwischen Somalia Italiana und Äthiopien (5.12.)

1935 Italienisch-französisches Abkommen über Einflußsphären in Afrika (7.1.). Abkommen von Stresa mit Frankreich und England (April). Krieg gegen Äthiopien (3.10.).

1936 Badoglios Truppen ziehen in Addis Abeba ein (5.5.). Galeazzo Ciano wird Außenminister (9.6.1936 bis 5.2.1943). Italien interveniert nach Francos Putsch in Spanien (Juli). Mussolini verkündet die "Achse Rom-Berlin" (1.11.).

1937 Garibaldi-Brigaden siegen in Guadalajara (März). Mussolini auf Deutschland-Besuch (25.-29.9.). Italien tritt dem Antikomintern-Pakt bei (6.11.).

1938 Mussolini toleriert den "Anschluß" Österreichs (12.3.). Hitler in Italien (3.-9.5.). Münchner Konferenz, Mussolini als "Friedensstifter" (29./30.9.).

1939 Deutsche Truppen in Prag (15.3.). Italien besetzt Albanien (April). "Stahlpakt" (22.5.). Ciano wird über deutsche Kriegspläne gegen Polen informiert (11.8.). Deutsch-italienischer Vertrag über Südtirol (21.10.), Umsiedlungen Deutschsprachiger.

1940 Italiens Kriegseintritt (10.6.). Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan (27.9.). Italien greift Ägypten (16.9.) und Griechenland an (28.10.).

1941 Deutschland überfällt Griechenland, Deutschland und Italien überfallen Jugoslawien (6.4.). Britische Truppen erobern Mogadischu (25.2.) und Addis Abeba (5.5). Deutschland überfällt die Sowjetunion (22.6.), die ersten italienischen Truppen schließen sich an (26.6.).

1942 Deutsch-italienische Offensive in Nordafrika (Mai). Britischer Durchbruch bei El Alamein (3.11.). US-Truppen landen in Nordafrika (November).

1943 Vernichtung der Italienischen Armee in Rußland (Januar). Landung der Alliierten auf Sizilien (10.7.). Der Faschistische Großrat gegen Mussolini, der König läßt ihn verhaften (24./25.7.). US-General Eisenhower gibt den Waffenstillstand bekannt (8.9.).

34. Im Vorfeld der Revolution von 1848: Der Weberaufstand

Im Vorfeld der Revolution von 1848: Der Weber-Aufstand

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:28

Marx tobte. Der Vorwärts, eine deutsche Zeitschrift in Paris, hatte einen Artikel über den schlesischen Weberaufstand veröffentlicht, der in jeder Hinsicht ärgerlich war. Diese Erhebung, hieß es dort, sei bloß eine lokale Hungerrevolte gewesen, die schnell unterdrückt werden konnte und kaum geeignet sei, die Herrschenden zu beunruhigen. (1)

Im Juni 1844 hatten im schlesischen Eulengebirge die Weber revoltiert. Sie hatten die Grundstücke der meistgehaßten Kaufleute und Fabrikanten gestürmt und waren in die Kontore, Werkstätten und Wohnhäuser eingedrungen. Dort hatten sie die Garn- und Warenvorräte zerstört, das Mobiliar zertrümmert, die Kassenbücher zerschnitten und Maschinen und Werkzeuge demoliert. "Nach zwei Stunden war ich ein armer Mann mit einem Verlust von 30.000 Talern", klagte Andritzki, einer der geschädigten Handelsherren, nach der Revolte. (2)

Der Aufstand konnte durch Preußens Militär schnell unterdrückt werden, schon nach wenigen Tagen waren Ruhe und Ordnung wiederhergestellt. Trotzdem rührte die Erhebung wie kaum ein anderes Ereignis dieser Zeit an das Gewissen der Politiker und Intellektuellen. Die soziale Frage wurde weithin diskutiert, Pauperismus war das Thema: Würde die Massenverarmung - wie in Frankreich und England - auch in Deutschland zu weiteren Rebellionen, vielleicht gar zu revolutionären Erhebungen führen? Oder waren es nur Faulpelze und Trunkenbolde, die da revoltiert hatten? Und was die Ursachen betraf: Lag es an der Einführung von Maschinen, wenn die unteren Schichten verelendeten? Hatten sozialistische und kommunistische Strömungen, wie sie in Westeuropa sichtbar geworden waren, nun auch in der verarmten Bevölkerung Deutschlands eine Chance?

Der Vorwärts hatte mehrfach über den Weberaufstand berichtet, der sich gegen Hungerlöhne, Preisabsprachen der Handelshäuser und die Einführung von mechanischen Webstühlen richtete. Auch das Weberlied von Heinrich Heine war zuerst im Vorwärts erschienen. (3) Die Redakteure und Autoren des Blattes waren Kampfgefährten, zum Teil sogar Freunde von Marx. Aber was jetzt, am 27. Juli 1844, unter dem Titel Der König von Preußen und die Socialreform über den Weberaufstand in dieser Zeitung stand, konnte man mit Marx nur als "literarische Scharlatanerie" bezeichnen. (4)

"Es ist unmöglich", schrieb der Verfasser des inkriminierten Artikels, "die partielle Not der Fabrikdistrikte in einem unpolitischen Lande, wie Deutschland, als eine allgemeine Angelegenheit, geschweige denn als einen Schaden der ganzen zivilisierten Welt zu Anschauung zu bringen." (5) Und weiter: "Die deutschen Armen sind nicht klüger als die armen Deutschen, d.h. sie sehen nirgends über ihren Herd, ihre Fabrik, ihren Distrikt hinaus; die ganze Frage ist von der alles durchdringenden politischen Seele bis jetzt noch verlassen." (6)

Marx war entrüstet über den schulmeisternden Ton des Artikels, der mit dem Pseudonym "ein Preuße" unterzeichnet war. Dieser angebliche "Preuße", wetterte Marx, verstehe nichts von der Geschichte der sozialen Bewegungen und nehme einen vollkommen falschen Standpunkt ein. Denn sonst hätte er erkennen müssen, "daß kein einziger der französischen und englischen Arbeiteraufstände einen so theoretischen und bewußten Charakter besaß wie der schlesische Weberaufstand." (7)

Marx war nicht nur darüber verärgert, daß der Vorwärts die Thesen des "Preußen" gedruckt hatte. Die Sache war besonders peinlich, weil man vermuten mußte, daß er selbst der Verfasser sei. Tatsächlich hatte den unsäglichen Artikel jedoch kein "Preuße" geschrieben, sondern ein Deutscher, der Dresdener Bürgerrecht genoß: der Junghegelianer Arnold Ruge.

Ausgerechnet Ruge! Mit dem hatte Karl Marx zwar noch Anfang 1844 gemeinsam die Deutsch-Französischen Jahrbücher herausgegeben, aber seit einiger Zeit mehrten sich die Differenzen zwischen ihnen. Ruge war nicht bereit, die demokratische Bewegung mit den Kämpfen des Proletariats zu verbinden. Daß Ruge diese Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit zu vertuschen suchte, ärgerte Marx ganz besonders. Er

mußte seinen ideologischen Bruch mit Ruge klar und öffentlich vollziehen. Nach elf Tagen erschien im Vorwärts der erste von zwei langen Beiträgen, in denen er sich mit Ruges Thesen auseinandersetzte und grundsätzlich mit den Positionen des ehemaligen Freundes abrechnete.

In diesen Kritischen Randglossen ging Marx auch auf die landläufigen Auffassungen über die Massenarmut und die im Gefolge der Verelendung zu erwartenden sozialen Unruhen ein. Die industrielle Revolution hatte Anfang des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland zu tiefgreifenden Krisenerscheinungen geführt. Durch die Ereignisse der Französischen Juli-Revolution, vor allem aber durch die Weber-Revolte von 1844 erhielt die Debatte über die "soziale Frage" neue Dimensionen, und sie stieß auf ein ungewöhnlich starkes Interesse in der Öffentlichkeit.

Spendenaufrufe und Wohltätigkeitsvereine

Schon 1843 begannen Schriftsteller und Journalisten, die breitere Öffentlichkeit über die kaum faßbare Not in den Webereidistrikten zu unterrichten. Bettina von Arnim z.B. veröffentlichte 1843 in Dies Buch gehört dem König einen dokumentarischen Bericht über die Lage der Weber, Spinner und Tagelöhner im sogenannten Vogtland, einer Armenkolonie vor den Toren Berlins. Ihr "Königsbuch" wurde viel gelesen. Nach der Erhebung der Weber beschuldigte ein preußischer Minister daher die Autorin, "sie sei Ursache des Aufstandes, sie habe die Leute aufgehetzt, ihnen Hoffnungen erweckt, durch ihre Reden und Briefe, und schon durch ihr Königsbuch!" (8)

In der Tagespresse häuften sich detaillierte Schilderungen des Weberelends; sie war voll von Appellen an die Leser, durch mildtätiges Verhalten zumindest die schlimmste Not zu mildern. Auch Wilhelm Wolff, der später ein Mitarbeiter und Freund von Marx wurde, gehörte damals zu jenen, die das Publikum aufrütteln und Mitleid wecken wollten. Darauf zielte jedenfalls sein Augenzeugenbericht über das Obdachlosenasyl von Breslau (Schlesien), Die Kasematten, der großes Aufsehen erregte und ihm den Namen "Kasematten-Wolff" verschaffte. (9) Erst nach dem Weber-Aufstand begann Wolff, sich auch für die Ursachen der Verelendung zu interessieren und ein analytisches Begriffsinstrumentarium zu entwickeln, das die bürgerliche Mitleidsethik hinter sich ließ.

Eduard Pelz (Pseudonym Treumund Welp), neben Wolff einer der engagiertesten Berichterstatter aus Schlesien, setzte ebenfalls auf private und öffentliche Wohlfahrt, allerdings sah er darin nur eine Notlösung. ",Händebeschäftigung` heißt das Radikalmittel" schrieb er im Februar 1844, "weil durch dasselbe allein die rechte Art wohlzutun ausgeübt werden kann in einer Zeit, wo der Riese Geist gegen die Hände-Arbeit kühn und keck anstrebt." (10)

Auch andere Publizisten lehnten eine Mechanisierung der Textilindustrie ab. Aber wie sollte das angebliche ‚Radikalmittel` die schlesischen Weber vor der englischen Konkurrenz schützen, die längst mit mechanischen Webstühlen produzierte und zwischen 1815 und 1830 den Weltmarkt erobert hatte? Vor allem, weil sich die Weberei in Deutschland dieser technischen Entwicklung nicht anpassen konnte, weil hier noch immer "Hände-Arbeit" überwog, sanken seit 1837 die Tuchexporte, die Preise und damit auch die Löhne für die Heimarbeiter.

"Seit sieben und mehr Jahren haben sich die Unglücklichen nicht mehr irgendein Kleidungsstück beschaffen können, ihre Bedeckung besteht aus Lumpen, ihre Wohnungen verfallen, da sie die Kosten der Herstellung nicht aufbringen können", schrieb Alexander Schneer kurz vor dem Aufstand über die Lage der schlesischen Weber. (11) Der Hunger in diesen Gebieten, so Schneer, treibe die Leute dazu, Viehkartoffeln und Schwarz- oder Viehmehl zu essen, ja sogar den stinkenden Kleister zu verzehren, der in den Webereien gebraucht wurde. Ein von Schneer befragter Weber erzählte mit Freudentränen in den Augen: "Er hätte bei der mangelnden Arbeit das Glück gehabt, daß in der Nähe zwei Pferde krepiert wären, deren Fleisch ihn, seinem Weib Antonie und seine drei Kinder eine Zeitlang erhalten. (12) Hungertyphus breitete sich aus. In einigen schlesischen Zeitungen wurde berichtet, daß mehr als 50.000 Weberfamilien dem Hungertode ausgeliefert seien.

Christliche Nächstenliebe - darin sahen viele eine Möglichkeit, die Not zu lindern, unter anderen auch der preußische König. Nach der Niederschlagung des Aufstandes erließ Friedrich Wilhelm IV. eine Kabinettsordre: Eine "Abhilfe dieser Übel" sei nur durch die "Vereinigung aller Kräfte christlich mildtätiger Herzen" möglich; die

behördliche Armenpflege müsse verbessert werden, "die Bildung wohltätiger Gesellschaften" sei zu begünstigen. (13)

Zuchthaus und Zensur

"Die guten Worte und die gute Gesinnung sind wohlfeil", höhnte Ruge im Vorwärts über diese Vorschläge. Mit gewissem Recht. Denn das königlich-christliche Mitgefühl hatte seine Grenzen: Nach der Revolte ordnete Friedrich Wilhelm IV. speziell für die schlesische Presse verschärfte Zensurbestimmungen an, und die Aufständischen ließ er mit scharfen Strafen belegen. Mitte Juni bereits traf in Breslau ein Befehl des Königs ein, der verlangte, daß alles aufgeboten werde, um die Aufwiegler und Anstifter des Aufruhrs zu ermitteln und zur Strafe zu ziehen. 80 Aufrührer wurden angeklagt und zu insgesamt 203 Jahren Zuchthaus, 90 Jahren Festungshaft und 330 Peitschenhieben verurteilt - Strafen, die viele der ausgemergelten, halbverhungerten Weber kaum überlebt haben dürften. (14)

Die drakonischen Urteile und die Zensur taten ihre Wirkung: Die Weber blieben in den folgenden Jahren friedfertig, auch wenn sich an ihrer Situation wenig änderte. Daher schlossen sich viele Bürgerliche der Meinung Ruges an, daß der schlesische Aufstand nur eine unbedeutende Hungerrevolte gewesen sei, nicht geeignet, den König und die Behörden zu beunruhigen.

Ruge trat für bürgerliche Demokratie ein. Der soziale Gegensatz zwischen arm und reich, zwischen Kapital und Arbeit berührte ihn wenig. Er war an dem Konflikt zwischen Adel und Bürgertum interessiert, und in dieser Hinsicht enthielt seine Kritik am Weberaufstand auch Richtiges: König und Adel mußten sich von den Ausschreitungen in Schlesien tatsächlich kaum bedroht fühlen, denn diese waren ausschießlich sozial motiviert. Der Aufstand hatte sich nicht gegen die politisch Herrschenden, sondern gegen die bürgerlichen Fabrikanten und Handelsherren gerichtet. Adlige wie der Graf Yorck von Wartenburg konnten daher gelassen auf die Berichte über das Elend der Weber reagieren. "Laßt einige 50 bis 60.000 verhungern", soll er gesagt haben, "hier ist nicht anders zu helfen; die übrigen werden dann Arbeit haben im Gebirge, oder sie müssen in Gegenden verpflanzt werden, wo wir noch Hände brauchen!" (15)

Die schlesische Bourgeoisie hingegen nahm den Aufstand äußerst ernst und versuchte, die stärkste Macht des Staates, das Militär, auch langfristig gegen die Weber zu mobilisieren. In Reichenbach, dem Zentrum der unruhigen Region, sollte dauerhaft eine Garnison stationiert werden. Denn ganz so leicht, wie Ruge behauptete, konnte die Weber-Revolte nicht niedergeschlagen werden. Obwohl der kommandierende Offizier das Feuer eröffnen ließ, elf Menschen getötet und mehr als 20 schwer verletzt wurden, beachteten die Aufständischen seinen Befehl zum Auseinandergehen nicht. Im Gegenteil, es strömten immer mehr mit Steinen, Äxten und Knüppeln bewaffnete Leute zusammen und vertrieben das Militär. Erst als am nächsten Tag die Truppe verstärkt wurde, verzichteten die Aufrührer angesichts der Übermacht auf offenen Widerstand.

Die Grenzen politischer Reformen

Während Arnold Ruge am Weberaufstand kritisierte, daß ihm "die politische Seele" fehle, erkannte Marx, daß es den Webern nicht um Politik und die Konflikte zwischen Aristokratie und Bürgertum ging. Mit dem Weberaufstand wurde vielmehr schlaglichtartig ein neuer Klassenkonflikt sichtbar, und hier setzte Marx an: Die Interessengegensätze zwischen den pauperisierten Arbeitern und Handwerkern auf der einen und den Handelsherren und Fabrikanten auf der anderen Seite waren weder durch Hilfeleistungen noch durch Verwaltungsreformen aufzulösen, wie sie übrigens auch Ruge forderte. Das konnte Marx am Beispiel Englands zeigen, wo man die Armenadministration reformiert und großzügig mit Geldern ausgestattet hatte - und trotzdem nicht mit dem Pauperismus fertiggeworden war. Ebensowenig hatte Frankreich die Massenarmut beseitigen können. (16)

Also suchte man die Quelle der Armut in der Wohlfahrt selbst. In England wurde Malthus' Theorie populär, daß der Pauperismus ein ewiges Naturgesetz sei: Da die Bevölkerung unaufhörlich die Subsistenzmittel zu überschreiten strebe, so der englische Nationalökonom, sei die Wohltätigkeit eine Narrheit, eine förmliche Aufmunterung für das Elend. Der Staat könne daher nichts tun, als die Armen ihrem Schicksal überlassen und höchstens den Tod der Elenden erleichtern.

Ähnliche Auffassungen kursierten auch in Deutschland. In einigen bürgerlichen Zeitungen wurde gezweifelt, ob die Hilfsmaßnahmen für die Weber überhaupt ihren Zweck erreichen könnten. Die Aachener Zeitung z.B.,

verlegt von einem liberalen rheinischen Industriellen, warf vor dem Aufstand die Frage auf, ob sich die Armen nicht allzu leicht an die Unterstützungen wie an eine bequeme, sichere Rente gewöhnen würden. Dennoch empfahl auch die Aachener, den verelendeten Webern zu helfen. (17) Die Angst vor revolutionären Erhebungen, wie man sie in England und Frankreich erlebt hatte, war groß. So groß, daß allenthalben nicht nur Hilfs- und Unterstützungsvereine entstanden, sondern fast alle politischen Richtungen Reformvorschläge zu formulieren begannen.

Den "rechten", klerikalen Flügel der Reformer vertrat der konservative katholische Philosoph und Theologe Franz von Baader. Bereits 1835 veröffentlichte er eine Analyse frühkapitalistischer Krisenerschienungen. Baader wollte Staat und Kirche erhalten. Aber gerade damit "eine wahrhafte Conterrevolution" Bestand haben könne, verlangte er umfassende Reformen. Mit Blick auf die englische Arbeiterbewegung und die Streiks und Unruhen in Frankreich schrieb er, daß die "überall bestehende leichte Reformierbarkeit" durch Reformen nicht zu dämpfen sei. Denn die Unzufriedenheit beruhe auf einem "Mißverhältnis der Vermögenslosen oder der armen Volksklasse hinsichtlich ihres Auskommens zu den Vermögenden". (18) Eine Meinung, die Marx ohne weiteres gegen Ruge hätte ins Feld führen können; so wurde denn auch behauptet, Marx habe viele Voraussetzungen seiner Theorie bei Baader gefunden. (19)

Baader erkannte die Grenzen der demokratischen Forderung nach einer Verfassung. Auch in den konstitutionellen Staaten England und Frankreich würden sich die Angehörigen der unteren Schichten nicht "geborgen" fühlen, schrieb er, weil sie aufgrund des Zensuswahlrechtes keine Bürger seien und in einem "rechtlosen, (unbürgerlichen, weil unverbürgten) Zustand" leben müßten. (20) Und wer weder mit seinem Herzen noch mit seinem Magen, weder durch Pflicht noch Ehre, an die bestehende Verfassung geknüpft sei, könne sich ihr gegenüber nur indifferent, wenn nicht hassend verhalten.

Baader lehnte sozial-revolutionäre Bestrebungen ab, forderte aber, daß man den Arbeitern ein menschenwürdiges Leben ermöglichen müsse, um den Bestand des Staates zu gewährleisten. Dazu sei Recht im Sinne von Gerechtigkeit das einzige Mittel. An den "Proletairs" (es war Baader, der diesen Begriff in Deutschland einführte) würde aber permanent Unrecht begangen, indem sich die Fabrikherren zusammenschlössen und durch illegale Absprachen die Löhne der Arbeiter "beständig tief unter dem natürlichen Wert und Preis ihrer Ware (nämlich ihrer Arbeit)" hielten. Die angeblich freie Konkurrenz des Kapitalismus sei also nicht frei, vielmehr würde gegen die Arbeiter das drückendste Monopol ausgeübt. (21) Dem wollte Baader legale Assoziationen und Repräsentationen von Arbeitern entgegensetzen.

Baaders Kapitalismuskritik war rückwärtsgewandt und auch religiös motiviert. Nach seinen Vorstellungen sollten sich die Arbeiter in Korporationen nach christlich-mittelalterlichem Vorbild zusammenschließen und dabei von Priestern beraten und geführt werden. Solche legalen Zusammenschlüsse wären von der Regierung kontrollierbar und folglich ungefährlich.

Baader, der in München einen Lehrstuhl für Theologie bekleidete, kannte das Problem der Massenverelendung weniger aus seiner bayerischen Umgebung; er bezog sein Wissen vielmehr aus vielfältigen Informationen über England und Frankreich. Daher ist seine Analyse der sozialen Frage weitsichtiger als vieles, was 1844 in Deutschland zum Pauperismus geschrieben wurde.

Die Angst der "wahren Sozialisten"

Die konservative und regierungsfreundliche Deutsche Allgemeine Zeitung bagatellisierte am 21. Juni 1844 das Elend der schlesischen Weber und machte aus der sozialen Frage ein Problem der Presse: "In den törichsten, unverantwortlichsten Übertreibungen haben wir seit längerer Zeit von der Not unserer Weber hören und lesen müssen." Den Webern gehe es nicht schlechter als allen übrigen Tagelöhnern, und Arbeit gebe es in Straßenbau und Landwirtschaft genug. Die Deutsche Allgemeine Zeitung war nicht das einzige Blatt, das den Einfluß von Presse und Flugblättern für die Erhebung der Weber verantwortlich machte.

Die Königlich-privilegierte Berlinische Zeitung, auch Vossische Zeitung genannt, berichtete sehr genau über den Verlauf des Aufstands. In den kommentierenden Passagen aber wandte sie sich gegen die Aufrührer: Brotlos seien in der Region vor allem "faule, saumselige, liederliche Menschen", und der Aufstand sei nicht zuletzt durch Saufgelage ausgelöst worden. (22)

Die Allgemeine Zeitung aus Augsburg, bis in die frühen 40er Jahre ein Sprachrohr des liberalen Bürgertums, aber 1844 wesentlich zurückhaltender, forderte in ihrer Ausgabe vom 24. Juni 1844 eine strenge Bestrafung der Rädelsführer und kritisierte, daß in der Tagespresse "wenig Stimmen des Tadels über die schändliche, in keiner Weise zu rechtfertigende Verletzung des Eigentums" zu lesen waren.

Verletzung des Eigentums - daran schieden sich die Geister. Selbst die Trier'sche Zeitung, für die der "wahre Sozialist" Karl Grün seit 1843 seine Korrespondenzen schrieb, schreckte davor zurück: "Das Lied, das unter den Arbeitern von Peterswaldau verbreitet war", heißt es in der Ausgabe vom 19. Juni 1844, "soll voll von kommunistischen Ansichten gewesen sein, und ihr verwüstender Zug hatte nach ihrer Erklärung keine andere Absicht als die, auch die anderen zu ‚armen Leuten` zu machen. So zeigt sich der rohe Kommunismus in seiner ganzen negativen Gewalt, da es ihm auf die eine oder andere Weise nur auf Ausgleichung ankommt." Die Trier`sche Zeitung hoffte auf eine Versöhnung von Arbeit und Kapital, die unter einem entwickelten Kapitalismus möglich sein werde: Die blühende Industrie sei die Urheberin von Freiheit, Bildung und Bequemlichkeit, die kümmerliche hingegen die Mutter allen Jammers.

Grün und andere "wahre Sozialisten" wollten die Lage der Arbeiter auf friedlichem Wege durch "Organisation der Arbeit" und durch Bildung verbessern. Für diese Ideen entfalteten sie eine rege publizistische Tätigkeit. Moses Heß, früher Redakteur der liberalen Rheinischen Zeitung, dann ein führender Kopf der "wahren Sozialisten", verkündete im Juli 1844 in einem Brief euphorisch, daß bald "das ganze gebildete Deutschland sozialistisch" sein werde. (23)

Kommunistische Ideen aus Frankreich

Vor dem Aufstand hatte vor allem ein Buch von Lorenz Stein, Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreich, die Öffentlichkeit mit sozialkritischem Gedankengut vertraut gemacht. (24) Der Autor war mit einem Stipendium der preußischen Regierung nach Paris gegangen, um die Theorien des Sozialismus und Kommunismus zu studieren - und überdies geheime Berichte aber die politischen Aktivitäten der dort lebenden deutschen Wanderabeiter zu liefern. Stein lehnte die von ihm dargestellten Lehren ab. Aber sein Buch faszinierte die deutschen Zeitgenossen, und entgegen seiner Absicht gewann er den kommunistischen und sozialistischen Ideen neue Anhänger.

Den an Hegel geschulten Lorenz Stein stieß insbesondere das Prinzip der Egalität ab, das von den französischen Kommunisten vertreten wurde. Denn für Stein bedeutete der Gewinn von Eigentum die Basis für persönliche Freiheit, Bildung und Rechte im Staat - Besitz galt ihm als Grundlage all dessen, was Zivilisation ausmacht. Dennoch forderte er vom Staat getragene Reformen, die auf eine Umverteilung des Reichtums zielen sollten - andernfalls drohe eine Revolution des von allem Genuß ausgeschlossenen Proletariats.

Die

Eigentumsfrage

Der Weberaufstand wirkte polarisierend. Er förderte die Differenzierung der verschiedenen Strömungen bürgerlichen Denkens in Deutschland. Es war vor allem die Eigentumsfrage, die sogar Gefährten im Kampf für die Demokratie, darunter auch einstige Junghegelianer, trennte. Ruge hielt wenig vom "Demoliren der Fabriken und Maschinen". (25) Sein Mitstreiter Marx hingegen meinte gerade darin den ungewöhnlich theoretischen und bewußten Charakter der schlesischen Erhebung erkennen zu können.

Marx analysierte den Weberaufstand vor dem Hintergrund der westeuropäischen Erfahrungen: Weder die französische noch die englische Administration sei mit der Massenarmut fertiggeworden; es sei Unsinn, gerade vom Staate Preußen eine Lösung für dieses Problem zu erwarten. Denn die Macht des Staates und seiner Verwaltung finde gerade dort ihr Ende, wo das bürgerliche Leben und seine Arbeit begännen: bei Handel und Industrie, Privateigentum und Konkurrenz - bei den zwangsläufig unsozialen Verhältnissen, die die bürgerliche Gesellschaft charakterisierten.

Marx hielt es deshalb für richtig, wenn sich die aufständischen Proletarier nicht mit politischen Forderungen an Staat und Verwaltung wandten. Im Gegensatz zu Ruge vermißte er im Weberaufstand keineswegs die "politische Seele"; er begrüßte vielmehr, daß die schlesischen Weber - theoretisch und praktisch - das Privateigentum, die Basis des Staates, unmittelbar angegriffen hatten. Ihre "Theorie" fand er in dem Lied, das sie vor und während ihrer Revolte gesungen haben. Von Politik im engeren Sinne war darin keine Rede. Es

thematisierte vielmehr den unerträglichen Widerspruch zwischen dem Hungerdasein der Weber und dem Reichtum der Fabrikanten. Der Interpretation von Marx zufolge drückten die Weber gerade dadurch ihren grundsätzlichen Gegensatz zur Gesellschaft des Privateigentums aus.

Auch der konkrete Verlauf des Aufstands erschien in seiner Deutung als ein Beleg, daß die soeben beginnende deutsche Arbeiterbewegung im Vergleich zur englischen und französischen theoretisch besonders hoch entwickelt sei: "Nicht nur die Maschinen, diese Rivalen des Arbeiters, werden zerstört, sondern auch die Kaufmannsbücher, die Titel des Eigentums, und während alle anderen Bewegungen sich zunächst nur gegen den Industrieherrn, den sichtbaren Feind kehrten, kehrt sich diese Bewegung zugleich gegen den Bankier, den versteckten Feind." (26)

Marx berücksichtigte dabei nicht, daß die Vernichtung von Besitztiteln seit langem zur Tradition antifeudaler Erhebungen gehörte. Schon zur Zeit der Französischen Revolution wollten schlesische und sächsische Bauern mit den Dokumenten und Büchern der Grundherren auch deren Privilegien und Besitzansprüche vernichten.

Noch ein weiteres Argument führte Marx dafür an, daß "das deutsche Proletariat der Theoretiker des europäischen Proletariats" sei: den Bildungsstand bzw. die Bildungsfähigkeit der deutschen Arbeiter. (27) Als Beispiel nannte er Wilhelm Weitling und dessen "geniale Schriften", darunter Weitlings Buch Garantien der Harmonie und Freiheit (1842), eine Kritik der modernen Gesellschaft, die vom Privatbesitz bestimmt und in sich gegenseitig bekämpfende Klassen gespalten ist.

In seiner Ausdeutung des Weberaufstands überschätzte Marx die Zielsetzung der Revolte und den Bewußtseinsgrad der Aufrührer. Die Weber, deren Erhebung auch religiös motiviert war, hatten gegen ihre materielle Not und den verschwenderischen Lebensstil der Handelsherren revoltiert. An Preußens wirtschaftlicher Ordnung wollten sie ebensowenig ändern wie an seiner politischen. Aber in der Debatte, die der Weberaufstand auslöste, beleuchtete Marx die Ursachen und Folgen der Massenarmut weitaus schärfer als Demokraten oder "wahre Sozialisten": Der Verelendung der arbeitenden Klasse ist weder mit administrativen oder privaten Hilfsaktionen noch mit politischen Reformen im Sinne Ruges beizukommen.

Angela Martin

35. "Komplizen der Mörder"? Hätten mehr Juden vor dem Holocaust gerettet werden können?

Autor: Kt. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:14

Im vergangenen Jahr 1997 ist in Großbritannien, den USA und Kanada ein Buch erschienen, mit dem eine Frage noch einmal aufgerollt werden soll, die bereits spätestens Mitte der 80er Jahre definitiv geklärt schien: Hat die ganze Welt die Juden angesichts des Völkermords durch die Deutschen in Stich gelassen? Wurden aus Gleichgültigkeit, aus politischem Opportunismus oder sogar aus antisemitischer Feindseligkeit gegen die Opfer realistische Möglichkeiten verpaßt, zehntausende oder hunderttausende Menschen zu retten? Die Bejahung dieser Fragen hat sich eindeutig die politische Meinungsführerschaft gewonnen - vielleicht nicht hundertprozentig unumstritten unter den Historikern, aber absolut eindeutig im öffentlichen Bewußtsein.

William D. Rubinstein versucht jetzt in seinem Buch "The Myth of Rescue" (Der Mythos der Rettung) zu beweisen, daß die allgemeine Meinung dennoch von falschen Voraussetzungen ausgeht und in ihren Schlußfolgerungen irrt. Worum es geht, kündigt gleich der apodiktisch zugespitzte und stark vereinfachte Untertitel an: "Why the democracies could not have saved more Jews from the Nazis". Soll heißen, die demokratischen Staaten der Anti-Hitler-Front hätten unter gar keinen Umständen und auf keine Weise mehr Juden retten können als tatsächlich überlebten.

Mir scheint, daß Rubinstein seine zentralen Thesen über das Maß des Zweckmäßigen und Zulässigen hinaus zugespitzt und vereinfacht hat - vielleicht in der Hoffnung, auf diese Weise besser wahrgenommen zu werden. Ob dem Historiker, der in den USA geboren wurde und dort aufwuchs, dann lange in Australien lebte und arbeitete, jetzt Professor an der Waliser Universität Aberystwyth ist, und der bisher noch nicht als Autor zum Holocaust in Erscheinung getreten war, inzwischen für sein Buch im englischen Sprachgebiet der Erfolg einer öffentlichen Aufmerksamkeit beschieden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Die umfangreichen Fakten und bedenkenwerten Argumente, die er gegen die vorherrschenden Thesen anführt, sollten jedenfalls trotz erheblicher Schwächen des Buches zur Kenntnis genommen werden.

Wer war schuld?

Der Vorwurf, die ganze Welt sei für den deutschen Völkermord an den Juden mitverantwortlich, ist nicht neu. Er tauchte schon während des Krieges auf. Als Szmul Zygielboim, jüdisches Mitglied der polnischen Exilregierung in London, am 12. Mai 1943 seinem Leben selbst ein Ende setzte, hinterließ er ein bitteres Schreiben, in dem es hieß: "Die Verantwortung für die Ermordung der gesamten jüdischen Bevölkerung Polens liegt vor allem bei den Mördern selbst, aber indirekt fällt sie auch der gesamten Menschheit zu, der Bevölkerung und den Regierungen, die bislang keine entschlossenen Schritte getan haben, um diesen Verbrechen Einhalt zu gebieten. Durch ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Tötung wehrloser Millionen und der Mißhandlung von Kindern, Frauen und alten Menschen sind diese Länder zu Komplizen der Mörder geworden."

1968 erschienen in den USA die ersten Bücher, die sich mit diesem Thema beschäftigten: "While Six Million Died. A Chronicle of American Apathy" von Arthur Morse und "Paper Walls. American and the Refugee Crisis. 1938-1941" von David S. Wyman. Warum wurde das Thema erst mehr als 20 Jahre nach Kriegsende von den Historikern aufgegriffen? Sicher nicht zuletzt deshalb, weil die entscheidenden amerikanischen Aktenbestände erst seit 1965 für die Forschung zugänglich waren.

Es folgten 1970 von Henry L. Feingold "The Politics of Rescue. The Roosevelt Administration and the Holocaust" und 1973 von Saul S. Friedman "No Haven for the Oppressed. United States Policy Toward Jewish Refugees 1938-45". Bernard Wasserstein kritisierte in "Britain and the Jews of Europe 1939-1945" (1979) in analoger Weise die Politik Großbritanniens. Walter Laqueur erhob in "The Terrible Secret" (1980) den Vorwurf, die Alliierten hätten Informationen über den Massenmord an den Juden bewußt unterdrückt oder zumindest nicht angemessen publik gemacht. Martin Gilbert beschäftigte sich in seinem Buch "Auschwitz and the Allies" (1981) ausführlich mit der Frage, welche Möglichkeiten bestanden hätten, die Vernichtungsanlagen in Auschwitz durch Bombenangriffe zu zerstören, und warum diese Option nicht wahrgenommen wurde. Zu diesem Thema hatte Wyman schon 1978 einen Aufsatz in der jüdisch-amerikanischen Zeitschrift

"Commentary" veröffentlicht. 1983 kam Monty Penkowers "The Jews Were Expendable. Free World Diplomacy and the Holocaust". Das 1984 erschienene zweite Buch von Wyman, "The Abandonment of the Jews. America and the Holocaust", untersuchte die amerikanische Politik in den Jahren 1942-44. In Deutschland kam es 1986 unter dem Titel "Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden" auf den Markt.

Die Kritik richtete sich, wie schon aus der Aufreihung der Buchtitel erkennbar wird, in der Hauptsache gegen die USA. Sie zielte damit letzten Endes auf die moralische Demontage der Politik Roosevelts, der zu seiner Zeit die große Mehrheit der amerikanischen Juden hinter sich hatte wie vor ihm kein einziger und nach ihm kaum ein anderer Präsident.

Selbstverständlich war diese Kritik an den USA und an der nichtjüdischen Welt insgesamt - unabhängig von der Frage ihrer sachlichen Berechtigung - politisch instrumentalisierbar. Schließlich war und ist die These, daß im Grunde alle nichtjüdischen Völker antisemitisch bestimmt sind und daß die Juden sich immer nur auf sich selbst verlassen können, die zentrale Voraussetzung des Zionismus und des Staates Israel. Vor allem in der Argumentation Menachem Begins hieß das auch: Niemand habe das Recht, Israels Politik gegenüber den Palästinensern zu kritisieren. Schließlich habe die ganze Welt damals die Juden in Stich gelassen und müsse es ihnen heute selbst überlassen, wie sie sich verteidigen.

Bei dieser vergleichsweise unkomplizierten Problemstellung blieb es jedoch nicht, und konnte es nach Lage der historischen Fakten auch nicht bleiben. Zu recht bemerkte Lloyd P. Gartner schon 1969 in seiner Rezension des Morse-Buchs für das "American Jewish Historical Quarterly": Während der Roosevelt-Ära seien mehr Juden in einflußreichen Positionen gewesen als unter irgendeiner früheren Regierung. Was aber hätten diese Leute angesichts der Notlage der europäischen Juden getan? Man komme kaum an der Schlußfolgerung vorbei, daß Roosevelts Nichthandeln auch mit der Tatsache zusammenhänge, daß von den führenden jüdischen Vertretern kein entsprechender Druck ausgeübt wurde.

Bald wurde das Thema von rechtszionistischer Seite aufgegriffen, um dem damaligen, sozialdemokratisch und sozialliberal geprägten Mainstream des Zionismus vorzuwerfen, er habe seinerseits (aus Opportunismus gegenüber Roosevelt, aus einer defensiven Haltung zum Antisemitismus der amerikanischen Gesellschaft oder warum auch immer) angesichts des Holocaust versagt. Leon Weliczker Wells, selbst ein Holocaust-Überlebender (als einziger aus seiner Familie), richtete mit seinem Buch "Und sie machten Politik" (1989) gegen die amerikanischen Zionisten insgesamt den Vorwurf, sie seien über den deutschen Massenmord an den Juden hinweg zur Tagesordnung übergegangen, d.h. zu der sie hauptsächlich interessierenden Frage der Staatsgründung Israels. Auch für diese bittere These lassen sich übrigens einige Fakten und Zitate beibringen. Der israelische Historiker Tom Segev kam in "The Seventh Million. The Israelis and the Holocaust" (1993; deutsch 1995) zu einer ähnlichen Aussage für die maßgeblichen zionistischen Politiker im damaligen Palästina. Er konstatierte aber, anders als Wells, ganz klar, daß die zionistische Bewegung keine Möglichkeit gehabt habe, den Juden in Europa zur Hilfe zu kommen.

"Jetzt muß gehandelt werden!"

Daß der Vorwurf, die europäischen Juden in Stich gelassen zu haben, sich auch als Streit quer durch das politische Spektrum des Zionismus zieht, ist keineswegs nur ein Phänomen der Geschichtsbetrachtung. Dieser Konflikt wurde, vor allem in den USA, bereits während des Krieges mit großer Schärfe ausgetragen.

Die sog. Bergson-Gruppe, die sich damals in den USA am aktivsten und lautstärksten für Hilfsaktionen jedweder Art aussprach und heftige Vorwürfe gegen die Roosevelt-Regierung (wie auch gegen das jüdische Establishment) richtete, wurde unmittelbar von der rechtszionistischen, extrem nationalistischen Organisation Irgun - der Partei Begins und Shamirs - durch Emissäre aus Palästina gegründet und gelenkt. Gestärkt durch populäre Autoren und Filmschauspieler entfaltete diese Gruppe mit werbemäßig durchgestylten ganzseitigen Zeitungsanzeigen, dramatischen Shows und spektakulären Aktionen (wie dem Protestmarsch von 400 Rabbis zum Weißen Haus am 6. Oktober 1943) eine äußerst effektvolle Agitation. Sie fand wichtige Bündnispartner auch unter Nichtjuden, u.a. prominente Kirchenvertreter, Zeitungsverleger und Politiker.

Der sozialliberale Mainstream des amerikanischen Zionismus sah diese Aktivitäten aus mehreren Gründen sehr ungern und hintertrieb sie mit allen verfügbaren Mitteln, bis hin zur Druckausübung auf einzelne

prominente UnterstützerInnen der Bergson-Gruppe und dem Versuch, Aktionen auf administrativem Weg blockieren zu lassen.

Zu den Gründen, die hier nur kurz angedeutet werden können, gehörte die natürliche Konkurrenz-Situation zwischen zwei verfeindeten politischen Richtungen. Zu bedenken ist dabei, daß dies nicht lediglich ein Konflikt innerhalb der USA war, sondern daß es dabei in erster Linie um die Hegemonie in Palästina und die dort einzuschlagende praktische Politik auf dem Weg zur Unabhängigkeit ging.

Ein weiterer Grund wird allgemein darin gesehen, daß die Mainstream-Zionisten fürchteten, eine PR-starke, auf die europäischen Juden zentrierte Agitation könnte den Antisemitismus fördern. Bedenkt man andererseits die starke Unterstützung, die die Bergson-Gruppe gerade auch von nichtjüdischer Seite erfuhr (u.a. durch die eher rechts orientierte Hearst-Massenpresse), könnte man am Sinn und sogar an der Aufrichtigkeit dieses Arguments zweifeln.

Ganz sicher waren die Mainstream-Zionisten davon überzeugt, daß ihre kontinuierliche, unspektakuläre Art der Politik, in starker Annäherung an die Roosevelt-Administration, praktisch sehr viel wirkungsvoller sei als die Agitation der Bergson-Gruppe, die als nutzlose Schaumschlägerei und teilweise auch als Provokation angesehen wurde.

Ein zusätzlicher Grund lag wohl auch in einigen der nichtjüdischen Bündnispartner, die sich um das Lager der Bergson-Gruppe versammelte. Es handelte sich dabei um bekannte Gegner Roosevelts aus der politischen Rechten, deren Motive nicht völlig frei vom Verdacht waren, sie wollten auf jede Weise dem Präsidenten schaden. Das war selbstverständlich a priori eine Belastung für die langfristig und grundsätzlich angelegte Zusammenarbeit der zionistischen Führung mit der Roosevelt-Administration.

Anfang 1943 tauchte das Gerücht auf, die mit Deutschland verbündete rumänische Regierung sei bereit, 70.000 Juden gegen ein vergleichsweise niedriges Lösegeld (50 Dollar pro Person) ausreisen zu lassen. Die Bergson-Gruppe reagierte mit einer Großanzeige, die am 16. Februar 1943 in der Presse erschien: "Rumänien hat keine Lust mehr, Juden umzubringen. (...) Die Tore Rumäniens stehen offen! Jetzt muß gehandelt werden!" - Falls an dem Gerücht jemals ein wahrer Kern war, so war mit dieser Art von öffentlicher Provokation ganz sicher jede Chance vertan. Viele Handlungen und Forderungen der Bergson-Gruppe zeigen in ähnlicher Weise, daß kaum ein Verständnis für die realen Strukturen im deutschen Machtbereich vorhanden war und daß allzu oft bedenkenlose Effekthascherei im Vordergrund stand.

Vor verschlossenen Türen?

In ihren politischen Auswirkungen hatte die Diskussion um die von der ganzen Welt in Stich gelassenen Juden von vornherein und wohl auch zwangsläufig etwas mißliches. In Deutschland wurden die von den Autoren und ihren Verlagen zahlreich aufgestellten Warnschilder, selbstverständlich solle und dürfe dadurch die deutsche Schuld und Verantwortung nicht relativiert werden, geflissentlich mißachtet. Der Eifer und Umfang, mit dem sich beispielsweise der "Spiegel" im Laufe der Jahre des Themas annahm, ist für diesen Sachverhalt ein ganz guter Indikator.

Das Dilemma ist nicht den Autoren anzulasten, die - wenn auch stellenweise mal polemisch zuspitzend, simplifizierend und übertreibend - überwiegend sachlich orientierte, faktenreiche und wichtige Forschungs- und Diskussionsbeiträge geliefert haben. Das Problem tritt aber auf, sobald sich die breitere Öffentlichkeit und ein nur oberflächlich informiertes Publikum der Sache bemächtigen.

Beispielsweise hat kaum einer der Autoren wirklich behauptet, die demokratischen Regierungen und Gesellschaften hätten "nichts" für die europäischen Juden getan, sondern dem deutschen Völkermord "tatenlos zugesehen". Erhebliche Teile des interessierten Publikums und der journalistischen Zunft lieben aber genau solche schwarz-weißen Sentenzen.

Die meisten Autoren sind auch recht vorsichtig mit der hypothetischen, sich der Beweisbarkeit entziehenden Fragestellung umgegangen, wieviele Juden durch eine andere Politik denn wohl hätten gerettet werden können. Das interessierte Publikum hingegen fängt unterhalb von "mehreren hunderttausend" jüdischen Opfern, deren durchaus mögliche Rettung verpaßt worden sei, gar nicht erst an zu zählen, und selbst an der Millionengrenze macht die tendenziöse Phantasie nicht unbedingt Halt.

Die Vorstellung von jüdischen Flüchtlingen, die verzweifelt Schutz vor dem Zugriff der Deutschen suchen und bei allen Staaten auf verschlossene Türen stoßen, kann wohl als weit verbreitet gelten. Daß schon die NS-Propaganda ausgiebig mit der Behauptung operierte, es wolle ja überhaupt kein Staat die Juden haben, sollte ein Warnzeichen sein, genauer hinzusehen.

Rubinstein behauptet nun, daß 72% der deutschen Juden "entkommen" konnten, bevor 1941 jede Auswanderung verboten wurde. Von den deutsch-jüdischen Kindern und Jugendlichen (bis 24 Jahre) seien es sogar 83% gewesen, die rechtzeitig im Ausland Aufnahme fanden. Ich habe dies mit den vom Autor genannten (allgemein anerkannten) Zahlen nachgerechnet und komme nur auf eine Auswanderungsquote von 53%. Anscheinend hat Rubinstein irrtümlich die "natürliche" Verminderung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland durch den Sterbeüberschuß auf die Zahl der Auswanderer draufaddiert. Auch die Behauptung, daß 83% der Kinder und Jugendlichen emigrieren konnten, ist durch einen evidenten methodischen Fehler überhöht.

Rund 26% der deutschen Juden wurden deportiert. Recht hat der Autor, wenn er darauf hinweist, daß keineswegs sämtliche deutschen Juden seit Februar 1938 nur noch nach einer Möglichkeit zur raschesten Emigration gesucht hatten. Aus unterschiedlichen Gründen gab es viele Menschen, die diesen Weg eigentlich nicht unbedingt gehen wollten und die erst durch die Radikalisierung der judenfeindlichen Politik seit Anfang 1938 mit der Aussichtslosigkeit eines weiteren Bleibens konfrontiert waren. 1939 konnten 78.000 Jüdinnen und Juden Deutschland verlassen und im Ausland Aufnahme finden - mehr als dreimal soviel wie im Durchschnitt der Jahre 1934-37.

Unstrittig war die Einwanderungspolitik der USA, Großbritanniens und anderer Staaten bereits seit den 20er Jahren restriktiv, das räumt auch Rubinstein ein. Sie sei aber gerade gegenüber den jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland vergleichsweise liberal, ja großzügig gewesen. Beispielsweise seien rund ein Drittel aller Menschen, die zwischen 1933 und 1941 als Einwanderer in die USA kamen, Juden gewesen, und 1938-1940 sogar mehr als die Hälfte. Dies wäre nicht unwichtig, weil die meisten Kritiker unterstellen, daß Feindseligkeit und Mißtrauen speziell gegen die Juden ein wesentliches Motiv der restriktiven amerikanischen Einwanderungspolitik zwischen 1933 und 1941 gewesen seien.

Rubinstein erinnert ferner daran, daß Deutschland in den 30er Jahren nicht das einzige Land war, das seine Juden los werden wollte. Vor allem Polen mit etwa 3,3 Millionen jüdischen Einwohnern, aber auch Rumänien und Ungarn mit zusammen ungefähr 1,3 Millionen radikalisierten ihre antijüdischen Maßnahmen und bemühten sich zugleich international ganz stark um Auswanderungsmöglichkeiten. Insofern bestand zwischen Deutschland und anderen antisemitischen Staaten eine scharfe Konkurrenz. Nach dem November-Pogrom 1938 schrieb eine polnische Zeitung, Deutschland habe sich durch sein rücksichtsloses Vorgehen "eine Prämie verschafft", da nun in den USA und England nur noch von der Auswanderung der deutschen Juden - und nicht mehr von den polnischen Juden - gesprochen werde. Rubinstein vermutet, daß eine Politik völlig "offener Türen" seitens der demokratischen Staaten gegenüber Deutschland andere antisemitischen Regierungen möglicherweise dazu ermutigt hätte, ihre jüdischen Bevölkerungen ebenfalls noch stärker zu schikanieren, um den Aufnahmedruck auf die demokratischen Staaten zu erhöhen.

Seit 1941 war eine legale jüdische Emigration aus dem deutschen Machtbereich nicht mehr möglich. Das Hauptproblem bestand also von diesem Zeitpunkt an nicht mehr in einer restriktiven Politik potentieller Aufnahmeländer, sondern darin, daß die Juden in der deutschen Falle saßen und nur noch sehr schmale Fluchtbewegungen möglich waren.

Die Fluchtwege führten vor allem über die Schwarzmeerhäfen von Deutschlands Verbündeten Rumänien und Bulgarien. Wäre Hilfe der Alliierten möglich und zweckmäßig gewesen? Alles spricht gegen diese These. Die Deutschen tolerierten ein geringes, nach Hundertern zählendes Ausmaß der illegalen Emigration, aber sie hätten vermutlich mit der Besetzung Rumäniens und Bulgariens reagiert (so wie im März 1944 in Ungarn), wenn die Alliierten versucht hätten, sich unmittelbar und offen einzumischen. Wenn sie also beispielsweise Schiffe zur Aufnahme größerer Flüchtlingszahlen geschickt hätten. Sowohl in Rumänien wie auch in Bulgarien waren die "einheimischen" Juden vergleichsweise sicher vor dem deutschen Zugriff und haben mehrheitlich den Krieg überlebt. Eine stärker auf Einmischung und Hilfe angelegte Politik der Alliierten hätte dieses Ergebnis möglichweise gefährdet.

Andererseits waren - das kommt bei Rubinstein viel zu kurz - die westlichen Demokratien aber auch tatsächlich nicht interessiert, nennenswerte Mengen von Flüchtlingen aufzunehmen. Das wäre wahrscheinlich auch nicht anders gewesen, falls dafür realistische Chancen bestanden hätten. Daß Hitler ihnen vielleicht Hunderttausende von Menschen "aufladen" könnte, die sie dann ernähren müßten, wirkte auf die Alliierten wie eine Schreckensvision.

Absolut unwahrscheinlich war eine solche Entwicklung nicht: Mindestens zweimal, nämlich während der Belagerung Leningrads (im Herbst/Winter 1941/42) und dann mit Blick auf die noch lebenden Juden im deutschen Machtbereich 1944 tauchten kurzzeitig solche Überlegungen auf deutscher Seite auf. In beiden Fällen ging es vermutlich nicht um ein ernstgemeintes "Angebot", sondern um einen Schein-Vorschlag, in der Erwartung, damit die Alliierten bloßstellen und anschließend das eigene brutale Vorgehen dadurch rechtfertigen zu können.

Warum wurde Auschwitz nicht bombardiert?

Rubinstein hat sämtliche irgendwo geäußerten Ideen, was angeblich "hätte getan werden können", um Druck auf Deutschland auszuüben und um praktische Hilfe für die Juden im deutschen Machtbereich zu organisieren, gesammelt und bewertet. Er verwirft alle diese Vorstellungen als illusionär. Spätestens seit der Hineinziehung der USA in den Krieg (Dezember 1941) habe es es keine zusätzliche Option der Druckausübung gegeben, mit der man die Deutschen noch glaubwürdig und effektiv hätte abschrecken können.

Die Drohung, daß man die Schuldigen am Völkermord hart bestrafen würde - eine Forderung, die in allen "Rettungs"-Katalogen vorkam -, wurde schon 1942 von den alliierten Regierungen mehrmals eindeutig ausgesprochen und war von da an nicht mehr steigerungsfähig. - Gefordert wurden als Vergeltung und Drohung Luftangriffe gegen deutsche Bevölkerungszentren, aber seit die USA und Großbritannien dazu technisch in der Lage waren (Frühjahr 1943), fanden diese ohnehin in maximalem Umfang statt. - Gefordert wurden Repressalien gegen deutsche Kriegsgefangene und Zivilisten im Machtbereich der Alliierten, aber damit wären Gegen-Repressalien riskiert worden, und zumindest bis Mitte 1944 befanden sich mehr alliierte Kriegsgefangene in deutscher Hand als umgekehrt. - Gefordert wurde massiver Druck auf Deutschlands Verbündete, aber dieser setzte ein anderes militärisches Kräfteverhältnis voraus - und wurde dann 1944, vor allem gegenüber Ungarn, tatsächlich mit gewissen Erfolgen praktiziert.

Der Autor weist auch den gängigen Vorwurf zurück, die Alliierten hätten die Vernichtungsanlagen in Auschwitz und die Zufahrtswege bombardieren müssen. Technisch rückte ein solches Unternehmen überhaupt erst im Sommer 1944 in den Bereich des Realisierbaren. Vorher war es auch von niemandem vorgeschlagen bzw. gefordert worden. Erst zu dieser Zeit lagen auch Berichte vor, die die Funktion von Auschwitz als Vernichtungslager deutlich und eindeutig machten.

Um effektiv zu sein, wären mehrfach wiederholte Angriffe größerer Verbände notwendig gewesen. Das offizielle Gegenargument der Politiker und Militärs war, daß eine solche Abzweigung von Kräften für eine "nichtmilitärische" Aufgabe den Kriegsanstrengungen schaden würde. Das ist nicht unbedingt überzeugend. Andererseits wäre die Funktion einer Bombardierung vermutlich im wesentlichen politisch-symbolisch geblieben, weil die deutschen Stellen selbst bei einer (schwer zu bewerkstelligenden) nachhaltigen Totalzerstörung von Auschwitz Alternativmöglichkeiten für eine Fortsetzung des Mordens gehabt hätten.

Auch mit der beliebten Spekulation "was gewesen wäre, wenn es damals schon den Staat Israel gegeben hätte", setzt Rubinstein sich kritisch auseinander. Zigtausende jüdische Flüchtlinge hätten dort Aufnahme und Schutz finden können, haben manche Autoren behauptet, und einige israelische Politiker haben diese These zu eigenem Nutzen aufgegriffen. Rubinstein wendet dagegen zweierlei ein: Erstens gab es damals im zionistischen Spektrum überhaupt niemanden, der für eine Staatsgründung als sofortige Handlungsoption eintrat. Ein entscheidender Grund war, daß die Juden nur eine Minderheit der Bevölkerung Palästinas ohne geschlossenes Territorium waren. Zweitens hätte die Existenz eines jüdischen Staates im Nahen Osten Hitler vermutlich - und mit guten Erfolgsaussichten - veranlaßt, der Zerstörung dieses Staates höchste Priorität einzuräumen und starke deutsche Kräfte auf den nordafrikanischen und nahöstlichen Kriegsschauplatz zu konzentrieren. Außerdem: Die britische Einwanderungspolitik für Palästina war seit dem "Weißbuch" vom Mai 1939 tatsächlich sehr restriktiv. Aber tatsächlich konnte nicht einmal die recht niedrig angesetzte Quote noch voll ausgeschöpft werden, und zwar in erster Linie nicht wegen des tatsächlich blockierenden Verhaltens

britischer Stellen, sondern weil nur wenige Tausend Flüchtlinge aus dem deutschen Machtbereich herausgelangen konnten.

Wahrscheinlich hat Rubinstein mit seiner These, daß kaum erheblich mehr Juden durch welche Aktivitäten der Alliierten auch immer hätten gerettet werden können, im wesentlichen Recht. Leider fällt aber bei diesem Ansatz viel berechtigte Kritik, beispielsweise an der Informationspolitik der demokratischen Staaten und ihrer Presse, unter den Tisch. Daß es, aus unterschiedlichen Gründen, erhebliche antijüdische Vorbehalte bei manchen Politikern und Beamten der Alliierten gab - Wyman und andere Autoren haben das dargestellt - bleibt auch dann Tatsache, wenn man nicht unbedingt unterstellt, sie hätten dadurch die Chance zur Rettung von Hunderttausenden verpaßt.

Kt.

William D. Rubinstein, The Myth of Rescue, London und New York 1997, Verlag: Routledge, 267 Seiten. Der Preis liegt umgerechnet bei etwa 60 Mark.

36. Ein Meisterwerk der Weltliteratur. Umberto Eco über das Kommunistische Manifest

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak411/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:02

Am 20. Februar 1848 veröffentlichten Karl Marx und Friedrich Engels in London das "Manifest der Kommunistischen Partei". Der 150. Jahrestag der Erstveröffentlichung war für Umberto Eco Anlaß, das Manifest noch einmal zu lesen - und aus literaturkritischer Sicht zu kommentieren.

Es handelt sich um einen großartigen Text, der apokalyptische Töne und Ironie, wirkungsvolle Slogans und klare Argumente einander abwechseln läßt und der auch heute noch in den Schulen für Werbeleute sorgfältig analysiert werden sollte (wenn die kapitalistische Gesellschaft sich für die Unannehmlichkeiten rächen will, die diese wenigen Seiten ihr bereitet haben).

Lest ihn also bitte noch einmal. Er beginnt mit einem gewaltigen Paukenschlag, wie die Fünfte von Beethoven: "Ein Gespenst geht um in Europa" (vergessen wir nicht: wir sind noch der Blütezeit des präromantischen und romantischen deutschen Romans nahe, und Gespenster sind ernstzunehmende Wesen). Unmittelbar darauf folgt eine Geschichte wie im Adlerfluge, von den sozialen Kämpfen im antiken Rom bis zur Entstehung und Entwicklung der Bourgeoisie, und die den Eroberungen dieser "revolutionären" Klasse gewidmeten Seiten sind auch heute noch wertvoll - für die Anhänger des Wirtschaftsliberalismus. Man sieht (fast wie im Film) diese neue, unaufhaltsame Kraft, die, getrieben von der Suche nach neuen Absatzmärkten, den ganzen Erdkreis durchstreift, ferne Länder erschüttert und umgestaltet, weil die niedrigen Preise ihrer Produkte die schwere Artillerie sind, mit der sie jede chinesische Mauer zum Einsturz bringt und die in ihrem Haß auf die Fremden ohnmächtigen Barbaren kapitulieren läßt; die als Zeichen und Basis ihrer Macht Städte errichtet und entwickelt, sich multinationalisiert, sich globalisiert und statt der nationalen eine Weltliteratur schafft...

Am Ende dieser Eloge kommt die dramatische Wendung: Der Hexenmeister ist unfähig, die von ihm geweckten unterirdischen Kräfte zu beherrschen, der Sieger wird durch die Überproduktion erstickt, er ist gezwungen, seine eigenen Totengräber zu erzeugen, sie aus seinem Innern hervorbrechen zu lassen: die Proletarier.

Jetzt tritt jene neue Kraft auf, die sich, zunächst verstreut und ziellos, in der Maschinenstürmerei verzettelt; die von der Bourgeoisie als Angriffsmasse benutzt wird, um die Feinde ihres Feindes zu schlagen (die absoluten Monarchien, die Grundbesitzer, die Kleinbürger); die immer größere Teile ihrer Gegner, die die Bourgeoisie proletarisiert, in sich aufnimmt, wie Handwerker, Händler, Bauern. Aus Aufruhr wird organisierter Kampf, die Arbeiter treten miteinander in Kontakt dank einer weiteren Kraft, die die Bourgeois zum eigenen Nutzen entwickelt hat: die Kommunikationsmittel. Hier nennt das "Manifest" die Eisenbahnen, denkt aber auch an die neuen Massen-Kommunikationsmittel (vergessen wir nicht, daß Marx und Engels in der "Heiligen Familie" es verstanden, das damalige "Fernsehen" zu nutzen: den Unterhaltungsroman, als Modell der kollektiven Phantasie, dessen Ideologie sie kritisierten, indem sie die von diesem verbreiteten Situationen und Redeweisen benutzten).

An diesem Punkt betreten die Kommunisten die Bühne. Bevor das "Manifest" programmatisch benennt, was sie sind und was sie wollen, nimmt es (mit großartiger rhetorischer Gebärde) den Standpunkt des Bürgers ein, der die Kommunisten fürchtet, und stellt einige schreckliche Fragen: Wollt ihr wirklich das Privateigentum abschaffen? Wollt ihr die Weibergemeinschaft? Wollt ihr die Religion, das Vaterland, die Familie zerstören?

Hier wird das Spiel subtil, denn das "Manifest" scheint auf alle diese Fragen beruhigend zu antworten, wie um dem Gegner zu schmeicheln - dann, mit einer unvorhergesehenen Wendung, schlägt sie ihn auf den Solarplexus und erntet den Applaus des proletarischen Publikums... Wir wollen das Eigentum abschaffen? Aber nein, die Eigentumsverhältnisse sind immer Gegenstand von Veränderungen gewesen, oder hat die französische Revolution etwa nicht das Feudaleigentum zugunsten des Eigentums der Bourgeoisie abgeschafft? Wir wollen das Privateigentum abschaffen? Was für eine Dummheit, es existiert gar nicht, denn es ist das Eigentum von einem Zehntel der Bevölkerung zum Nachteil der übrigen neun Zehntel. Ihr werft uns also vor, wir wollten "Euer" Eigentum abschaffen? Aber ja, genau das wollen wir.

Die Weibergemeinschaft? Wohlan, wir wollen der Frau den Charakter eines Produktionsinstruments nehmen. Die Weibergemeinschaft habt ihr eingeführt, die ihr nicht nur eure Frauen benutzt, sondern auch von denen der Arbeiter profitiert und als höchstes Vergnügen die Kunst praktiziert, die Ehefrauen von euresgleichen zu verführen. Wir wollen das Vaterland abschaffen? Wie kann man den Arbeitern etwas nehmen, das sie gar nicht haben? Wir wollen vielmehr, daß sie sich im Triumph als Nation konstituieren...

Und so weiter, bis zu jenem Meisterwerk der Zurückhaltung bei der Antwort zur Religion. Man erwartet die Antwort "Diese Religion wollen wir zerstören", aber das sagt der Text nicht: er gibt vielmehr zu verstehen, daß alle gesellschaftlichen Veränderungen ihren Preis haben - aber beginnen wir nicht gleich mit allzu heiklen Fragen.

Es folgt dann der am meisten doktrinäre Teil, das Programm der Bewegung, die Kritik der verschiedenen Strömungen des Sozialismus, aber an dieser Stelle ist der Leser schon von den vorangegangenen Seiten gefangen. Und falls der programmatische Teil zu schwierig sein sollte - den Schlußakkord bilden zwei Slogans, die den Atem rauben; sie sind einfach, einprägsam und auf eine glänzende Zukunft gerichtet: "Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten" und "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!".

Neben seiner poetischen Fähigkeit, denkwürdige Metaphern zu prägen, bleibt das "Manifest" ein Meisterwerk politischer Redekunst und sollte in den Schulen studiert werden, zusammen mit den Reden des Catilina und Shakespeares Rede des Marcus Antonius am Grabe Julius Cäsars. Auch weil es, angesichts der guten klassischen Bildung von Marx, nicht auszuschließen ist, daß er gerade diese Texte vor Augen hatte.

L'Espresso, 8.1.1998; Übersetzung: Js.

37. Quelldatei 35.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak411/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:35

Kalender

Baskische Fotos und Plakate

Thema der Ausstellung wie der Veranstaltungsreihe ist der Kampf der BaskInnen um nationale Selbstbestimmung in Geschichte und Gegenwart. 15.2.: Die Kriminalisierung der baskischen Partei Herri Batasuna - mit dem Solidaritätskomitee "Benjamin Ramos Vega". 16.2.: "... und auf einmal wirst Du Terrorist". Die Auslieferung von Benjamin Ramos Vega und sein Prozeß in Madrid 1997. Dazu Dokfilm 1995, 30 Min., und Gespräch mit der Prozeßbeobachterin Dr. Regina Girod. 20.2.: "Euskadi - Terror ohne Ende" (Film 1984, 92 Min.). 27.2.: "Von Franco bis Gonzales" (Film 1990, 35 Min.) und "Schmutziger Krieg und Terror gegen baskische Jugend" (Film 1990, 30 Min.), anschließend Gespräch mit VertreterIn vom Solidaritätskomitee "Benjamin Ramos Vega". 2.3.: "Standpunkt der Basken" (Film 1996, 89 Min.). 3.3.: "... ein voller Erfolg der Luftwaffe" (Dokfilm von Klaus Figge und Walter Bittermann, 1977, 45 Min.) und "Die Reise nach Spanien - Gernika und 60 Jahre Verdrängung" (Dokfilm von Gisela Ellenberg, 1997, 45 Min.).

Berlin, bis 3.3. einschl., Fr.-Mo., 15-19 h, Begleitveranstaltungen jeweils19 h, Nikodemus-Kirche, Nansenstr.12

Jugendtreffen der PDS

Workshops zu Themen wie Ökologie, Antifaschismus, Bildung oder neue Medien werden auf dem bundesweiten Jugendtreffen der PDS diskutiert, das helfen will, junge Leute in und bei der PDS zu vernetzen. Außerdem gibt es ein "üppiges Kulturprogramm" und eine Tanzparty. Unkostenbeitrag 25,- (15,-) incl. Übernachtung und Verpflegung. Anmeldung an PDS-Landesvorstand Thüringen, z.Hd. Carsten Hübner, Eislebener Str. 1, 99086 Erfurt, Tel. 0361/3772611.

Erfurt, 20.-22.2., Gagarin Ring 150

Lauschangriff

"Der große Lauschangriff - nicht nur ein Angriff auf die Pressefreiheit" ist das Thema eines Abends mit dem Rechtsanwalt und Publizisten Rolf Gössner.

Hamburg, 26.2., 19 h, Gewerkschaftshaus, Raum Stoer, Besenbinderhof 57

Flüchtlinge vor völkerrechtswidrigen Kriegen

Kriegsdienstverweigerer und Deserteure fliehen aus vielen Ländern nach Deutschland. Auf der Fachtagung "Flüchtlinge in Europa. Wie steht es um den Schutz von Verweigerern völkerrechtswidriger Kriege?" diskutieren VertreterInnen von amnesty international, den Belgrader Frauen in Schwarz, Pax Christi, Connection e.V. und der Initiative der türkischen Kriegsdienstverweigerer mit Juristen über die Möglichkeiten, Kriegsdienstverweigerer und De-serteure aus Kriegsgebieten zu schützen. Anmeldung an Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach, Tel. (069) 82375534, Fax 82375535.

Bonn, 27.-28.2., Beginn Fr., 14 h, Ende Sa., 19 h, Landjugendakademie Bonn, In der Wehrhecke 1

Wir hatten einen Traum ...

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Auf den Spuren der Revolte - 68 und die Folgen" berichtet der Fotograf und Journalist Günter Zint über die sozialen, politischen und ökologischen Bewegungen, die er seit Anfang der 60er Jahre mit der Kamera begleitete. Fotos von Zint sind in einer Ausstellung ebenfalls zu sehen.

Essen, 2.3., 20 h, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Die Pflicht, Revolution zu machen

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Auf den Spuren der Revolte - 68 und die Folgen" kann man auf einer musikalischen Lesung Norbert Kozicki (Autor des Buches "Aufbruch im Revier") und die Liedermacher Hermann Helms und Willi Karasch (mit Songs aus jenen Tagen) hören.

Essen, 10.3., 20 h, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Wer profitiert von der Währungsunion?

Diese Frage will Martin Gueck von "Kairos Europa" in seinem Vortrag über den Euro beantworten.

Tübingen, 3.3., 20 h, ZAK, Belthlestr. 40

Wolf gegen Wolf: Linke zu EU und Euro

In einem Streitgespräch diskutieren Frieder Otto Wolf (Grüne, MdE) und Winfried Wolf (PDS, MdB) über Pläne der beiden Parteien, den Euro "nachzubessern" und über Aktivitäten der außerparlamentarischen Linken gegen Sozialabbau und Neoliberalismus.

Tübingen, 9.3., 20 h, ZAK, Belthlestr. 40

Kreuzzug gegen die Subversion

Der Film von Wolfang Landgraeber mit Texten von Osvaldo Bayer thematisiert die argentinische Militärdiktatur von 1976-1983. Er handelt vom Rüstungswahn eines Landes und dem Krieg der Militärs gegen die eigene Bevölkerung.

Hamburg, 11.3., 20 h, Lichtmesz-Kino, Gaußstr. 25

Nazis wollen in Lübeck marschieren

Nachdem die Demonstration des "Bündnis Rechts für Lübeck" am 31.1. in Lübeck-Moisling von AntifaschistInnen verhindert werden konnte, rufen die Nazis erneut zu einem Aufmarsch auf.

Lübeck, 14.3.

Antirassismus-Tag in Saalfeld

Nach dem Verbot einer antifaschistischen Demonstration im Oktober in Saalfeld und anschließenden Verhaftungen von über 400 Personen rufen GewerkschafterInnen und mehr als 50 Organisationen erneut zu einer Demo "Gegen jeden rechten Konsens! Antifaschismus läßt sich nicht verbieten! Stoppt rassistische und faschistische Übergriffe!" auf.

Saalfeld, 14.3., 15 h

"Jenseits von Europa"

32 aktuelle Filme aus 12 Ländern Afrika zeigt das FilmInitiativ Köln e.V., etliche der FilmemacherInnen sind anwesend. Infos bei FilmInitiativ Köln e.V., Brüsseler Str. 23, 50874 Köln, Tel./Fax 0049/221-239714

Köln, 12.-18.3., "Off-Broadway" Kino, Zülpicher Str. 24; Auftaktparty am 7.3., 20 h im Café Tuba, Moselstr. 80

Kein Mensch ist illegal!

Im Rahmen der Afrika-Filmtage "Jenseits von Europa" stellt sich die Kampagne vor (6.3.). Migration im afrikanischen Kino und in der europäischen Realität ist das Thema eines weiteren Abends der Kampagne, auf dem auf afrikanische Filme gezeigt werden (14.3., Eintritt frei).

Köln, 6.3. 20 h, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3; 14.3., 19 h, "Off-Broadway" Kino, Zülpicher Str. 24

Kritik des Entwicklungsdenkens

und der Identitätspolitik

Das ist das Thema eines BUKO-Seminars, das sich u.a. mit naturwissenschaftlichem Entwicklungsdenken, der Kritik entwicklungspolitischer Projekte und dem Zusammenhang von Entwicklungsdenken und Identitätspolitik befaßt. Anmeldung bei BUKO, Nernstweg 32-34, 22756 Hamburg, Tel. 040/393156, Fax 030/3907520; Teilnahmebeitrag 80,- (60,-)

Dortmund, 13.-15.3.

38. ak-Redakteurin gesucht!

CD-Datei: daten/aksuche/ak411/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:38

Zu lachen haben wir immer was. Gummibärchen und Schokolade gibt es auch jeden Tag - jedenfalls in der Produktionswoche. Wir brauchen nur noch eine Neue, die mit uns jeden Monat die Zeitung interessant gestaltet. Die Teilzeitstelle in unserem Redaktionskollektiv soll möglichst bald besetzt werden. Zum Aufgabenbereich der künftigen Redakteurin gehören das Schreiben und Bearbeiten von Artikeln, die Teilnahme an unseren Redaktionssitzungen, die Betreuung von AutorInnen und die Übernahme von Bürodiensten. Daß dazu zunächst eine Anlern- und Einarbeitungsphase gehört, ist uns völlig klar.

In der ak-Redaktion arbeiten bezahlte und unbezahlte RedakteurInnen gleichberechtigt. Eine Chefredaktion gibt es nicht. Dafür können wir unsere eigenen Vorstellungen einbringen und umsetzen. Wir finden, daß es sich mit einer Portion Humor und Idealismus bei uns recht gut aushalten läßt. Um der "alternativen" Selbstausbeutung Grenzen zu setzen, bieten wir eine bezahlte Teilzeitstelle an.

Unsere künftige Kollegin muß nicht unbedingt in Hamburg wohnen, doch während der Produktionswoche (sechs Tage) und bei einer weiteren Redaktionssitzung sollte sie anwesend sein.

Wir freuen uns auf interessierte Rückmeldungen. Sicherlich habt Ihr noch Fragen. Ruft doch einfach an, dann können wir telefonisch weitere Auskünfte geben.

ak-Redaktion

39. Träger "Friedensprozeß"

CD-Datei: daten/aksuche/ak411/ira.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:411:ira

Nach dem Mord an dem loyalistischen Killer Billy Wright ("King Rat") schien der ohnehin kaum wahrnehmbare nordirische "Friedensprozeß" zur Jahreswende endgültig am Ende. Die loyalistischen Paramilitärs antworteten mit der Ermordung von acht katholischen Zivilisten, und die mit der Terrororganisation UDA/UFF verbündete Ulster Democratic Party (UDP) verließ von sich aus den Verhandlungstisch.

Auch aus London und Dublin kamen entmutigende Nachrichten. Das von den beiden Regierungen am 12. Januar vorgelegte Papier wertete Sinn Féin als Kapitulation vor den Loyalisten: In dem dort propagierten "Rat der britischen Inseln" sollten auch schottische und walisische Abgeordnete vertreten sein; der blutige Nordirlandkonflikt würde mit sonstigen regionalen Problemen im United Kingdom auf eine Stufe gestellt. Das kurz darauf von London und Dublin nachgeschobene Papier zur irischen Nord-Süd-Kooperation ist für Sinn Féin zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Unklar bleibt, welche Kompetenzen die vorgeschlagenen grenzüberschreitenden Institutionen haben sollen und wie verhindert werden kann, daß die Unionisten deren Arbeit blockieren.

Die Veränderungen der britischen Nordirlandpolitik seit Tony Blairs Amtsantritt beschränken sich bisher weitgehend auf Symbolisches. Die Stagnation des "Friedensprozesses" hat zur Folge, daß auch innerhalb von IRA und Sinn Féin die Kritik zunimmt.

Seite 9